Protokoll

11. Parteitag
der CDU Deutschlands
7. November 1998
Maritim · Bonn

11. Parteitag

der

Christlich Demokratischen

Union Deutschlands

Niederschrift

Bonn, 7. November 1998

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:
Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

INHALT Seite

Eröffnung und Begrüßung:
Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl
Vorsitzender der CDU Deutschlands 5

Wahl des Tagungspräsidiums 7

Beschlußfassung über die Tagesordnung 8

Bestätigung der Antragskommission 10

Wahl der Mandatsprüfungskommission 10

Wahl der Stimmzählkommission 11

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl 11

Wahl des Ehrenvorsitzenden 25

Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands,
Brigitte Baumeister 25

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
Peter Hintze 29

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag,
Dr. Wolfgang Schäuble 35

Aussprache zu den Berichten 55

Bericht der Mandatsprüfungskommission 71

Bericht der Rechnungsprüfer 72

Entlastung des Bundesvorstandes 74

Wahl des Bundesvorstandes: 74

– Wahl des Vorsitzenden 74
– Wahl des Generalsekretärs 77
– Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden 91, 105
– Wahl des Bundesschatzmeisters 95
– Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums 96, 106, 123, 127
– Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes 107, 129

Grußwort des Vorsitzenden der
Christlich Sozialen Union in Bayern,
Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel 83

Wahl der 3 Rechnungsprüfer 124

Wahl der Delegierten und
Stellvertretenden Delegierten zum
XIII. EVP-Kongreß in Brüssel 125

Wahl der CDU-Mitglieder und
Stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand
der Europäischen Volkspartei 125

Sonstige Anträge 126

Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Dr. Wolfgang Schäuble 134

ANHANG

Beschlußprotokoll 137

Beschluß 156

Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
des Europäischen Parlaments,
Prof. Dr. Günter Rinsche 157

Namensverzeichnis 164

Samstag, 7. November 1998
Plenarsitzung
Beginn: 9.22 Uhr

Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Exzellenzen! Vor allem auch: Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 11. Parteitag der CDU und darf Sie alle sehr herzlich hier in Bonn begrüßen.

Mein erster Gruß gilt Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei in Deutschland. Sie stehen für die vielen Hunderttausende unserer Mitglieder. Ich danke Ihnen, daß wir heute hier auch in dieser Form diesen Parteitag so gestalten können.

Ich begrüße sehr, sehr herzlich unsere vielen Gäste aus dem In- und Ausland. Ich will aus gutem Grund als ersten ganz besonders herzlich unseren Freund Lothar de Maizière begrüßen.

(Beifall)

Für unsere vielen ausländischen Freunde begrüße ich den Vorsitzenden der EVP, unseren Freund Wilfried Martens.

(Beifall)

Ich begrüße besonders herzlich auch unseren Freund Carl Bildt, den Vorsitzenden unserer schwedischen Schwesterpartei, uns seit vielen Jahren besonders eng verbunden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich begrüße ganz besonders herzlich – und wenn ich das sage, weiß auch jeder, daß das so herzlich gemeint ist – die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die diese Tagung begleiten.

(Beifall)

Mein herzlicher Gruß gilt den Repräsentanten der Kirchen und der Religionsgemeinschaften.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Gruß und mein sehr, sehr herzlicher Dank gilt Ihnen, Herr Prälat Bocklet, und Ihnen, Herr Bischof Löwe, für die Gestaltung der ökumenischen Morgenbesinnung.

(Beifall)

Diese Morgenbesinnung – ich glaube, wir alle haben es gespürt – hat uns einmal mehr daran erinnert, daß für uns Politik ohne geistige und ethische Grundlage nur blinder Aktionismus wäre. Vielen herzlichen Dank für dieses geistliche Wort.

(Beifall)

Wenn ich das so sagen darf, nach so mancherlei Erfahrungen im Laufe vieler Jahre, auch in der freundschaftlichen Begegnung mit unseren Kirchen, hat mir das eine oder andere an diesem Wort ganz besonders gut gefallen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist für uns gute Tradition, zu Beginn unseres Parteitags all jener zu gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Stellvertretend für die vielen will ich nennen:

Charlotte Fera, 1905 geboren, 1998 gestorben. Sie war von 1957 bis 1993 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Sie ist seit 1974 viele Jahre hindurch Mitglied des Vorstands der Bürgerschaft gewesen. Sie war von 1967 bis 1973 Präsidentin der Europäischen Frauen-Union. Viele von uns erinnern sich an zahlreiche Beiträge von ihr in vielen Jahrzehnten und auf vielen Parteitagen.

Ich erinnere an Hans Werner Wagner, geboren 1952, gestorben im Juli 1998. Er war viele Jahre hindurch Mitglied der CDU. Er war zuletzt in einer besonders erfolgreichen Weise Chef der Sächsischen Staatskanzlei.

Ich nenne Albert Neckenauer, geboren 1921, gestorben am 18. Juli 1998. Er war in den Jahren von 1970 bis 1986 Landrat, zunächst im Landkreis Mannheim und danach im Rhein-Neckar-Kreis.

Ich nenne Erwin Buchholz, geboren 1936, gestorben im Juli 1998. Er gehörte seit 1990 der CDU an. Er bekleidete verschiedene wichtige kommunale Ämter und Mandate im Kreis Bitterfeld.

Ich nenne Siegbert Frank, geboren 1939, gestorben 1998. Er war viele Jahre hindurch namhafter Repräsentant unserer Partei in Pforzheim, Vorsitzender der dortigen Ratsfraktion und seit 1977 Bürgermeister der Stadt Pforzheim.

Ich nenne Clemens Christians, geboren 1923, gestorben im August 1998. Er war von 1964 bis 1989 Mitglied des Rates der Stadt Hamm und von 1969 bis 1984 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. In den Jahren 1976 bis 1994 bekleidete er den Vorsitz des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Ich nenne Herbert Greupner, geboren 1936, gestorben im August 1998. Er war seit 1990 Mitglied der CDU, von 1993 bis 1994 Landrat des damaligen Kreises Altentreptow und danach stellvertretender Landrat des neuen Kreises Demmin.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, um die wir in dieser Stunde trauern. Wir wollen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, der heutige Parteitag ist für die Zukunft der CDU und auch für die Zukunft der Union von größter Bedeutung. Nachdem wir vor einem halben

Jahr in Bremen unser Zukunftsprogramm beschlossen haben, stellen wir heute in personeller Hinsicht die Weichen für die Arbeit unserer Partei in der kommenden Zeit, im Übergang zum 21. Jahrhundert, für eine Arbeit, die wir gemeinsam erfolgreich gestalten wollen.

Mit Programm und Personen geben wir zugleich unsere Antwort auf das Wahlergebnis vom 27. September. Das Thema des Parteitags „Wir nehmen die Herausforderung an!“ soll deutlich machen, in welche Richtung und in welcher Überzeugung wir diese Arbeit leiten wollen.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Ihnen allen liegt in den Unterlagen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Ich frage Sie: Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Soweit ich das von hier erkennen kann, ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Ich darf dann bitten, daß das gewählte Parteitagspräsidium ab jetzt seine Aufgabe übernimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich grüße die Delegierten aus allen Landesverbänden, die Gäste und die Presse. Ich hoffe, daß Sie sich – ob vom Norden, vom Süden, vom Osten oder vom Westen – im schönen Bonn wohlfühlen. Dies ist ein wichtiger Parteitag, der in Erinnerung bleiben muß als ein Parteitag, mit dem sich die CDU gegen einen Trend aufgebäumt und ihn gewendet hat.

(Beifall)

Bonn ist nicht nur eine Stadt am Rhein, Bonn ist nicht nur ein geographischer Begriff, sondern auch ein politischer Begriff. Bonn steht für einen guten Streckenabschnitt in unserer Geschichte. Der auHautpHauptstadtwechsel von Bonn nach Berlin ist für uns ein Ortswechsel, aber kein Systemwechsel.

Mit dem Namen Bonn verbinden sich das Grundgesetz, die freiheitlichste und klügste Verfassung in der Geschichte Deutschlands, und der geglückte Versuch, Demokratie in unserem Lande fest zu verankern. Bonn ist nicht Weimar, und Berlin wird es auch nicht sein.

Mit dem Namen Bonn verbindet sich auch der Weg über Freiheit zur Einheit und damit ein wagemutiges Projekt. Es begann mit Adenauer. Mit Helmut Kohl, getragen vom Mut freiheitsliebender Bürgerinnen und Bürger in der DDR, unterstützt von Lothar de Maizière, sind wir ans Ziel gekommen. Meine lieben Freunde, das ist keine nostalgische Erinnerung sentimentaler Art. Es ist vielmehr ein Auftrag im Sinne von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.

Dies ist kein Parteitag wie viele andere vorher und nachher. Dies ist kein Parteitag der Routine. Dies ist der letzte Parteitag, den der Parteivorsitzende Helmut Kohl eröffnet hat. Vor 25 Jahren, vor einem Vierteljahrhundert, haben Sie, Helmut Kohl, am 12. Juni 1973 hier in Bonn in der Beethovenhalle das Amt des Parteivorsitzenden übernommen. Sie haben die CDU ein

Vierteljahrhundert geführt. Lieber Helmut Kohl, Ihr Abschied vom Regierungsamt war nobel, würdig und gut. Unsere Pflicht ist es, diesem Abschied einen guten Neuanfang hinzuzufügen.

(Langanhaltender Beifall)

Ein guter Abschied des alten Parteivorsitzenden und ein guter Anfang des neuen Parteivorsitzenden - das ist heute unser Programm. Wir nehmen die Herausforderung an. Wir nehmen die Oppositionsaufgabe ernst. Volle Kraft voraus!

Damit bin ich schon am Schluß meiner Begrüßungsrede. Für Langzeitreden haben Sie heute wahrscheinlich keine Zeit, und ich habe keine Lust dazu. Glück auf – das ist der Ruf der Bergleute vor gefahrvoller Grubenfahrt. Ich sage: Glück auf für diesen Parteitag!

(Beifall)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung zugesandt. Sie finden sie auch in den Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, geben Sie bitte Ihr Zeichen mit der roten Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Tagesordnung ist angenommen.

Nun zum zeitlichen und organisatorischen Ablauf. Nach unserer Geschäftsordnung kann der Parteitag eine Meldefrist für Kandidaturen bestimmen. Wir schlagen vor, eine Frist bis 11 Uhr festzulegen. Wer sich also bis 11 Uhr nicht gemeldet hat, kann heute nicht kandidieren. Die Vorschläge müssen schriftlich beim Tagungsbüro eingereicht werden. Eine Liste mit den Namen der bereits vorgeschlagenen Kandidaten liegt Ihnen vor. Die bereits vorgeschlagenen Kandidaten brauchen sich nicht noch einmal zu melden. Wenn Sie mit der Festlegung der Frist auf 11 Uhr einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge eingebracht werden, wenn sie von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden. Wenn Sie einen solchen Text einbringen wollen, dann lassen Sie diesen Text im Tagungsbüro bitte in das Textverarbeitungssystem eingeben. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, als Frist für die Einbringung von Initiativanträgen 12 Uhr festzulegen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Die Mitglieder der Antragskommission bitte ich um 13 Uhr zu einer Sitzung in den ausgeschilderten Sitzungsraum.

Was Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache und zur Aussprache über die Anträge angeht, so verweise ich Sie auf die Wortmeldezettel. Sie finden die Wortmeldezettel in Ihren Tagungsunterlagen. Die Wortmeldezettel bitten wir Sie hier im Saal an der dafür vorgesehenen Stelle rechtzeitig abzugeben. Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, soviel zum technischen Teil.

Ich möchte nun einige Gäste besonders begrüßen.

Einen besonders herzlichen Gruß möchte ich einem Gast des Parteitages zurufen, der viele Parteitage bei uns war und immer dort saß, wo er auch heute sitzt: in der ersten Reihe. Wir danken diesem Gast nicht nur für die vielen Parteitagsbesuche, sondern für lange, lange politische Weggefährtenschaft mit der CDU und Ehepartnerschaft mit Helmut Kohl. Wir begrüßen Hannelore Kohl.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, Sie sind nicht nur die Frau an seiner Seite, Sie sind auch ein selbständiger Teil des großen Lebenswerkes Ihres Mannes, unseres Helmut Kohls,

(Beifall)

Ehefrau und politische Weggefährtin des Kreisvorsitzenden, des Landtagsabgeordneten, des Ministerpräsidenten, des Oppositionsführers, des Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden.

Der politische Weg war nicht immer von Sonne beschienen. Sie haben alles mitgemacht. Vielleicht erklären Ihre Klugheit und Ihre Tapferkeit einen Teil des Erfolgsgeheimnisses Ihres Mannes, unseres Helmut Kohls.

(Beifall)

Sie, Frau Kohl, haben nicht nur Rat gegeben, sondern durch Ihre Arbeit für die Unfallopfer mit Schäden des zentralen Nervensystems auch ein Beispiel für Nächstenliebe und soziale Verantwortung gegeben. Liebe Frau Kohl, herzlichen Dank und als kleines Zeichen einen Blumenstrauß.

(Beifall)

Wir grüßen mit gleicher Herzlichkeit Frau Schäuble. Liebe Frau Schäuble, auch Ihnen unseren herzlichen Gruß von diesem Parteitag.

(Beifall)

Wir sind erst am Start einer neuen Wegstrecke. Deshalb, Frau Schäuble, ist das auch ein Gruß zur Ermutigung. Die CDU schätzt mit großem Respekt Ihre Arbeit für die Unterstützung Ihres Mannes. Darüber kann ich gar nicht viele Worte machen.

(Beifall)

Wie Frau Kohl haben auch Sie immer über Grenzen der Familie hinaus gedacht. Mit Ihrer Arbeit als Vorsitzende der Welthungerhilfe stoßen Sie uns alle hier im Wohlstandsland Deutschland auf die großen sozialen Fragen, auf Armut und Elend in der Welt. Manche Auseinandersetzungen um Verteilungsfragen hierzulande sind in diesem Licht geradezu kleinlich.

Liebe Frau Schäuble, wir wünschen Ihnen Kraft und Ausdauer, mit denen Sie auch auf Ihrem bisherigen Lebensweg ausgestattet waren. Auch für Sie einen Blumenstrauß von Blüm und dem Parteitag.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte noch weitere begrüßen: Für die Gewerkschaften begrüße ich Dieter Schulte, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Regina Görner, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes.

(Beifall)

Wir wünschen Dieter Schulte und der Regina ein zumindest so kritisches Auge gegenüber der jetzigen Regierung, wie ihr es in 16 Jahren uns gegenüber trainiert habt.

(Lebhafter Beifall)

Das war ganz herzlich gemeint. Ihr habt 16 Jahre trainiert, dann werdet ihr es jetzt können.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich grüße Valentin Schmidt, den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich grüße Frau Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundesverbandes der Vertriebenen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich grüße Michael Glos, meinen besonderen Freund von der CSU, den Landesgruppenvorsitzenden.

(Heiterkeit und Beifall)

Manchmal halten wir das streng vertraulich. Aber heute können wir es endlich einmal sagen.

Wir begrüßen Norbert Spinrath, den neuen Vorsitzenden der GdP.

(Beifall)

Weiterhin begrüßen wir Dieter Heinemann, den Landesbeauftragten der DAG in Nordrhein-Westfalen - Das waren meine ersten Begrüßungen; es werden weitere folgen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Die Namensliste liegt Ihnen vor. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so bitte ich Sie um Ihre Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Angenommen.

TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich weise auf die Geschäftsordnung und die entsprechenden Paragraphen hin. Zwischen unserem Bremer Parteitag im Mai dieses Jahres und dem jetzigen hat keine Sitzung des Bundesausschusses stattgefunden, so daß der Bundesvorstand am 6. Oktober einen entsprechenden Vorschlag gemacht hat. Er befindet sich in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag

zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission treffen sich um 10.30 Uhr im Büro des Organisationsleiters.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich viele bereitgefunden, dieses Amt übernehmen zu wollen. Die Namen liegen Ihnen vor. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Zwischendurch begrüße ich Klaus Töpfer, der aus der großen, weiten Welt ins kleine Deutschland zurückgekehrt ist.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, das war der notwendige, manchmal lästige organisatorische Teil. Jetzt kommt der wichtige politische Teil. Ich erteile unserem Vorsitzenden, Dr. Helmut Kohl, zu seinem letzten Bericht das Wort. Lieber Helmut Kohl, Sie haben das Wort.

Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der heutige Bundesparteitag – dies kann jeder spüren – ist für die Zukunft unserer Partei von einer entscheidenden Bedeutung. Das Ergebnis der Bundestagswahl am 27. September 1998 stellt uns vor eine große, vor eine neue Herausforderung. Wie das Thema des Parteitags sagt:

Wir nehmen diese Herausforderung an.

Wir haben gemeinsam mit aller Kraft gekämpft. Wir haben eine schwere Niederlage erlitten. Am Abend des 27. September 1998 habe ich erklärt, daß ich die volle Verantwortung für den Ausgang der Bundestagswahl übernehme. Als Spitzenkandidat von CDU und CSU ist es für mich selbstverständlich, die Konsequenzen aus diesem Ergebnis zu ziehen. Deshalb scheide ich heute aus meinem Amt als Parteivorsitzender aus.

Liebe Freunde, seit 1973 bin ich – getragen von Ihrem Vertrauen – Vorsitzender unserer CDU. Ich bin dies gern gewesen, und wir haben gemeinsam in dieser Zeit viel erreicht. Für mich war es eine Zeit, in der ich viel Kameradschaft und auch sehr viel persönliche Freundschaft erfahren habe. Meine Erfahrung ist und bleibt: Diese Partei, unsere CDU, ist meine politische Heimat.

In unserem Land hat sich in diesen 25 Jahren vieles tiefgreifend verändert. Daß sich vieles zum Besseren verändert hat, ist nicht zuletzt auch unser Werk. Darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall)

Verändert – das ist ganz natürlich – hat sich auch unsere eigene Partei. Die CDU hat in diesen Jahren mit Erfolg den Wandel zu einer modernen Volks- und Mitgliederpartei vollzogen. Sie hat ihren Platz als die entscheidende Kraft der politischen Mitte in Deutschland gefestigt. Sie hat dabei auf der Grundlage fester Überzeugungen ihre Programmatik ständig weiterentwickelt. Es gibt keine andere Partei in Deutschland, die sich auf ihren Parteitagen so regelmäßig und intensiv mit den großen Fragen der Zukunft auseinandergesetzt hat, wie wir dies taten.

Im Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 haben wir die Wertegrundlagen unserer Politik – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – deutlich herausgearbeitet. Wir waren, liebe Freunde, – wir wollen dies nie vergessen – die erste demokratische Partei in Deutschland, die sich nach der Wiedervereinigung ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm gegeben hat. Beide Dokumente beginnen fast wortgleich mit Sätzen, die ich hier zitieren möchte:

> Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

In diesen wenigen Sätzen ist eigentlich alles enthalten, was unser Selbstverständnis als Christliche Demokraten ausmacht. Ich bin sicher, daß darin auch für die Zukunft der Schlüssel zum Erfolg liegt. Ich bin mir sicher – auch dazu war das geistliche Wort heute eine große Ermutigung –, daß die Wertediskussion in Deutschland an Bedeutung gewinnen wird.

Was SPD und Grüne in ihre Koalitionsvereinbarung geschrieben haben, verheißt nichts Gutes. Es ist in wichtigen Teilen eine Veränderung und eine Abkehr von Grundlagen, die nach unserer Überzeugung den Erfolg unserer Bundesrepublik ausgemacht haben und ausmachen werden. Allein schon in der rot-grünen Steuerpolitik kommt zum Ausdruck, wie gering beispielsweise der Verfassungsrang von Ehe und Familie gesehen wird oder – um ein anderes Bespiel zu nehmen – wie gering die Leistungsbereitschaft des Mittelstandes in Deutschland geachtet wird.

Und auch das, was in diesenTagen in Schwerin geschieht, fügt sich in dieses Bild. Die Sozialdemokraten haben eine neue Mitte versprochen. Jetzt schmieden sie zusammen mit der kommunistischen PDS die alte Linke.

(Beifall)

Um so mehr, liebe Freunde, sind wir gefordert, wenn es darum geht, die Wertegrundlagen unserer Gesellschaft zu verteidigen und für die Zukunft zu bewahren. Das Zukunftsprogramm, das wir im Mai dieses Jahres in Bremen beschlossen haben, bietet dafür hervorragende Voraussetzungen. Es trägt die Handschrift von Wolfgang Schäuble. Das will ich gerade an diesem Tag besonders hervorheben. Es zeigt, daß die CDU für die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts gut gerüstet ist.

Wir haben nicht allen alles versprochen, sondern die notwendigen Anstrengungen beim Namen genannt. Ich bleibe dabei: Nur so wird sich die Zukunft gewinnen lassen.

Aber, liebe Freunde, man muß es offen aussprechen: Wir haben auch erfahren, daß die Dynamik der weltweiten Veränderungen viele in unserem Land verunsichert hat. Sie haben sich – zunächst – jenen zugewandt, die weniger auf Freiheit und Eigenverantwortung, sondern mehr auf staatlichen Dirigismus und kollektive Fürsorge setzen, die einen leichteren, einen bequemeren Weg versprechen. Das ist eine Botschaft, die von manchen auch gerne gehört wird. Ich bleibe aber bei meiner Überzeugung, daß diese Botschaft nicht weit trägt. Wir haben erfahren müssen, daß unsere Antworten bei dieser Bundestagswahl keine Mehrheit fanden – doch sie werden Bestand haben. Wir werden alles tun und unsere ganze Überzeugungskraft

dafür einsetzen müssen, daß unsere klaren Antworten auch verstanden werden. Unser Kurs wird sich als der richtige erweisen. Wenn wir dafür kämpfen, wird die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler dies erkennen.

Liebe Freunde, in dieser Stunde bewegen mich viele Empfindungen, aber vor allem das Gefühl der Dankbarkeit. Ich bin dankbar dafür, daß ich gemeinsam mit Ihnen in diesen Jahren für unser Land arbeiten durfte. Ich habe notwendigerweise viele Entscheidungen treffen müssen und getroffen. Natürlich habe ich dabei auch Fehler gemacht und – auch das will ich ganz klar sagen – sicher dem einen oder anderen Unrecht getan. Vor allem hatte ich aber die Chance, daß ich vielen Menschen helfen konnte. Dafür bin ich ganz besonders dankbar. Ich danke allen Freunden, Weggefährten und Mitarbeitern, die mich begleitet und unterstützt haben und ohne die meine Arbeit nicht denkbar gewesen wäre. Sie werden verstehen, daß ich heute an allererster Stelle meiner Frau danken möchte.

(Beifall)

Sie hat in vielen Jahrzehnten gemeinsam mit meiner Familie die Last meines politischen Engagements mitgetragen. Die allermeisten von Ihnen wissen sehr gut, was das im Alltag bedeutet. Sie hat zugleich eigenverantwortlich wichtige Akzente im sozialen Bereich gesetzt. Ich bin auch dankbar, daß sie dafür in unserer Partei – und weit darüber hinaus – viel Unterstützung und Anerkennung gefunden hat.

Liebe Freunde, auf sich allein gestellt ist keiner von uns in der Lage, Herausforderungen zu meistern, wie wir sie in den vergangenen Jahren meistern mußten. Deswegen will ich hier auch jenen danken, die mir an führender Stelle – ich nenne einige wenige beim Namen – geholfen haben. Ich erwähne die Generalsekretäre: seit 1973 Kurt Biedenkopf, seit 1977 Heiner Geißler, seit 1989 Volker Rühe und seit 1992 Peter Hintze.

(Beifall)

Das Amt des Generalsekretärs ist schon an sich schwierig: Es ist zum Beispiel eine alte Frage, ob der Inhaber mehr General oder mehr Sekretär ist. Es ist immer schwierig, den Erwartungen, die in dieses Amt gesetzt und an den Amtsinhaber gestellt werden, gerecht zu werden. Erst recht war es natürlich unter dem Parteivorsitzenden in diesen Jahren schwierig. Auch das darf gesagt werden. Daher gilt mein herzlicher Dank den Freunden, die in diesem Amt wesentlich die Inhalte der Politik und den Kurs unserer Partei mitgestaltet haben.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus. Stellvertretend für viele nenne ich hier nur zwei: Karl Schumacher, der von 1972 bis 1992 im Konrad-Adenauer-Haus tätig war, davon 10 Jahre als Leiter der Hauptabteilung Organisation.

(Beifall)

Er mußte das Krankenhaus aufsuchen. Ich möchte ihm von hier aus meine herzlichen Genesungswünsche schicken. Wer zum Beispiel erlebt hat, wie er bei vielen Wahlkämpfen in seiner unnachahmlich charmanten Art Kreisvorsitzenden und vielen anderen Beine gemacht hat, der weiß, was für einen tollen Job er gemacht hat. Er steht für viele, die sich eingesetzt haben. Ich danke für diese Arbeit sehr herzlich.

(Beifall)

Ich erinnere aus dem Kreise unserer verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Gerold Rummler, der von 1953 bis 1995 in der Bundesgeschäftsstelle tätig war, zuletzt als Hauptgeschäftsführer der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU. Er hat in seiner unverwechselbaren Weise dazu beigetragen, die Idee der Einheit unserer Nation aufrechtzuerhalten und immer wieder das Engagement für die Einheit Deutschlands in unserer Partei wachzurufen. Mit der Erinnerung an ihn denke ich zugleich an so viele, die aus der früheren SBZ und der späteren DDR in die Bundesrepublik geflohen sind und uns immer wieder aufgerüttelt haben, damit wir die großartige Idee der Einheit unserer Nation nie vergessen. Sie und viele andere in der Bundespartei sowie in den Landes- und Kreisverbänden haben ihre Aufgabe nie nur als Job betrachtet. Sie haben sich mit ganzer Kraft für unsere gemeinsamen politischen Ziele engagiert. Die Leistung der meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Parteizentrale wie auch der Landes- und Kreisgeschäftsstellen wird nicht im Rampenlicht erbracht, doch wir wissen sehr genau – das gilt auch für mich –, daß ihre Arbeit unersetzlich ist. Deswegen will ich ihnen meinen besonderen Dank aussprechen.

Ich bedanke mich bei den vielen, die ehrenamtlich in der Partei tätig sind. Mancher Politologe wird es auch nach einem langen Studium nie begreifen, was es heißt, für seine Partei tätig zu sein,

(Beifall)

was es heißt, wenn man sich morgens im Betrieb dafür beschimpfen lassen muß, was die da oben in der CDU-Spitze gerade wieder gesagt oder getan haben, was es heißt, Niederlagen zu erleben oder Siege gemeinsam zu erringen. Viele Mitglieder unserer Partei setzen ihre Freizeit auf den Rathäusern und in den Orts- und Kreisverbänden unserer Partei ein. Ohne diese Männer und Frauen hätte die CDU keine Zukunft. Dieses ehrenamtliche Engagement gehört zu dem Fundament, auf dem wir alle stehen. Es ist ein starkes Fundament; wir sollten pfleglich damit umgehen.

Liebe Freunde, unsere Bundesrepublik Deutschland wird im nächsten Jahr 50 Jahre alt. Wir, die Union, haben 36 Jahre lang Regierungsverantwortung im Bund getragen. Es waren 36 gute Jahre für Deutschland und Europa!

(Beifall)

CDU und CSU haben die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland geprägt wie keine andere politische Kraft.

Und auch das gehört zu dieser Erfahrung: Die Geschichte der Unionsparteien ist vor allem auch eine Geschichte des Mutes, der Standfestigkeit und des Einstehens für unsere Überzeugungen. Ohne das unbeirrte Festhalten am richtigen Weg hätte Deutschland heute nicht die weltweit anerkannte hochgeachtete Stellung.

(Beifall)

Das vereinte Deutschland, so wie es heute ist – mit einer stabilen Demokratie, mit einer starken Wirtschaft, mit einer vorbildlichen sozialen Sicherung – wurde ganz entscheidend von uns, von CDU und CSU, gestaltet.

Es wurde in diesen Jahrzehnten zumeist von hier aus, von Bonn, gestaltet. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, im Namen des Parteitages, der vor dem Umzug nach Berlin der letzte große, auch demonstrative Akt unserer Partei in dieser Stadt ist, Bonn sowie den Bürgerinnen und Bürgern der gesamten Region ein herzliches Wort des Dankes zu sagen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gerade weil man deutlich spürt, wer alles unterwegs ist, um die Geschichte umzuschreiben – man kann auch sagen: zu fälschen –, will ich klar sagen: Für uns steht Bonn für das beste Kapitel deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert.

(Beifall)

Es steht für den großartigen Erfolg der zweiten deutschen Demokratie. Wir, die Union, wollen, daß diese Erfolgsgeschichte im neuen Jahrhundert von Berlin aus weitergeht.

Modische Begriffsbildungen wie „Bonner Republik“ und „Berliner Republik“ lehne ich ganz entschieden ab.

(Beifall)

Ich habe 1991 mit vielen anderen im Deutschen Bundestag für den Umzug nach Berlin gestimmt, aber nicht für den Umzug in eine andere Republik.

(Beifall)

Wir wollen, daß Berlin eine großartige Zukunft erfährt. Wir wollen, daß diese Stadt eine der großen und prägenden Kapitalen der modernen Zeit in unserer Welt wird. Wir wollen aber auch, daß die Grundpositionen unserer Republik selbstverständlich erhalten werden. Wir werden uns jedem Versuch, von Rot-Grün entgegenstellen, mit dem Umzug nach Berlin auch die Achse unserer Republik zu verschieben.

(Beifall)

Dieses klare Ja zu unserer Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt eine entscheidende Grundlage christlich-demokratischer Politik. Auch in Berlin und im neuen Jahrhundert müssen die Grundentscheidungen weitergelten, die nicht zuletzt wir – zum Teil gegen heftigsten Widerstand – in den Anfangsjahren der Bundesrepublik und dann erneut bei der deutschen Einheit durchgesetzt haben.

Ich nenne die freiheitliche Ordnung unseres Grundgesetzes. Wir wollen diese Verfassung und keine andere.

(Beifall)

Wir wollen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir bekennen uns zur Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft, das heißt zu unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Transatlantischen Allianz.

Wir bekennen uns zur NATO-Mitgliedschaft. Das heißt für uns immer auch: Wir bekennen uns zu einem substantiellen Beitrag unserer Bundeswehr zur Bewahrung von Frieden und Freiheit. Wir sagen ein klares Ja zur Armee unserer Söhne, zu unserer Bundeswehr.

(Beifall)

Der Wahlausgang am 27. September ändert nichts an der Tatsache, daß wir als Union auch weiterhin eine herausragende Verantwortung für Deutschland tragen. Wir nehmen das Wächteramt der Opposition an, und wir werden es sehr ernst nehmen. Wir werden sehr genau darauf achten, ob die innen- und außenpolitischen Erfolge unserer Regierungsarbeit gewahrt und genutzt oder von Rot-Grün aufs Spiel gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir übergeben ein wohlgeordnetes Haus.

(Beifall)

Die Bilanz der vergangenen 16 Jahre kann sich sehen lassen. Wir lassen nicht zu, daß jetzt Legenden gebildet werden. Deswegen lassen Sie uns immer wieder die Vergleiche heranziehen. Wie war die Lage damals, und wo stehen wir heute?

1982 ging bei vielen die Angst vor einer militärischen Konfrontation zwischen dem Warschauer Pakt und der Atlantischen Allianz um. Die Debatte um die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden befand sich auf dem Höhepunkt. Wir haben damals den NATO-Doppelbeschluß gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt und das westliche Bündnis vor einer schweren Krise bewahrt.

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesen Tagen im Fernsehen sehen, wer alles in Washington und anderswo das Hohelied der deutsch-amerikanischen Freundschaft singt, dann sollten wir uns auch daran erinnern, wie es damals auf dem Frankfurter Römer und auf anderen Plätzen in Deutschland war, als es darum ging, diese Politik gegen erbitterte Widerstände durchzusetzen.

(Beifall)

Auch das gehört zum Bild unserer Erfahrungen.

(Beifall)

Wir haben damals gesagt, Ziel unserer Außen- und Sicherheitsplolitik ist: „Frieden schaffen mit weniger Waffen." – So sieht das Ergebnis heute aus, am Ende des Jahres 1998: Wir Deutsche sind von Freunden umgeben. Das haben wir in langen Jahrzehnten, ja, Jahrhunderten so nie erlebt. Wir Deutsche dürfen sagen, daß wir nach menschlichem Ermessen alle Chancen haben, auch im 21. Jahrhundert in Frieden und Freiheit leben zu können. Das ist Ergebnis einer Politik, auf die wir stolz sein sollten. Aber wir müssen es den Menschen auch immer wieder sagen: Alles, was wir in der Innenpolitik tun und erreichen können, ist nichts, wenn wir den Frieden und die Freiheit unseres Landes nicht dauerhaft sichern können.

(Beifall)

1982 war Deutschland durch Mauer und Stacheldraht geteilt. Die Deutschlandpolitik erschöpfte sich weitgehend im Management der Teilung, mit der sich in Wahrheit schon viele abgefunden hatten. In diesen Tagen geht – nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen – die Erinnerung zurück zu einer Diskussion über den genauen Verlauf der innerdeutschen Grenze an der Elbe. Wenn Sie heute Studenten fragen, was sie über diesen Streit wissen, werden Sie feststellen, daß eine solche Frage schon gar nicht mehr verstanden wird, weil wir das alles vergessen haben.

Wir haben 1982 die Wiedervereinigung unseres Landes in freier Selbstbestimmung und mit Zustimmung unserer europäischen Nachbarn unmißverständlich zu d e m verbindlichen Ziel der Deutschlandpolitik gemacht. Als dann die Chance kam, haben wir sie genutzt. Meine Damen und Herren, was immer wir täglich an Problemen zu meistern haben: Die Gewinnung unserer Einheit in Frieden und Freiheit ist und bleibt einer der glücklichsten Augenblicke in der Geschichte der Deutschen und in der Geschichte unserer Union.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wahr ist auch, daß vieles von dem, was wir erwarteten – auch ich selbst –, sich dann anders gestaltete. Es gab eben keinen Meisterplan, nach dem man vorzeichnen konnte, wie sich die Geschichte der Deutschen entwickelt. Trotzdem bleibt nicht nur das Glück der Einheit, sondern es bleiben unübersehbar auch die gewaltigen Fortschritte, die seit 1990 gemacht wurden. Wer jetzt, im November 1998, mit offenen Augen, mit ehrlichen Sinnen durch die neuen Bundesländer fährt, der sieht die Fortschritte. Die Wahrheit ist: Es gibt sie, die blühenden Landschaften!

(Beifall)

1982 befand sich der europäische Einigungsprozeß in einer Sackgasse. Das schlimme Wort von der „Eurosklerose“ ging um. Wir haben damals mit großen neuen Initiativen, vor allem auch – das wollen wir nie vergessen – gemeinsam mit unseren französischen Freunden, wieder Bewegung in den Prozeß der europäischen Einigung gebracht. Lassen Sie diejenigen, die dies wollen, darüber streiten, ob wir das nur getan haben, um unseren Nachbarn die Angst vor der deutschen Einheit zu nehmen. Wichtig ist: Wir haben es auf den Weg gebracht. In wenigen Tagen, am 1. Januar 1999, tritt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Sie bedeutet eine gemeinsame Währung für 290 Millionen Menschen in elf Ländern. Ich bin ganz sicher, daß weitere Länder hinzukommen werden.

Das alles, liebe Freunde, galt doch als eine blanke Utopie. Jetzt ist es Realität europäischer Politik.

(Beifall)

1982 drohte unser Land im internationalen Vergleich hinter die anderen Industrienationen zurückzufallen. Wir haben in einem mühsamen Prozeß, der längst nicht abgeschlossen ist, die Soziale Marktwirtschaft erneuert. Wir haben Rahmenbedingungen geschaffen, die zwischen 1983 und 1992 mehr als 3 Millionen zusätzliche, neue Arbeitsplätze entstehen ließen. Und weil ja fast alles untergeht im Taumel des rot-grünen Neuanfangs, will ich auch darauf

hinweisen: Wir haben heute 400 000 Arbeitslose weniger in Deutschland als vor einem Jahr. Auch das ist ein Erfolg unserer Politik!

(Beifall)

Wir haben durch Reformen, die schwer genug durchzusetzen waren, dafür gesorgt, daß unser Land wettbewerbsfähiger geworden sind. Wir haben unseren Rang als Industrienation gestärkt. Liebe Freunde, dies ist gelungen trotz der enormen Aufgaben, die wir infolge der deutschen Einheit – ich sage bewußt: gerne – übernommen haben. Wir haben in den 80er Jahren mit einer konsequenten Politik der Konsolidierung und der Stabilität die Grundlage gelegt, um die deutsche Einheit finanzieren zu können.

1982 – im letzten Jahr der Regierung meines Vorgängers – betrug die Neuverschuldung des Staates mehr als 50 Milliarden DM. Nach heutigen Maßstäben hätte sich Deutschland damals nicht für den Euro qualifiziert. 1989, als die Mauer fiel, verzeichnete unser Staat zum erstenmal seit Beginn der 70er Jahre wieder einen Überschuß. Dies erreicht zu haben ist eine gewaltige Leistung. Wir werden jetzt sehen, wie andere mit dem Problem der Neuverschuldung fertig werden.

All diese Erfolge, liebe Freunde, haben wir gemeinsam errungen. Wir haben sie vor allem auch deswegen errungen, weil wir unseren Überzeugungen treu geblieben sind. Deswegen möchte ich in meinem letzten Rechenschaftsbericht als Parteivorsitzender ganz einfach meine Erfahrung in einer Reihe von Wünschen an Sie, an unsere und meine Partei, formulieren.

Mein erster Wunsch ist: Bleiben wir die Partei der Mitte in Deutschland!

(Beifall)

Bei uns haben seit jeher christlich-soziale, liberal-freiheitliche und wertkonservative Überzeugungen gleichermaßen ihre Heimat. Wer eine dieser drei Säulen wegbrechen läßt oder lassen will, zerstört die Partei.

(Beifall)

Das sage ich all denen, denen vielleicht nicht klar ist, daß das Miteinander dieser Überzeugungen unser unverwechselbares Profil ausmacht und damit auch unsere Wirkung nach außen entscheidend prägt.

Das zweite: Bleiben wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards.

(Beifall)

Wir stehen und standen niemals für einen schrankenlosen Kapitalismus, sondern für das Miteinander von Wettbewerb und sozialem Ausgleich. Das war und ist unsere Vorstellung von einer menschlichen Gesellschaft.

Wenn wir für mehr Eigenverantwortung, für mehr Wettbewerb, für mehr Reformen kämpfen, dann doch nicht als Selbstzweck, sondern um der Menschen willen. Es geht um ihr wirtschaftliches und soziales Wohlergehen. Vor allem geht es um ihre Freiheit. Für uns, liebe

Freunde, ist Freiheit keine Gnadengabe des Staates, auch und schon gar nicht eine Ermächtigung zu schrankenlosem Egoismus.

(Zustimmung)

Wir stehen für die Freiheit des Einzelnen, die in Verantwortung für den Nächsten gelebt wird.

(Beifall)

Drittens. Bleiben wir die Union aller Volksschichten und sozialen Gruppen, aller Konfessionen, auch aller deutschen Regionen und Landschaften. Letzterer gilt mehr denn je im wiedervereinten Deutschland, wo die meisten – wie ich – das Glück hatten, zeit ihres Erwachsenenlebens auf der Seite der Freiheit leben zu können. Wir sollten und dürfen zu keiner Stunde vergessen, daß Millionen unserer Landsleute einen völlig anderen Lebenslauf hatten, daß sie infolgedessen zum Beispiel mit manchen Worten und Begriffen anderes verbinden. Wir dürfen nicht übereinander reden, sondern müssen aufeinander zugehen und miteinander reden.

(Beifall)

Bleiben wir eine Gemeinschaft, in der jung und alt, Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenwirken. Jung und alt, das heißt für mich natürlich beides. Die Zahl der Jahre ist eine wichtige Sache, der Elan des Geistes ist eine wichtige Sache,

(Zustimmung)

und die Lebenserfahrung ist auch eine wichtige Sache.

(Beifall)

Das alles zusammen ergibt das Bild unserer Union, wie sie gewachsen ist.

Für die Zukunft unserer Union ist es – auch das will ich betonen – von wesentlicher Bedeutung, daß wir nicht nur sagen, daß Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenwirken sollen. Es ist schon in Ordnung, daß die Quote eingehalten wird, aber die Quote allein bringt uns nicht weiter.

(Beifall)

Es muß schon ein Ruck auch durch die Partei gehen, vor allem – ich will es vorsichtig formulieren – durch den sogenannten männlichen Teil; wer tatsächlich die Hosen anhat, ist ja eine ganz andere Frage.

(Zustimmung)

Wir müssen Partnerschaft nicht nur proklamieren, sondern auch praktizieren. Vor allem darf man nicht im Privatleben etwas als selbstverständlich praktitzieren und dann in der Partei nicht bereit sein, genauso zu handeln. Auch das ist ein wichtiger Wunsch, den ich gerne mit auf den Weg bringe.

(Beifall)

Mein nächster Wunsch: Bewahren wir die Gemeinsamkeit von CDU und CSU! Mit anderen demokratischen Parteien sind für uns immer nur Bündnisse auf Zeit denkbar. Koalitionen unter Demokraten müssen prinzipiell möglich sein; ob sie immer klug sind, ist wiederum eine ganz andere Frage. Die CSU aber ist nicht irgendeine Partei. Sie ist unsere Schwesterpartei. Dieser Begriff verweist auf die familiäre Enge unserer Beziehung, aber auch manche Schwierigkeiten, die es ja unter Schwestern häufig auch gibt. CDU und CSU sind den gleichen Grundwerten und fundamentalen Überzeugungen verpflichtet. Die Gemeinsamkeit der Union hat uns stark gemacht, und sie wird uns auch in Zukunft stark machen. Vergessen wir deshalb – was immer im einzelnen zu diskutieren ist – nicht: CDU und CSU, das ist die politische Mitte in Deutschland.

(Beifall)

Das müssen wir gemeinsam bewahren. Ich sage dies mit großer Dankbarkeit gegenüber vielen aus der CSU, mit denen ich in diesen Jahren gemeinsam arbeiten durfte. Ich nenne stellvertretend für sie alle unseren Freund Theo Waigel, den jetzigen Vorsitzenden der CSU.

(Beifall)

Ein weiterer Wunsch heißt: Bleiben wir die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Nicht zuletzt hier haben wir gezeigt, daß Überzeugungstreue und Standfestigkeit Schlüssel zum Erfolg sind. Hier haben wir gezeigt, daß nicht den Bedenkenträgern und den Neinsagern die Zukunft gehört. Wir haben erlebt, daß die Visionäre die eigentlichen Realisten unserer Zeit sind. Das sind wir, die Union.

Das heißt im Klartext aber auch, daß jene sich Illusionen machen, die immer nur den kurzatmigen Windungen und Wendungen des Zeitgeistes hinterherlaufen. Deshalb auch dies als meine Bitte: Bewahren wir uns den Mut, dem jeweiligen Zeitgeist zu widerstehen. Geben wir dem Druck zur Anpassung an wechselnde Modeströmungen nicht nach!

Wenn ich das sage, heißt das wahrlich nicht, daß wir uns von den Menschen entfernen sollten. Im Gegenteil, wir wollen und müssen nahe bei den Menschen sein. Ihre Lebenssituation, ihre Ängste und ihre Hoffnungen müssen uns gegenwärtig sein; wir müssen sie verstehen, und wir wollen hilfreich sein. Aber verfallen wir nicht in den Fehler, Neues für einen Wert an sich zu erklären – ohne jede Prüfung der Substanz, nur weil es die Schlagzeilen beherrscht. Es muß ein Merkmal unserer Politik bleiben, das Richtige auch dann zu tun, wenn wir dafür nicht sofort Zustimmung erfahren. Das schulden wir nicht nur uns selbst, sondern auch den Menschen, für die wir Politik machen.

Ganz wichtig: Vergessen wir niemals die Bedeutung des „C“ im Namen unserer Partei!

(Beifall)

Auch in einer immer mehr säkularisierten Welt bleibt das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott das Fundament unserer Identität als Partei. Es ist und bleibt auch die Voraussetzung unserer Zukunftsfähigkeit.

Mit einem Wort, ich wünsche mir, daß unsere Partei – und ich sage sehr persönlich mit voller Überzeugung: meine Partei – ihre unverwechselbare Identität bewahrt. Liebe Freunde,

wir brauchen in der CDU eine Erneuerung, die neue Früchte reifen läßt – nicht eine, die Wurzeln ausreißt.

Ich wünsche mir, daß die CDU ihren Mitgliedern auch künftig politische Heimat ist. Das ist mehr als ein Zweckverband zur Verteidigung von Machtpositionen und Interessen.

(Zustimmung)

Natürlich ist Macht ein wesentliches Ziel im demokratischen Wettbewerb. Sie ist notwendig, um Überzeugungen durchsetzen zu können. Aber sie darf nicht alles sein. Entscheidend muß bleiben, wofür, für welche Wertegrundlage wir eintreten.

Deshalb bin ich ganz besonders froh, daß heute Wolfgang Schäuble für den Vorsitz der Christlich Demokratischen Union kandidiert.

(Beifall)

Er steht für ein klares programmatisches Profil.

Auch als Oppositionspartei sind wir in der Lage – und müssen wir in der Lage sein –, Antworten auf die Fragen von morgen zu geben. Deshalb erheben wir den Anspruch, auch im 21. Jahrhundert die prägende politische Kraft in Deutschland zu sein. Das ist die schwierige, aber auch lohnende Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. Das gilt für uns alle, und das gilt vor allem auch für die neue Führung der Partei, die wir heute wählen. Wir wollen gemeinsam die CDU wieder zur führenden politischen Kraft in Deutschland machen, im Bund, in den Ländern und nicht zuletzt in den Gemeinden. Dabei braucht der neue Vorstand, der neue Vorsitzende Wolfgang Schäuble, brauchen alle, die sich jetzt in die Arena begeben, die volle Unterstützung, die Solidarität der Partei. Ich bitte Sie, das so zu tun, wie Sie mir in 25 Jahren geholfen haben. Ich selbst, liebe Freunde, werde helfen, wann immer man mich fragt und wo ich helfen kann.

Gehen wir gemeinsam an die Arbeit für diese großartige Idee der Christlich Demokratischen Union; für Deutschland, für unser Vaterland; für das, was wir in der Welt von heute gemeinsam als unsere Pflicht tun können.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl! Herr Vorsitzender! Das ist mit Sicherheit eine denkwürdige Stunde, an die wir uns auch später noch erinnern werden.

Lieber Helmut Kohl, Dank und Respekt für eine große Lebensleistung.

(Beifall)

In einer Zeit turbulenter Veränderungen, geschichtlicher Umbrüche haben Sie die CDU geführt. Sie, Helmut Kohl, waren für unser Land und für unsere Partei eine verläßliche Orientierung, keine Wetterfahne, die sich im Meinungswind dreht. Sie waren und sind ein Beispiel für Grundsatztreue und Handlungsstärke. Sie sind ein Beispiel für Einsatz, mit ganzer Lebenskraft für ein großes Ziel zu arbeiten und zu kämpfen.

Grundsatztreue und Handlungsstärke haben Sie unverwechselbar ausgezeichnet. Sie haben das in Sachen deutsche Einheit exemplifiziert, daß Grundsatztreue und Handlungsstärke kei-

ne Gegensätze sind, Treue zur Idee der deutschen Einheit, über eine lange Strecke stark, kurz entschlossen und tatkräftig, als die Geschichte dazu die Chance bot. Heute im nachhinein wissen wir, daß das die Chance in einer historischen Blitzlichtsekunde war. Zögern und Zaudern, Vorsicht aus Mangel an Wagemut hätten die Chance verspielt. Der angebliche Aussitzer Helmut Kohl war tatkräftiger als viele Geschaftlhuber und vermeintlich gescheite Leute unter seinen Kritikern.

(Beifall)

Kanzler der deutschen Einheit: Diese Auszeichnung kann Ihnen niemand nehmen. Tapfer, lieber Helmut Kohl, haben Sie den Nachrüstungsbeschluß durchgesetzt und durchgekämpft. Frieden mit weniger Waffen haben Sie versprochen. Sie können heute melden: Ich habe mein Versprechen gehalten.

(Beifall)

Am Ende Ihrer Kanzlerschaft keine sowjetischen Raketen, keine sowjetischen Soldaten in Deutschland.

(Beifall)

Helmut Kohl, Sie sind der stärkste Abrüstungskanzler in diesem rüstungswütigen Jahrhundert, Sie sind der Friedenskanzler in diesem Jahrhundert.

(Beifall)

Grenzen fallen in Europa. Um Grenzsteine haben sich die Völker Europas die Köpfe blutig geschlagen. Allein über diesen lächerlichen Grenzstein zwischen Deutschland und Frankreich, ob Elsaß-Lothringen zu Frankreich oder zu Deutschland gehört, haben wir in den letzten 130 Jahren dreimal Krieg geführt – alles passé. Als Mitglied der Jungen Union haben Sie Schlagbäume an der deutsch-französischen Grenze weggeräumt. Das war symbolische Politik.

Als Kanzler der Deutschen haben Sie Schlagbäume überflüssig gemacht. Das war realistische Politik.

(Beifall)

Deutsche Einheit und europäische Einigung – zwei Seiten einer Medaille. Man muß sich die Bilder vergegenwärtigen: deutsche Einheit 1871, deutsche Einheit 1990. Als Bild von 1871 bleiben ordengeschmückte Fürstenbrüste nach einem Krieg in Erinnerung. Es war eine Fürstenparty, in der der deutsche Kaiser ausgerufen wurde. 1990 – ein Volk liegt sich in den Armen, und die Welt freut sich mit uns. Das ist der Unterschied zwischen der deutschen Einheit von 1871 und der von 1990. Wir sind jetzt von Freunden umgeben, und es kam zu keinem Krieg.

(Beifall)

Helmut Kohl – angefeindet, verspottet – ging seinen Weg als deutscher Europäer und europäischer Deutscher.

Lieber Helmut Kohl, es bleiben nach allem Geschriebenen und Gesprochenen unvergeßliche Bilder in meinem Gedächtnis.

Bild Nummer eins: 19. Dezember 1989. – Vor den Ruinen der Frauenkirche in Dresden, in der Dunkelheit der einbrechenden Nacht, auf einer improvisierten Rednertribüne, nach mühsamen Gesprächen mit Modrow, vor Hunderten von Fernsehkameras, im Angesicht von Hunderttausenden spannungsgeladenen, erwartungsvollen Menschen, die ohne Einladung, ohne Kundgebungsorganisation gekommen waren, vor einem Meer von schwarzrotgoldenen Fahnen und einem Meer von grünweißen Fahnen Sachsens, die nicht in einer Fahnenfabrik hergestellt, sondern selbst genäht worden sind, da haben Sie geredet.

Ein falsches Wort, und alles wäre verspielt gewesen. Zwischen Absturz in überschäumende taumelnde Unbesonnenheit und Fall in herbe Zurückweisung von Erwartungen hielt Helmut Kohl seine Rede. Sie war nicht von Diplomaten vorbereitet, nicht von Rechtsgelehrten abgewogen worden, sondern kurz vorher mit einem schwarzen Filzstift in Stichworten auf einen Zettel geschrieben worden.

Es war die schwerste und größte Rede, die Helmut Kohl gehalten hat. Ich verrate Ihnen, lieber Helmut Kohl: Ich habe Sie in dieser Sekunde, in dieser Stunde unendlich bewundert als einen großen Staatsmann.

(Beifall)

Mir bleibt wie ein Echo im Ohr der Satz: „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt, die Einheit der Nation." Alle Spannung, alle Befürchtungen, was nach dieser Rede geschehen könne, lösten sich am Ende, als eine alte Frau mit Handtäschchen auf das Podium kletterte, weinte, Helmut Kohl umarmte, keinen markigen Programmsatz sprach, sondern nur sagte: „Wir alle danken Ihnen." Die Mikrophone waren noch eingeschaltet, und alle konnten diesen Satz hören. Die Menschen lösten sich aus ihrer beklommenen Unentschlossenheit und gingen friedlich nach Hause.

Eine große besonnene Rede und die Klugheit einer alten, bescheidenen Frau – das war fünf Tage vor Weihnachten 1989, eine historische Stunde.

Bild Nummer zwei: Helmut Kohl im Wahlkampf 1998. – Er eilt und hetzt durch Deutschland. Er kämpft sich mehr als je zuvor durch Zuhörermassen. Junge und Alte, sie hören ihm gespannt zu. Helmut Kohl mobilisierte alle seine Lebensgeister. Ich sehe ihn nach einer Kundgebung erschöpft in sein Auto fallend und dann sich zusammenreißend. Er spricht auf der letzten Kundgebung, als sei es seine erste an diesem Tag. Dabei war es seine dritte.

Lieber Helmut Kohl, wenn nicht nur das Ergebnis zählt, sondern auch Wille und Einsatz, dann war dies Ihr größter Wahlkampf.

(Beifall)

Zyniker der Macht werden sagen: Es zählt nur das Ergebnis. Für mich mißt sich Größe jedoch nicht nur an Ergebnissen – Größe ist keine Rechengröße –, sondern auch an der Leidenschaft, mit der man für ein großes Ziel, für ein gutes Ziel kämpft, an der Leidenschaft, mit der Sie gekämpft haben.

Bild Nummer drei: Wahl am 27. September 1998. – Die Wahl ist verloren. Helmut Kohl tritt vor die deutsche Öffentlichkeit. Kein Wort im Zorn, keine Ausrede. Er beschämte alle, die schadenfroh und hämisch warteten, wie er reagierte. Ein Verlierer: fair, nobel, mit großer Würde.

An diesem Abend, Helmut Kohl, haben Sie die Sympathie vieler Menschen über Parteigrenzen hinaus für sich, für die Demokratie, gewonnen.

(Beifall)

Dies war ein ziviler Machtwechsel, kein Machtwechsel nach einem Krieg, sondern nach einem demokratischen Wahlkampf.

Helmut Kohl trat vor die Kameras, wie ihn manche nicht kannten, weil sie sich ein falsches Bild vom Menschen Helmut Kohl gemacht hatten oder es gemacht bekommen hatten. Helmut Kohl ist eben ein anständiger Kerl, ein vorbildlicher Demokrat und ein großer Patriot.

(Beifall)

Es bleibt noch viel zu sagen. Aber unser Gespräch ist ja nicht am Ende; es geht weiter.

Ein letzter Dank in dieser Rede: Sie haben die große Volkspartei CDU zusammengehalten, nicht nur mit Programmen, nicht nur auf Parteitagen – es waren große Programme und große Parteitage –, sondern auch mit Herz. Irgendwie – andere mögen darüber spotten – sind Sie als Bundesvorsitzender der CDU auch eine Art Kreisvorsitzender geblieben. Man kümmert sich eben um seine Leute, was manche, die es nie verstanden haben, als das System Kohl bezeichnet haben. Das wichtigste Werkzeug dieses Systems ist das Telefon. Mit dem Telefon haben Sie nicht nur Mitterand, Maggie, Ronald, George, Bill und Boris angerufen, sondern auch Karl, Frieda, Elisabeth und Kurt,

(Heiterkeit und Beifall)

also auch die kleinen unbekannten Soldaten der CDU, von denen Sie nichts anderes erwarteten als die Antwort auf die Frage: Wie geht es dir?

Eine Partei ist keine Aktiengesellschaft mit wechselnden Beteiligungen, die auf der Meinungsbörse je nach Kurs gehandelt, gekauft und verkauft werden. Eine Partei braucht ein Grundgefühl für Zusammengehörigkeit. Trotz aller Diskussionen, die wir geführt haben, ist es ein großes Verdienst, daß Sie eine so große Partei in schwerer Zeit zusammengehalten haben.

(Beifall)

Ich wünsche schon jetzt, daß Wolfgang Schäuble mit unserer Unterstützung diese schwere Aufgabe, deren Bewältigung nicht selbstverständlich ist – eine Volkspartei ist kein Naturereignis, sondern ein Kunstprodukt – genauso wie bisher lösen wird.

Jetzt ein Geschenk: ein Stich vom Siebengebirge. Alexander von Humboldt hat das Siebengebirge als achtes Weltwunder bezeichnet. Es stammt aus dem Jahre 1767 von einem in Dresden geborenen Maler, von Carl Wizani. Am Fuße des Siebengebirges haben Sie, Helmut Kohl, 1973 den Parteivorsitz übernommen, am Fuße des Siebengebirges geben Sie ihn 1998 ab.

In Ihrer Antrittsrede heißt es:

> Wir brauchen Sensibilität für das, was Menschen wichtig ist, was sie erstreben, was sie zu vermeiden trachten.

Das ist ein Satz, der 1973 richtig war und 1998 richtig ist. Herzlichen Dank! Vergelt's Gott, lieber Helmut Kohl!

(Langanhaltender Beifall – Dr. Norbert Blüm überreicht Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl einen Kupferstich)

Der Bundesvorstand hat am 22. Oktober dieses Jahres einstimmig beschlossen, Helmut Kohl auf dem Parteitag zum Ehrenvorsitzenden vorzuschlagen. Ich möchte diesen Vorschlag hier einbringen und wiederholen. Ich gehe davon aus, daß wir offen darüber abstimmen können. Wer dem Vorschlag zustimmt, Helmut Kohl zum Ehrenvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu wählen, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Lieber Helmut Kohl, die Wahl ist einstimmig erfolgt.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Herr Ehrenvorsitzender, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Parteitages.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 7.3 auf:

BERICHT DER BUNDESSCHATZMEISTERIN DER CDU DEUTSCHLANDS
Vorlage des Rechenschaftsberichts 1996 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz

Ich erteile Brigitte Baumeister das Wort.

Brigitte Baumeister: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit meinem heutigen Bericht möchte ich Ihnen einen Überblick über die finanzielle Entwicklung unserer Partei in den Jahren 1997 und 1998 geben. Da es mein letzter Bericht als Schatzmeisterin unserer Partei ist, möchte ich zugleich ein kurzes Resümee meiner Arbeit ziehen.

Wie sieht die Entwicklung der Parteifinanzen in der Zeit von 1996 bis 1998 aus? Vor zwei Jahren konnte ich Ihnen in Hannover berichten, daß die CDU-Bundespartei entschuldet ist. Die Entwicklung der Finanzen hat sich seitdem zunächst weiter verbessert. Nach langer Zeit konnten wir 1996 wieder Rücklagen für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf bilden. 1997 konnten wir weitere Mittel in die Rücklagen einstellen. Die Bundesgeschäftsstelle hat dazu durch eine sparsame Haushaltsführung und Ausgabendisziplin entscheidend beigetragen. Hierfür möchte ich mich beim Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Adenauer-Hauses ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Das Jahr 1998 stand erwartungsgemäß im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Der Wahlkampfetat der Bundespartei, der in Abstimmung mit dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und mir dem Bundesvorstand vorgelegt und von diesem verabschiedet worden ist, konnte eingehalten werden. Mit 50 Millionen DM war er angesichts der Herausforderungen in diesem Wahlkampf und im Hinblick auf die gestiegenen Kosten, insbesondere für die elektronischen Medien, knapp bemessen – ganz im Gegensatz zum Etat der SPD, die nach meiner Einschätzung erheblich mehr ausgegeben hat. Dennoch wird die Bundespartei zum Jahresende wieder einen Kreditrahmen in Höhe von ca. 28 Millionen DM in Anspruch nehmen müssen, der jedoch unter den Kreditaufnahmen früherer Jahre – auch zu Beginn meiner Tätigkeit–

bleiben wird. Dies setzt aber voraus, daß der Etat für den im nächsten Jahr bevorstehenden Europawahlkampf ebenfalls entsprechend kostenorientiert aufgestellt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die finanzielle Situation aller Parteien wird durch das Parteienfinanzierungsgesetz von 1994, das ich mitgestalten konnte, geprägt. Die Vorgaben des Verfassungsgerichts haben dem Gesetzgeber jedoch enge Grenzen gesetzt. Insbesondere die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Unternehmensspenden und die Herabsetzung der Veröffentlichungsgrenze betreffend Spenden auf 20 000 DM haben sich massiv auf die Struktur des Spendenaufkommens ausgewirkt. Trotz dieser Beschwernisse ist es mir 1997 gelungen, wieder mehr Spenden einzuwerben als 1993, dem letzten Jahr der alten gesetzlichen Regelung mit den bereits erwähnten steuerlichen Vergünstigungen.

In diesem Jahr, dem Wahljahr, können wir Spenden in Höhe von annähernd acht Millionen DM verzeichnen.

(Vereinzelt Beifall)

Viele persönliche Besuche, die Ansprache einzelner Entscheidungsträger sowie Gesprächsrunden in Bonn und an anderen Orten haben dazu beigetragen, dieses Ergebnis zu erzielen. Dabei haben mich auch Persönlichkeiten der Wirtschaft durch eigene Aktivitäten unterstützt. Dafür möchte ich allen unseren Förderern an dieser Stelle, auch im Namen unserer Partei, sehr herzlich danken.

(Beifall)

Nun ein kurzer Rückblick auf meine Arbeit als Bundesschatzmeisterin.

1. kommerzielle Spendenwerbung

Meine Damen und Herren, der Beginn meiner Tätigkeit war von Problemen mit der immer stärker in die Kritik geratenen kommerziellen Spendenwerbung überschattet. Sicher eine nicht leichte Bürde. 1994 habe ich, nicht zuletzt wegen des sich verdichtenden Verdachts krimineller Handlungen, diese Art der Spendenwerbung beendet. Einer der ehemaligen Spendenbeschaffer ist inzwischen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden.

2. neue Spendenwerbung

In der Folgezeit habe ich in Abstimmung mit den Landesverbänden versucht, einen anderen Weg der Spendenwerbung zu gehen. Im Wege der Direktansprache von Bürgerinnen und Bürgern ist es gelungen, bis heute rund 10 000 neue Spender zu gewinnen, mit denen wir auch in Zukunft den Kontakt halten und ausbauen müssen. Damit wird gleichzeitig dem Anspruch der Verwurzelung der politischen Parteien in der Bevölkerung Rechnung getragen, wie ihn das Bundesverfassungsgericht formuliert hat.

3. parteiinterner Finanzausgleich

Die Interessen der Landesverbände habe ich immer auch als Anliegen unserer gesamten Partei verstanden. Deshalb war es mir wichtig, einen neuen parteiinternen Finanzausgleich mit Leistungsanreizen für Spenden– und Beitragseinnahmen zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei zu vereinbaren. Ganz besonders lagen mir unsere Landes-

verbände in den neuen Ländern am Herzen, die mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Mit Zustimmung aller Landesverbände konnten wir in der Bundesfinanzkommission den Landesverbänden in den neuen Ländern durch besondere Maßnahmen eine finanzielle Grundlage für ihre Aufbauarbeit sichern, die von allen übrigen Landesverbänden und der Bundespartei getragen werden. Dies ist nach meiner Meinung auch in Zukunft notwendig, damit wir in den neuen Ländern wieder politische Erfolge erzielen.

4. Unsere Wirtschaftsbetriebe schreiben wieder schwarze Zahlen

Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde, im Bereich unserer Wirtschaftsbetriebe konnten wir den Konsolidierungskurs seit 1993 in den letzten zwei Jahren durch eine Neuorganisation fortsetzen.

Auch die räumliche Zusammenführung der Unternehmen in Bonn hat zu weiteren Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten geführt. Zusammen mit einem attraktiven Angebot an Produkten und Dienstleistungen hat dies dazu geführt, daß 1998 alle Unternehmen im operativen Geschäft wieder Gewinne erzielen.

(Beifall)

Das vierteljährlich erscheinende „UNION-Magazin“ ist in seiner Gestaltung stark verbessert und damit auch attraktiver geworden. Gleichzeitig ist es gelungen, unser Mitgliedermagazin im Verlauf der letzten Jahre um rund 1,4 Millionen DM günstiger zu produzieren.

Dies gilt aber auch für andere Erzeugnisse und Dienstleistungen. Der Ausbau der elektronischen Kommunikationssysteme hat zugleich viele neue Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sich gebracht. Die Modernisierung der Zentralen Mitgliederdatei ist fast abgeschlossen. Besonders hervorheben möchte ich, daß die von der UBG entwickelte Internet-Präsentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle für ihre gelungene Gestaltung ausgezeichnet worden ist.

Die Geschäftsführung der Wirtschaftsbetriebe hat in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsstelle einen Investor gefunden, der im Raum Bonn ein attraktives und auf die besonderen Bedürfnisse ausgerichtetes Betriebsgebäude zu günstigen Mietkonditionen errichtet. Auf Grund der modernen Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen des Informationsverbundes Bonn/Berlin ist ein Umzug nach Berlin nicht erforderlich und die Zukunft der Betriebe auch insoweit gesichert.

5. Umzug nach Berlin

Dagegen wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle nach Berlin umziehen. Nach langen Auswahlverfahren, der Besichtigung zahlreicher Immobilien und der Prüfung von Neubauangeboten hat der Bundesvorstand am 30. Juni 1997 einstimmig beschlossen, die neue Bundesgeschäftsstelle am Klingelhöfer Dreieck in der Mitte Berlins zu errichten. In zahlreichen Sitzungen der vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission sind unterschiedliche Konzepte und auch Finanzierungsangebote diskutiert und verglichen worden. Uns kam es darauf an, ein Gebäude zu schaffen, das eine unverwechselbare und mit der CDU verbundene eigene Identität erhält und gleichzeitig den finanziellen Möglichkeiten unserer Partei

Rechnung trägt. Mit dem bereits im Bau befindlichen Gebäude können wir beides gleichermaßen verwirklichen.

Auch wenn es uns angesichts der damit einhergehenden finanziellen Belastungen nicht leicht fällt, halte ich es doch für eine richtige Entscheidung, der CDU auch in Berlin eine moderne und attraktive Heimat zu geben. Ich finde, dies ist für eine Volkspartei nicht übertrieben, sondern notwendig.

Als Vorsitzende des Hausvereins der CDU habe ich Wert darauf gelegt, daß die dazu abgeschlossenen und noch abzuschließenden Verträge in allen Fällen vorher von unabhängigen Beratern überprüft wurden und ein Projektsteuerer zur Einhaltung der Qualität aller Arbeiten und zur Ausgabenkontrolle eingeschaltet wurde.

Das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn konnten wir dank seiner attraktiven Lage zu einem für uns günstigen Preis an die Deutsche Telekom verkaufen. Ich möchte an dieser Stelle all denjenigen danken, die über Jahrzehnte hin durch ihre großzügige Unterstützung den Bau und den Unterhalt des Konrad-Adenauer-Hauses mit ermöglicht haben!

(Beifall)

Im Rahmen unseres Umzugs sind wir zur Zeit dabei, einen Sozialplan für unsere Mitarbeiter zu verabschieden, der all diejenigen, die mit der Partei an die Spree bzw. an den Landwehrkanal umziehen, bei diesem Ortswechsel unterstützt, aber auch denen, die hier in Bonn bleiben werden, die Übergangszeit und die Suche nach einer neuen Tätigkeit erleichtert. Auch hier gilt es, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten allen so gut wie möglich zu helfen. Dies sind wir unseren oft langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig, die in vielen Wahlkampfauseinandersetzungen unermüdlich und mit überdurchschnittlichem persönlichem Engagement für unsere Partei gearbeitet haben und dies auch weiter tun.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir werden auch im Bereich der Finanzen weiterhin große Anstrengungen unternehmen müssen, um unsere Partei sicher in die Zukunft zu bringen.

Am Ende meiner insgesamt sechsjährigen Tätigkeit als Bundesschatzmeisterin möchte ich mich bei allen bedanken, die mich bei meiner nicht immer leichten, verantwortungsvollen Tätigkeit unterstützt und mir geholfen haben. Ich habe stets auch in den Gliederungen unserer Partei große Unterstützung erfahren und denke gerne an die vielen interessanten und schönen Begegnungen zurück.

(Beifall)

Ich denke, ich kann getrost den Stab an meinen vorgeschlagenen Nachfolger im Amt, Matthias Wissmann, weitergeben. Ich wünsche ihm eine glückliche Hand bei all seinen Entscheidungen und viel Erfolg unserer Partei.

Allen, die mich auf diesem Weg begleitet haben, ganz besonders dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und den Geschäftsführern, danke ich von Herzen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Liebe Frau Baumeister, das Amt des Schatzmeisters ist Dienst hinter den Kulissen. Deshalb denken manche, es wäre ein undankbares Amt. Daß es nicht so ist, das wollen wir Ihnen beweisen, indem wir Ihnen für Ihre Arbeit als Schatzmeisterin herzlich danken.

(Beifall)

Sie haben die Einnahmen verbessert und, wie es sich für eine Schwäbin gehört, ungern ausgegeben. Sie haben die Konsolidierung der Parteifinanzen vorwärtsgetrieben. Die Wirtschaftsbetriebe schreiben wieder schwarze Zahlen. Sie haben den neuen Ländern geholfen, daß sie Wahlkämpfe führen können; dazu braucht man auch Geld. Sie haben den Umzug des Konrad-Adenauer-Hauses nach Berlin vorbereitet und mit dazu die Voraussetzungen geschaffen, daß wir demnächst in Berlin die modernste Parteizentrale in Europa haben. Das alles ging nicht ohne Ihre Anstrengung, ohne Ihre Arbeit. Noch einmal, Frau Baumeister, unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt weitere Gäste zu begrüßen: zum erstenmal auf einem CDU-Parteitag Franz-Josef Möllenberg, der erste Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten.

(Beifall)

Ich grüße auch den Josef Stingl, ehemals Präsident der Bundesanstalt, jetzt Vorsitzender unseres Ältestenrates.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, liebe Delegierten, bitte ich Sie wirklich um konzentrierte Aufmerksamkeit, schon aus Achtung vor der Arbeit, die Peter Hintze geleistet hat. Er bekommt nämlich jetzt das Wort. Ich finde, ein Stück des Respektes können Sie ihm dadurch abstatten, indem Sie seinem Bericht mit großer Aufmerksamkeit zuhören. Lieber Peter Hintze, Sie haben das Wort.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Lieber Helmut Kohl! Lieber Norbert Blüm! Liebe Freunde! Vorgestern hat die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg die Oktoberzahlen zum Arbeitsmarkt vorgelegt. Im Vorjahresvergleich ist die Arbeitslosenzahl in Deutschland um 400 000 gesunken. Die rot-grüne Regierung hier in Bonn säuselt herum. Jeder kann sich das Geschrei ausmalen, das Lafontaine, Schröder und Co. angestimmt hätten, wenn die Arbeitslosigkeit gestiegen wäre. „Erblast“ hätte es dann aus allen Ecken getönt. Ja, wo liegen denn die Ursachen für den Rückgang dieser Arbeitslosigkeit? Es ist das Ergebnis unserer Politik, das diese Verbesserung am Arbeitsmarkt bewirkt hat.

(Beifall)

Nun machen die schönen Zahlen das Wahlergebnis nicht rückgängig. Gute Politik führt nicht zwingend zum Wahlerfolg; das haben wir erfahren. Uns allen steckt noch das Wahlergebnis in den Knochen. Wir haben gekämpft wie die Stiere. Wir haben eine beachtliche Mobilisierung unserer Anhänger bewirkt. Im Ergebnis hat es nicht gereicht.

Das Ziel ist klar. Es geht darum, unsere Politik wieder mehrheitsfähig zu machen, genauer gesagt: eine mehrheitsfähige Politik auf der Grundlage unserer Überzeugungen zu formulieren und zu kommunizieren.

Es geht auch darum, die Herzen der Menschen wieder zu wenden. Wir haben den Auftrag und das Mandat von über 17 Millionen Wählerinnen und Wählern, die uns die Treue gehalten haben. Wir haben dieses Mandat ernst zu nehmen. Sie erwarten von uns, von der Christlich Demokratischen Union, eine kraftvolle Alternative zu Rot-grün und eine starke Anstrengung, damit wir in vier Jahren die Dinge wieder zum Guten wenden können.

(Beifall)

Wenn wir uns die Kette der letzten Landtagswahlen und das Ergebnis der Bundestagswahl vor Augen führen, müssen wir konstatieren, daß derzeit in Deutschland zwei Politikkonzepte im Wettstreit stehen: Wir in der CDU setzen auf Freiheit, auf Wettbewerb, auf Innovation und auf eine Rücknahme der Staatstätigkeit. Die Sozialdemokraten betonen stärker das Prinzip der Gleichheit und einer aktiveren Rolle des Staates im Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung. Wir wissen – das hat die Geschichte gezeigt –, wohin das führt. Aber wir kommen nicht umhin, anzuerkennen, daß wir für unser Konzept zur Zeit keine Mehrheit in der Bevölkerung haben.

Abwarten, bis die Wähler von selbst zurückkommen, wäre eine wenig erfolgreiche Strategie. Vor dem Hintergrund der Globalisierung, des massiven Umbruchs in der Arbeitswelt umtreibt viele Menschen die Angst, daß die von uns geforderte Eigenverantwortung Ausgeliefertsein bedeuten könnte. Solange die große Mehrheit in der Bevölkerung auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen ist, wird nur der bei Wahlen gewinnen können, der den Menschen das Gefühl sozialen Halts vermittelt. Die Schlüsselfrage lautet: Wie bekommen wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurück, die diesen Halt diesmal bei uns nicht zu verspüren glaubten?

Die Ratschläge, die wir bekommen, gehen in unterschiedliche Richtungen. Eines sage ich ganz klar: Weder als aufgeblasene FDP noch als Abklatsch der SPD noch als konservative Fundis haben wir eine Chance. Voraussetzung für den Erfolg ist, daß wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands unterscheidbar bleiben.

(Beifall)

Unsere Chance liegt in einem unverwechselbar christlich-demokratischen Ansatz für das 21. Jahrhundert. Es geht darum, daß uns die Leute interessant finden, daß wir interessante politische Projekte entwickeln, denen die Menschen gerne folgen, die sie faszinieren und die sie sich uns anschließen lassen. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Sprache, die wir sprechen.

Ich frage mich schon, ob ich in meiner Begeisterung für unsere absolut richtigen Reformen nicht manche berechtigte Befürchtung der Menschen unterbewertet habe. Wir sind uns immer sehr schnell einig in der Ablehnung des Zeitgeistes. Die Mahnung unseres Vorsitzenden dazu war richtig. Denn die Gefahr ist, daß man dann, wenn man den Zeitgeist ablehnt, auch die Empfindungen und das Lebensgefühl der Menschen nicht immer erfaßt.

Politik ist dann erfolgreich, wenn sie sowohl den Kopf als auch das Herz der Menschen anspricht. Ein Beispiel: Natürlich beschäftigen wir uns bei unseren Reformdiskussionen mit Standortfaktoren, mit Kostendruck, mit der Alterspyramide im Bevölkerungsaufbau. Aber im Kern geht es um die Menschen, um den 53jährigen Familienvater, der sich um die Familie sorgt, ein Häuschen abbezahlen muß und Sorge um seinen Arbeitsplatz hat.

Liebe Freunde, wir können nicht erwarten, daß ein ganzes Volk die eigenen Bedürfnisse ad acta legt und mit uns Reformen nachjagt wie die Ritter der Arthussage dem Heiligen Gral. Die Menschen machen Modernisierung mit, wenn sie sich darin wiederfinden.

Soziale Gerechtigkeit gehört zum Kernbestand unserer Überzeugungen. Das haben wir nicht zuletzt bei der deutschen Einheit unter Beweis gestellt. Die CDU ist die Partei der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die den Unternehmer und den kleinen Mann gleichermaßen im Blick hat. Wir, liebe Freunde in der CDU, sind für alle Menschen im Land da. Darauf müssen wir auch unsere Politik ausrichten.

(Beifall)

Noch ein Thema: Wahlen kann man schlecht allein gewinnen. Trübt mich der Eindruck, daß ein Grund für unser Wahlergebnis auch darin zu suchen ist, daß die Union wichtige Bündnispartner in der Gesellschaft verloren hat? Wir stehen nicht allein, aber ein paar mehr könnten es schon sein. Welcher maßgebliche Verband im Arbeitnehmerlager oder welcher Familienverband ist in den letzten Monaten werbend für uns und unsere Politik eingetreten? Wer Wahlen gewinnen will, braucht Bündnispartner.

Liebe Freunde, es kann unserer Politik nur guttun, wenn sie Impulse aus dem breiten Spektrum unserer Gesellschaft aufnimmt, aus den Kirchen, aus den Naturschutzverbänden, aus Jugendverbänden oder Elternvereinen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Charakter als Volkspartei ist das Lebenselixier unserer CDU. Eine Volkspartei zeichnet sich dadurch aus, daß sie integrieren kann und daß sie für jede wesentliche Frage der Politik eine originäre und mehrheitsfähige Antwort hat. Die Stärke der Volkspartei CDU war und ist ihre Vielfalt, ihre politische Spannbreite zwischen den Flügeln mit einem starken Rumpf in der Mitte. Diese Spannbreite, die deutlich sein muß in Personen und Inhalten, ist wichtiger denn je, damit sich der Phönix CDU kraftvoll aus der Asche des 27. September 1998 erhebt.

Mit dem, was Rotgrün derzeit in Bonn veranstaltet, sind dafür die Voraussetzungen gut. Erste Maßnahme der neuen Regierung war ein konzertierter Angriff von Lafontaine und Schröder auf die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank.

(Vereinzelt Beifall)

Die rotgrünen Herren üben Druck aus, um die Währungshüter vom Kurs der Geldwertstabilität abzubringen. Dabei wissen wir seit Helmut Schmidt, daß mit Inflation keine Arbeitsplätze zu schaffen sind.

(Beifall)

Es wäre schlimm, wenn in Zukunft die Europäische Zentralbank in Frankfurt ihre Unabhängigkeit ausgerechnet gegen eine deutsche Regierung verteidigen müßte.

(Beifall)

Ein Thema, das unser Land zerreißen kann, ist die doppelte Staatsbürgerschaft. Wir in der CDU sind für die Integration unserer ausländischen Mitbürger. 7 Millionen ausländische Mitbürger, die bei uns leben, hier arbeiten, gute Freunde, Nachbarn und Sportkameraden sind, beschreiben ein Thema, das auf die CDU-Agenda der nächsten Jahre gehört. Dabei sind wir besonders mit Blick auf die Kinder gefordert, die hier geboren werden und aufwachsen.

(Vereinzelt Beifall)

Eines muß aber ganz klar sein: Die rotgrüne Absicht, die doppelte Staatsangehörigkeit zum Regelfall zu machen, hebt die Einheit von Rechten und Pflichten auf, schafft gespaltene Loyalitäten und ist gegenüber den Bürgern mit nur einer Staatsangehörigkeit ungerecht. Dem werden wir uns widersetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die Personaldebatten und Machtkämpfe bei SPD und Grünen entwickeln. Das Hauen und Stechen bei den Sozialdemokraten hat schon vor Regierungsantritt wieder kräftig begonnen. Eines wird ganz deutlich: Schröder darf verkaufen, die Richtlinien der Politik bestimmt ein anderer; Lafontaine läßt grüßen, und Stollmann war nur ein Strohmann.

(Beifall)

Bei der Vereidigung der neuen Regierung im Bundestag haben wir eine denkwürdige Veränderung erlebt. Gerhard Schröder hat bei der Ableistung seines Amtseides auf die Formel „so wahr mir Gott helfe“ verzichtet.

Unser Grundgesetz spricht in seiner Präambel von unserer Verantwortung vor Gott und dokumentiert damit, daß die Grundrechte Bestandteil unserer christlichen Kultur sind und nur im Sinne unseres christlichen Verständnisses verstanden werden können. „So wahr mir Gott helfe“ meint auch: Der Mensch kann niemals selbst das Maß aller Dinge setzen. Wer meint, er könne bei seiner Amtsführung auf die Bitte um Gottes Hilfe verzichten, begibt sich auf einen schwankenden Grund.

(Beifall)

In dieser Woche haben SPD und PDS in Schwerin das erste offizielle Regierungsbündnis zwischen Sozialdemokraten und PDS geschlossen. Für mich bleibt die Tatsache, daß nur neun Jahre nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht die SED-Erben mit Hilfe der SPD wieder an die Schalthebel der Macht gelangen, ein ungeheuerlicher Vorgang!

(Beifall)

Seit unserer Rote-Socken-Warnung aus dem Jahr 1994 diskutieren wir in Deutschland, ob man die SED-Fortsetzungsorganisation so scharf attackieren dürfe. Ich habe viele Ratschläge bekommen, das zu unterlassen. Von Oskar Lafontaine bis hin zum „Neuen Deutschland“

hat sich die ganze Linke daran beteiligt. Heute muß ich feststellen: Die PDS hat aus der Opposition heraus über Tolerierung und offene Regierungsbeteiligung den Weg zur Macht gefunden, und die Sozialdemokraten haben ihr dabei geholfen. Das ist und bleibt ein Skandal.

(Beifall)

Wer wird uns da geboten? Der PDS-Funktionär und Vizeministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Holter, wird vom öffentlich-rechtlichen Frühstücksfernsehen bereits als Hoffnungsgestalt gefeiert. Dieser Mann ist in Moskau gründlich auf der KPdSU-Parteihochschule geschult worden. Man kann sagen, das sei in den 80er Jahren gewesen, er denke heute vielleicht anders. Aber noch vor zwei Wochen hat er dokumentiert, wes Geistes Kind er ist. Er hat gesagt, die PDS sei „antikapitalistisch, sozialistisch und systemoppositionell". Was ist denn das System, gegen das er opponiert? Es ist das System des Grundgesetzes. Hier ruft einer zur Opposition gegen unsere Ordnung auf. Die SPD holt die, die das Volk 1989 aus den Ämtern gejagt hat, in eine Regierung. Das ist schlimm!

(Beifall)

Bitter ist es auch, daß in Zukunft Sitzungen des Deutschen Bundestages von einer Parteigängerin der SED-Fortsetzungsorganisation geleitet werden. Ich bin ganz sicher, daß sich, wenn die Rechtsradikalen – was glücklicherweise nicht passiert ist – den Sprung in den Bundestag geschafft hätten, alle Parteien blitzschnell geeinigt hätten, die Geschäftsordnung zu ändern, um zu verhindern, daß ein Rechtsradikaler dem Deutschen Bundestag präsidiert. Es hat sich aber keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden, um zu verhindern, daß eine linksradikale Person die Sitzungen des Deutschen Bundestages leitet. Das Verhalten von SPD und Grünen in der PDS-Frage ist ein Verrat an den Idealen der freiheitlichen Bürgerbewegung der DDR.

(Beifall)

Wenn wir bei der Ausgestaltung der deutschen Einheit einen Fehler gemacht haben, dann ist es vielleicht der, daß wir zuviel vom Geld und zuwenig von der Freiheit gesprochen haben. Die Freiheit aber ist nicht zuletzt auch Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen und soziale Kraft. Ich bin froh und dankbar, daß in den letzten Jahren viele Menschen aus anderen Parteien und aus der Bürgerbewegung zu unserer CDU gekommen sind, weil sie erkannt haben, daß die CDU als einzige Partei in Deutschland die Idee der Freiheit hochhält und realisiert. Ich freue mich, daß wir Vera Lengsfeld, Günter Nooke und Erhart Neubert und viele andere Bürgerrechtler in den letzten Jahren gewonnen haben.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle auch unserem sächsischen Kämpfer Arnold Vaatz ein herzliches Wort des Dankes sagen. Er war für viele Menschen, die sich noch nicht für die CDU entscheiden konnten, ein wichtiger Gesprächspartner. Seine Person war ein Grund dafür, daß sie zu uns gekommen sind. Ich freue mich, daß wir einen so aufrechten Streiter wie Arnold Vaatz in unseren Reihen haben.

(Beifall)

Ein Mann hier im Saal, liebe Freunde, steht für die deutsche Einheit wie kein anderer: Lieber Helmut Kohl, Ihnen gebührt ein herausragender Dank für 25 Jahre Arbeit als Parteivorsitzender und 16 Jahre als Bundeskanzler. Als ich Sie im Jahre 1971 kennenlernte, nannten Sie zwei Lebensziele: die deutsche Einheit und die europäische Einigung. Ich war damals ein junger Student und habe Mauer und Stacheldraht als festgefügte Bestandteile der deutschen Teilung erlebt. Daß wir heute auf einem Parteitag auf so viele Erfolge und erfreuliche Veränderungen, die seitdem geschehen sind, zurückblicken dürfen, ist ein Verdienst von Helmut Kohl. Ich bin sicher, es wird sich in den kommenden Jahren noch mancher in der Bevölkerung mit Wehmut an die 16 Jahre Helmut Kohl erinnern.

(Beifall)

Bedanken möchte ich mich bei Christian Dürig und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses. Lieber Wolfgang Schäuble, liebe Angela Merkel, ich kann Ihnen sagen, daß ein ausgesprochen leistungsstarkes und leistungshungriges Team auf Sie wartet. Es hat Lust, den Neuanfang mit Ihnen zu gestalten. Die nächsten Wahlkämpfe stehen ja vor der Tür. So wünsche ich mir am Schluß meiner Rede auf diesem Parteitag, daß unsere CDU die erste Chance zur Widerlegung von Rot-Grün nutzt und Roland Koch bei den Landtagswahlen in Hessen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, 1992 habe ich auf Bitten von Helmut Kohl das Amt des Generalsekretärs übernommen. Heute, nach sechseinhalb Jahren intensiver Arbeit, gebe ich es wieder ab. Wolfgang Schäuble braucht freie Hand für den Neuanfang. Ich leiste dazu meinen Beitrag. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, Sie haben Beifall verdient. Sechs Jahre haben Sie für die CDU Deutschlands unerschrocken, unermüdlich und leidenschaftlich als Generalsekretär gewirkt. Sie haben für die CDU mit dem Florett, aber auch mit dem schweren Degen gefochten. Sie haben ausgeteilt und eingesteckt. Sie haben sich nie beklagt, weder intern noch öffentlich, wenn Sie ohne Grund einstecken mußten. Der Generalsekretär, das hängt mit seinem Berufsbild zusammen, hat mehr Ratgeber als Verbündete. Sie haben viele Ratgeber gehabt, aber man braucht auch, wie Sie sagten, über die Partei hinaus Unterstützung. Dieses wollen wir unserer neuen Generalsekretärin versprechen, denn allein schafft sie es nicht. Sie, Herr Hintze, haben Dinge angepackt, die Ihnen wichtig waren, wie die Karlsruher Beschlüsse zur Parteireform und die Einführung der Frauenquote. Sie haben an unserem familienpolitischen Programm mitgeschrieben. Immerhin sind in der letzten Legislaturperiode 13 Milliarden DM zur Wirkung gekommen. Das Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ – ein großes Programm, verabschiedet in Hamburg – haben Sie mit vorbereitet.

Sie sind kein Leisetreter, eher ein Antreiber, auch wenn man es bei Ihnen nicht vermutet. Sie suchen die scharfkantige Auseinandersetzung. Die PDS hat das gespürt. Und Sie brauchen noch mehr dieser scharfkantigen Auseinandersetzungen.

Sie haben manche Mutprobe mit geradezu jungenhaftem Lächeln bestanden, ohne Schaum vor dem Mund.

Sie verlassen Ihr Amt hocherhobenen Hauptes in dem Bewußtsein, sechs Jahre nicht nur der Partei gedient zu haben, sondern ein hervorragender Generalsekretär gewesen zu sein.

(Beifall)

Laßt die Leute alle reden – das ist das Bewußtsein eines Mannes, der für unsere Partei gekämpft hat, reicher geworden um einen Härtetest, reicher geworden um eine Erfahrung. Die CDU wird nicht auf Ihre Begabung verzichten; so doof ist sie auch nicht.

Dank für Loyalität, Kollegialität, Dank fürs Zupacken, Zuschlagen und auch fürs Zuhören. Alle drei Sachen haben Sie meisterhaft beherrscht: zupacken, zuschlagen und zuhören.

(Beifall)

Peter Hintze, sicherlich tut es Ihnen gut, daß die Partei Ihnen mit großer Herzlichkeit Dank sagt und Ihnen jetzt einen Blumenstrauß überreichen läßt. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte auch weiterhin um große Konzentration und Aufmerksamkeit. Wir kommen jetzt zu einem wichtigen Tagesordnungspunkt unseres Parteitages. Wir kommen jetzt nämlich – das ist so harmlos ausgedruckt – zum TAGESORDNUNGSPUNKT 7.5:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sie alle wissen, das ist nicht nur der routinierte Bericht, sondern das ist die Rede des Mannes, der heute als neuer Vorsitzender kandidiert. Lieber Wolfgang, Du hast das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Statut und Tagesordnung erstatte ich den Bericht für die 245 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Bundesvorstand hat mich allerdings gebeten, zugleich etwas zu den Vorstellungen eines Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden zu sagen.

Dieser Parteitag, liebe Freunde, markiert eine Zäsur in der Geschichte der Union. Das Ergebnis der Bundestagswahl bedeutet den Abschied aus der Regierungsverantwortung nach 16 Jahren erfolgreicher Arbeit für Deutschland. Liebe Freunde, es waren 16 gute Jahre für unser Land.

(Beifall)

Wir können mit Stolz und mit Genugtuung zurückblicken. In den 80er Jahren haben wir unser Land wieder nach vorne gebracht: 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Dann die deutsche Einheit, die historische Aufgabe, die Folgen von Teilung und Sozialismus im vereinten Deutschland zu überwinden. Schließlich die europäische Einigung und die Erweiterung der Europäischen Union. Wir haben in diesen Jahren unter der politischen Verantwortung der Union Geschichte geschrieben.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben den Durchbruch am Arbeitsmarkt erreicht. Vorgestern haben wir die Zahlen für Oktober gehört: 400 000 weniger als vor einem Jahr. Lie-

be Freunde, wären die Zahlen schlechter gewesen, hätten vorgestern alle gesagt, das sei das Ergebnis der Politik unserer Regierung. Jetzt, wo die Zahlen gut sind, wollen wir daran erinnern: Das ist auch das Ergebnis unserer Politik und unserer Reformen, die jetzt rückgängig gemacht werden sollen.

(Beifall)

Wir haben die Steuern gesenkt, die Familien entlastet. Wir haben den Aufbau Ost vorangebracht. Wir haben unseren Sozialstaat saniert. Wir haben erfolgreich Verbrechen bekämpft und den Mißbrauch des Asylrechts verhindert. Der Euro ist ebenso unser Werk wie die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Friedenseinsätzen. An alledem und vielem mehr müssen sich unsere Nachfolger messen lassen. Wir übergeben der neuen Regierung ein wohlbestelltes Haus.

(Beifall)

Auch der Abschied von Helmut Kohl vom Amt des Parteivorsitzenden ist eine Zäsur. 25 Jahre! Helmut Kohl hat nach den Einschnitten von 1969 und 1972 die Union zu d e r großen, modernen Volkspartei der Mitte gemacht. Diese lebendige, streitbare, diskussionsfreudige Partei, die die Kraft hat, zur Mitte zu integrieren, wirtschaftliche Effizienz und sozialen Ausgleich genauso miteinander zu verbinden wie Nation und Europa, Umweltschutz und Arbeitsplätze, Freiheit und Sicherheit, diese Partei, die Menschen aller Schichten, Interessen und Altersgruppen in sich vereint und zum Ausgleich befähigt, diese große Volkspartei der Mitte hat Entscheidendes zur politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Und das bleibt unser Auftrag, liebe Freunde.

(Beifall)

Lieber Helmut, wir alle wissen, in welchem Maße du dich von Jugend an mit deiner Partei, unserer CDU, identifiziert hast, wie stark du mit deiner Partei gelebt hast, wie du sie geprägt hast. Wir spüren alle, was auch der heutige Tag für dich bedeutet. Ich will gar nicht viele Worte machen, ich möchte dir einfach Dank sagen, Dank für das, was du in all den vielen Jahren für uns getan hast, für unser Land, für deine Partei.

Wir sagen dir Dank für das, was du getan hast für unsere gemeinsamen Ideale und Visionen, für unseren alltäglichen Aufgaben und Pflichten. Das Beste, was man von einem Menschen sagen kann – der Satz stammt von dir –, ist, daß er seine Pflicht getan hat. Lieber Helmut, du hast mehr als deine Pflicht getan.

(Beifall)

Jetzt wird wieder über den Standort der Union diskutiert: alte Mitte, neue Mitte, linke Mitte, rechte Mitte. Liebe Freunde, mir ist das alles zu künstlich. Das sind pseudointellektuelle Begriffsspielereien, die mehr Zeitgeist als Substanz beinhalten.

(Beifall)

Nein, Mitte heißt Ausgleich zwischen unendlich vielen Interessen und Gesichtspunkten. Und nur aus dem Ausgleich und in der Mitte wächst Stabilität und damit eben auch die Kraft zur Veränderung.

Beides brauchen wir, braucht unser Land: Bewahren und Erneuern. Nur wer feste Wurzeln hat, kann weit ausgreifen. Wer nicht die ständig stattfindenden Veränderungen, Entwicklungen begreift und auf sie antwortet und für sie Lösungen findet, der erstarrt und kann Zukunft nicht gestalten. Die Vereinigung der beiden Kräfte, der Kraft zum Bewahren und der Kraft zur Erneuerung, war immer unsere besondere Stärke. Das hat uns geholfen, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, ohne den festen Grund unter den Füßen zu verlieren.

Kraft zur Erneuerung: Das bedeutet ja nicht, daß wir jeder gesellschaftlichen Entwicklung, jedem Trend und jeder Mode hinterherlaufen.Wir sind nicht die deutsche Zeitgeistpartei. Das überlassen wir anderen.

(Beifall)

Kraft zur Erneuerung: Das bedeutet, daß wir Strukturen, wo nötig, ändern und neu schaffen müssen, damit all das, was uns wichtig und wertvoll ist, auch in einer veränderten Welt Bestand haben kann.

Der Reformprozeß in Deutschland muß weitergehen. Das ist nach der Wahl so richtig, wie es vor der Wahl richtig war. Und eine rot-grüne Regierung muß sich dem genauso stellen, wie wir uns dem gestellt haben. „Die Welt“, so hat der Bundespräsident die neue Regierung gemahnt, „wartet nicht auf uns.“ Es darf keinen Stillstand geben in Deutschland, und keine noch so geschickte Inszenierung darf darüber hinweg täuschen. Wir schulden unserem Land eine große, starke Union als integrierende Volkspartei der Mitte. Diese große Volkspartei zusammenzuhalten, das ist das Herzstück unserer Bemühungen seit den Zeiten Konrad Adenauers.

(Beifall)

Diese Integrationsleistung schulden wir nicht nur uns, die schulden wir auch unserem Land. Wo die Union ist, da ist die politische Mitte Deutschlands.

(Beifall)

Unser Koordinatensystem stimmt. Es wird nicht verschoben: nicht nach links und nicht nach rechts, nicht nach Süd und nicht nach Nord, nicht nach Ost und nicht nach West, nicht nach oben und nicht nach unten. Dazu gibt es nach der Wahl so wenig Anlaß wie vor der Wahl. Die Union ist strukturell mehrheitsfähig in Deutschland, daran hat auch der 27. September nichts geändert.

(Beifall)

Die Union – das sind CDU und CSU. Der enge Schulterschluß mit unserer Schwesterpartei – das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Die breite Übereinstimmung in allen Grundsatzfragen zwischen CDU und CSU – das ist das Fundament für unsere gemeinsame Arbeit. Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Deutschen Bundestag – das ist die gemeinsame Klammer, Unterpfand für die Mehrheitsfähigkeit der Union in ganz Deutschland. Deswegen will ich die Gelegenheit nutzen, mich vor dem CDU-Parteitag ganz herzlich bei Michael Glos zu bedanken, der mir in dieser gemeinsamen Arbeit Tag für Tag und Woche für Woche freundschaftliche Hilfe leistet.

(Beifall)

Liebe Freunde, dieser Tage ist gelegentlich zu hören, wie überaus vorteilhaft die politische Konstellation doch für die SPD sei. Von „Optionen“ ist die Rede: Jetzt arbeitet die SPD mit den Grünen zusammen, aber notfalls hätte sie noch die PDS, und auch Westerwelle hat bereits den Funkverkehr aufgenommen. Ganz falsch, liebe Freunde! Daß das linke Lager in Deutschland in mindestens drei Parteien zerfällt, das ist auf Dauer für die Linke kein Vorteil, sondern ein Nachteil. Daß Bündnisse von Rot und Grün keine harmonische Ehe, sondern eher eine Art Scheidungsprozeß in Permanenz bedeuten, kann man in jedem Bundesland beobachten, das mit so einer Beziehungskiste geschlagen ist. Vergleichbares wird auch der neuen Bundesregierung nicht erspart bleiben. Und daß sich die PDS bemühen wird, der SPD mit viel Spalterkampagnen und Sozialdemagogie das Wasser abzugraben, wird die Genossen nicht attraktiver und nicht mehrheitsfähiger machen.

Also: Mögen andere ihre Optionen durchtesten – wir setzen auf Gemeinsamkeit, auf Integration, auf ein breites Bündnis christlich-demokratischer und christlich-sozialer Kräfte, liberal und konservativ, ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich, national und europäisch. Wir marschieren gemeinsam, und wir werden sie gemeinsam schlagen.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, auch nicht Koalitionsspekulationen – das macht am Anfang der Opposition wenig Sinn –, sondern neue Wähler gewinnen! Wer 35 Prozent erzielt hat, soll sich nicht vorrangig damit beschäftigen, wen er alles nicht als Wähler haben will. Ein paar mehr brauchen wir bei den nächsten Wahlen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auch das sage ich: Wer Wahlen gewinnt, der wird auch Partner finden. Nicht Flügelschlagen, sondern zur Mitte integrieren!

Die Union hat der deutschen Nachkriegsgeschichte ihren Stempel aufgedrückt. Wir waren es, die in den drei großen Epochen seit 1945 die Weichen gestellt haben: in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Krieg, in den Jahrzehnten eines stetig wachsenden Wohlstands und in den Jahren seit der glücklichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit, von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bis zu Helmut Kohl. Ohne die Christlich Demokratische und die Christlich-Soziale Union wäre die Bundesrepublik Deutschland in diesen fünf Jahrzehnten nicht das geworden, was sie heute ist. Wir bewahren ein stolzes Erbe, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir haben die Wahlentscheidung vom 27. September akzeptiert. Auch Niederlagen gehören – leider – gelegentlich zur Demokratie. Wir haben den Oppositionsauftrag ohne Wenn und Aber angenommen. Helmut Kohl hat seit dem Wahlabend ein Beispiel gegeben, wie man ei-

ne bittere Wahlniederlage in Würde und den Wechsel in der Verantwortung in demokratischem Respekt trägt. Auch auf dieses Beispiel kann unser Land stolz sein.

(Beifall)

Wenn wir das Wahlergebnis akzeptieren, so heißt das natürlich nicht, daß wir jetzt einfach zur Tagesordnung übergehen dürfen. Die Ursachen unserer Niederlage müssen wir gründlich erörtern. Denn das ist die erste Voraussetzung für künftige Erfolge.

Eine große Rolle hat in meinen Augen das typische Dilemma aller Reformpolitik unter den Bedingungen einer modernen Wohlstandsgesellschaft gespielt: Die Welt verändert sich, und verantwortliche Politik muß dem Rechnung tragen, muß Reformen durchführen. Aber das bedeutet Eingriffe in Besitzstände, bedeutet, den Konflikt der Interessengruppen bis in die eigene Partei und Fraktion hinein auszuhalten, bedeutet gelegentlich auch unpopuläre Entscheidungen, selbst wenn die Grundnotwendigkeiten eigentlich alle einsehen.

Veränderungen verunsichern: Die Menschen beginnen anfällig zu werden für Demagogie, für Angstparolen und Neidkampagnen. Führungspersonen, Lösungskompetenz, Wählerunterstützung – alles nutzt sich so mit der Zeit unweigerlich ab. So war auf der einen Seite das Gerede vom Reformstau Ursache der Wechselstimmung, und andererseits mußten wir teilweise genau wegen der notwendigen Reformen Stimmeinbußen hinnehmen. Die Opposition tat sich leicht damit, zu kritisieren und Forderungen zu stellen. Die Forderungen einzulösen, das ist ungleich schwieriger. Die neue Regierung ist gerade dabei, sich diese Erfahrung intensiv anzueignen.

Trotzdem, liebe Freunde, hätten wir lieber weiterregiert. Opposition ist nur die zweitschönste Aufgabe.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wir sollten nicht darüber sinnieren, wie lange das wohl alles dauern kann. Es dauert gar nicht! In drei Monaten sind in Hessen Landtagswahlen. Und die werden wir, liebe Freunde, mit Roland Koch gewinnen.

(Lebhafter Beifall – Roland Koch erhebt sich)

Rotgrün wird auch mit dem farblosen Eichel nicht besser, und Hessen braucht endlich wieder eine dynamische Regierung, die die innere Sicherheit ernst nimmt, die Investitionen und Arbeitsplätze fordert und die in der Bildungspolitik für Zukunft sorgt.

Liebe Freunde, dann kommen im nächsten Jahr noch sechs Landtgswahlen, acht Kommunalwahlen und im Juni die Europawahl. Wir wollen alle diese Wahlen gewinnen, jede davon – und in vier Jahren auch die Bundestagswahl. Und wir können jede dieser Wahlen gewinnen.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde: Jetzt brauchen wir uns wirklich nicht mit der Frage zu beschäftigen, wer im Jahre 2002 unser Kandidat sein wird. Diese Frage entscheiden wir rechtzeitig und demokratisch und im Einvernehmen mit der CSU. Jetzt haben wir andere Sorgen.

(Beifall)

Die Oppositionsrolle, das bedeutet andere Herausforderungen für unsere Arbeit als Fraktion wie als Partei. Nicht schneller die besseren Gesetzentwürfe formulieren wollen – der Weg von der Klarsichthülle in den Papierkorb ist in der Opposition arg kurz. Nicht die bessere Regierung sein wollen – die Regierung, das sind nun einmal die anderen –, sondern grundsätzliche Alternative und Kontrolle und Kritik! Wir werden nicht Konfrontation um der Konfrontation willen betreiben. Wir werden nicht Positionen einnehmen, die wir in der Sache nicht verantworten können, nur um uns von den anderen zu unterscheiden. Aber wir werden auch keinem Konflikt aus dem Weg gehen, wo er um der Sache willen geboten ist.

Wir werden das Wächteramt der Opposition kraftvoll und angriffslustig wahrnehmen, im Parlament wie in der öffentlichen Auseinandersetzung. Liebe Freunde, wir sind nicht machtlos. Wir haben Unterstützung von vielen, wir haben Verbündete. Wir können und wir müssen den Widerstand und die Kritik gegen die falsche rot-grüne Politik artikulieren und in der öffentlichen Meinungsbildung durchsetzen.

(Beifall)

Wir werden klare Alternativen formulieren, und mit denen werden wir die Menschen ansprechen und überzeugen.

Eines steht ja wohl schon fest: Wer vor der Wahl an Schröders Versprechen von Aufbruch und Erneuerung geglaubt hat, der sieht sich betrogen. Mit dieser Politik gibt es keinen Aufschwung in Deutschland.

(Beifall)

Die rot-grüne Steuerreform, das ist ein Programm zur Verhinderung von Investitionen und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Denn mehr Beschäftigung schafft man nicht, wenn man die Belastungen einseitig den Unternehmen, vor allem auch den kleinen und mittleren Unternehmen, auferlegt. Wer den besonders beschäftigungsintensiven Mittelstand bis über die Schmerzgrenze hinaus drangsaliert, der wird eben nicht mehr Arbeitsplätze bekommen, sondern weniger.

(Zuruf: Sehr wahr!)

Schröder hat ja bereits eingestanden, daß die Steuerpolitik seines Vizekanzlers Lafontaine schon im Ansatz verfehlt ist. Jetzt soll nachgebessert werden. Eigentlich ein einmaliger Vorgang: Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch gar nicht trocken, schon wurde der wieder in Frage gestellt. Bei Schröder geht eben alles und auch das Gegenteil – ein Kanzler der Beliebigkeit.

(Beifall)

Sparen ist für Rot-grün immer ein Fremdwort. Strohfeuer auf Pump sind angesagt. Lafontaine setzt auf eine Politik des leichten Geldes. Die öffentliche Verschuldung ausweiten und die Notenbank unter Druck setzen – liebe Freunde, das fängt nicht gut an in Deutschland, und das wird in Europa schlecht enden. Inflation ist die brutalste Form der Ausbeutung gerade der sozial Schwächeren immer gewesen,

(Lebhafter Beifall)

und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen nur bei Stabilität. Deswegen sagen wir: Hände weg von der Unabhängigkeit der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank!

(Beifall)

Liebe Freunde, es war schwer genug, Vertrauen aufzubauen. Es gehört zu den großen Führungsleistungen von Helmut Kohl, das Vertrauen der Menschen in die dauerhafte Stabilität auch der europäischen Währung zu schaffen, ein kostbares und zerbrechliches Gut. Das darf nicht durch Lafontaine samt Ehefrau aufs Spiel gesetzt werden!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, der alte sozialistische Neidhammel steht schon wieder Pate: Umverteilung statt Entlastung. Wir wollen nicht die Reichen ärmer, sondern wollen alle wohlhabender machen.

(Beifall)

Rot-grün neigt zu Überheblichkeit, beim Umgang mit Staatsämtern wie mit dem Parlament. Zentralbanken unter Kuratel stellen; Gesetze, die einem nicht passen, mit einem Federstrich ändern wollen; Vorschlagsrechte für höchste Staatsämter im Bund wie in Europa in Koalitionsvereinbarungen hin- und herschieben wie andere Leute Aktienpakete, das, liebe Freunde, verrät ebensoviel Zynismus wie der Umgang mit Menschen – von Johannes Rau bis zum früheren Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall)

Die SPD hat jetzt Herrn Rau als Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten im Mai kommenden Jahres nominiert. Sie hat das in einer Art und Weise getan, die den Kandidaten menschlich und politisch beschädigt hat, die aber auch geeignet ist, das Amt des Bundespräsidenten gleich mitzubeschädigen. Liebe Freunde, wir werden unsere Entscheidung in einer dem Amte angemessenen, würdigen Weise treffen. Dafür ist noch lange Zeit, schon aus Respekt vor Amt und Amtsinhaber.

(Beifall)

Deshalb bitte ich alle herzlich: Laßt das öffentliche Spekulieren, laßt das öffentliche Vorschlägemachen und das Dementieren!

(Beifall)

Wir werden in unseren Gremien beraten und entscheiden, und bis dahin schadet jeder öffentliche Debattenbeitrag mehr, als daß er nützt.

(Beifall)

So haben wir es übrigens gestern im Bundesvorstand einstimmig beschlossen, und ich hoffe, es halten sich alle daran.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei den Grünen ist von den Idealen, von denen die Bewegung vor 20 Jahren getragen wurde, wenig geblieben. Während aus Turnschuhen Nadelstreifen wurden, wurde aus Grundsätzen hemmungsloser Opportunismus: Posten statt Ideen.

(Beifall)

„Altparteien“ haben sie vor kurzem noch die anderen genannt. Jetzt haben sie selber einen Bart. Vor kurzem hätten sie das, was sie jetzt selber sind, noch eine „stinknormale Partei“ genannt, und jetzt rutscht die Betonung bei diesem Wort immer weiter nach vorne.

(Heiterkeit und Beifall)

Die SPD koaliert offen auch mit der PDS – rückwärtsgewandte Politik, angeblich, um die PDS zu entzaubern. Liebe Freunde, das ist der Gipfel der Verlogenheit.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

Man muß sich das einmal überlegen! Mit einer Partei Regierungsverantwortung zu teilen, um ihre Unfähigkeit zu entlarven, liebe Freunde, das ist in Deutschland übrigens schon einmal schiefgegangen. Die Menschen und das Land sind doch dafür zu schade. Man stärkt doch die Demokratie nicht, indem man Parteien an Regierungsverantwortung beteiligt, die nicht in allen Teilen zweifelsfrei auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

(Beifall)

Machterwerb statt Gestaltungsauftrag, das ist zuwenig. Und die Ernüchterung über den mißlungenen Start ist groß. Statt der Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung – die man in der vergangenen Legislaturperiode aus machtstrategischen Gründen blockiert hat – jetzt Umverteilung aus der Mottenkiste! Die zukunftssichernden Reformen von Rente und Krankenkasse auf die lange Bank! Liebe Freunde, wozu brauche ich eigentlich eine neue Kommission für die Rentenreform? Alle Zahlen liegen auf dem Tisch. Man braucht nur die Kraft und den Mut zur Entscheidung, und den hat Rot-grün nicht.

(Beifall)

Nationale Alleingänge in der Energiepolitik, obwohl doch Umweltschutz wie Energiesicherheit längst global gedacht werden müssen! Den vorrangigen Schutz von Ehe und Familie aufgeben! Und die doppelte Staatsangehörigkeit – als ob Integration gefördert würde, wenn die Staatsbürgerschaft zur Beliebigkeit wird.

Beliebigkeit, das scheint mir überhaupt zum Kennzeichen von Rot–grün zu werden. Wer vor der Wahl einen Stollmann als Lichtgestalt präsentiert, um ihn nach der Wahl ungerührt kaltzustellen, bei dem kann ja auch nicht überraschen, daß er versucht, seine Eröffnungsbilanz zu fälschen, um damit die eigenen Wahlversprechen ganz schnell vergessen zu machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Koalitionsvereinbarungen auszuarbeiten, die nur aus Überschriften bestehen, das ist keine Kunst. Selten ist ein Regierungsprogramm so substanzlos gewesen. Sie wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Ja, lieber Himmel, für die bloße Absicht brauche ich

keine Koalitionsvereinbarung. Den inneren Frieden wollen sie auch stärken und den äußeren Frieden erhalten. Auch darüber kann ich mich schnell mit jedem verständigen. Die Überschriften sind schön, aber der Inhalt paßt nicht zu den Überschriften. Die Überschriften sagen: „Modernes Deutschland mit mehr Arbeitsplätzen“. Die Inhalte sagen aber: „Rolle rückwärts mit mehr Arbeitslosigkeit“, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich glaube, der tiefere Grund für die Inhalts- und Ideenlosigkeit von Rot-Grün ist, daß sie keine Antworten auf die Probleme und Herausforderungen der modernen Welt haben. Wer vor der Wahl jeglichen Ansatz von Substanz zugunsten medialer Inszenierung vermeidet, der ist eben nach der Wahl zur Gestaltung von Zukunft unfähig.

Da, liebe Freunde, sind wir weiter, zum einen, weil wir uns in 16 Jahren Regierungsverantwortung um Bewahren und Verändern, um Realität und Zukunftsgestaltung bemüht haben, und zwar konkret und mit vorzeigbaren Ergebnissen, und zum anderen, weil wir als Partei immer und kontinuierlich um die Herausforderungen der Zukunft gerungen haben – mit unserem Grundsatzprogramm, mit dem Zukunftskongreß in Karlsruhe, mit dem Leipziger Parteitag und mit unserem Zukunftsprogramm von Bremen. Wir müssen nicht alles neu erfinden. Unsere Grundwerte stimmen und unser christliches Menschenbild auch. Das ist nicht abhängig von der Prozentzahl der Mitglieder christlicher Konfessionen, auch wenn die Vermittlung unserer Antworten von den Veränderungen sozialer Wirklichkeiten nicht unberührt bleiben kann.

(Beifall)

Unser christliches Menschenbild muß sich nicht jeder zu eigen machen. Für Mission bleiben die Kirchen zuständig. Aber die Antworten, die wir aus diesem Menschenbild ableiten, mit denen müssen wir die Menschen ansprechen und sie überzeugen.

Wer verändern will, braucht Grundlage, Grundlage auch für Vertrauen, Grundlage für Stabilität. Man muß Wandel mit Stabilität verbinden, sonst gelingt er nicht. Wer nur das eine hat und das andere nicht, wird beides nicht erreichen. Die Grundlagen für Vertrauen liefert nur eine wertebezogene Politik, Werte, die als Wegmarken und als Kompaß dienen in einer immer unübersichtlicher erscheinenden Welt.

Von dieser festen Grundlage aus müssen wir uns mit den Problemen und Entwicklungen unserer Zeit auseinandersetzen: Fördert Wohlstand Solidarität, oder macht er am Ende nur egoistischer und kälter? Für mich bleibt es das große Paradoxon unserer gesellschaftlichen Entwicklung, daß all unser Wohlstand, all unser Zugewinn an Lebensstandard, Lebenserwartung, Sicherheit ganz offensichtlich nicht zu mehr Mitmenschlichkeit, Wärme, Zuneigung führt, sondern häufig eher zum Gegenteil, daß steigender Wohlstand vielleicht nicht die Gemeinschaftskräfte stärkt, sondern eher den Egoismus, die Egozentrik, daß Wohlstandsgesellschaften in die Gefahr geraten, kalte Gesellschaften zu werden. Wie also Wärme, Mitmenschlichkeit, Nähe in einer Zeit von Individualisierung und Anonymität bewahren?

Was hält die freiheitliche Gesellschaft zusammen? Wie sichern wir in der modernen Welt am Ende dieses Jahrhunderts den Zusammenhalt von Freiheit und Verantwortung? Auch in der immer atemloser erscheinenden Welt von Globalisierung und Digitalisierung, die manchmal

an die Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnert, auch da bleibt der Mensch zum Guten begabt und zugleich in Schuld verstrickt. Nach unserem Verständnis braucht Freiheit auch Bindungen und Rahmen, braucht Freiheit und Toleranz auch vorsorgliches Handeln, damit sie sich nicht selbst zerstört.

Wie also bewahren wir Mäßigung und Toleranz bei wachsenden Zukunftsängsten und zunehmender Fremdheit? Kann der Mensch auf Dauer ohne transzendente Bindung in Freiheit, Mäßigung und Toleranz leben? Was bedeutet eigentlich die zunehmende Entchristlichung in West- und Mitteleuropa angesichts der Tatsache, daß in anderen Kontinenten das Bedürfnis nach Religiosität ganz offensichtlich zunimmt?

Liebe Freunde, Antworten auf diese Fragen müssen realitätstauglich sein. Das unterscheidet politische Verantwortung von den intellektuellen Debatten der Feuilletons. So werden wir uns unserer Verantwortung für den Frieden und dem Schutz der Menschenrechte stellen müssen, auch und solange wir ein dem Rechtsstaat entsprechendes Gewaltmonopol weltweit noch nicht haben. Aber auch das Gewaltmonopol des Rechtsstaats dürfen wir nicht zugunsten ausschließlich gefühlsseliger Appelle vor die Hunde gehen lassen. Mit Beschwichtigungsstrategien und Sozialtherapie allein werden wir Gewalttätern und Kriminellen nicht wirkungsvoll begegnen können.

(Beifall)

Wenn der Satz „Global denken und lokal handeln“ ernstgemeint ist, dann vereinbaren sich mit ihm nationale Alleingänge weder bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie noch bei der Besteuerung von Energieverbrauch. Der Standortwettbewerb findet statt, ob es Lafontaine und Frau Müller paßt oder nicht.

(Beifall)

Und die Veränderungen der Arbeitswelt als Folge technologischer und globaler Entwicklungen erzwingen neue Antworten auf alte Fragen. Damit ändern sich auch die Anforderungen an unsere sozialen Sicherungssysteme. Eines jedenfalls bleibt: Nur wenn wir wettbewerbsfähig sind, werden wir die Grundlagen für Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten, und ohne Fleiß, Tüchtigkeit, Leistungsbereitschaft wird das auch in Zukunft nicht gehen.

Unsere sozialen Sicherheitssysteme dürfen die Menschen nicht unterfordern und schon gar nicht dürfen sie sie nicht entmündigen. Kollektive Systeme neigen eben dazu, den Einzelnen aus der Verantwortung für sein Handeln zu entlassen, ihn vor allem als Leistungsempfänger, als Objekt von Vorsorge, Fürsorge, Versorgung zu behandeln. Schelsky hat vom „betreuten Menschen“ im Gegensatz zum mündigen Bürger gesprochen. Deshalb passen kollektive Lösungen weniger in eine Zeit wachsender Individualisierung, wachsender Selbständigkeit, wachsender Eigenverantwortung.

Der Unterschied zwischen uns und der politischen Linken liegt in der Frage, wieviel wir den Menschen zutrauen an Leistungsfähigkeit, an solidarischem Engagement und an Verantwortung. Die Linken haben den Menschen noch nie getraut, und deshalb setzen sie im Ergebnis immer auf Betreuung auf zentralistische Reglementierung, auf Steuern, Abgaben, auf mehr

Staat und Bürokratie. Damit landen sie immer wieder in derselben Falle: Sie schwächen jene Kräfte, die aus Eigenverantwortung, aus eigenem Antrieb entstehen. Und die wollen wir fördern, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir setzen auf Eigenverantwortung, auf freiwillige Solidarität, auf die Kräfte der Freiheit. Wir trauen den Menschen, und wir trauen ihnen etwas zu. Von daher ergibt sich für uns die zentrale Bedeutung von Subsidiarität, und die müssen wir durchdeklinieren in allen Bereichen politischer Gestaltung: Mehr Subsidiarität im Verhältnis der Bürger zum Staat, Stärkung der Eigenverantwortung unserer Betriebe gegenüber staatlicher Aufsicht und Reglementierung, mehr Subsidiarität und Eigenverantwortung in allen Bereichen sozialstaatlicher Sicherung, mehr Subsidiarität durch Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, mehr Subsidiarität im Verhältnis von Bund und Land zur Europäischen Union, und mehr Subsidiarität auch durch eine grundlegende Erneuerung unseres Föderalismus.

Rot-Grün verschiebt jetzt das Koordinatensystem zu Lasten der Freiheit: Mehr Staat und weniger Freiheit, mehr Zentralismus und weniger Föderalismus.

Wenn Schröder – das hat er zweimal gesagt, und zwar am 1. September und am 3. Oktober dieses Jahres – keinen Wettbewerb zwischen den Bundesländern will, dann, liebe Freunde, verrät er, wie wenig er am Ende von Freiheit und Eigenverantwortung hält.

(Vereinzelt Beifall)

Vor dem Wettbewerb haben die Linken Angst, weil sie ihn verlieren. Deswegen blockieren sie, wo immer es geht, Freiheit und Dynamik. Wir sind vom Gegenteil überzeugt. Wir brauchen größere Gestaltungsspielräume für Kommunen und Länder und keine Ausgleichssysteme, die die Ergebnisse besserer Politik und größerer Anstrengungen nivellieren.

(Beifall)

Wir werden Vorschläge machen und die politische Auseinandersetzung über die Reform unserer Finanzverfassung und unseres föderalen Systems führen. Das muß ein Schwerpunkt unserer Politik in den nächsten vier Jahren sein. Wir müssen wieder stärker dahin kommen, daß jede staatliche Ebene ihren Bereich eigenverantwortlich regeln kann, weil jeder Bürger den Zusammenhang zwischen den Leistungen, die der Bund, die sein Land, die seine Gemeinde für ihn erbringt, und den Steuern und Abgaben, die er dafür zahlt, klar erkennen können muß. Anders kann eine sparsame Verwendung von öffentlichen Mitteln nicht wirksam kontrolliert werden.

(Beifall)

Auch unsere Verantwortung für die öffentlichen Bildungssysteme muß ein solcher Schwerpunkt sein. Wir versündigen uns doch an der Zukunft unserer Kinder, wenn wir ihnen eine Bildung und Ausbildung zukommen lassen, die notorisch hinter dem zurückbleibt, was unser Bildungssystem zu leisten imstande wäre, was vergleichbar früheren Generationen zuteil geworden ist, was andere Länder zuwege bringen.

(Beifall)

Es geht darum, den jungen Menschen wieder Freude am Lernen, Freude an der eigenen Leistung, Freude an eigener Initiative zu vermitteln. Es geht darum, das Lernen zu lernen. Es geht um soziales Lernen. Bildung und Erziehung, das sind die entscheidenden Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Das, liebe Freunde, sind übrigens Themen, bei denen die Union Tag für Tag zeigen kann, daß wir viel besser sind als unsere Konkurrenz von Rot und Grün.

(Beifall)

Wir müssen über Solidarität in unserer Gesellschaft auch in einem anderen Sinne neu nachdenken: Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit definieren sich heute nicht mehr ausschließlich über Einkommenschancen und materielleVersorgung. Wir leiden ja gesamtwirtschaftlich nicht an Mangel. Aber Wirtschaftswachstum schafft nicht von allein notwendigerweise Gerechtigkeit.

Was also tun? Die Linke setzt auf zentralistische Ansätze. Das Ergebnis sind immer mehr Steuern, mehr Abgaben, mehr Bürokratie. Wir setzen auf Eigenverantwortung und freiwillige Solidarität. Das heißt Verteilung gesamtwirtschaftlichen Wohlstandes zuerst und vor allem über einen funktionierenden Arbeitsmarkt, über Leistungsaustausch. Das ist effizienter als jede Verteilungs- und Betreuungsbürokratie.

(Beifall)

Das heißt auch Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Liebe Freunde, ich bleibe stolz darauf, daß es uns noch vor der Bundestagswahl in diesem Jahr gelungen ist, in diesem Sinne endlich einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gegangen zu sein.

Aber natürlich ist Wettbewerbsfähigkeit allein kein Selbstzweck. Wir wissen seit Ludwig Erhard, daß bei aller Härte der Wirtschaft und des Wirtschaftens das Ziel immer erkennbar bleiben muß: Chancen auf Lebensglück und Erfüllung für alle. „Wohlstand für alle“, sagte Ludwig Erhard. Ich glaube, heute heißt es Arbeit für alle, Teilhabe, gebraucht werden, nicht ausgegrenzt sein. Das ist die soziale Frage am Ende dieses und im Übergang zum 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Die soziale Frage ist: Was müssen wir tun? Wie schaffen wir eine Gesellschaft, an der jeder teilhat, aus der niemand herausfällt, eine Gesellschaft, die die Fähigkeiten eines jeden einzelnen braucht, fördert, aktiviert, eine Gesellschaft, in der jeder die Chance hat, seinen eigenen besonderen Beitrag zu leisten, und in der keiner sich selbst überlassen bleibt?

Vorrang hat der Zugang zu Beschäftigung. Wir haben nicht genug getan, wenn wir Menschen, ohne ihnen eine Beschäftigungschance zu eröffnen, lediglich finanziell absichern. Arbeit ist mehr als Gelderwerb. Arbeit ist Gelegenheit zur Selbstverwirklichung, zur Selbstbestätigung. Arbeit bedeutet Sozialkontakte, bedeutet Lebensperspektive. Deshalb bleibt „Arbeit für alle“ unser Ziel. Wenn nicht für jeden ein Vollzeitarbeitsplatz zur Verfügung steht, dann wenigstens Teilzeitarbeit, Einfacharbeit, Gemeinschaftsarbeit. Sozialhilfereform und Kombilohn sind Stichworte. Wir haben das auf den Weg gebracht, und daran, liebe Freunde, müssen wir weiterarbeiten.

(Beifall)

Es wird darauf ankommen, jedem Menschen nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten eine Chance auf Teilhabe und eine befriedigende Lebensperspektive zu eröffnen. Das entspricht unserem Verständnis von der Würde des Menschen. Also werden wir soziale Gerechtigkeit stärker mit Beteiligungsgerechtigkeit übersetzen müssen.

„Beteiligungsgerechtigkeit", so hat Bischof Homeyer in diesen Tagen erklärt, „zielt darauf, Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Übernahme von Verantwortung für andere zu befähigen". Das aber heißt keine Leistung ohne Gegenleistung. Wer von der Gemeinschaft Unterstützung erhält, der soll, soweit ihm dies zuzumuten ist, auch etwas Nützliches für die Gemeinschaft tun.

(Beifall)

Oder – um noch einmal Bischof Homeyer aus seiner jüngst vorgestellten Denkschrift zu zitieren –: „Von denen, die solidarischer Hilfe bedürfen, eine ihren Möglichkeiten entsprechende Gegenleistung zu verlangen ist für diese nicht unwürdig".

Liebe Freunde, warum verlangen eigentlich nicht längst alle Städte in Deutschland von Sozialhilfeempfängern, daß sie sich ihre Unterstützung durch Gemeinschaftsarbeiten ganz regulär „verdienen"?

(Beifall)

Ich glaube, das Erscheinungsbild unserer Innenstädte und Grünanlagen müßte darunter nicht leiden.

Wir müssen erreichen, daß die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Oft ist es ja so, daß die wirklich Bedürftigen, die eigentlich Berechtigten, schlechter wegkommen als die Trittbrettfahrer. Noch immer, liebe Freunde, gibt es verschämte Armut. Darüber haben wir schon in den 70er Jahren gesprochen. Die steht auch unverschämtem Reichtum in unserem Lande gegenüber. Aber dazwischen gibt es zunehmend eine Grauzone, die auf der einen Seite durch Cleverneß im Ausbeuten von Sozialleistungen ebenso geprägt ist wie auf der anderen Seite durch die vielen, die sich um den Preis von Anstrengung und Leistung geprellt sehen, weil andere mit weniger Einsatz bequemer leben.

Mehr Beteiligungsgerechtigkeit müssen wir keineswegs nur den sozial Schwächeren angedeihen lassen. Gerade auch die besonders Leistungsfähigen, die besonders Engagierten und Motivierten, brauchen ihre Entfaltungschance. Auch die Chance, sich am wirtschaftlichen Wettbewerb, am Wettbewerb der Ideen und kreativen Leistungen zu beteiligen, gehört zur „Teilhabegerechtigkeit", also die Chance, sich beruflich auf eigene Füße zu stellen, sich eine eigene Existenz aufzubauen, oder die Chance, als junger Ingenieur bzw. Naturwissenschaftler etwas entwickeln und weiterzugeben, was uns alle voranbringt. Existenzgründungen, innovative Leistungen sind die Voraussetzung, daß Arbeitsplätze und damit Gelegenheiten anderer, teilzuhaben, überhaupt erst entstehen können.

Mehr Beteiligungsgerechtigkeit, das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Beteiligungsgerechtigkeit bedeutet, daß wir die alltäglichen Solidarbeziehungen zwischen den Menschen kräftigen und fördern müssen. Dazu gehört vor allem die Solidarität zwischen den Generatio-

nen. Wir dürfen die Alten nicht ausgrenzen. Familiäre Verpflichtungen enden nicht an der Tür von Seniorenheimen oder Pflegeeinrichtungen.

(Beifall)

Wir dürfen aber auch nicht auf Kosten derer leben, die nach uns kommen. Ihnen dürfen wir keine untragbare Belastung aus den sozialen Umlagesystemen, aus öffentlicher Verschuldung oder Umweltschäden zumuten.

Zur Solidarität der Generationen gehört alles, was Müttern, Vätern und Kindern hilft, Familie zu leben. Auch wenn wir wissen und akzeptieren, daß die Menschen ihre Lebensentwürfe in der modernen Welt anders leben, als die vielleicht etwas verklärte Erinnerung an vergangene Zeiten nahelegen könnte, so bleibt die Familie eben doch als Leitbild engster menschlicher Gemeinschaft unverzichtbar, auch und vor allem als institutionelle Vorsorge für dauerhafte Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen.

(Beifall)

Wir schreiben niemandem etwas vor. Aber über allen Wandel der Lebensformen hinweg bleiben doch Leitvorstellungen des Zusammenlebens, an denen sich Menschen orientieren, die sie für sich in Anspruch nehmen: Partnerschaft, Verläßlichkeit, Treue, die prioritäre Orientierung an den Bedürfnissen und Ansprüchen von Kindern, Zuwendung zu den Alten. Das werden die Maßstäbe bleiben, liebe Freunde, an denen sich die Formen des Zusammenlebens von Mann und Frau, von Eltern und Kindern messen lassen müssen, wohin immer uns die gesellschaftliche Entwicklung auch führen mag. Ehe und Familie bleiben nun einmal am besten geeignet, diese Ansprüche zu erfüllen.

(Beifall)

Was wir brauchen, was wir wollen und worüber wir miteinander diskutieren müssen, das ist also viel mehr als nur ein Bündnis für Arbeit. Unser Ziel und unsere Leitidee sollte ein neues Zusammenwirken, eine, wie man heute sagt, neue Synergie zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sein. Heraus aus den alten Schützengräben, aus den verbrauchten Denkmustern der alten Linken wie der neuen Rechten!

Liebe Freunde, der Staat – staatliche, politische Macht – kann nicht alles. Das ist gut so. Politische Allmacht ist immer die Vorstufe zur Hölle.

(Beifall)

Deswegen sind Machtbegrenzung, Dezentralisierung, Autonomie, Föderalismus, Wettbewerb immer besser.

(Beifall)

Wir brauchen aber natürlich eine öffentliche Verständigung über unsere Aufgaben und Ziele. Dabei sollten wir sauber unterscheiden. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, wir wollen eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, und wir wollen eine sozial starke Gesellschaft.

Der Staat muß im Rahmen der Verfassung sein Gewaltmonopol wahrnehmen und nach innen und außen für Frieden und Freiheit sorgen. Die wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht Rah-

menbedingungen, die uns unsere Chancen in der Welt von Globalisierung und Digitalisierung nutzen lassen und die die Gesetze von Markt und Wettbewerb respektieren. Die sozial starke Gesellschaft braucht eine öffentliche Verständigung über die Grundwerte von Menschlichkeit und Solidarität, von Freiheit und Eigenverantwortung.

Wir müssen mehr Bürgergesellschaft wagen, ohne daß wir sie immer dann anrufen, wenn die Politik nicht mehr weiter weiß, oder bloß deshalb, weil die öffentlichen Mittel knapp werden. Liebe Freunde, in unserem Zukunftsprogramm haben wir das Ziel formuliert: Wir schaffen die modernste Gesellschaft Europas, und das, liebe Freunde, kann nur eine sozial starke Gesellschaft sein.

Ein handlungsfähiger Staat, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine sozial starke Gesellschaft – liebe Freunde, so kann es gelingen, die Krisen und Probleme unserer Zeit in positive Aufgaben, in ein gemeinsames Ethos zu verwandeln. Christoph Böhr hat dieser Tage von Institutionenethik gesprochen, von einer Ethik, „die ökonomische Anreize so setzt, daß eine Verbindung geschaffen wird zwischen den persönlichen Interessen des einzelnen und der Verantwortung aller für das Ganze."

Wir führen die Gesellschaft zusammen, nicht weil wir alle Sonderinteressen berücksichtigen und niemandem weh tun, sondern indem wir gemeinsame Aufgaben formulieren, die gemeinsame Anstrengungen lohnen: Integration durch politische Ziele. So betrachtet, meint Solidarität eben viel mehr als das routinierte Abspulen eines sozialstaatlichen Leistungsangebots. Sie meint vor allem etwas anderes als das Pochen organisierter Interessen auf ihre Besitzstände.

(Beifall)

„Solidarität" – so habe ich es einmal bei Rüdiger Altmann, einem der Berater Ludwigs Erhards, gelesen – „gehört zu den sittlichen Bedürfnissen der modernen Gesellschaft, nicht nur als Hilfe für Arme, Entrechtete, Kranke und Alte, sondern auch als Ausdruck eines Verantwortungsbewußtseins aller für alle."

Eine breite öffentliche Diskussion über diese und andere grundsätzliche Ziele zu führen, liebe Freunde, das muß die vornehmste Aufgabe unserer Union in den kommenden Monaten und Jahren sein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns als Zentrum für Nachdenken und Diskutieren über die Fragen unserer Zeit begreifen und den Menschen entsprechende Angebote machen. Veränderung beginnt in den Köpfen.

(Beifall)

Wir müssen uns für neue Fragen und Gedanken öffnen. Wir müssen gleichzeitig für unsere Überzeugungen und für unsere Werte werben. Eigenständiger und deutlicher als in Zeiten der Regierungsverantwortung können und müssen wir unser politisches Profil darstellen. Wir müssen mit allen Gruppen, die Teil des öffentlichen Meinungsspektrums sind, ins Gespräch und ins Diskutieren kommen. Das kann die Spitze des DGB genauso sein wie eine lokale Umweltinitiative.

Unsere Parteizentrale darf kein „closed shop“ sein. Sie muß sich für interessierte Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei öffnen. Sie muß Workshop für Wahlkämpfer und Treffpunkt für engagierte Bürger sein. Sie darf nicht nur Papier bearbeiten – wir müssen mit Menschen arbeiten.

Wettbewerb der Ideen, Markt der Möglichkeiten – ich finde, wir sollten auf unserem nächsten Parteitag, der, wie wir gestern in unserem Bundesvorstand beschlossen haben, vom 25. bis 27. April nächsten Jahres in Erfurt stattfinden wird, genau das zusammenfassen.

(Vereinzelt Beifall)

Die ganze Partei muß Gelegenheit haben, sich auf die Diskussionen dieses Parteitages vorzubereiten und sie durch Anträge mit zu gestalten. Wenn dabei auch gegensätzliche Standpunkte deutlich werden – um so besser! Sie müssen argumentativ ausgetragen werden. Innerparteiliche Streitkultur ist auch etwas Wertvolles und darf nicht in den Empfehlungen einer Antragskommission zu Grabe getragen werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Union ist zukunftsfähig. Wir werden gebraucht. Basisarbeit und Kommunalpolitik sind das Fundament unserer großen Volkspartei. Ich sage nicht nur im Hinblick auf acht anstehende Kommunalwahlen folgendes: 1999 muß das Jahr der Kommunalpolitik für die CDU werden.

(Vereinzelt Beifall)

Auf der kommunalen Ebene lassen sich viele Lösungsansätze – etwa zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu neuen Formen der Kinderbetreuung, zum ehrenamtlichen Engagement – viel besser verwirklichen als auf jeder anderen staatlichen Ebene. Wir wollen alles tun, damit Menschen mit Menschen etwas gemeinsam unternehmen, sozial aktiv werden. Ich nenne hier gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements, Partnerschaften zwischen Schulen und Altenheimen, Öffnung der Schulen für soziale Aktivitäten von Vereinen, Initiativen und Jugendverbänden. Liebe Freunde, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Ich finde, wir sollten den Vorschlag der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission zur Einrichtung von Bürgerarbeit aufgreifen: freiwilliges, projektgebundenes soziales Engagement in Bereichen wie Umwelt, Bildung und Kultur, Gesundheit, Betreuung von sozial Schwachen, von Ausländern, angeleitet von kommunalen Ausschüssen für Bürgerarbeit, bestehend aus Gemeindevertretern, Vertretern von Wohlfahrtsverbänden, von potentiellen Leistungsempfängern und von engagierten Bürgern.

Ich sage es noch einmal: Die kommunale Ebene bietet für die Verwirklichung vieler Ziele, die sich zentralistischer und bürokratischer Regulierung entziehen, vielfältigste Handlungsmöglichkeiten. Vor Ort lassen sich Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit verbessern. Vor Ort – auch in den Unternehmen – gibt es Möglichkeiten, Familie und Beruf durch Überzeugung und Engagement viel besser als im Bundesgesetzblatt zu vereinbaren. Vor Ort lassen sich Nähe, Teilhabe, Engagement, Nachbarschaft vielfältigst initiieren und ermuntern.

Liebe Freunde, das geht bis hin zur inneren Sicherheit, wie wir aus amerikanischen Erfahrungen gelernt haben und woran wir übrigens in unserem Zukunftsprogramm erinnern. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die Revitalisierung unserer Innenstädte, das Nichtdulden öffentlicher Verwahrlosung,

(Beifall)

bürgerschaftliches Leben, ehrenamtliches Engagement in der Vereins-, Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit. Das alles sind die besten Vorkehrungen gegen wachsende Gewalt und Kriminalität.

Liebe Freunde, 1999 ist auch das Jahr der Europawahl. Die Europawahl ist nicht nur ein wichtiger nationaler Stimmungstest für uns. Sie ist europäische Wahl, von großer Bedeutung für die Zukunft des einigen Europas. Unser Ziel für die Europawahl ist auch klar: Wir kämpfen darum, daß Europa nicht sozialistisch dominiert wird.

(Beifall)

Europa darf nicht zum Experimentierfeld einer verfehlten sozialistischen Wirtschaft- und Beschäftigungspolitik werden. Die Aufweichung der Stabilitätskriterien von Maastricht, unfinanzierbare Ausgabenprogramme, der öffentliche Dienst als Ersatzarbeitgeber, alles das lehnen wir ab. Das hilft uns nicht und Europa nicht. Das schadet und bringt den Einigungsprozeß in eine gefährliche Schieflage. Wie soll denn die Osterweiterung der Europäischen Union gelingen, wenn nicht von einem soliden und stabilen Fundament aus, liebe Freunde?

Wir werden gegen solche Experimente in Europa den Widerstand organisieren. Die Union bleibt die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Wir sehen in der europäischen Einigung unverändert die richtige Antwort auf die Herausforderungen einer immer enger zusammenrückenden Welt. Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und soziale Sicherheit, Frieden und Stabilität werden wir uns in Europa nur in gemeinsamer Anstrengung dauerhaft erhalten.

Wir können, ja wir müssen Europa als ein Modell für diese eine Welt entwickeln, indem wir die Verbindung von europäischer Einheit und nationaler und regionaler Vielfalt zukunftsweisend gestalten, indem wir die Notwendigkeit von Teilen und Ausgleich, von Solidarität zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost in Europa vorleben, indem wir unterschiedliche Traditionen, Lebensgewohnheiten, Kulturen als Bereicherung und nicht als etwas Trennendes empfinden. All das, liebe Freunde, gehört zu Europa, und all das bleibt Europa.

Europa und Nation sind für uns keine Gegensätze. Die Zukunft nicht nur von uns Deutschen liegt im Vereinten Europa. Aber ohne Bindekräfte aus Identität und Zugehörigkeit wird Europa keine gute Zukunft haben. Wer die Vergangenheit zu politischen Zwecken instrumentalisiert und gleichzeitig die Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen für Gegenwart und Zukunft leugnet, der ist nicht nur kein guter Patriot, sondern der hat auch nichts begriffen von den Voraussetzungen für dauerhafte Mäßigung im immerwährenden Interessenstreit, von Toleranz, Liberalität, Menschenwürde und Menschenrechten, für deren Sicherung im Alltag eben beständig tätige Vorsorge getroffen werden muß.

Die meisten von uns finden sich längst überall in Europa zurecht, und so mancher hat irgendwo in Europa eine zweite Heimat gefunden. Unser ganzes Lebensgefühl nimmt immer mehr gemeineuropäischen Charakter an – Medien, Musik, Literatur, Moden. Und doch: So etwas wie ein gesamteuropäisches Bewußtsein entwickelt sich nur langsam. Noch und noch lange ist unsere nationale Identität und Zugehörigkeit unser zentraler Bezugspunkt. Noch immer pflegen wir beim Länderspiel der eigenen Mannschaft die Daumen zu drücken. Daran, liebe Freunde, ist doch auch nichts Schlechtes, solange nationales Selbstverständnis die Achtung und Toleranz gegenüber anderen einschließt.

Nationale Identität kann sich nicht nur negativ begründen, nicht nur aus der Ablehnung des Vergangenen heraus. Das gilt auch für uns Deutsche, trotz der Belastungen aus der jüngeren Geschichte, die wir mit uns herumtragen. Identität muß sich zuerst und vor allem positiv definieren, aus Leistungen und Erfolgen, aus Vorzügen und Stärken und natürlich auch aus gemeinsamer Verantwortung für die Vergangenheit wie für die Zukunft.

Ich finde im übrigen, der unverstellte Blick zeigt, was wir Deutschen trotz all dem Schrecklichen, das sich ereignet hat, an Gutem und Vorzeigenswertem ebenfalls in diesem Jahrhundert zuwege gebracht haben. Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit gehört ganz bestimmt dazu.

(Beifall)

Liebe Freunde, es tut mir leid: Für mich gibt es auch am Ende dieses Jahrhunderts keinen Grund, warum ein Deutscher sein Vaterland nicht genauso lieben sollte wie ein Engländer oder ein Franzose das seine.

(Beifall)

Identität, Toleranz und Integration, das sind die Leitmotive für die Bewältigung des Zusammenlebens von immer mehr Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Es ist eben nicht damit getan, jedem Ausländer einen deutschen Paß zu geben. Deutscher Staatsbürger werden kann erst, wer nach Spracherwerb, Eingewöhnung, Übernahme von Lebensformen zum guten Teil bereits Deutscher geworden ist. Die Staatsbürgerschaft kann erst am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang.

(Beifall)

Wir wollen, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land bleibt. Aber das erreicht man nicht durch die summarische Gewährung eines Privilegs wie der doppelten Staatsangehörigkeit. Damit bringt man das tolerante Zusammenleben eher in Gefahr.

(Beifall)

Statt dessen brauchen wir ein stimmiges Integrationskonzept für die rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländer, das auch die legitimen Interessen der deutschen Wohlbevölkerung mit einbezieht.

(Beifall)

Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe vergangener Zeiten – so eindrucksvoll und schützenswert unser deutsches Kulturerbe auch ist. Dazu gehört vor allem das Neue, die künstlerische Avantgarde, in Bildhauerei, Malerei, Architektur, Musik, Schauspiel. Dazu gehört auch Breitenkultur oder Massenkultur. Das Kulturleben eines Landes spielt sich eben nicht nur in Festspielhäusern und auf Vernissagen ab.

Im übrigen ist es unter den heutigen Bedingungen immer auch Medienkultur, das heißt, über die modernen Medien vermittelte Kultur. Und es ist in einer pluralistischen Gesellschaft immer eine plurale, heterogene Kultur, eine Kultur, die auch provoziert, herausfordert, die Tabubrüche begeht und Ärgernis erregt. In all dem spiegelt sich, reflektiert sich das öffentliche Bewußtsein eines Landes, einer Nation.

Aber Kunst und Kultur brauchen Freiraum, um sich entfalten zu können. Sie brauchen auch Inspiration, Anstöße, öffentlichen Diskurs. Aber was sie ganz gewiß nicht brauchen, sind autoritative Vorgaben. Daran haben wir in Deutschland keinen Nachholbedarf.

(Beifall)

Oskar Schneider hat dieser Tage in einem Aufsatz in der „Süddeutschen Zeitung“ darauf hingewiesen, daß Kulturfragen in einer offenen Gesellschaft immer offene Fragen bleiben müssen. Offen bedeutet hier vor allem, daß niemand in der Politik die letzte Wahrheit für sich reklamieren darf, am wenigsten in Fragen der Kulturpolitik.

(Beifall)

Und, liebe Freunde, unseren kulturellen Reichtum verdanken wir in Deutschland der Vielfalt durch die vor allem zuständigen Länder. Auch daran lassen wir durch keinen Beauftragten in der Bundesregierung etwas ändern.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU muß wieder kampagnefähig werden. Denn auch Standpunkte und Überzeugungen nützen nur begrenzt, wenn sie nicht kraftvoll in Politik und Gesellschaft hineingetragen werden, Mehrheiten anzusprechen und zu gewinnen vermögen. Dazu zählen auch persönliches Vorbild und persönliche Überzeugungskraft von jedem einzelnen von uns.

Ich denke übrigens, die erste und wichtigste unserer Kampagnen sollte jetzt der Mitgliederwerbung gewidmet sein.

(Beifall)

Das Modell der mitgliederstarken, in allen gesellschaftlichen Schichten verankerten Volkspartei hat nach wie vor Zukunft. Die Fehlleistungen von Rot-Grün in der Regierungsverantwortung sind eigentlich das beste Argument für eine Mitgliedschaft in der CDU. Wenn so viele Rot-Grün – jedenfalls so, wie es sich jetzt darstellt – gar nicht gewollt haben, dann sollen sie jetzt bei uns mitmachen – gerade jetzt!

(Beifall)

Wir müssen auch noch mehr persönlich werbend auf die Menschen zugehen, die wir uns als Mitglieder wünschen. Wir sollten uns vor allem auch um die Mitgliedschaft junger, beruflich oder ehrenamtlich engagierter Frauen intensiv bemühen. In der Wirtschaft hat längst ein Wettbewerb um den qualifizierten weiblichen Nachwuchs begonnen. Wir sollten ihn nicht verschlafen.

(Beifall)

Mitgliederwerbung wird nur erfolgreich sein, wenn das neugewonnene Mitglied auch einen Nutzen in seiner Mitgliedschaft erkennen kann. Im Zeitalter der elektronischen Massenmedien bedeutet Parteimitgliedschaft nicht mehr einen Informationsvorsprung. Also muß Mitgliedschaft in unserer Union die Chance der Teilhabe am öffentlichen Diskurs und an der politischen Willensbildung beinhalten. So werden wir durch öffentliches Nachdenken über Ziele und Wege als Partei interessant bleiben, und so werden wir Antworten finden, die unseren Grundwerten entsprechen und zugleich realitätstauglich sind.

Wir werden als Partei Erfolg haben, um so mehr, je mehr jeder nicht nur an sich selbst denkt. Auf Titel und Ämter kommt es nicht an, auch wenn sie in der Satzung stehen. Angesichts der Größe der vor uns liegenden Aufgaben kann es doch nur darum gehen, daß jeder daran denkt, was er aus seinem besonderen Leistungsvermögen zum gemeinsamen Erfolg beitragen kann. Es gibt genug zu tun, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir müssen die organisatorische Schwäche der Union in den neuen Ländern besonders angehen. Wir müssen überlegen, wie wir die Präsenz und Arbeitsfähigkeit der CDU überall, in den Städten wie in der Fläche, sicherstellen können. Das Problem wird nur zu lösen sein, wenn wir eine umfassende innerparteiliche Solidarität organisieren. Dazu wird es keine Alternative geben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind nicht in der Lage, auf der nationalen Ebene Wahlen zu gewinnen, wenn nicht wieder überall Ergebnisse erzielt werden, die einer Volkspartei adäquat sind. Was wir hier investieren, investieren wir in die Zukunft der ganzen CDU.

(Beifall)

Der Umzug der Bundespartei nach Berlin wird uns der Situation in den neuen Ländern nicht nur räumlich näherbringen. Wir nehmen Berlin als Herausforderung an. Ich vermag der Unterscheidung von „Bonner Republik“ und „ Berliner Republik“ nichts abzugewinnen. Die alte Bundesrepublik ist von Bonn aus gut regiert worden. Die deutsche Einheit ist von Bonn aus genauso gestaltet worden wie dies von Berlin aus geschehen wäre. Aber Berlin war auch in den Jahrzehnten der Teilung immer unsere Hauptstadt. Für die CDU als Partei der deutschen Einheit ist es nur konsequent, daß Berlin wieder in seine alte Rolle eintritt.

(Beifall)

Unser größtes Potential ist und bleibt die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und Anhänger. Keiner von uns ist allein, und keiner steht nur für sich. Es geht nicht nur um Posten und Positionen, sondern es geht um die Zukunft unseres Landes.

Freiheit ist Auftrag und Chance, aber eben immer auch Verantwortung. Ohne Engagement wird jede Freiheitsordnung schwächer. Wir als Union haben – bitter, aber wahr – weniger Geld als die Sozialdemokraten. Wir haben auch weniger Kumpanei in den Medien, und die fellow travellers sind immer bei den Siegern. Aber, liebe Freunde, wir haben die besseren Argumente, und wir haben mehr Engagement; von Jungen wie von Alten.

(Beifall)

Wenn man das politische Geschehen jeden Tag beobachtet, gewinnt man den Eindruck, daß sich in der rotgrünen Koalition Arroganz auch durch Ignoranz speist. Aber Hochmut kommt immer vor dem Fall.

(Beifall)

Wir haben Selbstbewußtsein und realistische Problemkenntnis zugleich. Wir wissen nicht alles, aber wir haben einen Kompaß. Wir haben Mut, und wir haben Demut. So dienen wir unserem Land, und dieser Dienst wird gebraucht.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Wolfgang Schäuble für eine programmatische, angriffslustige, ideenreiche und grundsatztreue Rede. Es wird nicht langweilig bei uns. Wir versinken nicht in Wehleidigkeit und Selbstbespiegelung. Es geht nach vorn. Herzlichen Dank, Wolfgang.

Aber Wolfgang Schäuble braucht nicht nur klatschende Hände, er braucht helfende Hände und mitdenkende Köpfe. Wolfgang Schäuble, wir schaffen es zusammen als eine Mannschaft. Wir danken Dir, daß Du bereit bist, Last und Lust des Vorsitzendenamtes zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, bevor wir hier Schichtwechsel machen, habe ich noch den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Dieter Philipp, zu begrüßen. Herzlich willkommen bei uns zu Hause.

(Beifall)

Ich grüße Sie mit den alten Satz: Wenn es dem Handwerk gutgeht, geht es den Arbeitnehmern gut, und wenn es den Arbeitnehmern gutgeht, geht es auch dem Handwerk gut. Das ist ein Beitrag auf Grund meiner Ausgeglichenheit.

Jetzt kommen wir zum Schichtwechsel, Herr Koch übernimmt das Tagungspräsidium.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Wir haben verabredet, daß die Aussprache für alle Berichte zusammen erfolgt. Mir liegen bisher acht Wortmeldungen vor. Ich denke, wir versuchen es zunächst einmal in friedlicher Solidarität so, daß jeder selbst ein wenig auf die Redezeit achtet. Wenn sich das nicht bewährt, müssen wir auch in einer Partei der Freiheit langsam darüber nachdenken, ob wir die Redezeiten einschränken. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Martina Arndts-Haupt aus dem

Landesverband Nordrhein–Westfalen. Ich bitte darum, daß sich als nächster Redner Herr Lothar Hegemann, ebenfalls aus dem Land Nordrhein-Westfalen, bereithält. Frau Arndts-Haupt, Sie haben das Wort.

Martina Arndts-Haupt: Ich möchte kurz auf das eingehen, was Dr. Wolfgang Schäuble in seiner Rede leider etwas kurz angesprochen hat, nämlich die Mitglieder in unserer Partei. Wir sind hier auf dem Bundesparteitag als Delegierte für unsere Mitglieder. Leider ist das in den letzten Wochen aus meiner Sicht etwas zu kurz gekommen.

Ich möchte etwas zu den Wahlen und dazu sagen, was sie für uns bedeuten. Wahlen sind ein demokratisches Verfahren. Denken Sie daran. Wir hätten gern eine Wahl des Bundesvorstands gehabt, denn auch der Bundesvorstand darf kein closed shop sein. Vielfalt kann unserer Partei nur nutzen.

In den letzen Wochen hat das schlimme Wort von den Beschädigungen die Runde gemacht. Es schädigen sich aber nicht diejenigen, die an der falschen Stelle kandidieren, sondern wir alle schädigen unsere Partei, wenn wir uns selbst die Wahl nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte Sie bitten, darüber wenigstens in den nächsten Wochen und Monaten nachzudenken. Ich möchte außerdem allen sagen, die den Mut haben, zu kandidieren, daß sie Respekt verdienen. Alle, die in einer Auseinandersetzung unter Wettbewerbsbedingungen verlieren, verdienen unsere Wertschätzung.

Ich hoffe, daß wir diese Möglichkeiten wenigstens in den kommenden Jahren wirklich nutzen. Heute haben sie eine Chance des Neuanfangs verpaßt. – Vielen Dank.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst ganz herzlich im Namen des Parteitages unter uns den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. Theo Waigel, begrüßen.

(Beifall)

Herr Dr. Waigel, wir freuen uns, daß Sie heute morgen unser Gast sind. Sie haben zugesagt, daß Sie den Parteitag bei der wichtigen Entscheidung um die Neuwahl des Vorsitzenden verfolgen wollen, so wie das in schwesterlicher Gemeinschaft gute Tradition ist, und im Laufe des Parteitages Sie auch noch zu uns sprechen werden. Noch einmal herzlich willkommen. Sie erleben jetzt die Aussprache über die Berichte, die wir heute schon gehört haben.

Jetzt hat Herr Lothar Hegemann aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen das Wort.

Lothar Hegemann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Frage von Freunden, wie ich das Wahlergebnis verkraftet habe, muß ich leider sagen, daß ich es überhaupt nicht verkraftet habe. Wenn ich deshalb sechs Wochen nach diesem Wahlergebnis nicht die Chance zu einem Redebeitrag nutzen würde – in den letzten sechs Jahren habe ich als Delegierter immer geschwiegen, weil ich im großen und ganzen immer zufrieden war –, würde ich mir selbst nicht mehr in die Augen schauen können.

Ich möchte einiges über den Wahlkampf und das, was danach passierte, sagen. Wenn schon um 18.30 Uhr im Fernsehen Leute Gründe für die Wahlniederlage wußten, kann ich mir das nicht anders erklären, als daß sie sich diese schon überlegt haben müssen, als ich noch für einen Wahlsieg gekämpft und am Info-Stand gestanden habe.

(Vereinzelt Beifall)

Es war schwer genug, den politischen Gegner zu packen. Nageln Sie einmal Götterspeise an die Wand. Das geht nicht. Aber wir haben einen guten Wahlkampf geführt, abgesehen von den Schüssen aus den eigenen Reihen. Ich weiß nicht, warum Herr Geißler und Herr Würzbach während der heißen Wahlkampfzeit permanent Wahlstrategien diskutieren mußten. Ich weiß auch nicht, warum im „Playboy“ die Männerfreundschaft in Frage gestellt wurde. Ich wähle Sie, Herr Vorsitzender, das ist keine Frage, aber diese Aussage wäre sicherlich vermeidbar gewesen. Ich weiß auch nicht, ob Frau Nolte den richtigen Ton getroffen hat. Ich weiß auch nicht, ob die Behauptungen von Herrn Rehberg in Interviews, daß wir eine falsche Wahlkampfstrategie hätten, immer hilfreich gewesen waren. All das hat eine hervorragende Wahlkampftruppe verarbeiten müssen. Das ist uns nicht gelungen. Ich kann einigen jungen Wilden, die nach der Wahl gesagt haben, was wir alles falsch gemacht haben, nur sagen: Wer vor der Wahl nicht gesagt hat, was falsch ist, der hat sich parteischädigend verhalten. Das hätte er doch sagen sollen. Es ist aber keine Leistung, nachher zu sagen, daß alles falsch war.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, einige junge Wilde würde es ohne Helmut Kohl gar nicht geben; sie sind von Helmut Kohl in ihr Amt gebracht worden. Ihm dann nach der Wahl zu sagen, er solle sich um nichts mehr kümmern, ist auch keine Art für den Umgang miteinander.

(Vereinzelt Beifall)

Die Kritiker, die sagen, wir müssen bei Null anfangen und die Partei an Haupt und Gliedern reformieren, kennen diese Partei nicht. Diese Partei ist gut und fit. Wir haben einen Wahlkampf verloren – in der Tat. Aber wir werden bei den nächsten Wahlen sehr schlagkräftig zur Sache gehen.

Wenn Sie, Herr Escher, sagen, diese Partei müsse verjüngt werden, müssen Sie sich fragen lassen, was Sie zur Verjüngung beigetragen haben. Sie doch wohl relativ wenig.

(Beifall)

Eines will ich Ihnen auch sagen: Ein solcher Umgangsstil, wie Sie ihn mit Norbert Blüm gepflegt haben, darf in dieser Partei nicht Platz greifen. Deshalb bin ich sehr froh, daß außer denen, die mich im Wahlkampf geärgert haben, viele andere zur Wahl stehen, unter denen ich meine Wahl treffen werde.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächste hat Veronika Bellmann aus dem Landesverband Sachsen das Wort. Anschließend Angelika Barbe aus Berlin.

Ich bitte alle diejenigen, die in den Gängen nicht der Debatte folgen, noch einmal darum, diese Besprechungen außerhalb des Plenums fortzuführen, weil in diesem nicht besonders

großen Saal jeder jeden hören kann. Ich bitte um diese Solidarität, denn sonst kann keine vernünftige Debatte über die Berichte geführt werden, sondern es entsteht nur Tohuwabohu. – Frau Bellmann, Sie haben das Wort.

Veronika Bellmann: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Motto dieses Parteitages heißt: „Wir nehmen die Herausforderung an!“ Man könnte auch sagen: Aufbruch durch Rückbesinnung. Wie ist nun die Stimmung in den Ortsverbänden? Niedergeschlagenheit, Mutlosigkeit? Scheinbar wollen einige Presseorgane der Bevölkerung einreden, wir wären am Ende. Viele von uns haben in den letzten Wochen Hohn, Spott und Häme über sich ergehen lassen müssen. Viele fürchten aber auch, daß uns eine ähnlich lange Regierungszeit der Linken ins Haus steht wie 1969. Das haben wir nun wirklich nicht verdient. Doch das große Jammern darüber hilft nichts; denn wir wissen, daß wir viel Vertrauen bei den eigenen Wählern verloren haben. Manchmal scheint es mir, als hätten wir noch immer nicht die richtigen Schlußfolgerungen gezogen.

Wir müssen uns selbstkritisch fragen, warum diesmal mehrheitlich die Partei gewählt wurde, die der Einheit immer ablehnend gegenüberstand und immer noch steht – schauen Sie nur einmal in das Grundsatzprogramm der SPD; dort ist noch heute auf der ersten Seite die Rede von den Bürgern in beiden deutschen Staaten – und die in puncto innerer Sicherheit oder Ausländerpolitik keineswegs die Sprache des einfachen Volkes spricht. Die CDU dagegen ist keine Richtungspartei, sondern eine Volkspartei. Es ist Aufgabe einer Volkspartei, Bürger unterschiedlicher gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Interessen durch gemeinsame Wert- und Zielvorstellungen zu verbinden.

In der Vergangenheit waren wir aber eine Kanzlerpartei. Anpassung siegte allzuoft über konstruktiven Streit. Oftmals haben wir an der Basis die in Bonn betriebene Politik nicht verstanden. Jetzt haben wir die Gelegenheit, das Gewicht der Partei zu stärken. Deshalb bin ich mir nicht sicher, ob es eine gute Entscheidung ist, daß unser Parteivorsitzender in Personalunion auch der Fraktion vorsitzt. Die Aufgabenfülle, deren Andersartigkeit und die Möglichkeit zur Verbreiterung der Personalpalette in den Führungskreisen der CDU wären ausreichende Begründungen für ein Trennung dieser beiden Ämter gewesen. Wie dem auch sei; mit dem heutigen Tag wird die Personaldebatte ein Ende finden. Letztendlich geht es nicht darum, wer welchen Posten besetzt, sondern mit wem wir möglichst viele Wahlen auf allen Ebenen gewinnen können.

Hier ist das bekannte Motto eines Radiosenders angebracht: „Der beste Mix aus Oldies und Hits“. Jung und alt, Frauen und Männer – die Debatte um Ost und West kann ich mir bei dieser Partei schenken – müssen zusammenwirken. Ich habe Respekt vor dem Alter, vor Erfahrung und Leistungen in der Vergangenheit. Dieser Respekt darf aber nicht für die Probleme von gestern, morgen und auch heute blind machen. Motivation und Innovation sind nun einmal immanente Merkmale der Jugend. Die heute und morgen zu bewältigenden Aufgaben sind in unserem Grundsatzprogramm beschrieben. Aber kennt das überhaupt jeder von uns? Haben wir genug dafür getan, daß die Menschen in unserer Nachbarschaft, im Bekanntenkreis oder in den Vereinen wußten, wofür wir eigentlich einstehen? In jedem Landesverband gibt es da wohl noch genug zu tun. Besondere Verantwortung kommt hierbei den noch immer CDU-geführten Bundesländern zu.

Die Union wird die Herausforderungen nur meistern können, wenn sie wieder zu zukunftsweisenden, die Arbeitnehmer und Bürger fördernden Aussagen fähig ist. Über das Wirtschaftliche hinaus muß sie die Rolle des Menschen in der Gesellschaft, im vereinten Deutschland, in Europa und in einer hochindustrialisierten Welt neu beschreiben. Das heißt, wir dürfen nicht nur von Wertorientierung und Wertdiskussion reden, sondern wir müssen sie erst einmal selbst praktizieren. Das gilt auch und insbesondere für die sogenannten jungen Wilden.

Lassen Sie mich zum Abschluß ein Zitat vortragen.

> Die CDU muß ihren politischen Führungsanspruch durch ihren Oppositionsbeitrag begründen. Sie muß den Gegensatz von freiheitlichen und kollektiven Problemlösungen veranschaulichen.
>
> Wir müssen außerdem eine neue Sprache der Mitte entwickeln. Die Sozialdemokraten haben heute die politische Sprache besetzt und damit eine wesentliche Schneise in die politische Substanz unseres Volkes geschlagen. Die Übernahme dieser Sprache hindert die CDU, ihre eigenen Positionen autonom und damit unabhängig vom politischen Gegner zu betreiben.

Diese Aussage stammt nicht aus dem Jahre 1998, sondern bereits aus dem Jahre 1973. Sie ist heute wieder hochaktuell. Der Autor ist, wie so oft bei treffsicheren Analysen, Professor Biedenkopf.

Wir brauchen also das Fahrrad nicht zweimal zu erfinden. Die Herausforderung annehmen, Aufbruch durch Rückbesinnung – der Handlungsrahmen ist gesteckt. Packen wir es an!

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bellmann. Bevor ich das Wort Frau Barbe erteile, möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Mitglieder der Antragskommission verabredungsgemäß um 13 Uhr an dem ihnen bekannten Ort treffen. Es ist jetzt 13 Uhr. Ich bitte Sie daher, sich zu treffen. – Frau Barbe, Sie haben das Wort.

Angelika Barbe: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Als erstes möchte ich Helmut Kohl meinen ganz großen Dank aussprechen. Ich tue das als Ostdeutsche, die sich vor allem noch einmal dafür bedankt, daß die Einheit durch Bundeskanzler Kohl zustande gekommen ist, daß wir endlich die Freiheit haben, auf die wir so lange gewartet haben.

(Beifall)

Ich möchte auch 80 Prozent der westeuropäischen Bevölkerung meinen Dank aussprechen, die in den Jahren vor 1989 dafür gesorgt haben, daß es eine Mehrheit der Regierungen gab, die sich immer für die Einheit eingesetzt und den Kommunisten immer Paroli geboten haben. Es wäre sonst im Osten 1989 nie zum Zusammenbruch des Kommunismus gekommen.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu ein paar kritischen Punkten in der Analyse des Wahlergebnisses. Ich denke, die CDU als Volkspartei hatte einen großen Anteil daran, daß in Deutschland nach 1949 und nach 1989 ein Aufbau und ein Aufschwung zustande gekommen sind. Mit der CDU hat

sich in Westdeutschland auch immer das soziale Gewissen verknüpft, Sicherheit und Wohlstand. Das ist Mitte der 90er Jahren leider abhanden gekommen

Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger bekamen das Gefühl, von der CDU allein gelassen zu werden. Für viele schien sich die FDP durchzusetzen. Das war sehr bedauerlich, hatte aber gerade in den Mittelschichten eine allgemeine Verunsicherung zur Folge. Die bürgerliche Mitte war verunsichert, und wir müssen daran arbeiten, diese wiederzugewinnen, das heißt, wir müssen um sie werben.

Es war ein Fehler, das Bündnis für Arbeit aufzukündigen. Es war auch ein Fehler, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu streichen. Ich sage das deshalb, weil ich die Proteste der Gewerkschaften verstehe, für die die Lohnfortzahlung ein Symbol für das Erreichen von Rechten war. Es ist daher verständlich, daß sie gegen die Streichung protestiert haben. Aber ich erwarte auch, daß die Gewerkschaften heute protestieren, wenn sie die Preisstabilität in Deutschland in Gefahr sehen. Sie dürfen dann nicht schweigend weggucken.

Alles das ist bei einer Analyse des Wahlergebnisses zu berücksichtigen. Dabei möchte ich deutlich sagen, daß es wunderbar ist, daß Norbert Blüm als das soziale Gewissen der Union als stellvertretender Parteivorsitzender Repräsentant der CDU bleiben wird. Das ist wichtig, und ich kann das nur begrüßen.

(Beifall)

Ich möchte noch ein paar Punkte zur veränderten politischen Landschaft sagen. Rotgrün regiert jetzt nach dem Wählerwillen im Bund. Für uns, die CDU, ist das schmerzlich, aber für die Demokratie ist das wichtig. Das ist auch wichtig mit Blick auf den Osten Deutschlands; denn gerade die Ostbürger haben jetzt mitbekommen, daß sie mit ihren Kreuzchen bei den Wahlen etwas bewegen können. Das konnten sie ja 40 Jahre überhaupt nicht.

Ob die Ostdeutschen allerdings von der neuen Regierung so viel Unterstützung bekommen, wie sie von der Regierung Kohl bekommen haben, bezweifle ich; denn der Aufbau Ost hatte oberste Priorität. Dafür mußten im Westen viele Projekte zurückstehen, sie wurden auf Eis gelegt. Sie alle haben ja in Ihren Wahlkreisen teilweise das Unverständnis zu spüren bekommen, besonders dann, wenn gleichzeitig von dem Unwillen vieler Ostdeutscher zu hören war, von der Meckerhaltung und der Unzufriedenheit. Ich möchte mich für diejenigen entschuldigen, die diese Meckerhaltung einnehmen, die im Osten Deutschlands noch immer Unfreiheit leben, indem sie die Freiheit des Wortes, die Pressefreiheit, den Wohlstandsgewinn nicht würdigen.

Wenn ich an den Bau von Straßen und Fahrradwegen, wenn ich an die Installierung von Telefonen, wenn ich an die Rentenzuwächse denke – im Gegensatz zur Entwicklung in Osteuropa, wo der Aufschwung ja auf Kosten der alten Leute erfolgt, die keine vernünftige Rente haben, die ihre Existenz sichern könnte –, dann sehe ich, wie ungerecht der Aufschwung im Osten Deutschlands vielfach beurteilt wird. Das alles muß man verstehen; denn das ist das Ergebnis der Unfreiheit in 40 Jahren. Wenn Freiheit geringgeschätzt und Verantwortung als Zumutung zurückgewiesen wird, dann ist das zwar problematisch, hat aber mit den 40 Jahren DDR zu tun. Um das zu überwinden, treten wir an.

Lassen Sie mich zum Schluß ein paar Worte zu einer völlig unnötigen und absurden Debatte sagen, die in der CDU geführt wird. CDU-Funktionsträger haben gefordert, die alte SED-Elite zu umwerben. Ich frage mich: Wen wollen sie eigentlich ansprechen, etwa die Leute, die uns 40 Jahre im Knast gehalten haben, hinter Stacheldraht und Mauer, die die DDR bankrott gewirtschaftet haben? Das kann doch wohl nicht ihr Ernst sein. Ich bitte alle in der CDU, dagegen aufzutreten und sich so etwas, egal von wem geäußert, nicht bieten zu lassen.

80 Prozent der Ostdeutschen haben die PDS nicht gewählt, und sie werden sie auch in Zukunft nicht wählen. Wir müssen natürlich ein Stück dafür werben, daß sich die Bevölkerung auch weiterhin für demokratische Parteien engagiert.

Noch ein paar Worte zu denen, die die PDS jetzt als normale Partei betrachten. Das ist absolut falsch. Das ist eine Partei, die aus geschulten Funktionären besteht. Helmut Holter ist ein Beispiel. Er hat in Moskau studiert. Viele Stasi-Leute sitzen im Bundestag. Es ist eine Schande, daß SPD und Grüne eine SED-Frau zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt haben, das heißt hoffähig machen.

Ich denke, diese Partei, die systematisch um Machtausweitung kämpft, dafür arbeitet, muß deutlich als das dargestellt werden, was sie ist. Jetzt kommt es darauf an, daß sich alle anderen Parteien von ihr abgrenzen. Das halte ich für eine sinnvolle und wichtige Oppositionsstrategie. Es geht um die Abgrenzung von diesen Antidemokraten. Ich bitte Sie ganz ernsthaft und dringend, diesen Standpunkt zu unterstützen. Es kann nicht sein, daß an Funktionseliten gedacht wird, die es nicht verdienen, in der Demokratie wieder Macht zu übernehmen.

Erneuerung ja. Aber wie? Ich denke an die hervorragende Arbeit, die von jungen Leuten gerade im Osten geleistet wurde, zum Beispiel an die Junge Union in Berlin-Lichtenberg. Sie arbeitet dort in der Diaspora, sie setzt sich dort seit Jahren engagiert für ihre demokratischen Ideale ein und wird dafür mit keinen Ämtern belohnt. Die Mitglieder der Jungen Union dort machen das aus Überzeugung und mit großem Engagement. Ich plädiere dafür, diese Leute mehr in die Verantwortung einzubinden.

(Beifall)

Wir müssen jetzt werben für die Aufbaueliten, die sich im Osten engagieren. Wir müssen um Studenten, Schüler, Jungunternehmer und Akademiker werben, aber nicht um die ehemalige SED-Elite. Aus dieser Funktionselite haben wir in den letzten Jahren einige aufgenommen, aber immer nur nach Prüfung durch die Kreisverbände. So sollte es auch in Zukunft bleiben.

Eine große Gefahr ist der schleichende Einfluß der PDS auf breite Kreise der Sozialdemokraten und der Grünen. Unterschätzen Sie das nicht! Heute gibt es im Westen viele Menschen, die demokratisch denken und dennoch viel zu wenig über die PDS wissen, über ihre Machtausübungsgelüste, ihre Verantwortung, ihre Unwahrheiten, ihre Legendenbildung. Diese Menschen halten die PDS für eine normale Partei. Nein, das ist sie nicht.

Es ist wichtig, daß wir diesen Menschen Paroli bieten und daß wir vor allen Dingen verhindern, daß die demokratische Mitte wegbricht und damit die Ränder erstarken mit der Folge, daß bei den nächsten Wahlen Linksextreme und Rechtsextreme größeren Zulauf haben.

Wir wollen keine andere Republik. Wir wollen uns in der Berliner Republik für die Deutsche Einheit einsetzen.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Barbe. Als nächster hat das Wort Fabian Magerl, Bundesvorsitzender des RCDS.

Fabian Magerl: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Gerade als Vertreter der jungen Generation möchte ich Helmut Kohl meinen besonderen Dank aussprechen. Die europäische Einigung war und ist ein langer und steiniger Weg, der noch lange nicht zu Ende gegangen ist. Doch wer die Geschichte dieses Jahrhunderts kennt, der weiß um den Wert des Friedens. Dafür schulden wir allen Architekten der europäischen Einigung große Dankbarkeit. Der größte Architekt sitzt in unseren Reihen, er heißt Helmut Kohl. –

(Beifall)

Auch die innere Einheit Deutschlands schreitet voran. Die ostdeutschen Hochschulen sind im Schnitt besser als die westdeutschen. Wer hier noch keine blühenden Landschaften erkennt, der ist blind. Auch diese Leistung verdanken wir Helmut Kohl.

Europa und die deutsche Einheit sind nur zwei Gründe, deretwegen meine Generation Helmut Kohl dankbar sein kann. Ich halte sie für die wichtigsten; daher habe ich sie angesprochen.

Liebe Freunde, die Leistung Helmut Kohls in der Europapolitik muß auch künftig in der CDU als d e r Europapartei wahrnehmbar sein. Dazu müssen wir die europäische Einigung weiter vorantreiben und einfordern. Wir als RCDS informieren Studenten über Auslandsstudien, wir geben Ausländern Informationen über das Studium in Deutschland, wir fordern – auf europäischer Ebene, aber auch an den Hochschulen vor Ort – einen stärkeren internationalen Bezug der Ausbildung. Auch hier wurde von der Regierung Kohl mit einem neuen Hochschulrahmengesetz Großes geleistet.

Es gilt jetzt, die Schwachstellen der neuen Regierung herauszustellen. Rotgrün will die 620- bzw., in Ostdeutschland, die 520-DM-Jobs abschaffen. Das ist aus studentischer Sicht in höchstem Maße unsozial.

(Vereinzelt Beifall)

Genau deswegen können wir Schröder und Lafontaine hier attackieren. Es ist schon bezeichnend, daß die SPD, die sich selbst als sozial bezeichnet, zu einer solchen Tat, die in hohem Maße unsozial ist, fähig ist. Der RCDS ist es gewohnt, daß die Jusos nicht selbständig denken können. Die wehren sich auch dann nicht gegen ihre Mutterpartei, wenn diese Politik gegen die junge Generation macht.

Liebe Freunde, an den Hochschulen werden heute die ideologischen Auseinandersetzungen von morgen geführt. Viele künftige Redakteure und andere Multiplikatoren werden hier politisch geprägt. Die Union muß daher den Geist ihrer Sympathisanten an den Hochschulen weiter stetig ausbauen. Gerade intellektuelle Auseinandersetzungen müssen pointiert geführt werden. Der RCDS wird dabei seine Aufgabe kraftvoll wahrnehmen. Beim künftigen Parteivorsitzenden ist mir hier nicht bange.

Gerade in den letzten Wochen haben wir viele neue motivierte Mitglieder bekommen. Die neue Bundesregierung wird uns weiter ungewollt stärken. Ich bin mir sicher: Die Union hat alle Chancen der Welt, Rotgrün wieder abzulösen, wenn sie solidarisch zusammensteht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Magerl. – Herr Jäger.

Claus Jäger: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich möchte etwas zu dem Rechenschaftsbericht unseres Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag sagen – ein Bericht, der weniger eine dürre Auflistung von Leistungen war als vielmehr Zukunftsvision für unsere Partei, die uns Mut machen kann. Er hat nicht aus einer Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen bestanden, sondern war eine sehr überlegte Analyse unserer Situation.

Diese Rede, lieber Wolfgang Schäuble, veranlaßt uns, in die neue Ära unter Ihrer Führung mit Zuversicht hineinzugehen. Aber gerade weil Sie eine Rede gehalten haben, die durchdacht und überlegt war, kann es Ihnen nicht gleichgültig sein – wahrscheinlich ist es erwünscht –, wenn da und dort die Absicht, die Ihrer Rede zugrunde lag, durch kritisches Hinterfragen bekräftigt und unterstrichen wird.

Es wird Sie keineswegs wundern, wenn das, was ich hier hinterfragen will, aus einigen Punkten, die mit dem Wertebewußtsein unserer Partei zusammenhängen, besteht. Sie selber haben in der Rede auf die Wichtigkeit und Bedeutung des christlichen Menschenbildes für unsere Politik hingewiesen. Da drängt sich mir die Frage auf: Muß es unserer Partei nicht eine Diskussion wert sein, zu fragen, ob es mit diesem christlichen Menschenbild vereinbar ist, daß Menschen vor ihrer Geburt – praktisch durch bestehende Gesetze – vogelfrei gemacht werden, daß sie keinen Rechtsschutz mehr genießen. Paßt das zum christlichen Menschenbild? Ich glaube, diese Frage müssen wir neu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben davon gesprochen, daß wertebezogene Politik die Grundlage für Vertrauen ist. So ist es. Ich kann das nur unterstreichen. Aber zu diesen Werten gehört dann doch auch der berühmte Dekalog, die Zehn Gebote Gottes, die uns als Richtschnur für unser Handeln gegeben sind. Zu ihnen gehört bis zum heutigen Tage das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten, Du sollst anderen nicht das Leben nehmen.

Die Bedenkenlosigkeit, mit der heute mit den verschiedensten Begründungen – von der Abtreibung bis zur Euthanasie – das Töten gerechtfertigt oder mindestens verharmlost wird, ist inzwischen wirklich besorgniserregend. Ich wünschte mir, daß Sie auch zu diesen Fragen noch etwas sagen.

Und das letzte: Sie haben mit vollem Recht gesagt, daß Solidarität nicht alleine eine Frage der Finanzen sein darf. Solidarität ist die mitmenschliche Verantwortung für die Schwachen, die der Solidarität bedürfen, weil sie sich nicht selber helfen können. Aber diese Verantwortung für die Schwachen darf doch nicht plötzlich dort aufhören, wo es um die Verantwortung für die Allerschwächsten geht, die sich nun überhaupt nicht mehr helfen können, weil sie nicht einmal

mehr ihre natürlichen Fürsprecher in Gestalt ihrer leiblichen Eltern haben. Wenn wir den Begriff der Solidarität aufrichtig und ehrlich gebrauchen können wollen, muß diese Frage dort neu gestellt werden.

Lieber Wolfgang Schäuble, das sind einige Fragen, die unbequem und manchen unserer Parteifreunde lästig sind. Aber sie betreffen die Zukunft unseres Volkes, und deswegen muß unsere Partei auf sie eine Antwort geben. Weil sie eine Antwort geben muß, muß sie diese Fragen gründlich miteinander diskutieren. Dazu möchte ich aufrufen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger. – Als nächster hat Herr Thaddäus Kunzmann aus Baden-Württemberg das Wort.

Thaddäus Kunzmann: Liebe Parteifreunde! Ich bin 1980 in die CDU eingetreten. Ich gebe zu, daß dieser Parteitag für mich – und, wie ich glaube, für viele meiner Alterskameraden – eine Zäsur darstellt. Schröder hin, Schröder her – für mich ist und bleibt Helmut Kohl der größte deutsche Kanzler.

(Beifall)

Ich will aber ehrlich sein: Irgendwie habe ich mir diese Zäsur anders vorgestellt: offener, emotionaler, mit mehr Wahlmöglichkeiten, nicht so geschäftsmäßig, wie wir das heute erleben müssen.

Beispielhaft möchte ich dazu eine einzige Frage herausgreifen, die übrigens auch von vielen in meinem Kreisverband und in den Ortsverbänden gestellt wird: Warum soll es zur Wahl von vier stellvertretenden Parteivorsitzenden nur vier Kandidaten geben können?

(Zustimmung)

Unsere Partei ist stark, und sie ist in großer Solidarität den Weg in die Opposition gegangen. Das Wohl und Wehe unserer Partei hängt nicht davon ab, daß eine einzelne Person zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wird. Ich hätte mir gewünscht, daß heute diejenigen, die sich gern mit dem Attribut „jung und wild“ schmücken, heute mehr personelle Alternativen auch für solche Ämter geboten hätten.

(Zustimmung)

Eine Partei lebt von der Geschlossenheit nach außen und vom Wettbewerb nach innen. Schade, da hat es manchem wohl an Mumm gefehlt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Als nächste hat Frau Kollegin Erika Steinbach das Wort.

Erika Steinbach: Liebe Parteifreunde! „Wir nehmen die Herausforderung an“ steht als Motto hier hinter uns auf der Wand. Das ist ein gutes Motto nach der bitteren Niederlage, die wir erlebt haben, nach der herben Niederlage, einer Niederlage, die auch deshalb besonders geschmerzt hat, weil wir uns ehrlicherweise eingestehen müssen, daß wir ein gerüttelt Maß daran mit beteiligt gewesen sind.

Der politische Gegner hat sich sehr angestrengt, aber auch wir haben leider das Unsere mit dazu getan; denn wer zum Beispiel kauft schon ein Produkt, das vom eigenen Hersteller bereits als Auslaufmodell deklariert wird? Meine lieben Freunde, ein noch so guter Kanzler mit einem aufgestempelten Verfalldatum aus den eigenen Reihen hat am Ende schon Wettbewerbsnachteile. Die psychologischen Mechanismen funktionieren dann nicht anders als bei der Werbung für Kitekat oder auch für Kaviar, und so ist es uns dann ergangen.

Die Wahlkampagne der SPD war – wir sollten es unumwunden feststellen – maßgeschneidert und brillant. Unsere eigene Werbelinie hat uns manchmal schon ein wenig den Atem verschlagen und hat uns dort, wo wir uns mehr gewünscht hätten, etwas ratlos gemacht.

Alles in allem, liebe Freunde: Wir haben trotz wirklich guter sachlicher Leistungen in den vergangenen Jahren eine Niederlage erlitten, die unter Wert war. Wir haben uns unter Wert verkauft. Das ist bedauerlich, aber damit allein begründet sich nicht das tatsächliche Ergebnis, das wir am Wahlabend vorzuzeigen hatten. Es ist etwas viel Tiefgreifenderes geschehen als nur das technische Drumherum. Wir haben die Herzen vieler unserer Wähler verloren. Menschen, die uns über Jahre hinweg treu geblieben waren, die erhebliches Vertrauen in uns gesetzt hatten, weil wir für sie ein konservativer Anker gewesen sind, weil wir ihnen einen Ansatz geboten haben, in dem sie Halt gefunden haben, sind uns nicht gefolgt. Die Tatsache, daß fast vier Prozent unserer älteren Stammwähler nicht zur Wahl gegangen sind, mag hier Bände sprechen.

Als CDU haben wir ein vom christlichen Verständnis geprägtes Menschenbild – der Bundeskanzler hat es vorhin gesagt – mit einer christlich-sozialen und einer liberalen Überzeugung ebenso wie mit konservativen Positionen. Diese konservativen Positionen gehören dazu. Wir als CDU wollen, so sagen es unser Wahlprogramm und unser Parteiprogramm von 1994, Bewährtes erhalten und dann auch Neues entwickeln. Die liberale Tradition der Aufklärung ist für unsere Partei und für unser Selbstverständnis prägend. Wir sind eine christliche Partei im liberalen Geiste auch eines Lessing und seines „Nathan“. Wir sind offen für andere, die unser Bild vom Menschen in unserem Geiste teilen.

Mancher aber auch in unseren eigenen Reihen verwechselt – das dürfen wir nicht verkennen – diese Definition von „liberal“ ganz einfach mit Beliebigkeit, mit dem, was unsere politischen Gegner als liberal bezeichnen. Als liberal gilt doch ein CDU-Politiker in den Augen von SPD und Grünen vornehmlich dann, wenn er politische Positionen vertritt, die sich außerhalb unserer CDU-Umrisse und unserer Beschlüsse bewegen.

Meine Freunde, mit Liberalität hat auch die gern geübte Methode, den angefeuchteten Finger in den Wind zu halten, um zu sehen, woher der Zeitgeist weht, nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun. Denn natürlich ist es anstrengender, gegen den Wind zu gehen, als sich von ihm treiben zu lassen. Wir leben im Herbst: Haben Sie schon einmal versucht, einen Drachen mit dem Wind aufsteigen zu lassen?

Die soziale Säule, auf der unsere Parteiplattform ruht, wird markant daran deutlich, daß alle, aber auch wirklich alle wichtigen Sozialgesetze Deutschlands aus der Union heraus gekommen sind. Schmerzlich genug für uns, daß wir im Meinungsbild der Menschen die soziale Kompetenz nicht haben! Aber die dritte und auch absolut unverzichtbare Säule unserer Parteiplattform ist der konservative Ansatz. Er ist deshalb so elementar wichtig, weil nur wir als

CDU diesen Ansatz haben. Niemand sonst, keine andere Partei in Deutschland, weder die SPD noch die FDP noch die Grünen, definieren sich als konservativ. Das erklärt auch, warum vornehmlich dieser Teil unseres programmatischen Ansatzes besonders angefeindet, ja aggressiv bekämpft wird. Aber gerade wegen dieses konservativen Ansatzes haben wir das Vertrauen unserer Kernwählerschaft; wir haben es zumindest sehr lange gehabt. Ich warne jeden vor der leichtfertigen Annahme, daß diese Wähler uns immer wieder wählen müssen. Die letzte Wahl hat gezeigt, daß durchaus das Gegenteil der Fall sein kann. Der törichte Satz „Die wählen uns ja sowieso“ ist damit ad absurdum geführt worden.

Es ist ein Trugschluß, zu glauben, daß wir ohne unser gutes konservatives Rüstzeug aus dem tiefen Tal, in das wir gestürzt sind, wieder auf den Berg der Verantwortung kommen könnten. Meine lieben Freunde, es gibt noch tiefere Gletscherspalten, in die wir dann stürzen könnten; es soll ja den einen oder anderen Bergsteiger hier im Saal geben.

Es ist wohl wahr, unsere Gesellschaft hat sich verändert. Wir leben in einer schnellebigen, in einer vielfach oberflächlichen Zeit. Aber gerade darum brauchen – davon bin ich fest überzeugt – die Menschen Werte, an denen sie sich festhalten können, an denen sie sich orientieren können. Insbesondere junge Menschen suchen doch diesen Halt. Wir als CDU können der Anker für viele Suchende sein, wenn wir nicht leichtfertig diesen Anker selber kappen.

Schon lange nicht mehr ist die Notwendigkeit von Werten so ins Zentrum eines CDU-Parteitages gerückt worden wie heute von allen Rednern. Die Oppositionsrolle hier in Bonn ist erkennbar auch eine Chance für uns, daß wir uns wieder auf uns selber besinnen können, daß wir zu uns selber finden. Wir haben die Chance, unsere Konturen zu schärfen und deutlich zu machen. Daraus können wir am Ende dann auch die Kraft für neue Aufgaben schöpfen, und in Hessen sollten wir damit im Februar anfangen.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Steinbach. Als nächste hat das Wort Frau Marianne Rohde aus dem Landesverband Baden-Württemberg, anschließend Herr Udo Kamperdick aus Nordrhein-Westfalen. Die dritte Wortmeldung, die mir noch vorliegt, ist die von Herrn Peter Liese, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. Darf ich fragen, ob ich damit die Liste der Wortmeldungen abschließen kann?

(Beifall)

– Es erhebt sich kein Widerspruch; dann ist das so beschlossen. – Bitte schön!

Marianne Rohde: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Tatsache, daß mit mir die dritte Delegierte an diesem Pult steht, die etwas zur Stellvertretungswahl sagen will, zeigt, daß das ein Thema ist, was zumindest an der Basis Bewegung hervorruft. Der Altbundeskanzler – ich muß jetzt leider sagen: Altbundeskanzler – Dr. Kohl hat es uns am Wahlabend vorgelebt: Eine Wahl ist etwas zutiefst Demokratisches, und wenn mehrere Parteien zur Auswahl stehen, muß unweigerlich eine verlieren. Ich hätte mir dieses Beispiel auch für die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden gewünscht.

(Beifall)

Ich hätte gerne die Wahl gehabt. Damit wäre aus meiner Sicht ein Signal gesetzt worden, daß es ganz etwas Normales ist, wenn eine oder mehrere Personen unterliegen. Von einer Beschädigung der nichtgewählten Person kann nämlich nur dann gesprochen werden, wenn eine Niederlage nicht mehr der Normalität entspricht, sondern wenn es zum Ausnahmezustand wird.

(Beifall)

Wie wollen wir eigentlich unserer Bevölkerung klarmachen, insbesondere der Jugend, daß nicht immer alles so funktioniert, wie wir es gerne hätten? Wie wollen wir eigentlich jemanden motivieren, sich in Parteien und Verbänden für das Gemeinwohl einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, wenn eine Niederlage zum ganz persönlichen Versagen gemacht wird?

(Beifall)

Wie wollen wir eigentlich nach außen deutlich machen, daß unsere Partei unter vielen qualifizierten Köpfen die Wahl hat, wenn diese Köpfe nicht sichtbar werden?

(Beifall)

Ich halte die Diskussion um die Personen, die kandidieren dürfen oder freiwillig oder gezwungenermaßen ihren Hut aus dem Ring genommen haben, für sehr viel schädlicher für die Personen selbst, für unsere Partei und nicht zuletzt für unsere Demokratie. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung, Herr Udo Kamperdick.

Udo Kamperdick: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin der letzte Redner und hoffe gleichwohl, daß meine Rede nicht das Letzte ist. Der Redebeitrag könnte unter dem Motto stehen: Kritik an der Kritik, oder: Was die Basis von den Jungen Wilden hält. Die Basis, das unbekannte Wesen. Viele reden über die Basis, manche wie der Blinde von der Farbe. Ich bin ein Teil dieser Basis und möchte hier etwas von der Basis zu erinnern geben.

Ich darf in Erinnerung rufen, als vor etwa vier Jahren Helmut Kohl angekündigt hat, er wolle 1998 nicht mehr kandidieren, ist er von vielen Führungskräften in der CDU händeringend darum gebeten worden, es doch noch einmal zu versuchen. Zu diesen Führungskräften gehörten auch jene, die ihm vor diesem Bundestagswahlkampf dann den Rücktritt nahegelegt haben. Der Sieg hat viele Väter, die Niederlage nur einen oder wenige, und so waren die Sündenböcke für die Niederlage, Kohl wegen des Nichtrücktritts und Hintze wegen des Wahlkampfes, schnell ausgemacht. So einfach, meine Freunde, machen es sich einige hier in unserer Partei. Es gab viele kluge und schlaue Wahlkampfanalysen. Ich will keine hinzufügen. Ich will hier nur den Frust der Basis einmal vortragen.

Der Wahlkampf war nur marginal für die Wahlniederlage verantwortlich. Es gab andere Gründe, auch hausgemachte, auch politikbedingte, aber das ist heute nicht mein Thema. Meine Damen und Herren, die undisziplinierten Äußerungen zur falschen Zeit am falschen Ort einiger Junger Wilder oder anderer Kritiker haben erhebliche Schuld an der Wahlniederlage, die wir erleben mußten. Das Bild der Zerrissenheit in der Koalition und in der Union hat es dem

Gegner leichtgemacht, der CDU gegenüber aufzutreten. Die öffentlichen Streitereien über die richtige Politik dienten in der Regel nicht der Bevölkerung, auch nicht der CDU, sondern alleine der Profilierungssucht mancher Politiker.

Wer vor etwa zwei Jahren vom Baum der Erkenntnis gegessen oder eine buddhaähnliche Erleuchtung gehabt und danach festgestellt hat, Kohl sei nicht mehr der richtige Kanzler für die Bundestagswahl 1998, hätte damals etwas bewirken sollen: Er hätte damals, wenn er davon überzeugt war, Kohl zum Rücktritt bewegen sollen, wenn er also den Kanzler nicht mehr für einen guten Kandidaten gehalten hat. Dies aber, meine Damen und Herren, hätte von Angesicht zu Angesicht hinter verschlossenen Türen stattfinden müssen oder, wenn schon öffentlich, auf einem Parteitag wie diesem. Einige Kritiker haben es aber vorgezogen, aus den sicheren heimischen Burgen mehr oder weniger verdeckt vor laufenden Kameras oder vor den Bleistiften der schreibenden Presse auf Kohl zu schießen. Sie haben es wiederum dem Gegner leichtgemacht, auf Kohl einzudreschen, denn sie konnten ja immer darauf hinweisen, daß die Kritik an Kohl auch aus den eigenen Reihen kam. Die jungen Wilden und einige andere Kritiker haben dabei völlig außer acht gelassen, daß ein dummes unbedachtes Interview der Parteispitze oder aus dem Regierungslager mehr kaputtgemacht hat, als die Parteibasis in vier Wochen Wahlkampf wieder hätte gutmachen können.

Nach der Wahl benehmen sich einige Junge Wilde genauso wie vor der Wahl. Die Schuld wird wieder auf andere geschoben. Daß man das Wahldesaster in erheblichem Maße mitverschuldet hat, wird verdrängt, und der Umgang mit Kohl ist auch nicht immer die feine faire Art gewesen. Aber was scheren einige Leute die Verdienste von Kohl um die CDU, Deutschland und Europa, wenn man an die eigene Karriere denkt! So balgen sich einige um freie Posten, erheben Ansprüche auf der Grundlage einer Wahlniederlage, die sie in erheblichem Maße mitverschuldet haben.

Das Ganze spielt sich weit oberhalb der Parteibasis ab. Die Parteispitze sagt zwar immer wieder – auch heute ist das gesagt worden –, die Parteibasis sei wichtig, aber ich habe den Eindruck, beim Mitreden ist die Parteibasis eher lästig. Ich komme mir manchmal vor wie in einer Monarchie, wo es nach dem Motto „Der König ist tot, es lebe der König“ geht. Die Günstlinge rangeln um einen Platz an der Sonne, aber für das Parteivolk bleibt alles beim alten: Arbeiten, Prügel einstecken und den Mund halten. Meine Damen und Herren, da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Parteibasis bald keine Lust mehr hat, dieses Spiel mitzumachen, und den Wahlkampf in Zukunft denen überläßt, die auf hoher Ebene ihr Profilierungsgequatsche ablassen, damit die dann endlich die Früchte dieses undisziplinierten Geredes selbst einfahren können. – Schönen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Manchmal ist man in der schwierigen Lage, daß man bedauert, zu einem bestimmten Zeitpunkt den Schluß der Rednerliste beschlossen zu haben, aber wir bleiben dabei. Das Wort hat jetzt Dr. Peter Liese.

Dr. Peter Liese: Ich möchte meinen Redebeitrag ganz kurz halten und bitte Sie alle ganz kurz um Aufmerksamkeit. Ich möchte uns alle daran erinnern, was Herr Dr. Schäuble zur Europawahl gesagt hat. Sie ist nicht nur ein Stimmungstest für uns in Deutschland, sondern es ist

auch eine europäische Wahl. Diese europäische Wahl ist wichtiger als alle vorhergehenden europäischen Wahlen. Wir haben in Europa elf rote oder rot-rotgrüne Regierungen. Das Europäische Parlament muß das Gegengewicht zu diesen rotgrünen und rot-rotgrünen Regierungen in den Mitgliedstaaten sein. Es ist auch möglich, daß das Europäische Parlament dieses Gegengewicht ist, denn neben vielen anderen Verdiensten unseres ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl hat er auch durchgesetzt, daß Europa während seiner Amtszeit demokratischer geworden ist, durch den Maastrichter Vertrag und durch den Amsterdamer Vertrag. Das heißt aber für uns, daß wir diese Wahl ernstnehmen müssen und daß wir für eine Mehrheit der Christdemokraten und der mit ihnen verbündeten Parteien in Europa kämpfen müssen. Wir müssen versuchen, in der Gesetzgebung unsere Ideen durchzusetzen. Für Dreiviertel der Gesetzgebung haben wir diese Kompetenz. Wir müssen versuchen, einen Durchmarsch von Rotgrün in der Europäischen Kommission zu verhindern. Es ist eine Unverschämtheit, was im Koalitionsvertrag steht. Es ist Tradition in allen Ländern Europas, daß dann, wenn zwei Kommissare benannt werden, einer von der Regierung kommt und einer von der größten Oppositionspartei. Rotgrün will sich offensichtlich nicht daran halten. Hier müssen wir Gegenwehr leisten, denn es kann nicht sein, daß wir hinterher von 20 Kommissaren nur noch zwei haben, die uns nahestehen, und die anderen sind von der linken oder ganz linken Seite. Deswegen rufe ich uns alle auf, einen engagierten Europawahlkampf zu führen und ein Gegengewicht zu schaffen.

Ich würde noch gerne viele Themen ansprechen und würde auch gerne meinem Vorredner ein wenig widersprechen, wenn er seine Wahlanalyse alleine darauf kapriziert, daß wir hier einen Generationenkonflikt haben und daß er einzelnen Leuten, die sich geäußert haben, die Schuld zumißt. Ich glaube, das ist zu einfach.

(Beifall)

Ich will dies alles nicht ausweiten. Ich habe vielmehr eine ganz konkrete Bitte an Sie: Die Junge Union hat seit vielen Jahren Kontakte nach Mittelamerika. Wir haben angesichts der Opfer der Flutkatastrophe in Nicaragua vom Bischof von Managua einen dringenden Hilferuf erhalten. Wir alle haben die schrecklichen Bilder gesehen, zum Beispiel, daß Kinder verschüttet und ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden sind. Jetzt drohen Seuchen und Hunger. Die Zahl der Toten wird sich vervielfachen, wenn nicht schnell geholfen wird. Deswegen sammelt die Junge Union am Ende des Parteitags am Ausgang für die Opfer in Nicaragua. Ich bitte Sie um eine großzügige Spende. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Dr. Schäuble zur Beantwortung der gestellten Fragen das Wort gebe, möchte ich noch einmal auf folgende Situation hinweisen – ich weiß, man macht sich damit als Tagungspräsident auch unbeliebt –: Unser Gastgeber, der Landesverband Nordrhein–Westfalen, sitzt, wie das Tradition ist, am ungünstigsten Platz. Das Vorbeidefilieren in der rechten hinteren Saalseite in der langsamen Form, wie es geschieht, bedeutet, daß andauernd eine Wand zwischen uns auf der Tribüne und den Nordrhein–Westfalen ist. Das kann niemand wollen. Deshalb bitte ich ganz herzlich darum, den betreffenden Gang schnell zu durchqueren. Dort sollte keine Ge-

sprächsecke des Parteitags sein. – Jetzt hat das Präsidium wieder freie Sicht auf NRW. Das ist ein Zustand, den wir gerne aufrechterhalten wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Wort hat zum Abschluß der allgemeinen Aussprache Herr Dr. Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zum Abschluß dieser Diskussionsrunde drei Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung. Ich möchte meine erste Bemerkung an die Ermahnungen unseres Tagungspräsidenten anknüpfen. Wenn wir auf Parteitagen in den Diskussionen mehr Lebendigkeit wollen, müssen wir als Delegierte die Disziplin aufbringen, sie zu ermöglichen. Das eine wird nicht ohne das andere funktionieren.

(Beifall)

Zweite Bemerkung. Eine Reihe von Wortmeldungen bezog sich auf die Frage, wie viele Kandidaten für welche Ämter kandidieren, und deren Beantwortung im Rahmen öffentlicher Meldungen und Diskussionen. Ich will mich auf folgende Bemerkung beschränken: Niemand wird erstens daran gehindert, zu kandidieren. Die Landesverbände und Vereinigungen werden zweitens nicht daran gehindert, Vorschläge zu machen. Niemand wird drittens daran gehindert, klug zu sein und zu überlegen, was das Ergebnis von Entscheidungen ist. Es hat aber auch niemand die Macht, irgend jemanden zu zwingen. Das alles ist zu bedenken.

Aber ich möchte doch ein wenig daran erinnern – denn das kommt mir angesichts mancher Kritik ein wenig zu kurz –: Wir haben uns immer darum bemüht – auch das gehört zu dem, was Volkspartei im Konkreten bedeutet –, einen gewissen Ausgleich auf regionaler Ebene, zwischen den Landesverbänden, zwischen soziologischen Gruppen, dem Mittelstand, den Frauen, der Jungen Union, der Senioren-Union, der CDA usw. herzustellen. Deswegen machen die Verbände und die Vereinigungen auch Vorschläge. Deswegen enthalten die Wahlzettel meistens Hinweise, wer von wem vorgeschlagen worden ist. Also sollte man nicht so tun, als würden all diese Dinge bei Wahlen keine Rolle spielen.

Wir in der Fraktion haben in diesen Tagen die sechs stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden in einem Wahlgang gewählt. Wir hatten neun Kandidaten. Das hat nicht geschadet. Natürlich hatten wir neun hervorragende Kandidaten. Wenn man aber nur sechs wählen kann, dann ist es im Ergebnis unausweichlich, daß drei hervorragende Kandidaten nicht gewählt werden.

Aber, liebe Freunde, sie müssen vorgeschlagen werden. Wenn die Landesverbände und die Vereinigungen gelegentlich zuviel Phantasie entwickeln, wer alles nicht kandidieren darf, um dadurch möglicherweise eine andere Kandidatur nicht zu gefährden, dann muß man dieses Vorgehen ändern, wenn man offenere Wahlentscheidungen auf Parteitagen will. Damit will ich es bewenden lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Dritte Bemerkung. Ich möchte die Frage von Claus Jäger beantworten. Er hat recht: Das Eintreten für den Schutz ungeborenen Lebens bleibt eine Aufgabe im politischen Bereich, die außer der Union niemand erfüllt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen sie weiter erfüllen. Das hat mit den Grundwerten zu tun.

Ich möchte hinzufügen – auch das gehört zu einer wahrhaftigen Diskussion –: Wir haben keinen Nachholbedarf. Wir sind immer für den Schutz des ungeborenen Lebens eingetreten. Wir haben seit mehr als 20 Jahren alle Möglichkeiten, die wir im Bundestag und im Bundesrat hatten, ausgeschöpft. Angesichts fehlender Mehrheiten im Bundestag haben wir vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Soweit wir mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts in der Lage waren, Schlimmeres zu verhindern, haben wir dies getan.

Wir haben keine Mehrheiten für das, was wir für richtig halten. Wir haben den verfassungsrechtlichen und verfassungsgerichtlichen Spielraum ausgeschöpft. Also bleibt uns nur, zu werben, immer wieder Überzeugungsarbeit zu leisten. Das müssen wir tun.

Ich füge die Bemerkung an – darüber haben Claus Jäger und ich schon vor Jahren diskutiert, und dies ist meine Überzeugung –: Je weniger wir darüber im Sinne von gegenseitiger Beschimpfung streiten, um so mehr werden wir durch gemeinsame Appelle und Überzeugungsarbeit die Menschen erreichen können. Das ist das Beste, was wir in diesem Lande für den Schutz ungeborenen Lebens tun können. Je besser es uns im übrigen gelingt, für Männer und Frauen, für Junge und Alte, den Gedanken von Ehe und Familie und der Verantwortung zwischen den Generationen sowie für Kinder und ungeborene Kinder durch konkrete Entscheidungen vor Ort – wofür ich im Rahmen der Revitalisierung der kommunalen Ebene plädiert habe – wachzuhalten, um so mehr haben wir eine Chance im Sinne unserer Leitbilder und Überzeugungen, mehr Zustimmung in diesem Lande zu erhalten. Das bleibt eine beständige Aufgabe, um deren Mitwirkung ich Sie bitte.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schäuble. – Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 8 angekommen. Bevor ich meiner Kollegin, Frau Elke Wülfing, das Wort zur weiteren Tagungsleitung übergebe, will ich darauf hinweisen, daß sie heute Geburtstag hat. Wir gratulieren ihr alle ganz herzlich dazu.

(Beifall – Elke Wülfing erhält einen Blumenstrauß. –
Dr. Norbert Blüm und Roland Koch gratulieren ihr)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich möchte dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, dem Landesgeschäftsführer der CDU Nordrhein-Westfalen, Erhard Hackler, das Wort erteilen.

Erhard Hackler, Mandatsprüfungskommission: Frau Tagungspräsidentin! Herr Ehrenvorsitzender! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands – ich mache es kurz – ist beschlußfähig. Dieser Feststellung liegen folgende Daten und Fakten zugrunde: Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros geprüft. Wir haben uns bereits am 21. Oktober dieses Jahres in der Bundesgeschäftsstelle getroffen, Einsicht in alle Unterlagen genommen und festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 vollstimmberechtigten Delegierten. Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß heute, 12 Uhr, von diesen 1 001 stimmberechtigten Delegierten 977 anwesend waren.

Dies begründet die Beschlußfähigkeit des Parteitages. Ich wünsche uns weiterhin gute, ertragreiche und zukunftsweisende Beschlüsse und Entscheidungen. – Ich danke Ihnen.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Erhard Hackler. – Vor allen Dingen auch Dank an die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission für die Korrektheit der Arbeit.

Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Hierzu erteile ich Herrn Dr. Franz Möller das Wort.

Dr. Franz Möller: Frau Tagungspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Liebe Delegierte des 11. Parteitages! Frau Bärbel Kleedehn, Ferdi Tillmann und ich sind am 28. November 1994 hier in Bonn für vier Jahre als ehrenamtliche Rechnungsprüfer gewählt worden. Leider kann Frau Kleedehn heute hier nicht dabeisein, weil sie zur gleichen Zeit in Mecklenburg-Vorpommern als Präsidentin des Roten Kreuzes für Mecklenburg-Vorpommern kandidiert.

Der Prüfungszeitraum, für den wir heute unseren Bericht abgeben, berücksichtigt die Jahresrechnungen 1996 und 1997 sowie für 1998 den bisherigen Etatverlauf der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Zur Erfüllung unserer Aufgaben haben wir ständige Überprüfungen der Finanzwirtschaft der Bundespartei durchgeführt, um damit sicherzustellen, daß nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung verfahren wird. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, haben wir uns bei unseren Prüfungen nicht nur auf die Rechenschaftsberichte beschränkt, sondern auch von unserem umfassenden Auskunftsrecht und dem Recht zur jederzeitigen Einsicht in alle die Finanzwirtschaft der Bundespartei betreffenden Unterlagen Gebrauch gemacht. Wir sind bei unseren Arbeiten von der Bundesgeschäftsstelle stets hinreichend unterstützt worden. Uns sind immer alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Deshalb bedanken wir uns in diesem Zusammenhang beim Bundesgeschäftsführer Christian Dürig, dem Leiter der Hauptabteilung IaHau, Hans Terlinden, und bei Dieter Heuel, dem Leiter der Verwaltung. Sie haben uns nachdrücklich unterstützt und dazu beigetragen, daß die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit streng eingehalten wurden.

Während des Berichtszeitraumes haben sieben mehrstündige Prüfungssitzungen stattgefunden. Hierbei haben wir uns stets über den aktuellen Stand des Haushaltsvollzuges unterrich-

ten lassen. Wir haben die allgemeinen Buchungsunterlagen, Aufträge und Vergaberichtlinien geprüft. Bei Unklarheiten haben wir den Hauptabteilungsleiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle ständig um Erläuterungen gebeten und sie auch immer bekommen.

Wir haben bei unseren Prüfungen erfreulicherweise festgestellt, daß die intensiven Sparbemühungen der letzten Jahre erfolgreich waren. Der Etatansatz des Rechnungsjahres 1997 konnte deutlich unterschritten werden. Die Partei war damit seit 1996 schuldenfrei. Dafür danken wir der Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister und dem Generalsekretär Peter Hintze ganz herzlich.

(Beifall)

Bei den Einnahmen wurden die geplanten Ansätze erreicht. Dies ist unter anderem auf das intensive Bemühen unserer Bundesschatzmeisterin wie auch der gesamten Bundesgeschäftsstelle um Spenden zurückzuführen. Frau Baumeister hat darüber eben berichtet. Dieses Bemühen wurde 1998 fortgesetzt und intensiviert. Das Spendenaufkommen 1998 liegt deutlich über dem der vergangenen Jahre. Die gleichzeitig greifenden Sparbemühungen werden dazu führen, daß der Etat des laufenden Haushaltsjahres und der Wahlkampfetat für 1998 wahrscheinlich eingehalten werden können; letzterer war Schwerpunkt unserer Prüfungen in diesem Jahr.

Liebe Delegierte, trotz aller Sparbemühungen hält die angespannte Finanzlage aber an. Durch das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl wird es in der jetzt beginnenden Legislaturperiode bei der Bundespartei und bei den Landesverbänden zu erheblichen Mindereinnahmen der öffentlichen Mittel kommen. Diesen Mindereinnahmen stehen zudem große Ausgaben im Europawahlkampf und bei dem bevorstehenden Umzug nach Berlin im Jahre 2000 gegenüber. Der Erlös aus dem Verkauf des Konrad-Adenauer-Hauses konnte aus verschiedenen Gründen nicht zur Deckung der Kosten für den Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin verwendet werden. Die bereits im Bau befindliche Bundesgeschäftsstelle in Berlin wird ein modernes Dienstleistungszentrum, das aber fremdfinanziert werden muß. Vor diesem Hintergrund ist für die Zeit bis zum Jahre 2002 mit einer besonders schwierigen Finanzlage zu rechnen, die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle weiterhin große Ausgabendisziplin fordert.

Meine Damen und Herren, wegen dieser großen finanzpolitischen Probleme appellieren wir an die politisch Verantwortlichen und an den neu zu wählenden Bundesvorstand, der Finanzsituation höchste Aufmerksamkeit zu schenken und sich dabei Selbstbeschränkungen aufzuerlegen. Dabei sollte insbesondere an die hohen Parteitagsausgaben gedacht werden. Es gilt zu überlegen, ob nicht eine Reduzierung der Anzahl der Delegierten angestrebt werden kann und soll, so daß man hinsichtlich des Tagungsortes flexibler wird und der Parteitag nicht immer an große Kongreß- und Messestandorte gebunden ist, denn Tagungen an solchen Orten kosten sehr viel Geld. Wir sehen auch hier im „Maritim“, daß die Räume für einen so großen Parteitag mit so vielen Delegierten und so vielen Pressevertretern nicht ausreichend sind. Deshalb unsere Anregung, über dieses Thema konzentriert nachzudenken. Wir empfehlen weiterhin, darüber nachzudenken, ob statt der dreitägigen Parteitage, die wir Gott sei Dank in letzter Zeit nicht mehr hatten, nicht auch eintägige oder zweitägige Parteitage ausreichend wären.

(Vereinzelt Beifall)

Auch die Kürzungen der Zuwendungen an Vereinigungen auf Bundesebene waren sicherlich ein richtiger und wichtiger Schritt. Wir sehen in diesem Bereich noch weiteres Einsparpotential vor uns.

Die von der Bundestagspräsidentin veröffentlichten Rechenschaftsberichte über die Jahre 1995 und 1996 sowie die Jahresrechnungen der Bundespartei liegen Ihnen vor. Die Jahresrechnung 1997 ist ebenfalls geprüft. Zusammenfassend darf ich folgendes sagen – das ist für den anschließenden Tagesordnungspunkt wichtig –: Die Prüfungen haben ergeben, daß die Finanzwirtschaft der Bundespartei nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung erfolgt. Insoweit beziehen wir uns auf die uneingeschränkten Prüfungsvermerke des Wirtschaftsprüfers zu den Jahresrechnungen 1995 und 1996 und empfehlen bzw. beantragen, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Herr Dr. Möller, der Bundesparteitag dankt Ihnen sehr herzlich für Ihren Bericht. Er dankt Ihnen insbesondere für Ihre engagierte Arbeit und für die Überbringung der guten Nachrichten, vor allen Dingen aber für die bemerkenswerten Empfehlungen an den neuen Bundesvorstand. Wir danken Ihnen und den anderen Rechnungsprüfern.

Zu Tagesordnungspunkt 11 übergebe ich das Tagungspräsidium an unseren Freund Christoph Böhr.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Von den Rechnungsprüfern ist die Entlastung des Bundesvorstandes beantragt worden. Wir müssen darüber abstimmen. Ich darf Sie herzlich bitten, diesem Antrag zu folgen. Falls Sie diesem Antrag folgen, bitte ich Sie um das Stimmzeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der betroffenen Mitglieder des Bundesvorstandes ist es im übrigen einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Bevor wir in die Reihe der Wahlgänge eintreten, darf ich Sie auf folgende wichtige Bestimmungen unserer Satzung aufmerksam machen.

Laut § 43 des Statuts der CDU werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit zu berücksichtigen.

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands hat 1996 in Hannover die Einführung eines Frauenquorums beschlossen. Dies besagt, daß bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern im ersten Wahlgang ein Drittel der Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist.

Ich schlage Ihnen vor, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie dabei die Ihrem Platz jeweils am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, daß Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helferinnen und Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie dann den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12.1:

WAHL DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Wahl des neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands ist der Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unser Freund Dr. Wolfgang Schäuble, vorgeschlagen.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble hat sich heute morgen auf dem Parteitag durch eine eindrucksvolle Rede auch für seine Kandidatur zum Amt des Vorsitzenden vorgestellt, so daß wir auf eine weitere Vorstellung verzichten können.

Bevor wir jetzt in den Wahlgang eintreten, darf ich Sie auf folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand. Das ist der Stimmzettelblock, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro heute morgen überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen.

Wenn Sie für Dr. Wolfgang Schäuble stimmen möchten, schreiben Sie bitte „ja“ auf Ihren Stimmzettel. Andernfalls schreiben Sie bitte „nein“. Wenn Sie sich enthalten möchten, schreiben Sie entweder „Enthaltung“ auf den Stimmzettel, oder Sie lassen den Stimmzettel unbeschriftet. Stimmzettel, auf denen etwas anderes als „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ steht, sind ungültig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne nun den Wahlgang zur Wahl des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und darf Sie alle, sofern Sie Delegierte sind, bitten, Ihren Stimmzettel auszufüllen und Ihre Stimme abzugeben. Der Wahlgang ist eröffnet. –

Ich darf die Vertreterinnen und Vertreter der Presse bitten, während des Wahlgangs den Plenarsaal zu verlassen. –

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind.

(Zurufe: Nein!)

Ich darf noch einmal fragen, ob jetzt alle Stimmzettel abgegeben sind.

(Zurufe: Nein!)

– Dann darf ich bitten, einmal den Stimmzettel hochzuhalten, damit erkennbar ist, wo noch eingesammelt werden muß. –

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann stelle ich fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Ich schließe den Wahlgang.

Wir unterbrechen den Parteitag für wenige Minuten zur Auszählung der Stimmzettel.

(Unterbrechung von 14.08 bis 14.24 Uhr)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich, Platz zu nehmen, damit wir den Parteitag wiedereröffnen können.

Ich eröffne den Parteitag und gebe das Ergebnis der Wahl zum Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bekannt. Kandidiert hat Dr. Wolfgang Schäuble. Abgegebene Stimmen: 953, ungültige Stimmen: 2, Stimmenthaltungen: 23. Gültige Stimmen: 928. Die erforderliche Mehrheit beträgt 465 Stimmen. Für Herrn Dr. Schäuble stimmten 872 Delegierte.

(Langanhaltender Beifall)

Mit Nein stimmten 96 Delegierte. Damit ist Dr. Wolfgang Schäuble mit 93,4 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gewählt. Ich frage Sie, lieber Herr Dr. Wolfgang Schäuble: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Ich bedanke mich für das große Vertrauen. Liebe Freunde, ich bin mir bewußt, daß es eine ungeheure Aufgabe und Ehre ist, jetzt die Nachfolge von Helmut Kohl, nachdem er 25 Jahre Parteivorsitzender war, übernehmen zu dürfen. Darauf bin ich stolz. Als ich über diese große Herausforderung nachdachte, habe ich mir gesagt: Gut, ich probiere es einmal. Wenn Sie alle mir dabei helfen, liebe Freunde, können wir es gemeinsam schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, der 11. Parteitag der CDU Deutschlands gratuliert Ihnen von ganzem Herzen. Sie sind mit einem Traumergebnis in dieses Amt gewählt worden. Wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute, die Gesundheit und die Kraft, die Sie in diesem Amt brauchen werden, Erfolg und Gottes Segen. Alle guten Wünsche für den vor Ihnen liegenden Weg!

Ihre Wahl zum Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union geht einher mit einer tiefen Zäsur in diesem Land und auch in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union, nachdem Helmut Kohl diese Partei 25 Jahre – ein Vierteljahrhundert führte. Deswegen verbinde ich mit der Gratulation zu diesem Ergebnis gleichzeitig den Dank an Helmut Kohl für diese große Zeit. Glückwunsch und Dank an Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Sie haben, lieber Wolfgang Schäuble, vor wenigen Tagen in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß eine Zeit, die von tiefen Zäsuren geprägt ist, immer auch eine Zeit ist, in der den politischen Parteien neue Kraft zuwächst. Als vor 25 Jahren, also 1973, Helmut Kohl gewählt wurde, war die Situation ähnlich. Auch die damalige Zeit empfanden viele Menschen als

eine Zeit des Umbruchs. Wir wünschen, daß Ihnen ganz persönlich, lieber Wolfgang Schäuble, und uns allen in der Christlich Demokratischen Union die für diese Zeit des Umbruchs nötige Kraft zuwächst. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute in Ihrem neuen Amt.

(Beifall)

Hartmut Perschau, Tagungspräsidium: Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 12.2 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Das Statut der CDU Deutschlands sieht vor, daß der Generalsekretär auf Vorschlag des Parteivorsitzenden gewählt wird. Ich erteile das Wort unserem neuen Vorsitzenden, Dr. Wolfgang Schäuble, und bitte ihn um seinen Vorschlag für das Amt des Generalsekretärs.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Liebe Delegierte, ich schlage Angela Merkel zur Wahl als Generalsekretärin der CDU Deutschlands vor.

(Beifall)

Ich habe in den Zeitungen gelesen, Angela Merkel sei ostdeutsch, Frau, jung – jung ist, wie Volker Rühe weiß, inzwischen relativ. Ich habe gesagt: Das mag sie alles sein, vor allem ist sie gut. Deswegen schlage ich sie vor.

(Beifall)

Angela Merkel war Vorsitzende einer Vereinigung der CDU. Angela Merkel ist Vorsitzende eines großen und nicht immer nur einfachen Landesverbandes der CDU. Angela Merkel hat in den acht Jahren seit der Deutschen Einheit zwei schwierige Ressorts mit großem Erfolg und mit großer Bravour geleitet. Angela Merkel ist jemand, für den der Wahlspruch „fortiter in re, suaviter in modo“ ganz besonders gilt: in der Form eher liebenswürdig, aber im Kern der Sache sehr hart und entschieden.

Deswegen bitte ich Sie um Ihr Vertrauen für Angela Merkel als Generalsekretärin.

(Beifall)

Hartmut Perschau, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Parteivorsitzenden gehört. – Ich darf jetzt Frau Dr. Merkel das Wort geben. Bitte schön.

Dr. Angela Merkel: Herr Präsident! Liebe Freunde! Bei Wahlen ist es ja gemeinhin so, daß sich die, die einen Kandidaten wählen können, Gedanken machen, was sie mit diesem Menschen verbinden: Welche Vorbehalte habe ich, welche Erwartungen habe ich? Gerade bei dieser Wahl habe aber auch ich viel darüber nachgedacht, warum ich mich dieser Wahl stelle.

Ich bin in den letzten Tagen von vielen Journalisten gefragt worden, ob mich der Vorschlag von Wolfgang Schäuble überrascht hat. Ich habe jedesmal geantwortet: Ehrlich gesagt, ja. Ich habe mir dann überlegt, warum es mich eigentlich überrascht hat.

Dabei ist mir bewußt geworden, daß hier, bei uns in der CDU, in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, im besten Sinne des Wortes, so glaube ich, in den letzten acht Jahren etwas Unglaubliches passiert ist.

Denn für mich ist es nach wie vor nicht selbstverständlich, wenn wir einmal daran denken, daß übermorgen der 9. November ist: Am 9. November 1989 bin ich abends um 22.00 Uhr nach Hause gekommen. Ich habe damals in Berlin in der Schönhauser Allee gewohnt, ganz dicht am Grenzübergang Bornholmer Straße. Plötzlich war die Straße voller Menschen, die alle über die Grenze gingen. Die Mauer war durchlässig geworden, unfaßbar für uns alle. Ich marschierte mit über diese Grenze, war plötzlich bei wildfremden Berlinern im Wedding.

Für mich und viele von uns war ein Traum in Erfüllung gegangen. Deutschland hatte sich auf den Weg zu seiner staatlichen Einheit gemacht.

Ich sage Ihnen heute als erstes: Wir lassen uns unsere Freude an der Deutschen Einheit nicht vermiesen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir lassen sie uns schon gar nicht von denen vermiesen, die nur vom Scheitern der Deutschen Einheit leben, nämlich der PDS.

(Beifall)

Die CDU hat immer an die Deutsche Einheit geglaubt.

Liebe Freunde, ich hatte schon 1990 die Möglichkeit und die unglaubliche Chance, als Bundesministerin für Frauen und Jugend und später als Umweltministerin Politik für ganz Deutschland mitzugestalten.

Jetzt, 1998, haben wir eine Wahl verloren. Wolfgang Schäuble hat von einer Zäsur für die CDU gesprochen. Deshalb ist es jetzt unsere Aufgabe, mit einer kraftvollen Opposition den Menschen im Lande zu zeigen, was in uns steckt. Deshalb, liebe Freunde, möchte ich in dieser Stunde – lassen Sie mich das auch persönlich sagen – mit meiner Kandidatur der CDU etwas von der Heimat zurückgeben, die ich 1990 politisch sehr schnell in ihr gefunden habe.

Liebe Freunde, dies ist der Beginn unserer zweiten Oppositionsphase in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube, es gibt für uns nur ein Ziel: Wir müssen wieder kampagnefähig werden, und wir müssen wieder mehrheitsfähig werden.

Im Bund stehen vier Jahre Opposition vor uns. Aber schon in weniger als 100 Tagen, am 7. Februar 1999, können wir Rot-Grün zeigen, wo es langgeht.

(Beifall)

Hessen wählt; Ministerpräsident Eichel muß Farbe bekennen. Bis jetzt konnten sich Eichel und seine Regierung herausmogeln und immer versuchen, die schlechte Landesbilanz auf die böse CDU-Bundesregierung zu schieben. Damit ist Schluß. Ausflüchte gibt es nicht mehr. Wir setzen alles daran, daß Hessen endlich eine Regierung bekommt, die es verdient. Und die wird es nur geben, wenn Roland Koch Ministerpräsident wird. Dafür laßt uns gemeinsam kämpfen.

(Lebhafter Beifall)

Dann folgen – wer noch nicht ausgelastet ist – sechs weitere Landtagswahlen, sieben Kommunalwahlen und im Juni 1999 die Europawahlen. Ich glaube, das ist wirklich genug, damit jeder von uns kampfeslustig gestimmt ist.

Die ersten Tage der rot-grünen Regierung zeigen doch schon, was es zu tun gibt. Die Unabhängigkeit der Bundesbank wird in Frage gestellt, eine Steuerreform wird vorgelegt, die den Namen nicht verdient, eine Wehrstrukturkommission für Strukturfragen eingesetzt, um zu kaschieren, daß es bei den Grünen Leute gibt, die meinen, 150 000 Soldaten seien auch genug. Ich will Ihnen zurufen: Lassen Sie uns den Menschen sagen, daß wir, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, genug Ansporn haben, mit aller Kraft in die kommenden Wahlkämpfe zu gehen. Packen wir das an!

Liebe Freunde, die zentrale Frage lautet nun: Wie können wir es schaffen, wieder mehrheitsfähig zu werden? Wir müssen zwei Dinge beachten: Wir müssen auf der einen Seite unsere Unverwechselbarkeit als Christliche Demokraten bewahren, und wir müssen uns auf der anderen Seite auf Neues einlassen. Beides geht zusammen. Wir haben das oft bewiesen. Zusammen ist es die Voraussetzung dafür, daß wir wieder mehrheitsfähig werden.

1989 hat Volker Rühe, als er sich zur Wahl als Generalsekretär gestellt hat, angesichts eines Flüchtlingsstroms aus der DDR nach Budapest und Prag gesagt: „Der Niedergang des Kommunismus und die tiefgreifenden Reformen können dazu führen, daß es um die Jahrtausendwende einen neuen Wettbewerb auf neuer Grundlage zwischen verschiedenen Gesellschaften geben wird." Ich stelle heute fest: Neun Jahre nach dem Fall der Mauer wissen wir, daß es zumindest einen neuen Wettbewerb von Gesellschaftsmodellen gibt. Diesem Wettbewerb wollen wir uns stellen.

Da müssen wir die Frage beantworten: Was unterscheidet uns von den anderen Parteien, was wird von uns trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen bleiben? Ich bin ganz fest überzeugt, daß es unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit sind. Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen und helfen dem Schwachen. Unser Leitmotiv ist das C. Dabei bedarf es natürlich einer immer wieder neuen Definition des C in unserem Namen in einer Welt abnehmender kirchlicher Bindungen, die wir gerade in den neuen Bundesländern erleben. Aber machen wir uns nichts vor: Auch in den alten Bundesländern haben wir es damit zu tun.

Ich möchte Ihnen sagen: Für mich ist das Schöne am C, daß sich der Mensch ein wenig zurücknimmt. Die Botschaft lautet: Wir können Ordnung herstellen, wir können Chancen eröffnen, aber wir können nie ein unfehlbares System schaffen. Dort, wo man mit dem C von Haus aus nichts mehr anfangen kann, da muß man es vorleben. Dann wird auch das Interesse an dem C wieder wachsen. Das ist unsere Aufgabe.

Wer sich zum Maß aller Dinge macht, wird die Probleme der Menschen dauerhaft nicht lösen. Er wird sie deswegen nicht lösen, weil er falsche Erwartungen weckt. Was dabei herauskommt, können wir in diesen Tagen in Mecklenburg-Vorpommern an der Kooperation von PDS und SPD beobachten, genauso wie in Sachsen–Anhalt.

Liebe Freunde, es blutet mir das Herz, wenn ich sehe, wie SPD-Chef Ringstorff mit ehemaligen SED-Funktionären gemeinsame Sache macht, die bis heute – das ist das eigentlich Dramatische – nichts dazugelernt haben. Der PDS-Chef von Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet seine Partei heute als „antikapitalistisch, sozialistisch und systemoppositionell". Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er sagt das nicht 1989, er sagt das 1998. Eine

solche Politik ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die 1990 gegen eben diese Politik auf die Straße gegangen sind.

(Beifall)

Deswegen erwarte ich – das hier nur nebenbei gesagt – von dem Kandidaten der Sozialdemokraten für das Amt des Bundespräsidenten, Johannes Rau, daß er sich nicht mit Stimmen der PDS zum Bundespräsidenten wählen läßt. Alles andere wäre kaum erträglich.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich finde, der Gipfel ist dann erreicht – Wolfgang Schäuble hat das heute schon gesagt –, wenn immer wieder vorgegeben wird, man beteilige die PDS an der Regierung, um sie zu entzaubern. Entzaubern konnte Herr Höppner in Sachsen-Anhalt die PDS nicht – er hat sie vielmehr gestärkt –, und auch Herr Ringstorff hat sie in den Landtagswahlen gestärkt, weil er ihr Machtbeteiligung in Aussicht gestellt hat. Ich sage Ihnen: Nicht durch Hofierung werden wir die PDS eindämmen, sondern nur durch schonungslose Auseinandersetzung.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wollten aus Mecklenburg-Vorpommern nach dem Vorbild der CSU in Bayern das „Bayern des Ostens“ machen. Statt dessen bekommt das Land eine Politik, die es zum Schlußlicht macht: keinen Transrapid, ein langsamerer Bau der A 20, keinen Airbus A 3xx, Abschaffung der Regelanfrage bei der Gauck-Behörde. Ich sage Ihnen: Das hat unser Land nicht verdient.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, die rot-rote Koalition in Schwerin birgt noch eine andere – aus meiner Sicht die eigentliche – Dramatik und Tragik in sich: Unter klarer Billigung des SPD-Bundesvorsitzenden, Oskar Lafontaine, werden völlig überhöhte Erwartungen an die Möglichkeiten staatlichen Handelns geweckt. Als Beispiel nenne ich den öffentlichen Beschäftigungssektor. Das muß scheitern – das wissen auch die vernünftigen Sozialdemokraten –, das schwächt die Eigeninitiative, und das bringt Enttäuschungen über die Demokratie mit sich. Es zerstört schrittweise die Akzeptanz unserer freiheitlichen Grundordung. Dem müssen und dem werden wir uns mit aller Kraft entgegensetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, genau hier setzt, so glaube ich, die Überzeugungsarbeit der CDU an. Wir haben durch das Modell der Sozialen Marktwirtschaft – vor allem durch Sie im Westen – über 40 Jahre die Überlegenheit gegenüber kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen bewiesen. Es darf nicht sein, daß der PDS nun in einem zweiten, scheinbar demokratischen Anlauf das gelingt, was im ersten Anlauf nicht gelungen ist. Deshalb müssen wir unsere Werteordnung gerade in den neuen Bundesländern diskutieren. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit den Fehler gemacht zu glauben, daß schon das Scheitern der Planwirtschaft ausreicht, um die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft als gegeben vorauszusetzen. Genau das hat so nicht geklappt. Deshalb müssen wir klären: Was bedeutet denn die Freiheit des einzelnen? Denen, die fragen, ob das nicht nur Härte bedeutet, müssen wir sa-

gen, daß es auch eine Chance ist. Was bedeutet Gerechtigkeit, und was unterscheidet Gerechtigkeit von Freiheit? Wie definieren wir die soziale Frage heute, über Gleichheit oder über die Gerechtigkeit? Und was hat das Ganze mit unseren Grundwerten und mit unseren konkreten Reformenvorhaben in der Renten- und Gesundheitspolitik zu tun? Über diese Grundsätze möchte ich in Gesprächskreisen eine Wertedebatte in Gang setzen. Nicht nur in den neuen Bundesländern, auch in den alten gibt es viel zu tun.

(Beifall)

Wir spüren doch alle – Stichwort: Globalisierung –, daß soziale Gerechtigkeit heute wieder neu gefunden und definiert werden muß, ohne die Eigenverantwortung zu lähmen. Die Balance zwischen Notwendigkeiten staatlichen Handelns und Engagement des einzelnen – das wird aus meiner Sicht die Kernfrage der Auseinandersetzung mit Rot-Grün sein.

Wir haben in den vergangenen Jahren viele Reformen angestoßen; das ist und bleibt richtig. Und dennoch haben wir die Menschen manchmal ein wenig überfordert. Wir müssen deshalb immer wieder zeigen, welches Verständnis hinter diesem Vorhaben steckt. Lassen Sie es uns es doch einmal nachspüren, indem wir uns an die Zeit von 1989/90 erinnern. Nach meinem Eindruck war die Zeit damals von einem Gefühl der Unbekümmertheit geprägt. Wir haben damals, in Ost wie in West, nicht gefragt, was das kostet, sondern sind einfach vorangegangen. Wir haben damals nicht gefragt, was bringt und das, sondern haben einfach angepackt. Wir hatten den Mut, Risiken einzugehen – keine Risiken, die uns das Genick gebrochen haben, nein, Risiken, die uns Mut gaben, uns auf Neues einzulassen. Diese Unbekümmertheit, die wir damals hatten, weil wir wußten, daß wir auf der richtigen Spur waren, gab uns eine unglaubliche Sicherheit, im richtigen Moment das Richtige zu tun.

In diesem Verständnis möchte ich unseren Wahlkampfslogan für die Zukunft neu formulieren: „Risiko statt falscher Sicherheit“ sollte es für die Zukunft heißen – nicht angstmachend, sondern mutmachend. Es heißt nicht umsonst: Mut zum Risiko.

(Beifall)

Mit dieser Botschaft müssen wir zu den Menschen gehen, mit Ausdauer, mit – so wünsche ich mir – Freude, mit Herz, mit der Bereitschaft, uns auf die Wirklichkeit einzulassen. Kurt Biedenkopf hat im September bei der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag etwas für mich Faszinierendes gesagt: Die Unterschiede politischer Parteien beginnen bereits bei der unterschiedlichen Beschreibung der Wirklichkeit.

Und Peter Hintze hat bei seiner Vorstellung für das Amt des Generalsekretärs 1992 gesagt:

> Ein Widerspruch macht mir zu schaffen: Wir haben viel erreicht, aber wir erreichen nicht mehr sehr viele. Bürger und Politiker sind einander fremd – nicht nur bei uns.

Wir müssen die Lebenswirklichkeit der Menschen wieder voll erfassen. Deshalb werde ich mich mit voller Kraft dafür einsetzen, daß wir die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit zur Grundlage unseres Handelns machen: die Arbeitenden und die Arbeitslosen; die Familien, Kinder und Jugendlichen; die Frauen und die Männer; die älteren Menschen; diejenigen, die in den alten Bundesländern stolz sind auf das, was sie erreicht haben, und diejenigen, die in

den neuen Bundesländern Fragen an diese Bundesrepublik Deutschland haben; diejenigen, die als Ausländer schon über Jahre bei uns leben und zum Wohlstand beitragen, und diejenigen, die Sorge haben, wieviel Zuwanderung unser Land erträgt; diejenigen, die forschen und entwickeln wollen, und diejenigen, die vor dem Übermaß an Wissenschaft und Technik Sorgen und Änste haben. Um alle müssen wir als Volkspartei uns kümmern.

Ich stelle mir eine Gesprächsreihe „Gesellschaft 2000 Plus“ vor, die von Ort zu Ort geht, an den Puls des Lebens – dorthin, wo man uns vielleicht schon gar nicht mehr erwartet: zu den Familien, zu den Betriebsräten, zu den Alleinerziehenden, zu den Studenten, zu den jungen Facharbeitern, zu den Gewerkschaften, zu den Kirchen, zu den Rentner-, Mieter- und Kleingartenvereinen, zu den Umwelt- und den Arbeitslosenverbänden, zu den Künstlern, in Großstädte und auf das Land.

Deshalb ist es richtig, daß die Bundesgeschäftsstelle schon jetzt – ohne ganz umzuziehen – eine Stabsstelle in Berlin unterhält. Sie kann, wie Peter Hintze es gesagt hat, eine Brückenfunktion wahrnehmen, wenn Parlament und Regierung dort sind.

(Vereinzelt Beifall)

Man sieht: Die regionalen Unterschiede erzeugen differenziertes Klatschverhalten.

Liebe Freunde, es war doch schon immer unsere Stärke, als Partei der Mitte den Ausgleich der Interessen unterschiedlichster Gruppen in unserer Gesellschaft zu schaffen. Wir sind eine Volkspartei. Hier fällt mir, lieber Helmut Kohl, immer wieder ein Bild ein, das Sie so oft gebraucht haben: das des indonesischen Hausbootes, in der Mitte ein großes Schiff aus Reisstroh und darum herum viele kleine Boote, fest verkoppelt mit dem Hauptboot und doch eigenständig.

Nur durch die Vielzahl der kleinen Boote wird das große Boot stabilisiert. – Das heißt für mich, alle müssen mitmachen, wenn es darum geht, die Wirklichkeit wieder in uns aufzunehmen: die Orts und Kreisverbände, die Landesverbände, die Vereinigungen, Junge Union, Frauen-Union, Senioren-Union, CDA, Kommunalpolitiker, Evangelischer Arbeitskreis, Mittelstandsvereinigung – alle. Wir tun dies selbstbewußt, und wir tun dies auf der Grundlage eines hervorragenden Zukunftsprogramms. Ich glaube, der Parteitag in Erfurt wird eine hervorragende Grundlage für die Diskussion sein, und diese Diskussion müssen wir selbstbewußt führen, denn Heiner Geißler hat uns immer wieder gesagt: Nur wer sich selber imponiert, kann anderen imponieren. – Daran müssen wir denken.

(Beifall)

Liebe Freunde, damit hier kein Mißverständnis aufkommt: Wir, ich ganz besonders, wir alle hätten die Bundestagswahl am 27. September schon gerne gewonnen. Aber nun ist es anders gekommen, und nun nehmen wir unsere Oppositionsrolle an, denn jeder Tag Rot-Grün ist zuviel.

(Beifall)

Trotz aller Enttäuschung über den 27. September liegt aber vielleicht in allem eine Chance, und dabei fällt mir zum Abschluß ein Satz von Hermann Hesse ein. Hermann Hesse hat in einem Gedicht, das „Stufen“ heißt, geschrieben: Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. –

Das heißt doch nichts anderes als: eine Situation beherzt angehen, Chancen konsequent ergreifen. Das will ich tun, indem ich mich für eine Mitgliederwerbeaktion einsetze, wie Wolfgang Schäuble es beschrieben hat, indem ich die Landes- und Kreisverbände besuche, indem ich in den nächsten Wochen mit ihnen gemeinsam eine Wahlkampflinie für Europa festlege.

Die Rot-Grünen hatten ihren Sieg. Wir nehmen die Herausforderung an. Es wird vielleicht noch Enttäuschungen geben, aber Rot-Grün kann sich auf eine zähe, entschlossene und sicher auch fröhliche Opposition gefaßt machen. Ich will mich als Generalsekretärin dafür einsetzen, daß die CDU Heimat bleibt und Geborgenheit bietet und gleichzeitig weltoffen ist. Ich will mich dafür einsetzen, daß die CDU unverwechselbar ist, daß es eine CDU ist, die von den Kommunen aus in den Ländern und auch im Bund wieder die Geschicke des Landes bestimmt. Deutschland braucht Mut statt Zaghaftigkeit, Deutschland braucht Fortschritt statt Rückschritt, Deutschland braucht uns, die CDU. Dafür laßt uns kämpfen, und dafür geben Sie mir bitte Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Hartmut Perschau, Tagungspräsidium: Liebe Frau Dr. Merkel, herzlichen Dank für diese Rede! Ich habe den Eindruck, Sie haben den Parteitag bereits erobert, bevor Sie gewählt sind. Die Wahl muß trotzdem erfolgen, und deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, bevor wir in den Wahlgang eintreten, um Ihre Aufmerksamkeit für folgende Hinweise.

Bitte nehmen Sie wiederum den Stimmzettelblock zur Hand. Wir werden die Wahl mit dem lindgrünen – das ist kein Omen – Stimmzettel Nr. 2 durchführen. Gültig ist der Stimmzettel, wenn darauf entweder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel zählen als Enthaltung. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Meine Damen und Herren, haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? – Gibt es irgend jemanden, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? – Wenn das nicht der Fall ist, schließe ich den Wahlgang und bitte, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich bitte die Landesgeschäftsführer, im Büro der Organisationsleitung die Stimmzettel für die Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden abzuholen.

Ich unterbreche den Parteitag nicht und bitte Sie, im Saal zu bleiben. Es lohnt sich.

Ich begrüße noch einmal ganz besonders herzlich den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. Theo Waigel.

(Beifall)

Ich freue mich mit Ihnen auf das Grußwort von Theo Waigel. Bitte schön!

Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU: Lieber Wolfgang Schäuble! Lieber Helmut Kohl! Es gibt schwierige Augenblicke, ein Grußwort zu sprechen. Nach großartigen Reden heute von Helmut Kohl, von Wolfgang Schäuble, des früheren Generalsekretärs und der künftigen Generalsekretärin ist es jetzt natürlich schwer, Ihnen bei der riesigen Aufmerksamkeit, die sich auf die bevorstehenden Wahlen richtet, die herzlichen Grüße der CSU zu übermitteln.

Nur, meine lieben Freunde, lassen Sie es mich sagen: ein ganz herzlicher Gruß, Gruß und Dank an Helmut Kohl, an einem bewegenden Tag in einer bewegten Zeit!

(Beifall)

Lieber Peter Hintze, auch einen herzlichen Dank an Dich. Früher gab es ja zwischen Dir und der CSU ein etwas distanzierteres Verhältnis. Es ist von Tag zu Tag enger geworden und von einer großen Herzlichkeit. Auch Dir herzlichen Dank für das, was Du geleistet hast, was Du für CDU und CSU getan hast.

(Beifall)

Natürlich gilt mein Gruß und mein ganz herzlicher Glückwunsch Wolfgang Schäuble. Mein Wunsch, meine lieben Freunde, ist, daß er so, wie er beispielhaft und großartig sein Leben meistert, mit der gleichen Kraft und mit der gleichen Überzeugung die Bewältigung unserer gemeinschaftlichen Ziele in Angriff nimmt. Ich wünsche ihm Glück, Erfolg und Gottes Segen.

(Beifall)

Ihnen, liebe Angela Merkel, wünsche ich eine glückliche Hand in ganz Deutschland, aber vor allen Dingen im Osten unseres Vaterlandes. Wir brauchen es alle ganz notwendig.

Meine Damen und Herren, es ist eine bewegte Zeit. Deutschland, das hat der 27. September gezeigt, tiefrot: ein SPD-Bundeskanzler, ein SPD-Bundestagspräsident, eine PDS-Vizepräsidentin; die SPD stellt die Bundesverfassungsgerichtspräsidentin; die SPD wird im nächsten Jahr den Bundespräsidenten stellen; sie wird versuchen, im nächsten Jahr den Posten des Bundesbankpräsidenten zu besetzen; sie hat die Mehrheit im Bundesrat; und SPD und PDS haben klar erkennen lassen, sie wollen eine Volksfront in Sachsen-Anhalt, eine Volksfront in Mecklenburg-Vorpommern. Meine lieben Freunde, über eines muß man sich im klaren sein, das sind keine kleineren Betriebsunfälle in irgendeinem Bundesland, sondern das ist der Versuch, eine neue Mehrheit für die SPD zu stabilisieren, wo alles, was links ist, auch demokratisch ist. Diese Strategie müssen wir durchkreuzen!

(Beifall)

Es geht für uns gemeinsam, für CDU und CSU, um die Rückgewinnung der strategischen Regierungsmehrheit. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zeigen und haben es gezeigt, es ist möglich. Unsere nächsten Ziele heißen Hessen, Schleswig-Holstein, Thüringen und natürlich die anderen Länder. Lieber Roland Koch, von Bayern aus jede Unterstützung, damit Hessen künftig wieder von uns in einer vernünftigen Koalition regiert wird! Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute.

(Beifall)

Wir werden alles daransetzen, die Europawahl für uns gemeinsam zu bestimmen. Europapolitik ist das Feld, wo die Union, wo CDU und CSU mehr geleistet haben als jede andere Partei seit 1949 in Deutschland. Wir lassen uns die europapolitische Kompetenz von der SPD und von den Grünen nicht nehmen.

(Beifall)

Wenn ich mir überlege, wieviel Geld im Moment für Flugkilometer ausgegeben wird, nur um in ganz Europa und der Welt zu sagen, es ändere sich nichts und die Politik werde kontinuierlich fortgesetzt, dann, meine Damen und Herren, muß ich schon ehrlich sagen, das Original, wie man Europapolitik macht, das ist bei uns, das stellen Helmut Kohl und wir gemeinsam dar. Mit diesem Kapital werden wir im nächsten Jahr zu den Bürgern gehen und um Vertrauen werben. Wir haben Kompetenz unter Beweis gestellt.

(Beifall)

Was wir in der Auseinandersetzung brauchen – darauf haben Wolfgang Schäuble und Angela Merkel hingewiesen –, sind Alternativen statt Varianten, Entschlossenheit in der Verfolgung der Ziele, Mut zu eigenständigen Zukunftsentwürfen. Wir müssen als Anwalt wertkonservativer Wählerschichten in Erscheinung treten. Die, die uns gewählt haben, wollen nicht, daß wir in der Rechtspolitik, in der Innenpolitik, bei der doppelten Staatsbürgerschaft und bei Haschisch und ähnlichen Dingen einen anderen Kurs steuern, als wir den Wählern vor der Bundestagswahl versprochen haben.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, Ordnungspolitik, sowohl in der Wirtschaftspolitik wie auch in der Sozialpolitik, ist gefragt. Ordnungspolitik, das heißt Freiheit statt Gleichheit. Die Freiheit hat den Vorrang vor der Gleichheit. Die Freiheit bedingt Wettbewerb, aber der Wettbewerb bedingt Ordnung, und Sozialpolitik bedingt Wettbewerb und Solidarität.

Wir müssen bei dem, was wir tun, Vertrauen und Gelassenheit ausstrahlen. Es schadet uns ganz sicher nicht, im Gegenteil, viele Menschen erwarten das von uns, daß wir über christliche Prinzipien sprechen und über die Verantwortung vor Gott, aus der die Verantwortung für den Nächsten entsteht. Das habe ich bei dem neugewählten Bundeskanzler nie auch nur mit einem Wort gehört: Vertrauen zu Gott und Vertrauen zu christlichen Prinzipien, auf denen jede Gesellschaft und jeder Staat beruht.

(Beifall)

Es geht auch darum, daß wir die nationale Identität nie aufgeben: Heimat, Nation, Vaterland und Europa, das sind die Dinge, zu denen CDU und CSU stehen müssen.

Wir haben in den nächsten Wochen und Monaten viel Gelegenheit, uns mit der SPD, uns mit der neuen Regierung auseinanderzusetzen. Die Koalitionsvereinbarungen zeigen: gewogen und für zu leicht befunden. Nicht einmal die Schleppenträger dieser Koalition und dieser neuen Mehrheit lassen an den Entwürfen auch nur etwas Positives. Wir werden alles daransetzen müssen, die falschen Ziele zu entlarven. Nachdem Schröder selbst gesagt hat, an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, jede Politik muß sich an ihren Ergebnissen messen lassen, dann wird sich sehr deutlich zeigen, wie im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren der Erfolg dieser Koalition bemessen wird.

Was die Steuerreform anbelangt, so wird das, was wir im Petersberger Entwurf gemeinsam als Steuerreform vorgelegt und im Bundestag beschlossen haben, von Tag zu Tag attraktiver angesichts dessen, was diese Koalition nicht leistet: Das ist keine Steuerreform, das ist nicht ein-

mal ein Steueränderungsgesetz, das ist nichts anderes als eine Belastung des Mittelstands und der Wirtschaft, völlig ungeeignet, um damit neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

(Beifall)

Hier wird nur umverteilt, hier werden wachstumspolitisch die falschen Akzente gesetzt, und das konjunkturpolitisch Notwendige, nämlich eine Nettoentlastung, wird nicht durchgesetzt. Das Steuerrecht wird noch komplizierter. Damit werden vor allen Dingen keine Arbeitsplätze geschaffen.

Meine Damen und Herren, in einem wird mein Nachfolger, wird diese Regierung auf Granit beißen: Wir werden eine Politik des leichten Geldes, wie Oskar Lafontaine sie mit seinen Beratern ansteuert, nie akzeptieren. Ich bin sehr froh, meine lieben Freunde, daß wir über den europäischen Stabilitätspakt Bedingungen geschaffen haben, die auch für Deutschland gelten. Ursprünglich hatten wir diesen Plan durchgesetzt, damit andere Länder nicht in einen Schlendrian verfallen. Daß wir mit diesem europäischen Stabilitätspakt notfalls Europa vor Deutschland schützen müssen, hatte ich mir nicht vorgestellt!

Meine Damen und Herren, mit uns gibt es keinen Kompromiß, was die Stabilitätspolitik anbelangt. Wir werden die D-Mark genauso verteidigen wie den Euro. Stabilität unserer Währung ist die Bedingung für die Zukunft, für eine stabile wachstumsorientierte Politik.

(Beifall)

Eine Zeitlang haben ja die Protagonisten von SPD und Grünen geglaubt, sie könnten mit neuen Haushaltslöchern reüssieren. Nur, angesichts höherer Steuereinnahmen, als für dieses Jahr erwartet wurde, und angesichts des Ziels von SPD und Grünen, ihre Vorhaben haushaltspolitisch ohne zusätzliche negative Belastungen umzusetzen, kann man uns damit nicht kommen. Wenn die SPD mehr einsparen will oder an anderer Stelle mehr ausgeben will, dann muß sie endlich zur Konsolidierung ja sagen. Wer blockiert und damit eine zusätzliche Konsolidierung verhindert hat, der kann jetzt nicht kommen und über Haushaltslöcher sprechen. Meine Damen und Herren, wir werden der SPD ihre finanzpolitische Verlogenheit nicht durchgehen lassen. Wir haben das Land und die Kasse in guter Ordnung übergeben und lassen uns keine Legenden anhängen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, man hört ja jeden Tag von neuen Reformen. Heute war zu lesen: Schily will die Freigabe weicher Drogen prüfen. Die neue Familienministerin fordert eine Rente für Prostituierte und Schröder eine volle Rente schon ab 60 Jahren. Ich bin gespannt, wie die das finanzieren wollen angesichts dessen, daß sie unsere nur schwer durchgesetzten Reformen rückgängig machen möchten. Das Volk wurde hier für dumm verkauft, und es wurden Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten werden können. Auch hier schlägt die Stunde der Opposition im Deutschen Bundestag. Die CDU/CSU wird eine kraftvolle, deutliche Alternative sein.

(Vereinzelt Beifall)

Meine lieben Freunde, es macht keinen Sinn – niemand aus der CDU/CSU hat dies getan –, Wunden zu lecken. Unser Blick geht vielmehr nach vorne. Wir haben unser Land ordentlich

übergeben. Die Verfassung der Wirtschaft ist gut. Die Währung ist stabil. Die Defizitkriterien von Maastricht wurden erreicht. Die Ergebnisse in bezug auf diese Defizitkriterien werden heuer und im nächsten Jahr besser sein als erwartet. Die sozialen Sicherungssysteme befinden sich wieder auf einer soliden Grundlage.

Wer von Erblasten spricht, der muß bereit sein, zu sagen: Jawohl, wir waren bereit, die Teilung Deutschlands in die Einheit Deutschlands umzuwandeln. Wer natürlich – wie Lafontaine und Schröder damals – gegen die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion und damit gegen die Einführung der D-Mark in den östlichen Bundesländern gestimmt hat, der hat kein Recht, sich heute über die Kosten der Einheit aufzuregen. Wer die Einheit nicht wollte, hat auch kein Recht über die Kosten der Einheit zu sprechen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ein sehr ernstes und herzliches Wort zu Helmut Kohl. Sie haben ihn gewürdigt. Sie haben ihm gedankt. Sie haben ihn zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt.

Helmut Kohl hat CDU-Geschichte geschrieben: 25 Jahre an der Spitze der CDU. In der Dauer einer solchen Amtszeit ist er nur von seinem langjährigen Männerfreund Franz Josef Strauß mit 27 Jahren an der Spitze der CSU übertroffen worden.

Aber er hat nicht nur CDU-Geschichte geschrieben, sondern auch deutsche Geschichte. Seine historisch-politische Lebensleistung ist und bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mit voller Westbindung. Als Europäer mit Herz und Verstand war er in der Nachfolge Konrad Adenauers der wichtigste Architekt der europäischen Einigung, die in wenigen Wochen mit dem Start der dritten Stufe der Währungsunion und mit der schrittweisen Osterweiterung eine völlig neue Dynamik entfalten wird.

Letzte Woche hat mir ein Südtiroler Bürgermeister gesagt: Ihr wißt gar nicht, wie dankbar wir Euch, vor allen Dingen Helmut Kohl, sind. Denn dort, wo noch vor wenigen Jahren Grenzen waren – auch im Verhältnis von Deutschland zu Österreich und zu Italien – stehen heute leere, verlassene Grenzgebäude. Nicht nur die Grenzen sind weg. Wir werden vielmehr, so sagen die Südtiroler, ab dem nächsten Jahr das gleiche Geld haben wie Ihr in Bayern und in ganz Deutschland.

Das sind Fortschritte in Europa für Menschen in Ost und West, von denen sie vor zehn Jahren noch nicht zu träumen wagten. Darum: Helmut Kohl hat das Ansehen Deutschlands gemehrt wie kein anderer. Darum dir, lieber Helmut, einen herzlichen Dank auch von seiten der Christlich-Sozialen Union.

(Beifall)

Als bayerischer Pfälzer geboren, mit viel Kontakt zu Unterfranken, war er auch immer jemand, der die CSU verstand, der die Eigenständigkeit der CSU respektiert hat und damit trotz des einen oder anderen Scharmützels langfristig gut gefahren ist.

Lieber Wolfgang Schäuble, du als Badener bist ja nicht weiter entfernt von Bayern. Ich bin überzeugt, daß auch du das gleiche Verständnis für Bayern, für seine Eigenart und für die Bayern, aufbringen wirst, so wie du es bisher als gemeinsamer Fraktionsvorsitzender getan

hast. Ich wünsche dir alles Gute und eine glückliche Hand in der CDU, aber auch im Verhältnis zur CSU und zu meinem Nachfolger.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich selber habe für mich entschieden, im Januar des nächsten Jahres nicht mehr als Vorsitzender der CSU zu kandidieren – nicht wegen des Wahlergebnisses. Wir haben in Bayern bei der Bundestagswahl 100 000 Stimmen mehr erhalten als bei der Landtagswahl. Aber angesichts einer 10prozentigen zusätzlichen Wahlbeteiligung ist es auch uns nicht gelungen, eine höhere Zahl der Stimmen auf uns zu vereinen, obwohl ein Wahlergebnis von 48 Prozent kein schlechtes Ergebnis ist.

(Beifall)

Ich habe mir meinen Schritt gut überlegt. Ich wurde mit 33 Jahren Mitglied des Bundestages. Ich hatte mit 43 Jahren die tolle Chance, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe zu werden. Mit 49 Jahren habe ich mich entschieden, dem Wunsch von Helmut Kohl zu folgen und Bundesfinanzminister zu werden. Zehn Jahre Parteivorsitzender, neuneinhalb Jahre Finanzminister in der wohl bewegendsten Phase der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, dies war eine großartige Zeit.

Aber ich bin der Meinung: Die nächste Generation sollte die gleiche Chance haben, wie wir sie in Anspruch genommen haben. Darum habe ich mich entschieden, nicht mehr zu kandidieren, um damit schon für die nächste und für die übernächste Legislaturperiode eine Weichenstellung vorzunehmen.

Dabei können Sie sich darauf verlassen: Ich gehe nicht auf das Altenteil. Dann und wann werde ich mich auf den mittleren oder hinteren Bänken gemeinsam mit Helmut Kohl im Bundestag treffen, wobei ich nicht ständig neben ihm sitzen möchte, weil der Platz sonst ein bißchen eng wird;

(Heiterkeit)

aber dann und wann möchte ich es schon. Ich freue mich darauf, aus der zweiten Reihe mit Rat und Tat zu helfen, wobei sich auf meine Solidarität jeder verlassen kann. Ich werde mindestens die gleiche Solidarität jedem entgegenbringen, die er mir bisher entgegengebracht hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Auf dem CDU-Parteitag 1989, als ich zum erstenmal als Vorsitzender der CSU zu Ihnen sprechen durfte, kam anschließend der von mir sehr verehrte frühere Bundespräsident Karl Carstens zu mir und sagte in seiner unnachahmlichen hanseatischen Art: Wissen Sie, Herr Waigel, ich habe Ihren Vorgänger Franz Josef Strauß ja sehr verehrt und ihn immer ob seiner politischen Kraft bewundert, aber auf den Parteitagen der CDU wußten wir nie so recht, was über uns hereinbricht.

(Heiterkeit)

Das ist bei Ihnen ein bißchen milder geworden.

(Erneute Heiterkeit)

Dafür – so sagte er – möchte ich mich bei Ihnen auch bedanken. –

Ich glaube, wir haben es gut miteinander gemacht. Wir haben in der richtigen Form und gut zusammengearbeitet und, wenn es notwendig war, auch gestritten. Mut vor Götterthronen – das hat immer zu meinen Lebenseigenschaften gehört. Manchmal darf man auch den ganz Großen – dazu gehört Helmut Kohl – den notwendigen Widerspruch nicht versagen. Auch das gehört zu einem vernünftigen Zusammenwirken.

Ich scheide als CSU-Vorsitzender – nicht aber als Politiker, nicht als Bundestagsabgeordneter und nicht als Freund. In der Funktion als CSU-Vorsitzender scheide ich mit großer Dankbarkeit, mit Stolz auf das, was wir miteinander erreicht haben, und in tiefer persönlicher Befriedigung, nämlich in der Befriedigung, den Weg Deutschlands in ein neues Jahrhundert, in ein neues Zeitalter richtig mitgestaltet zu haben. Ich bin überzeugt, es wird uns wieder gelingen, die Menschen zu überzeugen, daß wir die besseren Garanten für eine gute, für eine friedliche Zukunft sind. In diesem Sinne Dir, Wolfgang Schäuble, und allen, die an die Spitze der CDU gewählt werden, Glück auf und Gottes Segen!

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Lieber Theo Waigel, ich habe das Parteitagspräsidium um das Wort gebeten, weil ich denke, daß dies nicht nur für den Parteitag, sondern für die CDU Deutschlands insgesamt eine gute Gelegenheit ist, dir nicht nur dafür zu danken, daß du auch zu diesem unserem Parteitag gekommen bist, daß du zu uns gesprochen hast und wie du zu uns gesprochen hast, sondern dir auch für die zehn Jahre zu danken, in denen CDU und CSU in deiner Zeit als Vorsitzender der CSU in Deutschland großartige Politik für unser Land gemacht haben, dir auch dafür zu danken, daß wir den Zusammenhalt von CDU und CSU, ohne den wir in den 50 Jahren, seit es die Bundesrepublik Deutschland gibt, nichts zustande gebracht hätten, genutzt haben, um unser Land voranzubringen. Du warst nie pflegeleicht; anderes waren wir von CSU-Vorsitzenden aber nie gewohnt. Wahrscheinlich wird es in der Zukunft leichter.

(Heiterkeit)

Du warst aber immer verläßlich. Insofern hat Karl Carstens mit dem, woran du gerade erinnert hast, schon recht gehabt: Bei dir war alles ein bißchen milder, ein bißchen berechenbarer. – Man konnte sich aufeinander verlassen. Liebe Freunde, das ist ein hohes Gut.

Etwas anderes gilt auch: Wir werden es in der CDU noch merken, was es heißt, einen so großen Vorsitzenden gehabt zu haben. Die CSU stand nach 27 Jahren Franz Josef Strauß auch vor einer ungeheuren Herausforderung. Das nimmt man heute so leicht, weil es euch so gut gelungen ist, diese Herausforderung zu bewältigen. Vor zehn Jahren – so lange ist es gerade her – war es nach dem Tode von Franz Josef Strauß eine Riesenherausforderung, die Christlich-Soziale Union in ihrer Verantwortung für Bayern wie für Deutschland und zugleich als unsere große und starke, streitbare und liebenswerte Schwester in ihrer Funktion zu er-

halten und angesichts der Veränderungen im Zuge der deutschen Einheit allen Versuchungen, getrennt zu marschieren, zu widerstehen. Es wäre mit Sicherheit schiefgegangen, wenn wir getrennt marschiert wären. Wir marschieren besser gemeinsam und agieren auch gemeinsam, liebe Freunde. Ich habe es heute schon einmal gesagt. Es war eine grandiose Leistung, zugleich Reichtum, Vielfalt und Orginalität als ganz unverwechselbaren Beitrag von CSU und Bayern für deutsche und europäische Politik einzubringen. Die Christlich Demokratische Union dankt dir für das, was du in diesen zehn Jahren nicht nur für die CSU, sondern für CDU und CSU sowie für Deutschland und Europa geleistet hast.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Du warst ein prima Finanzminister. Seit du aus dem Amt geschieden bist, merken es jeden Tag mehr Menschen in Deutschland, was für ein toller Finanzminister Theo Waigel war – ebenso wie seinerzeit Gerhard Stoltenberg – und was wir jetzt im Vergleich dazu an Schlechtigkeit in Deutschland haben.

(Beifall)

Du hast daran erinnert, daß unser Petersberger Steuerkonzept von Tag zu Tag besser wird. Selbst Herr Stollmann hat schon kurz nach der Wahl begriffen, daß dieses Konzept viel besser ist als das von Rot-Grün. Das hätte man schon vor der Wahl wissen können. Das nützt jetzt aber auch nichts mehr.

Liebe Freunde, was mir an dem Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Theo Waigel – auch das möchte ich noch sagen – immer als besonders wichtig erschien, ist dies: Du hast immer zwischen dem Großen und dem Kleinen genau zu unterscheiden gewußt. Wenn es zum Beispiel um die deutsche Einheit ging, hast du kein „Grüß Gott“ gekannt. Die deutsche Einheit hatte immer Vorrang. Auch wenn es um die europäische Einheit ging, hatte diese immer Vorrang. Du hattest als FinanzminerHister Verantwortung für die Europäische Währungsunion zu tragen. Was ist in den letzten Jahren nicht alles von klugen und weniger klugen Korrespondenten, Leitartiklern, Feuilletonisten und anderen geschrieben worden! Die Kraft zu haben, die Stabilitätskriterien zu erfüllen und durchzusetzen, und den Menschen das Vertrauen zu geben, daß es mit einer gemeinsamen europäischen Währung in der Zukunft besser gehen wird, ist eine historische Leistung. Auch dafür, lieber Theo, danken wir dir.

(Beifall)

Wir haben dich heute nicht zu verabschieden. Wir sind es bei dir aber gewöhnt, daß du das, was du ankündigst, hinterher auch tust. Insofern müssen wir damit rechnen, daß du heute das letzte Mal als CSU-Vorsitzender auf einem CDU-Parteitag bist. Ich sage dir: Wir hoffen, du kommst als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in den kommenden Jahren immer wieder zu unseren Bundesparteitagen. Du wirst uns hochwillkommen sein. Herzlichen Dank und auf weitere gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Hartmut Perschau, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis zur Wahl des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union

Deutschlands bekannt. Abgegebene Stimmen: 968. Ungültige Stimmen: eine. Enthaltungen: 25. Gültige Stimmen danach: 942. Die erforderliche Mehrheit beträgt 472. Mit Nein stimmten 68, mit Ja 874 gleich 93 Prozent.

(Beifall)

Frau Dr. Merkel, bevor Sie all die Glückwünsche entgegennehmen, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall)

Hartmut Perschau, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Dr. Merkel, herzlichen Glückwunsch zu diesem bravourösen Ergebnis. Mit diesem Ergebnis haben Sie einen außerordentlich hohen Vertrauensbeweis dieses Parteitages erhalten. Der Parteitag hat mit diesem Wahlergebnis gleichzeitig zum erstenmal eine Frau in das Amt des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gewählt.

(Beifall)

Liebe Frau Merkel, Sie merken es an der Stimmung des Parteitages: Das Vertrauen ist groß. Wir legen Ihnen unsere Partei sozusagen ans Herz. Wir wünschen Ihnen, daß Sie eine hohe Vitalität im Amt entwickeln, daß Sie Angriffsfreude entwickeln, Augenmaß und eine glückliche Hand haben.

Der Partei wächst in der Opposition mehr Gestaltungsfreiheit, mehr Gestaltungsverantwortung und sicherlich auch mehr Gewicht zu. Wir wünschen Ihnen dabei alles Gute und für uns gemeinsam viel Erfolg. Sie können sicher sein: Die CDU steht zu Ihnen – wie dieses Ergebnis es beweist.

(Beifall)

Klaus-Rüdiger Landowsky, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es folgt ein weiterer Wahlgang mit Neuerung und Erneuerung.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 12.3 auf:

WAHL DER 4 STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN
DER CDU DEUTSCHLANDS

Sie kennen die Kandidatenliste. Ich nenne sie in alphabetischer Reihenfolge: Dr. Norbert Blüm, Volker Rühe, Dr. Annette Schavan und Christian Wulff. Wir waren übereingekommen, daß jeder der Kandidaten die Möglichkeit hat, sich Ihnen kurz vorzustellen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es sind auch zwei Neukandidaturen dabei. Wir haben im Vorfeld darüber gesprochen. Ich finde, das sollte sein; das ist auch gute demokratische Übung.

(Beifall)

Als erster hat Norbert Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Ich heiße Norbert Blüm, bin 63 Jahre alt, Sozialpolitiker aus Pflicht und Neigung, Volksparteiler aus Vernunft und Einsicht. Mein Quellgebiet – es gibt ja verschiedene – ist die christlich-soziale Bewegung. Ich bin Mitglied der Kolpingfamilie, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, von Amnesty International und der IG Metall.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin außerdem noch Mitglied einer Familie – ob zahm oder wild; ich hoffe, nicht lau. – Das war's.

(Beifall)

Klaus-Rüdiger Landowsky, Tagungspräsidium: Kurz und bündig. – Das Wort hat Volker Rühe.

Volker Rühe: Ich heiße Volker Rühe und bin aus dem Landesverband Hamburg. Wir brauchen immer besonders viel Zuwendung und Unterstützung.

(Heiterkeit)

Ich möchte mich weiterhin um Fragen der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und der Europapolitik kümmern. Die neue Regierung hat sich in die Kontinuität unserer Politik gestellt. Aber das ist vielfach nur der Schein. Deswegen wird für den Kurs unseres Landes viel davon abhängen, daß wir hier weiterhin die entscheidenden Konzeptionen entwickeln.

Das zweite: Ich war als Generalsekretär und als Verteidigungsminister gerne in den neuen Bundesländern. Dort möchte ich mithelfen, wo immer das gewünscht wird, die CDU zu stärken.

Schließlich komme ich aus dem Norden. Deswegen möchte ich auch einen Beitrag dazu leisten, daß die CDU im Norden noch stärker wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus-Rüdiger Landowsky, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühe. – Das Wort zu einer Vorstellung hat Frau Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren, ich heiße Annette Schavan, bin 43 Jahre, Rheinländerin und seit drei Jahren Kultusministerin in Baden-Württemberg.

Meine politische Lehrzeit sind zehn Jahre Kommunalpolitik in Neuss, danach 15 ganz normale Berufsjahre in der Erwachsenenbildung, in der Begabtenförderung, zuletzt als Leiterin eines Begabtenförderungswerkes, des Cusanuswerks.

Von 1987 bis 1988 war ich Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU. Ich bin heute auch Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, im Stuttgarter CDU-Kreisverband fest verwurzelt und Mitglied im CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, als ich Anfang der 70er Jahre in die CDU eintrat, da hieß es: Das Denken und das Lebensgefühl der Menschen sind ganz anders als das, wofür die CDU steht. Da hieß es: Es beginnen neue Zeiten, Zeiten ohne CDU; in der Partei ist Ballast; es beginnt etwas ganz anderes. – Das war damals ein Irrtum, und so ist es heute auch.

Wir haben damals in vielerlei Hinsicht einen großen Aufbruch geschafft. Wir hatten 16 erfolgreiche Jahre in dieser Bundesregierung. Deshalb bin ich davon überzeugt: Wir müssen heute nicht verzagt sein.

Wir werden wieder einen Aufbruch wagen. Zu diesem Aufbruch gehört für mich: Stark werden in der Kommunalpolitik – das ist nicht die unterste Ebene politischer Arbeit; vielmehr ist es unser Fundament, in Städten und Gemeinden stark zu sein.

(Beifall)

Für mich gehört vieles von dem dazu, was heute schon angesprochen worden ist, nämlich Schluß zu machen damit, daß wir Globalisierung gegen Gerechtigkeit, Soziales gegen Wirtschaftspolitik ausspielen. Meine Damen und Herren, mit einem Flügel läßt sich nicht gut fliegen. Deshalb stimmt das, was heute gesagt worden ist: Wir sind dann stark, wenn wir die Dinge zusammenbringen, die im Leben der Menschen zusammengehören. Menschen in dieser Gesellschaft leben auch am Ausgang des 20. Jahrhunderts nicht nur von erfolgreichen Bilanzen, vom Wettbewerb, vom Markt und von Konkurrenz, sie leben auch von dem, was zu unserer Tradition gehört.

Deshalb müssen wir uns an der öffentlichen Debatte darüber beteiligen – wir müssen sie anzetteln –, was diese Gesellschaft im Inneren zusammenhält. Wir sehen das Heil des Menschen nicht nur in der erfolgreichen Bilanz. Sie ist zwar hilfreich, aber nicht sinnstiftend.

Drittens, meine Damen und Herren, werde ich nicht vergessen, daß ich einmal Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU war.

(Beifall)

Das wird auch künftig eine Rolle spielen. Vielleicht gelingt es uns, die verquälten Gesichtszüge zu verlieren, wenn die Worte „Frauenpolitik“ und „Gleichberechtigung“ fallen.

(Heiterkeit und Beifall)

Eigentlich stimmt es ja, daß wir besser werden müssen, wenn es um Gleichberechtigung geht. Aber es stimmt eben auch, daß wir geschafft haben, was die SPD-Frauen nicht geschafft haben, nämlich zehn Jahre eine erfolgreiche Bundestagspräsidentin zu haben. Das haben die anderen nicht geschafft. Wir haben einen Erfahrungsvorsprung, wenn es um Spitzenpositionen geht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, schließlich möchte ich – das hat natürlich mit meinem jetzigen Amt zu tun – eine Lanze für die junge Generation brechen. Die junge Generation heute braucht Signale im Blick auf Bildung, Ausbildung, Arbeit und Kultur. Wer in Deutschland fragt, wo gute Schulen sind, der hört nicht: in Hessen und Niedersachsen. Wer fragt, wo die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit ist, der hört nicht: in Niedersachsen, der landet im Süden: in Bayern und Baden-Württemberg.

Ich bin selbstbewußt zu sagen, ich gehe gern einen Weg mit, der kein Spaziergang ist, der aber ein Weg zu einem kraftvollen Aufbruch ist, der zu Klarheit und Modernisierung führt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Klaus-Rüdiger Landowsky, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Schavan. Als letzter der Kandidaten hat jetzt Christian Wulff das Wort.

Christian Wulff: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Christian Wulff. Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter, die morgen fünf Jahre alt wird. Deswegen müssen wir heute nacht hier fertig werden.

Ich möchte gern daran mitarbeiten, daß wir einen Generationenmix zwischen der Erfahrung, die wir brauchen, und der Erneuerung hinbekommen, vor der sich niemand zu fürchten braucht. Manche Äußerung gibt dazu Anlaß, daß dieser Hinweis nicht völlig unangebracht ist.

Ich war auf Bundesebene in der Grundsatzkommission und war – auch das sei hier bekannt – Mitglied im Bundesfachausschuß Frauenpolitik von 1990 bis 1994. Die Frauen haben gesagt, sie wollten nicht unter sich sein, sondern sie wollten auch einige Männer dabei haben. Das fand ich sehr vernünftig, weil wir Frauenpolitik mit den Männern machen sollen. Das liegt auch im Interesse der Männer. Das sage ich hier ausdrücklich.

Sie wissen, ich bin nicht nur Anwalt, sondern auch Oppositionsführer. Ich wäre lieber ein Regierungschef. Ich fände es noch erfreulicher, wenn wir aus der Riege der Ministerpräsidenten einige Neue ins Präsidium wählen könnten. Die Möglichkeit besteht nur bedingt. Deswegen sollten wir daran schnell etwas ändern.

Im Gegensatz zur baden-württembergischen Kultusministerin muß ich bekennen, daß ich in Niedersachsen und nicht in Baden-Württemberg zur Schule gegangen bin. Aber auch deshalb brauchen Sie sich nicht zu fürchten, denn ich bin zu CDU-Zeiten in Niedersachsen zur Schule gegangen. Da war die Welt noch in Ordnung.

(Beifall)

Wir brauchen, meine Damen und Herren, nicht dem Zeitgeist zu frönen, wir brauchen auch nicht unsere Programme über Bord zu werfen. Wir müssen uns vor allem Gedanken machen, wie wir wieder Mehrheiten für die von uns als richtig erkannte Politik finden. Denn Wahlen sind nicht nur Abstimmungen über die Richtigkeit von Politik, sondern Wahlen sind manchmal auch Abstimmungen über die Vermittelbarkeit von Politik und über organisatorische, personelle und inhaltliche Möglichkeiten. Hier sollten wir besser werden. Daran möchte ich arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus-Rüdiger Landowsky: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum Wahlgang. Ich darf auf folgendes hinweisen: Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muß mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sein. Sie müssen also mindestens zwei und dürfen – in diesem Fall – höchstens vier Kandidaten ankreuzen. Alle Zettel, die zwei, drei oder vier Kreuze enthalten, sind gültig.

Ich möchte noch eines sagen: Nach dem Beschluß des Bundesparteitages in Hannover zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Partei ist folgendes erforderlich: Im ersten Wahlgang müssen ein Drittel der tatsächlich Gewählten Frauen sein. Da nur eine Frau kandidiert, muß, um die Gültigkeit der Wahlen herbeizuführen, Frau Dr. Schavan gewählt sein. Ich weise nur der Form halber darauf hin, damit wir uns darüber nachher nicht im unklaren sind.

Jetzt frage ich: Haben die Landesgeschäftsführer an alle Delegierten die großen roten Stimmzettel mit vier Namen verteilt? – Alle rufen ja, niemand ruft nein. Dann bitte ich Sie, die Stimmzettel auszufüllen und einzusammeln. – Meine Damen und Herren, bitte bleiben Sie im Raum. Wir haben abgesprochen, daß wir – um keine Zeit zu verlieren – anschließend den Schatzmeister wählen. Dies geht aber nur, wenn Sie im Saal bleiben und auch der Kandidat im Saal ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, haben Sie alle die Chance gehabt, Ihren Stimmzettel abzugeben? – Wenn alle die Stimmzettel abgegeben haben, schließe ich diesen Wahlgang. Ich gehe davon aus, daß es über die Monitore auch nach außen durchgedrungen ist, daß wir jetzt – um keine Zeit zu verlieren – weitermachen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 12 .4 auf:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Ich gebe das Wort dem Parteivorsitzenden.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Liebe Delegierte, es steht zwar nicht in der Satzung, aber es ist üblich – dessen habe ich mich vergewissert –, daß der Parteivorsitzende für das Amt des Schatzmeisters einen Vorschlag macht. Das ist im übrigen ein Amt, für das die Zahl der Bewerber noch geringer ist als für andere Ämter. Man muß gelegentlich sogar einen gewissen Druck ausüben, um Bewerber zu finden.

Ich möchte aber, ehe ich meinen Vorschlag mache, ein Wort zu Brigitte Baumeister sagen. Als ich vor vielen Jahren Fraktionsvorsitzender wurde, habe ich Brigitte Baumeister als Parlamentarische Geschäftsführerin vorgeschlagen. Seitdem arbeiten wir eng und freundschaftlich zusammen. Sie hat dies so gut gemacht, daß Helmut Kohl, als er einen Schatzmeister gesucht hat, sie auch noch als Schatzmeisterin vorgeschlagen hat.

Ich habe gesehen, wieviel Last beide Ämter auf sie gelegt haben. Nachdem wir jetzt in der Opposition in beiden Bereichen noch einmal größeren Belastungen ausgesetzt sein werden, haben wir uns darauf verständigt, daß sie sich auf eine Aufgabe konzentriert. Aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich auch vor diesem Parteitag bei Brigitte Baumeister ganz herzlich für die großartige Arbeit zu bedanken, die sie als Bundesschatzmeisterin geleistet hat.

(Beifall)

Ich habe mit Matthias Wissmann einige werbende Gespräche geführt, weil ich mir vorstelle, daß es bei der schwierigen Aufgabe gut sein könnte, denjenigen, den der Bundesvorstand der CDU Deutschlands Anfang dieses Jahres als ihren wirtschaftspolitischen Sprecher benannt hat, in dieser schwierigen Zeit zugleich auch mit der Aufgabe des Schatzmeisters zu betrauen.

Ich bin froh und dankbar, daß Matthias Wissmann sich bereit erklärt hat – falls Sie ihn wählen –, dieses Amt zu übernehmen. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen für Matthias Wissmann und danach darum, ihn auch bei seiner wichtigen Aufgabe zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vorgeschlagen ist unser Freund Matthias Wissmann. Ich bitte ihn, sich kurz vorzustellen.

Matthias Wissmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich weiß, daß angesichts der fortgeschrittenen Zeit lange Vorstellungen nicht erwünscht sind. Deshalb sage ich nur wenige Worte zu meiner Person: Ich bin 49 Jahre alt und bin stolz, sechs Jahre Bundesminister in der Regierung Helmut Kohls gewesen zu sein. Ich weiß, daß die Arbeit des Schatzmeisters Kärrnerarbeit ist. Das heißt zweierlei: Einnahmen erhöhen und Ausgaben begrenzen. Wenn ich dazu beitragen kann, dann hoffe ich, damit einen guten Dienst für unsere gemeinsame Sache zu leisten.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem gelben Stimmzettel Nr. 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „Ja", „Nein" oder „Enthaltung" steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. – Ich eröffne nunmehr den Wahlgang.

Sind alle Stimmzettel zur Wahl des Bundesschatzmeisters abgegeben worden? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit schließe ich diesen Wahlgang.

Das Ergebnis der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden liegt noch nicht vor. Wir wollen die Abwicklung der Tagesordnung dadurch beschleunigen, daß wir jetzt schon die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums aufrufen. Ich gebe dazu das Präsidium an Herrn Dr. Pöttering ab.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12.5:

WAHL DER 7 WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Für die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums sind folgende Kandidaten vorgeschlagen worden, die ich nun in alphabetischer Reihenfolge nenne: Dr. Maria Böhmer, Rainer Eppelmann, Klaus Escher, Roland Koch, Peter Müller, Claudia Nolte, Peter Rauen, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Christa Thoben und Arnold Vaatz. Es wurde gefragt, warum Rudolf Seiters nicht kandidiert. Sie alle wissen, daß Rudolf Seiters mit einem großartigen Ergebnis zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

(Beifall)

In dieser Eigenschaft ist er nach der Satzung der CDU Mitglied im Präsidium. Ich darf sicherlich auch in Ihrer aller Namen Rudolf Seiters, der unserer Partei und unserem Land bei vielen wichtigen Aufgaben gedient hat, ganz herzlich zu seinem überzeugenden Ergebnis bei der Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, Rudolf Seiters.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit wir während der Zeit, in der die Ergebnisse der Wahlen zu den Stellvertretern und zum Schatzmeister ermittelt werden, keine Zeit verlieren, schlage ich

Ihnen, so wie es Dirk Fischer eben gesagt hat, vor, daß sich die Bewerberinnen und Bewerber für die Beisitzerpositionen jetzt in alphabetischer Reihenfolge vorstellen. Ich darf zunächst Frau Dr. Maria Böhmer bitten. Bitte schön, Frau Böhmer.

Dr. Maria Böhmer: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Ich heiße Maria Böhmer und bin 48 Jahre alt. Ich bin stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz und Landesvorsitzende der Frauenunion. Dem Bundesvorstand der CDU gehöre ich seit vier Jahren an. Als stellvertretende Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission habe ich die Arbeitsgruppe „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft" geleitet und konnte damit einen Kernbereich unserer Politik mitgestalten. Ich bin Bundestagsabgeordnete, und neben meiner Arbeit im Wahlkreis in der Pfalz lehre ich an der Universität Mainz Medienpädagogik. Ich halte den Kontakt zu meinem Beruf, weil ich überzeugt bin, daß es das A und O in der Politik ist, zu wissen, was die Bürgerinnen und Bürger denken und fühlen und wo ihnen der Schuh drückt.

Das hat mich bewegt nach neuen Wegen zu suchen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ganz konkret heißt das, daß ich mich im Wahlkreis dafür eingesetzt habe, daß modellartig ein Dienstleistungszentrum für Arbeit in Privathaushalten erprobt wird. Dieses Beispiel hat bundesweit Schule gemacht. Es gibt in Deutschland über 100 Dienstleistungszentren. Das hat vielen Frauen Arbeit gebracht. An diesem Punkt möchte ich weiterarbeiten. Ich bin überzeugt davon, daß wir alles dafür tun müssen, daß mehr zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen werden und die Reform der sozialen Sicherungssysteme weitergeführt wird. Dabei wird es darauf ankommen, daß wir das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen treffen. Dazu gehört in meinen Augen auch – seit heute sehe ich das sehr optimistisch –, daß wir die Anliegen der Frauen in unserer Partei stärker zum Ausdruck bringen, so daß sie besser zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, offen bleiben für neue Ideen, sich den Veränderungen in der Gesellschaft stellen und die Grundsätze unserer Christlich Demokratischen Union zum Tragen bringen – das ist für mich Erneuerung der CDU. Ich möchte daran gerne im Präsidium mitarbeiten und bitte Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen. Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Maria Böhmer. – Als nächster Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann: Liebe Freundinnen und Freunde! 1943 bin ich geboren worden. Ich habe in meinem bisherigen Leben ganz unterschiedliche Dinge erfahren und gemacht. Ich bin zum Beispiel Maurer gewesen. Als Maurer bilde ich mir ein, daß ich für Nähe und Solidarität mit den vielen sogenannten kleinen Leute stehe.

Als Vater von fünf Kindern stehe ich für Verständnis und Toleranz, was Mütter, Frauen und Kinder angeht.

Als evangelischer Pfarrer stehe ich für das Durchsetzen von zwischenmenschlichen Grundwerten in unserer Politik.

Als Bundesvorsitzender der CDA und Bundestagsabgeordneter möchte ich weiter stehen für ein glaubwürdiges, für ein sachkundiges, für ein einladendes und vielfältiges Gesicht der Volkspartei CDU.

Als Ostdeutscher stehe ich für, glaube ich, eine große, viele Jahre durchgehaltene Kraft und Hoffnung, daß das Bemühen einer Opposition Sinn haben kann, selbst dann, wenn es unrealistisch zu sein scheint. Wir sind immerhin 40 Jahre in der Opposition gewesen. Darum hoffe ich, daß wir es jetzt unter paradiesischen Verhältnissen in vier Jahren packen. Dabei möchte ich mithelfen. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Rainer Eppelmann. – Nun hat Klaus Escher das Wort.

Klaus Escher: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Klaus Escher. Ich bin 33 Jahre alt, von Beruf gelernter Rechtsanwalt. Ich bin allerdings seit drei Jahren in einer Bank tätig, habe zunächst in Düsseldorf gearbeitet und arbeite seit rund zwei Jahren in Frankfurt. Ich bin also, wenn Sie so wollen, der aktive Arbeitnehmer, der für das Präsidium kandidiert. Ich werde auch in den kommenden Jahren versuchen, berufliches und politisches Engagement miteinander zu verbinden. Ich halte das für eine wichtige Erfahrung.

Ich habe jetzt zunächst nicht für ein Mandat kandidiert, weil ich glaube, daß diese Erfahrung zu sammeln auch für die politische Arbeit sehr wichtig ist. Angela Merkel hat den Begriff der Lebenswirklichkeit benutzt. Tagtäglich mit der Lebenswirklichkeit zu tun zu haben, macht mir jedenfalls große Freude.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Reden von Ludwig Erhard ansieht, fällt einem auf, daß in diesen Reden von Wirtschaftspolitik kaum die Rede ist. Er spricht fast nur von gesellschaftlichen Zielen, von Freiheit, von Verantwortung, vor allem von Wohlstand. Unser Problem ist, daß wir in den zurückliegenden Jahren zwar eine sehr starke wirtschaftliche Debatte geführt haben, wir aber zuwenig klargemacht haben, welche gesellschaftlichen Ziele wir mit dieser wirtschaftlichen Debatte verfolgt haben. Mein Ansatz ist, daß wir zu diesem Ideal zurückkehren: ein gesellschaftliches Ziel vor Augen zu haben, damit die Wirtschaftspolitik nicht für die Wirtschaft, sondern für das gesellschaftliche Wohlergehen und für Wohlstand, für Gerechtigkeit und für das Übereinstimmen der Gesellschafts- und der Wirtschaftsordnung gemacht wird.

Ich habe in den letzten Jahren als Vorsitzender der Jungen Union versucht, sowohl innerhalb der Partei als auch extern für die Belange der Jüngeren zu streiten; nicht immer – das gebe ich zu – auf eine bequeme Weise. Aber es waren aus meiner Sicht – das ist in der Jungen Union sicherlich eine schwierige Debatte gewesen – profilierte Jahre für die Jugendorganisation dieser Partei.

Dieser Parteitag ist geprägt von Aufbruch und von Abschied. Wir haben in vielerlei Hinsicht Grund zum Dank und zum Rückblick. Wir haben aber vor allem eine große Verpflichtung zu erfüllen, weil wir in die Zukunft denken und arbeiten müssen. Und genau um die Erfüllung dieser Verpflichtung geht es seit jeher, wenn sich die Jugendorganisation der Partei, wenn sich die Junge Union zu Wort meldet.

Ich möchte bei diesem Projekt mitwirken und als Vorsitzender der Jungen Union im Präsidium mitarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Klaus Escher. – Nun hat das Wort Roland Koch.

Roland Koch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Roland Koch. Ich bin 40 Jahre alt, bin verheiratet und habe zwei Kinder. Morgens beginne ich als selbständiger Rechtsanwalt – jedenfalls möglichst jeden Tag für eine kurze Zeit –, um dann Fraktions- und Parteivorsitzender der hessischen CDU zu sein.

Ich habe ein kurzfristiges und ehrgeiziges Ziel: Ich möchte Ministerpräsident des Landes Hessen werden, weil Hessen das verdient hat und weil die CDU damit etwas anfangen kann.

(Lebhafter Beifall)

Langsam, wir müssen ja noch die Wahl gewinnen.

Meine Damen und Herren, unser Bundesland Hessen ist das Land, in dem die rot-grüne Politik in Deutschland auf der Ebene von Bund und Ländern begonnen hat. Wir in Hessen finden es deshalb ein lohnenswertes Ziel, dafür zu sorgen, daß Hessen auch das erste Land ist, in dem die rotgrüne Politik auch wieder beendet wird.

(Beifall)

Das ist eine Aufgabe mit zwei sehr unterschiedlichen Dimensionen. Wir haben gelernt – das hat etwas mit unserer Politik zu tun –, daß unter Rotgrün Bildung nicht besser, Sicherheit nicht größer wird und die Zahl der Arbeitsplätze nicht stärker steigt, als es unter bürgerlicher Politik möglich ist. Wir sehen in diesen Tagen, daß es erforderlich ist, einer Republik, die, was die führenden Staatsämter angeht, in den letzten Monaten röter als rot geworden ist, die Perspektive zu geben, daß wir wieder umkehren können. Je schneller das geht, desto besser ist das für uns alle. Deshalb wollen wir versuchen, diesen Weg dort zu beginnen.

(Beifall)

Ich will allerdings auch ganz klar sagen: Wir kämpfen gegen Rot und Grün. Ich stehe für ein Zusammengehen mit den Grünen nicht zur Verfügung. Wir Hessen haben schlechte Erfahrungen gemacht. Der Tanz um das grüne Kalb wird der CDU nicht helfen. Wir werden diesen Tanz nicht bestehen können. Deshalb: Rot und Grün muß durch eine bürgerliche Politik in ganz Deutschland ersetzt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da Sie mich ja nicht als Kandidat für ein Landesamt wählen, sondern da ich Sie um das Vertrauen bitte für ein Amt im Präsidium der CDU Deutschlands, möchte ich einen Satz hinzufügen. Ich werbe dafür, daß wir als Christlich Demokratische Union in dem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit ganz eindeutig und unverwechselbar die Partei der Freiheit sind, daß wir eindeutig und unverwechselbar die Partei des Optimismus sind und daß wir eindeutig und unverwechselbar die Partei sind, die wertegebunden und nicht beliebig ist. Das ist nicht immer die einfachere Politik; das weiß ich wohl. Aber als eine mittelmäßige Kopie der Partei der Gleichheit hat die CDU keine Chance. Als ein faszinierendes Modell der Freiheit hat sie alle Chancen. Und dafür möchte ich kämpfen. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Roland Koch. – Nun Peter Müller.

Peter Müller: Ich bin 43 Jahre, verheiratet, drei Kinder – alles Buben – , Jurist. Vor meinem sozialen Abstieg zum Politiker war ich Richter am Landgericht. Ich bin Vorsitzender der CDU im Saarland. Warum kandidiere ich für das Präsidium? – Aus drei Gründen.

Erstens. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, daß die CDU eine Tradition fortführt, die sich gerade mit der Person des heute scheidenden Parteivorsitzenden, Helmut Kohl, verbindet. Mit seinem Wirken in der Tradition Konrad Adenauers ist die CDU zu d e r Europapartei in Deutschland geworden, und das muß die Union auch bleiben. Wir wollen Motor der europäischen Integration sein, und ich möchte einen Beitrag dazu leisten, daß ein Kernsatz der Politik Helmut Kohls weiter mit Inhalt gefüllt wird, der da lautet: Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Die CDU ist nicht die Partei der Marktwirtschaft; sie ist die Partei der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. So haben wir es in unser Grundsatzprogramm geschrieben. Diesen Anspruch gilt es immer wieder mit Inhalt zu füllen. Deshalb sage ich: Das faszinierende Projekt der CDU muß darin bestehen, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unter dem Druck der Globalisierung zu verbinden mit dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und soziale Symmetrie. Beides miteinander zu verbinden, das macht die Union aus. Deshalb sage ich: Wir sind weder die bessere SPD noch die bessere FDP. Wer die Union in die eine oder in die andere Richtung führen will, der führt sie in die Irre. Unser Ziel ist es, ökonomische Kompetenz mit sozialer Sensibilität zu verbinden.

(Beifall)

Drittens. Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, der Weg der Union zur Mehrheit im Bund führt über die Länder. Deshalb wünsche ich Roland Koch Glück und sage: Auch wir im Saarland werden im nächsten Jahr antreten, um eine Landtagswahl zu gewinnen. Ich werde im Heimatland des Vorsitzenden der SPD, des Herrn Lafontaine, antreten. Das ist dieser Physiker mit einem partnerschaftsbedingten weltökonomischen Anspruch, nach dessen Pfeife zur Zeit der Bundeskanzler zu tanzen hat. Es wird mir eine große Freude sein, mit meinen Freunden von der Saar dafür zu sorgen, daß sich das Wiedererstarken der Union und der Niedergang der SPD gerade im Heimatland des SPD-Vorsitzenden fortsetzt. Dafür könnte ich etwas Rückenstärkung gebrauchen, und deshalb bitte ich um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Müller. Nun Claudia Nolte.

Claudia Nolte: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich bin 32 Jahre, verheiratet und habe einen siebenjährigen Sohn. Seit meinem Studium der Kybernetik und Automatisierungstechnik lebe ich in Thüringen. Es war für mich zu DDR-Zeiten schon sehr wichtig, einen Beruf zu haben, den die SED nicht mit ihrer Ideologie befrachten konnte. Mein politisches Engagement be-

gann im Herbst 1989, als es eine reelle Chance gab, die politischen Verhältnisse in der DDR zu verändern. Mich hat diese Zeit sehr geprägt, vor allem die Erfahrung, daß Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, sondern daß man Menschen dafür braucht, die bereit sind, sich einzubringen, die nicht alles vom Staat erwarten.

Mir scheint, daß wir heute die Vermittlung dieser Grundüberzeugungen noch immer – eher noch mehr – brauchen. Wir brauchen nicht zu verstecken, was wir in den letzten Jahren geleistet haben. Aber wir müssen in diesem Sinne schon unser Profil stärken. Wir müssen dichter am Bürger dran sein und ihm zeigen, daß wir seine Sorgen kennen. In meinem bisherigen Wirken als Abgeordnete und als Bundesministerin konnte ich, so denke ich, in diesem Sinne Akzente setzen. Keine Frage: Ich habe auch Lehrgeld gezahlt.

Ich möchte mich jedenfalls mit allen Kräften weiter in unsere Partei einbringen. Dabei sind mir erfolgreiche Landtagswahlen ganz wichtig, gerade in meinem Heimatland Thüringen. Wenn ich nach Mecklenburg-Vorpommern schaue, frage ich mich schon besorgt: Wächst dort zusammen, was zusammengehört?

Wir müssen alles tun, damit sich so etwas nicht wiederholen kann. Dabei will ich mithelfen, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Claudia Nolte. Nun Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin 53 Jahre alt. Mit 21 wurde ich Familienvater und selbständiger Bauunternehmer, nachdem ich vorher meine Gesellenprüfung als Maurer gemacht, mein Examen als Bauingenieur abgelegt und geheiratet hatte. Zur Politik habe ich eigentlich recht spät gefunden, mit 28, zu einer Zeit, als die sozialliberale Koalition in der Regierung war. Danach war ich acht Jahre Kreis– und Bezirksvorsitzender der Jungen Union, anschließend Gemeinderatsvorsitzender und Kreisvorsitzender unserer Partei. Seit 1991 bin ich Bezirksvorsitzender der CDU im Bezirk Trier. Mit 26 Jahren wurde ich Vorsitzender des Fußballvereins in meinem Heimatdorf, Salmrohr. Dem Bundestag gehöre ich seit 1987 an, als gewählter Direktkandidat des Wahlkreises Eifel, zuletzt auch in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Finanzausschusses.

Liebe Freunde, ich bin nicht mehr wild, aber noch jung genug, meine Erfahrungen aus 32 Jahren Selbständigkeit, 27 Jahren als Vorsitzender eines erfolgreichen Vereines und 25 Jahren Vorsitzendentätigkeit in unserer Partei in die Führungsarbeit der CDU Deutschlands einzubringen. Zeitlich ist dies heute eher möglich, weil sich einer meiner erwachsenen Söhne Gott sei Dank anschickt, den Familienbetrieb mit zur Zeit 100 Mitarbeitern zu führen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung, liebe Freunde: Ich habe vor zwei Jahren die Verantwortung für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU übernommen, in einer Zeit, als die Vereinigung sowohl finanziell als auch strukturell in einer sehr schwierigen Lage war, und in einer Zeit, als bundesweit an vielen Orten Mittelstandsparteien in Gründung begriffen waren. Diese Probleme konnten mit vielen guten Männern und Frauen in der Vereinigung zwischenzeitlich überwunden werden. Wenn ich aber mein Ziel erreichen soll, die Ver-

einigung zu stärken, sie auszubauen und eng an die Union zu binden, dann brauche ich die Einbindung in die Führungsarbeit der Partei.

Liebe Freunde, die Union ist Heimat für Arbeiter und Selbständige gleichermaßen. Das war bisher so, und das wird auch so bleiben. Ich glaube, daß das zwölfköpfige Präsidium einen Unternehmer ganz gut vertragen und gebrauchen kann. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter Rauen. Nun Frau Professor Dr. Rita Süssmuth.

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Herr Präsident! Meine Freunde! Ich bin 61 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter. An meinem Alter erkennen Sie, daß ich nicht zu den jungen Wilden gehöre. Aber glauben Sie mir: Auch in den Älteren brennen Herz und Kopf noch für Erneuerung. In mir steckt noch eine Menge politischer Leidenschaft.

(Beifall)

Ich bin jetzt gut 20 Jahre dabei und habe einen Großteil der letzten 16 Jahre mitgestalten dürfen. Was ermutigt mich zur Erneuerung? – Bei allen Fehlern, die wir gegenwärtig nach der Wahlniederlage zu Recht suchen, wird sich erweisen: Was in diesen 16 Jahren geschehen ist, hat Überdauerndes und hat eine Substanz, aus der heraus wir uns erneuern können. Ich hatte mir damals nicht vorstellen können, daß ich Deutsche Einheit und europäische Einigung erleben würde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß: Ich bin mitunter unbequem und nicht pflegeleicht. Wer die Sache der Frauen betreibt, wer sich des Sozialen annimmt, der macht sich hier und da unbeliebt. Aber glauben Sie mir: Ich möchte im Präsidium mitarbeiten, weil, so denke ich, ein Auseinanderdriften in einen sozialen Flügel und in einen Wirtschaftsflügel nicht zukunftsbezogen wäre, dem 21. Jahrhundert nicht gerecht würde.

Ich sage zweitens: Ich habe viel gelernt im Osten Deutschlands und möchte daran mitwirken, daß wir noch enger zusammenwachsen. Mein wichtigstes Anliegen ist mit der CDU eine Bildungsoffensive in ganz Deutschland, denn es gibt nicht den bequemen Weg; es gibt nur den Weg über die Anstrengung und damit den Weg der Bildungsoffensive. Die Menschen werden es uns danken, wenn wir ihnen nicht nur Surfbretter, Snowboards und Discotheken anbieten, sondern wieder mehr Bibliotheken und vielleicht auch virtuelle Internets. – Ich werbe, weiter mitarbeiten zu können.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Professor Süssmuth! – Es folgt Christa Thoben, abschließend dann Arnold Vaatz. – Ich sehe, Frau Thoben ist im Moment nicht da. Ist Arnold Vaatz schon soweit? – Dann darf ich ihn bitten, sich zunächst vorzustellen.

Arnold Vaatz: Meine Damen und Herren, mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 43 Jahre alt, von Beruf Diplommathematiker, groß geworden in Thüringen und in Sachsen. Ich kenne die damalige Zeit aus Perspektiven, die nicht unbedingt beneidenswert sind. Ich habe relativ früh zur ostdeutschen Opposition gefunden, habe im Jahre 1990 darauf hingewirkt, daß die CDU in Sachsen öffentliches Vertrauen erwirbt, und habe darauf hingesteuert, daß wir eine erfolgreiche Regierung in Sachsen bekommen. Dazu war es oftmals notwendig, einen sehr harten Abgrenzungskurs gegenüber der damaligen Philosophie der SED zu fahren. Das hat mir viele Feinde eingebracht; ich glaube aber, es war unter dem Strich erfolgreich.

(Beifall)

Ich bin nunmehr seit acht Jahren Mitglied der sächsischen Staatsregierung, das erste Jahr als Chef der Staatskanzlei und seit 1992 als Umweltminister des Freistaates Sachsen. Das ist an sich ein sehr schöner Job, der mir auch nach und nach ans Herz gewachsen ist. Aber angesichts der Konstellation vor den Bundestagswahlen in diesem Jahr erschien es mir erforderlich und wichtig, mich von dieser Position zu trennen und für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Das ist erfolgreich gewesen, und es ist auch gelungen, in Dresden als einziger Großstadt in der Nähe von 500 000 Einwohnern die Wahlkreise direkt für die CDU zu halten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wofür stehe ich? Es ist ganz simpel. Ich möchte, daß wir so schnell wie möglich vom Wähler wieder mit politischer Verantwortung betraut werden. Ich frage mich: Wie geht das? Nach meiner Auffassung geht es nur dann, wenn wir im programmatischen Bereich klar bleiben, uns nicht nach dem Zeitgeist wenden, sondern dann, wenn die Umfragen sich von uns entfernen, nicht den Umfragen hinterherlaufen, sondern uns darum bemühen, die Menschen von der Richtigkeit unserer Auffassungen zu überzeugen. Das nenne ich geistige Führung.

(Beifall)

Wir müssen ganz besonders in Ostdeutschland einer verhängnisvollen Tendenz Einhalt gebieten. Wir beobachten nämlich, daß der ungeheure Aufbauerfolg, den unsere Partei dort aufzuweisen hat, in den Herzen und Köpfen der Menschen durch die Gegner der Einheit zerstört wird. Was man auf den Straßen nicht mehr kaputtmachen kann, wird in den Köpfen der Menschen zerstört. Dem müssen wir entgegenwirken. Wir brauchen eine tragfähige Basis für die Fortführung des Aufbaus in Ostdeutschland.

Wir müssen uns dazu als Partei stärker öffnen. Auch dafür will ich eintreten. Die CDU darf nicht zu einer reinen Mandatsträgerpartei werden.

(Zustimmung)

Wir müssen den vorpolitischen Raum, die Vereine, die Sportvereine, die Feuerwehren usw. für uns erobern.

(Zustimmung)

Wir müssen wesentlich mehr Energie darauf verwenden, diese Stellen, die augenblicklich von der PDS in hervorragendem Maße bewirtschaftet werden, für unsere Partei zu gewinnen. Dafür will ich eintreten.

Schließlich und endlich halte ich sehr viel von einer aufrichtigen Diskussion um die soziale Frage. Sozial kalt handelt, wer die Grundlagen des Sozialstaates zerstört, indem er den Sozialstaat überstrapaziert und damit für die Zukunft und für unsere Kinder gefährdet. Das tun die anderen.

(Beifall)

Wir sind eine soziale Partei. Dabei soll es bleiben, dafür will ich eintreten, und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Arnold Vaatz! – Nun wirklich abschließend Christa Thoben, bitte schön.

Christa Thoben: Ich heiße Christa Thoben und komme normalerweise nicht zu spät. – Ich bin Jahrgang 1941. Ich habe elf Jahre lang in der empirischen Wirtschaftsforschung gearbeitet, bin danach in die Geschäftsführung einer Industrie- und Handelskammer gewechselt, war dann zehn Jahre Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin. Von 1990 bis 1994 habe ich die Industrie- und Handelskammer in Münster geleitet, und 1994, in der letzten Legislaturperiode, hat mich Klaus Töpfer als beamtete Staatssekretärin ins Bauministerium geholt. Dieses Amt mußte ich nun nach dem Wahlergebnis leider verlassen.

Warum ich hier kandidiere? Einmal weil mir bisher die Arbeit in dieser Partei sehr viel Freude gemacht hat. Aber ich möchte auch zwei inhaltliche Themen ganz kurz antippen.

Ich glaube auch, daß wir das Thema des Gleichgewichts zwischen Verantwortung und Freiheit, das Thema einer Balance zwischen dem Sozialen und dem Wirtschaftlichen in einer veränderten Welt neu bestimmen müssen, und zwar nicht so, daß wir die Ökonomie gegen das andere ausspielen oder umgekehrt. Für beides, für ökonomisches Handeln und für soziales Handeln, müssen wir den Maßstab der Effizienz finden. Treffen wir die, die wir meinen, und tun wir es beim sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln auch in der angemessenen Form?

Nach meiner Wahrnehmung liegt unser größtes Defizit darin, die Wirklichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen in ihrer ganzen Fülle und Breite aufzunehmen. Viele haben sehr unterschiedliche Erwerbsbiographien, sind mal selbständig, mal unselbständig, erziehen Kinder und gehen dann wieder in den Beruf. Die Rückwirkungen, die das eigentlich auf unsere Sozialsysteme haben müßte, haben wir nur in Ansätzen debattiert. Ich würde mir von unserer Arbeit in der Opposition versprechen, daß wir jetzt etwas mehr Kraft haben, diesen Teil der Wirklichkeit stärker bei uns aufzunehmen und in Politik umzusetzen. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christa Thoben!

Ehe wir gleich mit der Wahl beginnen, darf ich Ihnen die Ergebnisse der Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden mitteilen und anschließend das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekanntgeben.

Zu den stellvertretenden Vorsitzenden darf ich Ihnen sagen, daß Wolfgang Schäuble vier Stellvertreter hat. Die Wahl ist gültig. Das Frauenquorum ist erreicht. Wir brauchen also keinen neuen Wahlgang.

Es wurden 952 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen: 4. Enthaltungen: 0. Gültige Stimmen: 948. Die erforderliche Mehrheit beträgt 475 Stimmen.

Es wurden in der Reihenfolge der Stimmergebnisse gewählt: Dr. Annette Schavan mit 842 Stimmen;

(Beifall)

das sind 88,82 %; Volker Rühe mit 776 Stimmen; das sind 80,86 %;

(Beifall)

Christian Wulff mit 744 Stimmen;

(Beifall)

das sind 78,48 %; Dr. Norbert Blüm mit 571 Stimmen; das sind 60,23 %.

(Beifall)

Ich sage den vier Gewählten einen sehr herzlichen Glückwunsch und werde sie gleich fragen, ob sie die Wahl annehmen.

Ich darf die vier Stellvertreter bitten, nach vorne zu kommen, damit jeder sie sehen und hören kann. – Bitte schön, Frau Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank und noch einmal herzlichen Glückwunsch. – Volker Rühe.

Volker Rühe: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr für das Vertrauen. Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Noch einmal herzlichen Glückwunsch, Volker Rühe. – Christian Wulff.

Christian Wulff: Liebe Freunde, ich bedanke mich sehr für das großartige Vertrauen und nehme die Wahl selbstverständlich und gerne an. Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, Christian Wulff, noch einmal. – Dr. Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für die Zustimmung.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, Dr. Norbert Blüm.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich kann Ihnen nun auch das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 756. Ungültige Stimmen: 0. Enthaltungen: 24. Gültige Stimmen: 732. Die erforderliche Mehrheit beträgt 367. Für Matthias Wissmann wurden 688 Stimmen abgegeben; das sind 93,98 Prozent. – Herzlichen Glückwunsch, Matthias Wissmann.

(Beifall)

Mit Nein haben gestimmt: 44; das sind 6,02 Prozent.

Ich darf den neuen Schatzmeister Matthias Wissmann fragen, ob er die Wahl annimmt.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren, ich nehme die Wahl an, danke für das Vertrauen und danke auch für lebhafte Beiträge zur Finanzierung der Bundespartei in der Zukunft.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Noch einmal ganz herzlichen Glückwunsch, Matthias Wissmann und allen Gewählten. Viel Erfolg für die Arbeit.

Jetzt lassen wir noch die Fotos machen, und dann geht es mit der Arbeit weiter.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 12.5:

WAHL DER 7 WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich folgendes erläutern:

Erstens. Die Wahl erfolgt auf dem großen grünen Stimmzettel, der die Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten für das weitere Präsidium enthält.

Zweitens. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts müssen mindestens die Hälfte und höchstens die Zahl der zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden. Der Stimmzettel ist also nur dann gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidatinnen oder Kandidaten angekreuzt sind.

Drittens. Denken Sie bitte daran, daß ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Wenn also beispielsweise bereits im ersten Wahlgang alle sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums gewählt wären, müßten sich darunter mindestens zwei Frauen befinden, damit dieser Wahlgang gültig ist.

Ich eröffne den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wenn Sie den Stimmzettel abgegeben haben, den Saal nicht zu verlassen, da wir mit der Vorstellung der Beisitzer-Kandidatinnen und -Kandidaten beginnen wollen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Nein, noch nicht. Hier auf der rechten Seite sind noch Stimmzettel abzugeben.

Jetzt sieht es aber so aus, als seien alle Stimmzettel abgegeben. – Nein, noch nicht.

Jetzt sind aber alle Stimmzettel abgegeben. – Das ist der Fall; es erhebt sich kein Widerspruch. Damit schließe ich den Wahlgang.

Die Tagungsleitung übernimmt jetzt Dr. Fritz Hähle.

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir möchten, um Zeit zu sparen, während dieser Wahlgang ausgezählt wird, mit der Vorstellung der Kandidaten zur Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes fortfahren.

TAGESORDNUNGSPUNKT 12.6:

WAHL DER 26 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Auf Grund der Vielzahl der Kandidaten bitte ich, die Redezeit auf jeweils drei Minuten zu begrenzen. Ich bitte die jeweils zwei folgenden Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpults aufzuhalten, so daß keine unnötigen Verzögerungen auftreten.

Wir beginnen nun mit der Kandidatenvorstellung. Ich rufe auf: Hermann-Josef Arentz, als nächste Brigitte Baumeister. – Herr Arentz, bitte.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich heiße Hermann-Josef Arentz, bin 45 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von drei und fünf Jahren.

Ich kandidiere zum erstenmal für den Bundesvorstand der CDU auf Vorschlag der CDA, deren stellvertretender Bundesvorsitzender ich bin. Ich bin seit mehr als 20 Jahren in der katholischen Sozialbewegung engagiert und halte die christlich–soziale Wurzel der Union nicht nur für ein glänzendes Erbstück, das wir sozusagen in die Parteivitrine stellen sollten, sondern auch für einen wichtigen Wegweiser in die Zukunft.

Liebe Parteifreunde, ich möchte, daß die Union im besten Sinne des Wortes Volkspartei bleibt, eine Volkspartei, die für klare christliche Grundwerte steht und in der Arbeitnehmer und Gewerkschafter genauso wie Handwerker, Selbständige und Unternehmer ihre politische Heimat sehen. Wir müssen vorleben, daß sich Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik nicht feindlich gegenüberstehen, sondern in unserer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft zwei Seiten einer Medaille sind. Lassen Sie uns deshalb wirtschaftlichen Fortschritt und die Effizienz des Marktes mit dem tiefen Wunsch der Menschen nach Gerechtigkeit verbinden.

Liebe Parteifreunde, es ärgert mich ohne Ende, welchen Monopolanspruch die Sozialdemokraten auf Gerechtigkeit und das Soziale erheben. Dieser Sozialstaat ist das Werk der Union. Wir werden ihn weiterentwickeln müssen.

Wolfgang Schäuble hat heute morgen in einigen Worten aufleuchten lassen, welche Veränderungen und welcher Reformbedarf in der Sozialpolitik in den nächsten Jahren vor uns stehen. Ich glaube, daß ich mit den Erfahrungen, die ich als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik der Union und als Sprecher der sozialpolitischen Sprecher aller CDU/CSU-Landtagsfraktionen gesammelt habe, an der Bewältigung dieser Aufgabe ein wenig mitarbeiten kann. Dazu bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Arentz. – Ich bitte Frau Baumeister um das Wort.

Brigitte Baumeister: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Sie kennen mich. Ich war Bundesschatzmeisterin der CDU. Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und komme aus Baden-Württemberg. Dort ist meine politische Heimat. Dort bin ich stellvertretende Bezirksvorsitzende.

Ich habe Politik in meinem Amt als Schatzmeisterin immer als etwas verstanden, wodurch Wirtschaft und praktische Politik zusammengeführt werden können. Dies habe ich getan, als ich in der Industrie tätig war. Dies kann ich beurteilen, weil mein Mann selbständiger Unternehmer ist. Mein Wissen einzubringen für Wirtschaft, Finanzen, Forschung und Technologie, das würde ich gerne weiterhin in der Partei tun. Wenn Sie mir Ihre Stimme geben, würde ich mich freuen. – Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Danke, Frau Baumeister. – Ich bitte Herrn von Beust um das Wort.

Ole von Beust: Meine Damen und Herren! Ich heiße Ole von Beust und bin 43 Jahre alt. Ich bin selbständiger Rechtsanwalt und komme aus Hamburg. Ich war vor einem Jahr Spitzenkandidat der Hamburger CDU bei den Landtagswahlen und würde es in drei Jahren gerne wieder werden.

Meine Damen und Herren, Herr Schäuble hat vorhin in seiner Rede ausgeführt, Niederlagen gehörten zur Demokratie. Da hat er recht. Aber diese eine Niederlage im letzten Monat hat mir gereicht. Aus diesem Grunde ist es falsch, wenn Kolleginnen und Kollegen intern sagen: Wir schaffen einen Machtwechsel höchstens in acht, in zwölf oder in sechzehn Jahren. Nein, meine Freunde, in vier Jahren müssen wir es schaffen wollen. Wir sollten dies nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben.

(Beifall)

Dazu gehört für mich – Frau Süssmuth hat es vorhin kritisch angesprochen – die Frage eines Generationswechsels. Liebe Rita Süssmuth, diejenigen, die davon gesprochen haben, haben mit Sicherheit keinen biologischen Generationswechsel gemeint. Ich kenne Menschen, die mit 70 Jahren sehr beweglich sind, und andere, die mit 20 Jahren sehr zubetoniert sind. Es geht hier um einen Bewußtseinswechsel in dem Sinne, wie es Frau Merkel vorhin ausgedrückt hat, einen Bewußtseinswechsel hin zu Offenheit, dazu, die Entwicklung der Gesellschaft auch

im großstädtischen Milieu zu verfolgen, nicht verbohrt zu sein und sich die Wirklichkeit nicht so vorzustellen, wie wir meinen, daß sie ist, sondern so, wie sie tatsächlich ist. Das meinen wir mit Bewußtseinswechsel. Das ist keine Altersfrage.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen wichtigen Punkt ansprechen. Ich glaube, alle Programme, alle Ideen, alle Personen, alle neuen oder alten grundsätzlichen Werte helfen uns nicht, wenn es uns nicht gelingt, diese Programme und Personen werbe- und marketingwirksam auf moderne Weise an den Mann oder die Frau zu bringen. Die Union hat einen Nachholbedarf. Es muß uns mit Hilfe des neuen Bundesvorstandes gelingen, Signale einer modernen Werbung, eines modernen Marketings an eine moderne Öffentlichkeit zu senden, um in vier Jahren die Chance ergreifen zu können, die Wahlen wieder zu gewinnen. Lassen Sie uns daran arbeiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ole von Beust. – Ich rufe Reimer Böge auf.

Reimer Böge: Ich bin Reimer Böge. Ich bin Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein, also dem Landesverband, der in Deutschland in 1998 den höchsten Mitgliederzuwachs der Union zu verzeichnen hatte.

(Beifall)

Ich bin verheiratet. Wir haben zwei Kinder. Von Beruf bin ich Diplom-Agraringenieur und Landwirt aus Leidenschaft. Mit 46 Jahren rechne ich mich weder jung noch wild. Ich glaube vielmehr, daß auch in der Politik die oftmals verschmähten Sekundärtugenden – vielleicht angereichert durch holsteinische Beharrlichkeit und Standfestigkeit – als Empfehlung reichen mögen.

Ich war Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses im Europäischen Parlament, des BSE-Untersuchungsausschusses. Wir haben es damals geschafft, die Stellung des Europäischen Parlamentes maßgeblich zu verstärken und der Kommission Beine zu machen. Ich möchte in die Arbeit des Bundesvorstandes meine Erfahrungen als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik einbringen für die Landwirtschaft bzw. für den ländlichen Raum und auch auf Grund meiner Arbeit im Europäischen Parlament einen Beitrag dazu leisten, daß wir angesichts der drohenden Sozialdemokratisierung Europas alle politischen Ebenen im Bundesvorstand eingebunden haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reimer Böge. – Ich rufe Eberhard Diepgen auf.

Eberhard Diepgen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Eberhard Diepgen. Ich bin 56 Jahre alt. Ich bin Regierender Bürgermeister von Berlin.

Ich habe für das nächste Jahr ein ganz besonderes Ziel, das ich mit Ihren Unterstützungen erreichen möchte. Wir wollen bei den Wahlen, die wahrscheinlich am 10. Oktober nächsten Jahres stattfinden, sicherstellen, daß ein Regierender Bürgermeister der CDU den nächsten CDU-Kanzler in Berlin begrüßen kann.

(Beifall)

Im Rahmen der Themen des Bundesvorstandes werden meine Schwerpunkte die Verbindung von Landespolitik und Kommunalpolitik, die Frage des Föderalismus, aber vor allen Dingen das Thema: „Wie gestalten wir sozialpolitisch und nicht allein im Rahmen der Architektur die Innenstädte?“ sein. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Diepgen. – Ich rufe Heiner Geißler auf.

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst Angela Merkel – sie ist im Moment nicht anwesend – zu Ihrer überzeugenden Wahl zur Generalsekretärin herzlich gratulieren. Ich möchte sie ermuntern – zur Vorstellung meiner Person gehört ja, daß ich hätte sagen müssen, daß ich zwölf Jahre Generalsekretär war –, nicht Sekretärin zu sein – Wolfgang Schäuble wird es sicherlich hören –, sondern Generalin.

(Beifall)

Ich möchte sie ermuntern, die Aufgabe zu übernehmen, das Profil der Christlich Demokratischen Union, das gelitten hat, zu schärfen und das Programm klar zu vertreten.

Es ist wahr: Es waren 16 gute Jahre für Deutschland und auch für Europa. Aber die Niederlage – auch das möchte ich sagen – hat die CDU tief getroffen. Ich bekenne, daß ich darunter leide, und zwar nicht nur ein wenig, sondern sogar ein bißchen mehr als ein wenig.

Wir werden einen neuen Anfang machen. Das können wir aber nur tun, wenn wir eine begründete Hoffnung haben. Ein Teil dieser begründeten Hoffnung besteht darin, daß das Wahlergebnis vom September – wir haben 1,6 Millionen Stimmen an die SPD verloren – keine Verstetigung bedeuten muß. Das wissen wir aus den demoskopischen Umfragen. Wir können diese 1,6 Millionen Stimmen aus der politischen Mitte heraus, die wir vertreten, wieder gewinnen, aber das wird nur gelingen, wenn wir unsere Grundsätze wieder ernster nehmen. Wir brauchen nicht etwa ein neues Grundsatzprogramm. Wir müssen uns aber sehr wohl auf die neue Welt der Globalisierung, der Technologie einstellen, die von den Menschen ein hohes Maß an Risikobereitschaft, Flexibilität und Mobilität verlangt. Wir haben als große Volkspartei die Aufgabe, in dieser neuen Welt dafür zu sorgen, daß unsere Gesellschaft eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht bleibt. Die Menschen wollen Vertrauen haben können, sie wollen Sicherheit.

Wir sollten heute noch etwas als Hoffnung mitnehmen – im April nächsten Jahres werden wir über die Inhalte ja weiter debattieren –: den Glauben an die Macht der Ideen. Die Revolution in Osteuropa und in Deutschland ist das Ergebnis des Sieges der Ideen. Wir haben es zu verkraften, daß die anderen triumphieren. Daß heute Oskar Lafontaine, Joschka Fischer und Gerhard Schröder, die Anführer der Anti-NATO-Bewegung der 80er Jahre, im Ausland und im Inland erklären, sie setzten die Außenpolitik der alten Regierung fort, und daß sie die NATO als das anerkennen müssen, was sie immer war, nämlich ein Instrument der Freiheit und der Durchsetzung der Menschenrechte, ist ein glänzender Sieg unserer Ideen.

(Beifall)

Wir glauben insofern an die Macht der Ideen. Wir müssen auf die sich stellenden Fragen mit neuen Ideen antworten. Glauben wir auch an die Macht des Wortes und der Sprache, mit denen wir die Menschen wieder überzeugen können.

Ich möchte in den kommenden zwei Jahren mit dem, was ich kann und was ich weiß, dazu einen Beitrag leisten, damit es mit unserer Partei und dem neuen Parteivorsitzenden wieder vorangeht. Deswegen bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heiner Geißler. Ich rufe nun Otti Geschka auf.

Otti Geschka: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Oberbürgermeisterin in Rüsselsheim,

(Beifall)

58 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und zwei Schwiegerkinder und bin seit vorgestern vierfache Großmutter.

(Beifall)

Jetzt ist meine Familie fast größer als meine politische Mehrheit in Rüsselsheim. Die Rüsselsheimer Wählerinnen und Wähler haben sich für die aparte Lösung entschieden, neben einer großen Mehrheit von Rotgrün bei der Direktwahl eine Christdemokratin als Oberbürgermeisterin zu wählen. Meine Damen und Herren, ich gehe einmal davon aus, daß dies politische Klugheit war, die ein wenig für eine Balance der Macht gesorgt hat. Diese politische Klugheit der Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer wünsche ich mir am 7. Februar nächsten Jahres für ganz Hessen, für alle hessischen Wählerinnen und Wähler,

(Beifall)

denn in Hessen bin ich stellvertretende Landesvorsitzende der Union, und mit Roland Koch und der hessischen Union bin ich wild entschlossen, der Union am 7. Februar nächsten Jahres zum Sieg in Hessen zu verhelfen.

In die Arbeit des Bundesvorstandes möchte ich all meine Erfahrungen aus elf Jahren Landtagstätigkeit, vier Jahren Tätigkeit als Staatssekretärin in der Regierung von Walter Wallmann und aus meiner mittlerweile fünfjährigen Tätigkeit als Oberbürgermeisterin in Rüsselsheim einbringen. Dafür brauche ich aber vorab Ihre Stimme, um die ich Sie bitte.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Geschka. Ich rufe nun Anne-Karin Glase auf.

Anne-Karin Glase: Meine Damen und Herren! Auch wenn manchem so manches zu Brandenburg einfällt – ich kandidiere trotzdem oder gerade deswegen für den Bundesvorstand. Ich bin Jahrgang 1954, evangelisch, verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne. Ich bin Abgeordnete des Europäischen Parlaments, und meine Hauptarbeit erfolgt in den Ausschüssen für Beschäftigung, Soziales und Wirtschaft, was eine hervorragende Kombination darstellt. In unserer Partei bin ich Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Entwicklungspolitik. Ich halte die Fahne der CDU in vielen Vereinen und Verbänden aufrecht. Es gibt im Bundesfachausschuß viel zu tun. Ich möchte dabei mit anpacken. Bitte schenken Sie mir Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Danke, Frau Glase. Ich rufe nun Peter Hintze auf.

Peter Hintze: Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, daß Rot-Grün eine kurze Episode bleibt. Ich bringe dafür einiges an politischer Nahkampferfahrung mit und würde mich freuen, wenn Sie mir einen entsprechenden Auftrag erteilten.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Danke, Peter Hintze, auch für die Kürze des Beitrages. Ich rufe jetzt Frau Holzapfel auf.

Elke Holzapfel: Ich bin 1945 in der Mitte Deutschlands geboren und lebe auch dort. Seit 1990 bin ich Mitglied der CDU. Meine berufliche Tätigkeit ist Buchhalterin und Betriebsratsvorsitzende. Von daher ergibt sich mein Interesse an der Wirtschaft. Politisch betätige ich mich auf allen Ebenen in der Kommunalpolitik. Ich bin stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende der Frauen-Union und bitte um Ihr Vertrauen. Ich werbe dafür, die Rakete CDU wieder in Startposition zu bringen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Holzapfel. Ich rufe Dr. Franz-Josef Jung auf.

Dr. Franz-Josef Jung: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Hessen und dort auch stellvertretender Landesvorsitzender. Außerdem obliegt mir die Geschäftsführung der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU im Bund und in den Ländern.

Meine Freunde, ein Sieg in Hessen wäre nicht nur ein wichtiges Aufbruchsignal in diesem Lande, sondern auch ein Aufbruchsignal für die Union insgesamt. Dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Dr. Jung. Ich rufe Frau Dr. Yvonne Kempen auf.

Dr. Yvonne Kempen: Liebe CDU-Familie! Ich bin 38 Jahre alt und mit Leib und Seele CDU.

(Beifall)

Meine politische Heimat ist Nordrhein-Westfalen. Hier und auf Bundesebene wird die CDU dann wie neu, wie Phönix aus der Asche steigen, wenn wir das Vertrauen der Menschen in den Städten und Gemeinden zurückgewinnen. Das ist unser Fundament.

Ich bin seit zwei Wochen Bürgermeisterkandidatin in Meckenheim, und ich will die Kommunalwahl im nächsten Jahr gewinnen.

(Beifall)

Ich sage aber auch dies: Das kommunale Fundament braucht eine Verklammerung mit der Bundesebene. Ein solcher Weg ist zukunftsweisend. Dafür stehe ich. Schenken Sie mir in diesem Sinne bitte Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Bevor sich der nächste Kandidat vorstellt, übergebe ich die Tagungsleitung an Frau Johanna Arenhövel.

Johanna Arenhövel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Kandidatenvorstellung fort. Herr Dr. Uwe Lehmann-Brauns, bitte.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Liebe Freunde, mein Name ist Uwe Lehmann-Brauns. Ich bin Stellvertretender Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion und deren Kultursprecher, Kreisvorsitzender des einzigen von 23 Berliner Bezirken, in denen die Union ihre Mehrheit behalten hat.

Von Beruf bin ich Anwalt und Notar und freue mich besonders über das Vertrauen vieler Bürgerrechtler, wie Bärbel Bohley, Freya Klier, Jürgen Fuchs, auch von Wolf Biermann, gegenüber SED- und PDS-Größen.

Seit über zwei Jahren versucht Herr Stolpe mir im Hinblick auf seine etwas schräg geratene Vergangenheit durch die Gerichte den Mund zu verbieten, bisher inklusive Bundesgerichtshof ohne Erfolg.

(Beifall)

Ich bin für eine selbstbewußte, offensive und demaskierende Oppositionspolitik, zum Beispiel gegen das Kartell der Straßenkämpfer und Systemverächter von gestern, die sich heute mit Siegelring und Nadelstreifen staatstragend spreizen,

(Vereinzelt Beifall)

gegen den umherschleichenden Sozialdemokratismus, ein geschichts- und maßstabloses plapperndes Softytum, perfekt dargestellt durch den neuen Kanzler.

(Beifall)

Ich bin gegen die Entwertung des Pluralismus zum Alibi für die Kollaboration von SPD und SED-Diktaturkadern der zweiten Reihe.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin für eine Politik, die zwischen Gesinnung und Demoskopiepopulismus unterscheidet, zwischen Täter und Opfer, zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Ringstorff und von Dohnanyi, zwischen neuer Mitte und neuer Mediokrität.

Ich bin für eine Politik, die mit einem Maß mißt, die nicht wie Fischer die Menschenrechte nur gegen Herrn Pinochet auffährt, sondern auch gegen Milosevic und Kutschma, den weißrussischen Diktator und Lieblingsgastgeber von Herrn Schröder.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin für einen neuen Dialoganlauf zu den Intellektuellen dieses Landes. Jede Partei würde sich zwar übernehmen, wenn sie die geistige Führung in der Republik beanspruchte. Aber wir wissen, daß der Geist seit 1989 nicht mehr nur links steht und daß wir Brücken bauen müssen.

Ich bin schließlich für eine Politik, die den Schutz und die Förderung der Kultur zu einer Hauptsache macht. Der Kulturbeauftragte Naumann ist ein gebildeter Mann – sei er nun bloßes

Spielmaterial von Herrn Schröder mit der Perspektive des Herrn Stollmann oder sei er mehr. Wie auch immer: Die Union darf die Kulturpolitik nicht räumen. Kultur ist gewaltlos, kennt keine Ossis und Wessis, keine In- und Ausländer. Sie braucht eine Anlaufstelle im Bundesvorstand; denn sie gehört in unser Menschenbild.

Schließlich: Gegen eine politische Katerstimmung gibt es kein Aspirin. Aber wir können auf die Überlegenheit unseres Zukunftsprogramms vertrauen, auch darauf, daß Begriffe wie „Nation", „Europa", „Extremismus" nur bei uns in guten Händen sind.

Apropos Extremismus: Obwohl sie 40 Jahre lang einen Teil dieses Landes gequält und isoliert hat, klappert die SED/PDS immer frecher mit dem Sargdeckel des Sozialismus. Aber wir wissen doch: Von der SED lernen heißt siechen lernen. Was die allein nicht schaffen, liefert Rot-Grün dazu, um uns wieder nach vorn zu bringen. Deshalb Glück auf!

(Beifall)

Johanna Arenhövel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Lehmann-Brauns für die Kandidatenvorstellung. – Ich rufe Herrn Thomas Leimbach aus Sachsen-Anhalt auf.

Thomas Leimbach: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich bin Thomas Leimbach, 38 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder.

Ich muß zugeben: Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen, als ich sowohl von unserem neuen Bundesvorsitzenden als auch von Frau Dr. Schavan gehört habe, daß die Kommunen das Fundament unserer zukünftigen positiven Entwicklung sein werden. Mir ist deshalb ein Stein vom Herzen gefallen, weil ich weiß, wovon ich rede.

Ich bin seit sieben Jahren Landrat im Landkreis Aschersleben-Staßfurt im Ostharz. Ich glaube, daß kommunale Kompetenz auch im Bundesvorstand durchaus hilfreich sein kann.

Ein Zweites möchte ich noch ansprechen: Ich glaube, daß auch die kleinen Landesverbände in unserem Bundesvorstand eine Repräsentanz benötigen, um mit Programm und Personen jeweils in den Ländern wirken zu können.

Was uns auszeichnet, meine lieben Freunde, ist eine seriöse, ordentliche Arbeit, eine seriöse Politik in der CDU. Was wir brauchen, ist Kampfgeist, Enthusiasmus und Kompetenz in unseren Aufgaben, und das in einer Volkspartei. Dafür stehe ich. – Danke schön.

(Beifall)

Johanna Arenhövel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Leimbach, für die präzise Vorstellung. – Bitte, Frau Christine Lieberknecht aus Thüringen.

Christine Lieberknecht: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Christine Lieberknecht. Ich bin Ministerin für Bundesangelegenheiten im Freistaat Thüringen.

Daß ich heute erneut für den Bundesvorstand kandidiere, hat einen ganz praktischen Grund: Wenn wir den politischen Gegner stellen wollen, dann können wir das nur gemeinsam tun: Durch eine klare Führung an der Spitze unserer Partei, durch eine konsequente Oppositionspolitik der Fraktion im Deutschen Bundestag und durch die Nutzung aller Möglichkeiten der

Union in den Ländern und Gemeinden. Natürlich wollen und werden wir wieder Länder gewinnen; davon war heute erfreulicherweise wiederholt die Rede.

Als Thüringer wollen wir alles tun, um mit Bernhard Vogel Thüringen für die Union zu halten und damit auch die CDU–geführte Vertretung Thüringens hier in Bonn und dann auch in Berlin – eine von vier Vertretungen, die wir noch in CDU–Hand haben. Ich meine, das sind wenig genug.

Um so überlegter müssen wir die Aufgaben verteilen, uns die Bälle zuspielen, um wieder an Fahrt gegenüber den anderen zu gewinnen. Diese Aufgabe nicht nur als Bevollmächtigter Thüringens hier in Bonn zu erledigen, sondern auch mit der Rückendeckung und in Abstimmung mit dem Bundesvorstand unserer Partei, ist mir wichtig.

Liebe Freunde, hinzu kommt die Nominierung durch den Evangelischen Arbeitskreis, was gleichzeitig mein Engagement in der Wertefrage unserer Partei unterstreicht. Auch aus diesem Grund bitte ich um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Arenhövel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christine Lieberknecht. – Ich rufe jetzt Herrn Dr. Linssen aus Nordrhein–Westfalen auf.

Dr. Helmut Linssen: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Helmut Linssen, ich bin 56 Jahre alt, verheiratet, habe eine Tochter, einen Schwiegersohn und zwei süße kleine Enkelkinder.

Ich bin Oppositionsführer in Nordrhein–Westfalen und möchte diese Zeit möglichst schnell beenden, weil wir auch in Nordrhein–Westfalen in 18 Monaten endlich die CDU wieder an die Macht bringen wollen.

(Beifall)

Ich möchte durch meine Arbeit im Bundesvorstand dazu beitragen, daß in möglichst kurzer Zeit die wirtschaftliche und finanzpolitische Kompetenz wieder ganz bei der CDU ist und wir unseren alten Vorsprung vor der SPD zurückerobern.

Ich möchte auch dazu beitragen, daß wir in der Vermittlung unserer Inhalte besser werden, in der politischen Kommunikation, daß sich schnell der Ruf verbreitet, daß wir die modernste Partei in Deutschland sind,

(Beifall)

eine moderne Partei, die menschlich ist und von der die Menschen wissen, daß, wenn sie regiert, es in dieser Bundesrepublik Deutschland gerecht zugeht.

Meine Damen und Herren, die Oppositionsarbeit in Düsseldorf ist kein Pappenstiel; die Opposition ist nicht weich gepolstert. Wir haben Erfahrung mit Rot–Grün, und Gott sei Dank wächst auch die Zustimmung zu unserer Arbeit in diesem Bundesland.

Ich möchte Sie herzlich bitten, mir die Gelegenheit zu geben, an dieser Aufgabe, Mehrheiten in Deutschland wieder von den Kommunen und von den Ländern aus zu erobern, mitzuarbeiten. Ich bitte sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Linssen, für die Vorstellung. Ich rufe jetzt Herrn Friedrich Merz auf.

Friedrich Merz: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Friedrich Merz. Ich bin 42 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, von Beruf selbständiger Rechtsanwalt und seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich habe meinen Wahlkreis, den Hochsauerlandkreis, bei der letzten Bundestagswahl mit gut 51 Prozent wieder gewonnen.

(Beifall)

Ich bin seit gut zwei Wochen Stellvertretender Vorsitzender unserer CDU/CSU–Bundestagsfraktion. In dieser Funktion habe ich den Arbeitsbereich Wirtschafts– und Finanzpolitik übernommen. Ich möchte gern im Team unserer Führung in der Fraktion und in der Partei dazu beitragen, daß wir in den Augen der Menschen in Deutschland in diesem wichtigen Bereich die Kompetenz zurückgewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Merz. Ich bitte jetzt Frau Michalk um Ihre Vorstellung.

Maria Michalk: Mein Name ist Maria Michalk, ich komme aus dem CDU–Kreisverband Bautzen. Ich stehe hier also für Sachsen und werbe zum zweiten Mal um Ihr Vertrauen. Dies wäre wie ein Vertrag, nach dem ich auch Ihre Interessen im Bundesvorstand mit vertreten muß. Deshalb möchte ich darauf verweisen, daß man bei einer Vertragsabschließung auf das Kleingedruckte achten muß; ein Tatbestand, den wir in den neuen Bundesländern endlich gelernt haben.

Darin steht bei mir: Jahrgang 1949, verheiratet, drei Kinder, verheiratet mit einem Bürgermeister, katholisch, von Figur aus nicht gerade medienwirksames Model, aber ich stehe hier für

(Zuruf)

– ja, auch für die CDU – Belastbarkeit. Belastbarkeit ist etwas, was wir auch in Zukunft unseren Bürgern abverlangen werden. Dies können wir nur, wenn wir selbst dazu bereit sind.

Ich sage Ihnen auch, daß ich Sorbin bin. Sorben leben nur in Deutschland und haben ihre Heimat in der zweisprachigen Lausitz. Wegen der sprachlichen Verwandtschaft sehe ich meine Aufgabe auch darin, eine Brücke zu unseren Nachbarn in Mittel– und Osteuropa zu bauen.

Ein weiterer Punkt ist für mich die hohe Arbeitslosigkeit auch in unserer Region. Wir wissen, daß Arbeitsplätze, die wir für Männer und für Frauen brauchen, nicht allein durch politische Entscheidungen geschaffen werden. Wir wissen, daß Arbeit so wichtig ist wie die Luft zum At-

men. Deswegen betätige ich mich seit drei Jahren als Geschäftsführerin eines größeren Unternehmens.

Ich war Mitglied der letzten freigewählten Volkskammer und dann bis 1994 im Deutschen Bundestag. Ich bin nun ehrenamtlich in verschiedenen Funktionen der Partei, aber hauptberuflich als Geschäftsführerin tätig. Ich möchte, daß wir die wirtschaftliche Entwicklung zum Wohle und zur Sicherung der sozialen Belange unseres Landes umsetzen können.

Ein letzter Punkt ist klar, wenn Sie hören, daß ich aus Bautzen komme. Ich habe schon vor zwei Jahren gesagt, daß meine politische Arbeit 1989 bei der allmählichen Öffnung und dann bei der Aufarbeitung der fürchterlichen Geschehnisse in dem Sondergefängnis Bautzen II begann. Wenn man weiß, was in diesem Land jetzt wieder geschieht, ist das eine Ohrfeige für die Opfer, die in Bautzen eingesessen haben. Dafür stehe ich auch.

(Beifall)

Wenn Sie möchten, daß diese Stimme im Bundesvorstand vertreten ist, schenken Sie mir Ihr Vertrauen. – Danke.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Michalk. Das Wort hat jetzt Frau Hildegard Müller.

Hildegard Müller: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich heiße Hildegard Müller und bin 31 Jahre alt. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre bin ich nun verantwortlich für Qualitätsmanagement in einer Bank – etwas, was die Partei vielleicht auch manchmal brauchen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Neben meinem Engagement im Kreisverband Düsseldorf bin ich Stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, schwerpunktmäßig in der Verantwortung für die Bereiche Wirtschafts– und Sozialpolitik. Da der Name Müller heute bereits mehrfach in diesem Zusammenhang mit den sogenannten rotgrünen Experten genannt worden ist, möchte ich betonen, daß ich jede Verwandtschaft, biologisch und ideologisch, damit bestreite.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir beschwören heute zu Recht die politische Mitte. Lassen Sie uns nun aber sowohl den Menschen in unserem Land als auch den Parteimitgliedern wieder das Gefühl vermitteln, daß wir nicht nur darüber reden, sondern daß wir es ernst meinen und die Aufgabe mutig angehen wollen. Die Vielfalt in unserer Partei gibt uns die Stärke für diese inhaltliche Auseinandersetzung. Lassen Sie uns dies mit und für die Menschen in unserem Land tun.

Meine Ideen, meine Streitlust würde ich gern einbinden. Ich bitte deshalb um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Müller. Das Wort hat jetzt Frau Rita Pawelski.

Rita Pawelski: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Rita Pawelski. Ich komme aus der Expo–Stadt Hannover und bin Stellvertretende Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion. Vor wenigen Tagen wurde ich 50 Jahre alt. Das ist für eine Frau ein bedeutender Einschnitt, hat man mir gesagt. Ich empfinde das nicht so. Das einzige, was mich ein bißchen nervös gemacht hat, war die Diskussion in der CDU über jung und alt.

Meine Damen und Herren, wir sind eine Volkspartei. Wir brauchen junge Menschen, wir brauchen alte Menschen, wir brauchen Männer, und wir brauchen auch Frauen.

(Beifall)

Ich bin Sozialpolitikerin mit dem Schwerpunkt Familienpolitik. Wir haben als CDU in 16 Jahren Regierungszeit sehr viel für die Familien getan. Aber ich glaube, wir haben es manchmal schlecht oder nicht gut genug verkauft. Wir haben das Kindergeld um 150 DM von 50 DM auf 200 DM angehoben. Wir haben dies getan, und man ist zur Tagesordnung übergegangen. Die SPD erhöht es um schlappe 20 DM und gackert wie ein Huhn, das goldene Eier gelegt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Wir müssen dieses Thema stärker besetzen, damit es nicht andere besetzen. Wir müssen uns um die Frauen und um die Männer kümmern, die Kinder haben wollen, aber auch arbeiten möchten. Wir wissen heute, daß eine Frau, die fünf oder zehn Jahre aus dem Beruf heraus ist, keine Chance mehr hat. Darum bitte ich Sie, dieses Thema mit mir zusammen stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Bitte unterstützen Sie mich bei meiner Wahl. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Pawelski. Als nächste hat Frau Dr. Godelieve Quisthoudt–Rowohl das Wort.

Dr. Godelieve Quisthoudt–Rowohl: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name und meine Sprache verraten Ihnen, daß ich hier nicht geboren bin. Ich bin eingebürgerte Deutsche und vor 26 Jahren nach Deutschland gekommen. Ich bin seit knapp 25 Jahren verheiratet, bin hier also aus Liebe hängengeblieben. Wir sind Eltern von vier Kindern.

Von Beruf bin ich Chemikerin. Ich bin die forschungspolitische Sprecherin unserer Fraktion im Europäischen Parlament. Sie werden sagen: Das sind Themen, die nicht so ganz weiblich sind. Ich kümmere mich um Forschungspolitik und um Innovationspolitik.

Sie haben mir zweimal eindrucksvoll Ihr Vertrauen bewiesen, indem Sie mich gewählt haben. Darum bitte ich wieder. Ich möchte gerne Kontinuität in der Arbeit wahren und zur gleichen Zeit dafür sorgen, daß wir einen neuen Aufbruch schaffen, nicht nur wagen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Quisthoudt–Rowohl. Als nächster hat Eckhardt Rehberg das Wort.

Eckhardt Rehberg: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich heiße Eckhardt Rehberg, bin seit 1990 Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg–Vorpommern, von Beruf Informatiker, Vater zweier Kinder, verheiratet.

Liebe Freunde, wir haben etwas für den vorpolitischen Raum in Mecklenburg–Vorpommern getan. Ich bin der Präsident des einzigen ostdeutschen Bundesligavereins. Ich hoffe, daß wir heute ein gutes Ergebnis erreichen.

Ich weiß, die Hessen sind mir gram, wenn wir ein gutes Ergebnis erreichen. Aber seht es uns nach.

Liebe Freunde, vor neun Jahren, am 7. November 1989, hätte niemand daran gedacht, daß im Herbst 1998 ehemalige SED–Altkader, Mitarbeiter von SED–Bezirksleitungen und –Kreisleitungen Landtagsvizepräsidenten oder Landesminister sind. Dieses ist mehr als eine Ohrfeige für die, die damals auf die Straße gegangen sind. Durch Regierungsverantwortung wird die PDS nicht entzaubert. Es wird nach meiner Meinung etwas ganz anderes passieren: Die SPD wird sich ins eigene Fleisch schneiden. Wir in Mecklenburg–Vorpommern müssen dafür sorgen, da in Sachsen, in Thüringen, in Brandenburg und in Berlin im kommenden Jahr noch vier Landtagswahlen stattfinden, daß der SPD im Osten und der PDS die Maske vom Gesicht gerissen wird. Das ist unsere Aufgabe in Schwerin.

(Beifall)

Ich will, daß wir im Prozeß der Deutschen Einheit als Partei der Deutschen Einheit nicht übereinander, sondern miteinander reden. Deswegen ist es so wichtig, daß wir eine Wertedebatte führen, um unseren Wertebezug und unsere Wertebasis deutlich zu machen. Ich erhoffe mir von dem Parteitag ein deutliches Signal nach Erfurt und Thüringen.

Liebe Freunde, ich bitte um Ihr Vertrauen, damit ich ein wenig Erfahrung aus dem Umgang mit der schwierigen Situation, die wir in Mecklenburg–Vorpommern und im Landtag von Schwerin haben, in diese Partei mit einbringen kann. Ich bin überzeugt, daß es uns durch die Fehler von Rot–Grün in Bonn gelingen wird, Rot–Rot in Schwerin dahin stellen können, wo sie hingehören. Es geht nicht an, daß mit der D–Mark der Sozialismus fortgeführt wird. Letztendlich können wir mit eigener Programmatik Mehrheiten im Osten zurückgewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Eckhardt Rehberg. Als nächster hat Andreas Renner das Wort.

Andreas Renner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Andreas Renner. Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet und seit fünf Jahren direkt gewählter Oberbürgermeister der Stadt Singen am Hohentwiel. Ich hatte das Glück, der SPD den Oberbürgermeisterposten dieser Stadt nach 24 Jahren mit über 60 Prozent der Stimmen abzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute viel darüber gesprochen, wo und wie wir Mehrheiten bekommen können. Damit dies auch über die Rathäuser gehen kann, bitte ich Sie, mir ein weiteres Mal – ich bin sechs Jahre Mitglied des Bundesvorstandes – Ihr Vertrauen auszusprechen. Ich verspreche Ihnen, daß ich bei den vielen Kommunalwahlen und bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr helfen werde, alles, was mir möglich ist, zum Sieg der CDU beizutragen. Geben Sie mir bitte Ihre Stimme. Ich werbe um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Johanna Ahrenhövel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Renner. – Das Wort hat Hans–Peter Repnik.

Hans–Peter Repnik: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hans–Peter Repnik, ich bin 51 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter. Ich vertrete den schönen Wahlkreis Konstanz seit 1980 im Deutschen Bundestag. Ich bin Bezirksvorsitzender der CDU in Südbaden und seit sechs Jahren Mitglied des Bundesvorstands. Ich habe mich in den vergangenen Jahren sowohl als Mitglied des Bundesvorstandes als auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU–Bundestagsfraktion aktiv an der Standortdebatte für Deutschland, an der Erarbeitung des Programms für Wachstum und Beschäftigung, das uns wieder auf Kurs gebracht hat, und unter Federführung von Wolfgang Schäuble an der großen Steuerreform beteiligt.

Seit drei Wochen bin ich erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU–Bundestagsfraktion. Neben der Organisation der Parlamentsarbeit einer Oppositionspartei im Deutschen Bundestag ist mir dabei auch die Aufgabe der Koordinierung der Bundespolitik mit der Politik der Landtagsfraktionen und der EVP–Fraktion im Europäischen Parlament zugefallen. Ich möchte auch in den künftigen Jahren als Mitglied des Bundesvorstandes mit dazu beitragen, daß wir unser Profil in der Opposition schärfen und es unverwechselbar machen. Dazu bitte ich nachhaltig um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Als nächster hat Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers: Mein Name ist Jürgen Rüttgers, ich bin 47 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Sie wissen, was ich die letzten vier Jahre gemacht habe. Sie wissen vielleicht nicht, daß ich aus dem Erftkreis komme und dort Kreisvorsitzender der CDU bin.

Die Leute haben am „Roten Sonntag“, dem 27. September 1998, neue Köpfe gewollt. Die haben sie in der Regierung und auch heute bei der CDU bekommen. Ich glaube allerdings, daß neue Köpfe nicht ausreichen, sondern man inhaltlich auch noch etwas tun muß. Ich muß allerdings gestehen, daß ich noch nicht auf alles eine Antwort habe. Ich weiß auch noch gar nicht, ob die Partei schon in gänzlichem Umfang verstanden hat, was da am 27. September passiert ist. Ich möchte gerne mit darüber nachdenken. Ich glaube auch, daß es auf der Basis unserer Grundsätze möglich ist, Projekte zu formulieren, die sehr schnell wieder Zukunftsfähigkeit ausstrahlen, Innovationen möglich machen und soziales Gewissen nach außen so deutlich machen, daß die Menschen in der CDU wieder ihre politische Heimat finden. Wenn Sie mir dazu die Chance geben, bin ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Wir hören Dr. Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Bernhard Vogel. Ich wurde 1932 in Göttingen an der Leine geboren und bin über Hessen, Bayern, Baden–Württemberg und Rheinland–Pfalz glücklicherweise jetzt in Thüringen gelandet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin dort Landesvorsitzender der CDU und Ministerpräsident. Als Landesvorsitzender habe ich mit Freude zur Kenntnis nehmen können, daß sich im Oktober dieses Jahres 232 Bürgerinnen und Bürger um die Aufnahme in die CDU und 40 junge Leute um die Aufnahme in die Junge Union beworben haben.

(Beifall)

Das sind – nebenbei bemerkt – in einem Monat halb so viele Neubewerbungen, wie die Grünen in Thüringen insgesamt Mitglieder haben.

Als Ministerpräsident übe ich allerdings als Leiter einer großen Koalition eine Tätigkeit aus, die nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Bei den Landtagswahlen 1999 wird es aber eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Union und der SPD und der PDS geben. Wir wollen alles tun, um Thüringen ein rot–dunkelrotes Bündnis in der Regierung zu ersparen.

(Beifall)

Das wird uns um so besser gelingen, je mehr wir wissen, daß die Union in ganz Deutschland zu uns steht. Deswegen bitte ich, meine Kandidatur zu unterstützen, damit wir in Thüringen wissen, daß wir viele hinter uns haben. Dadurch können wir das bewältigen, was wir vor uns haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Wir hören jetzt Professor Dr. Otto Wulff.

Prof. Dr. Otto Wulff: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Otto Wulff, bin 65 Jahre alt und wurde von der Senioren–Union nominiert. Ich bin stolz darauf, was diese Senioren–Union wiederum im letzten Wahlkampf geleistet hat.

(Beifall)

Meine liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, lassen Sie mich als jemand, der 47 Jahre unserer Partei angehört, sagen: Ich bin stolz, daß ich ein Senior der CDU bin.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch sagen: Die Aufgabe der Senioren–Union liegt darin, die Berufs– und Lebenserfahrung der Älteren in die CDU einzubinden, die Älteren zu uns zu holen und bei ihnen für uns zu werben. Ich glaube, daß es angesichts der hohen Zahl der Senioren in unserem Land wichtig ist, daß auch Senioren vertreten sind. Dadurch haben die älteren Leute draußen im Land den Mut, sich zur CDU zu bekennen, und wissen, daß sie bei der CDU eine Heimat haben.

Meine Damen und Herren, wenn es bei mir darum geht, im Bundesvorstand Arbeit einzubringen, dann geht es ja nicht nur um Seniorenpolitik. Nein, es geht darum, daß wir zusammen mit den Jüngeren gemeinsam arbeiten wollen, gemeinsam Verantwortung tragen wollen, damit, wie ich meine, in der Repräsentation der CDU als Volkspartei auch deutlich wird, daß alle Generationen in dieser Partei eine Heimat haben. Als Senioren–Union haben wir ein Recht, Verantwortung einzufordern, ein Recht, wie alle anderen Vereinigungen auch im Bundesvorstand mitzuwirken.

Ich verspreche Ihnen, wie in den letzten zwei Jahren auch, alles daranzusetzen, das große Maß an Lebens– und Berufserfahrung der Senioren einzubringen und für unsere Arbeit nutzbar zu machen. – Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

(Beifall)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Jetzt darf ich Cornelia Yzer ans Rednerpunlt bitten.

Cornelia Yzer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Cornelia Yzer, 37 Jahre alt.

Ich war immer der Auffassung, daß der Wechsel zwischen beruflicher Tätigkeit und politischem Mandat auch in unserem Land selbstverständlich sein sollte, und zwar in beide Richtungen. Entsprechend habe ich gehandelt. Nach acht Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und Tätigkeit als Parlamentarische Staatssekretärin bin ich in die Industrie zurückgekehrt. Ich bin heute als Hauptgeschäftsführerin eines Wirtschaftsverbandes tätig.

Ich will der Parteiarbeit aber nicht untreu werden, sondern weiter ehrenamtlich mitwirken. Ich will mich weiterhin klar zur CDU bekennen und am Wandel der Partei mitwirken – nicht mit Kritik von außen, was nie meine Sache war, sondern durch Arbeit von innen.

Und noch eines: Die neue Mehrheit auf Bundesebene will eine andere Republik. Das will ich nicht. Ich will mit meiner Partei daran arbeiten, daß die Strategie nicht aufgeht. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme zur Wiederwahl.

(Beifall)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich darf mich bei allen bedanken, die sich jetzt vorgestellt haben.

Wir können allerdings noch nicht zur Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes kommen, weil das Ergebnis für die weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums noch nicht vorliegt. Wir werden wohl in einen zweiten Wahlgang eintreten müssen, weil nicht die hinreichende Zahl an Kandidaten das entsprechende Quorum erreicht hat. Da das Ergebnis in Kürze vorliegen wird und wir dann den zweiten Wahlgang durchführen müssen, bevor wir die 26 weiteren Mitglieder wählen, bitte ich Sie, alle im Saal zu bleiben, auch wenn ich den Parteitag jetzt für kurze Zeit unterbreche.

(Unterbrechung von 17.34 bis 17.37 Uhr)

Martin Kayenburg, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir setzen den unterbrochenen Parteitag fort.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums bekanntgeben. Abgegebene Stimmen 969. Ungültige Stimmen 4, Enthaltungen 1. Damit sind 964 Stimmen gültig. Die erforderliche Mehrheit beträgt damit 483.

Ich gebe Ihnen jetzt die Stimmzahlen bekannt, die für die einzelnen Bewerber – in alphabetischer Reihenfolge – abgegeben wurden: Frau Dr. Maria Böhmer 436 Stimmen, Rainer Eppelmann 454 Stimmen, Klaus Escher 204 Stimmen, Roland Koch 840 Stimmen,

(Lebhafter Beifall)

Peter Müller 474 Stimmen, Claudia Nolte 471 Stimmen, Peter Rauen 462 Stimmen, Prof. Dr. Rita Süssmuth 439 Stimmen, Christa Thoben 668 Stimmen,

(Beifall)

Arnold Vaatz 752 Stimmen.

(Beifall)

Nach diesem Ergebnis sind im ersten Wahlgang nur drei weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt worden, darunter eine Frau. Damit ist insoweit das Frauenquorum erreicht. Der Wahlgang ist somit gültig. Aber unabhängig davon muß eine Stichwahl stattfinden.

Zur Stichwahl sind aufgerufen Frau Maria Böhmer, Rainer Eppelmann, Peter Müller, Frau Claudia Nolte, Peter Rauen und Frau Rita Süssmuth. Nicht in die Stichwahl kommt Klaus Escher.

Im ersten Wahlgang sind also gewählt – am Beifall haben Sie es schon deutlich gemacht – Roland Koch – ich wiederhole – mit 840 Stimmen, Arnold Vaatz mit 752 Stimmen und Christa Thoben mit 668 Stimmen. Ich gratuliere allen, die im ersten Wahlgang gewählt sind.

Nun wird es leider sieben bis zehn Minuten dauern, bis die neuen Stimmzettel gedruckt sind. Ich bitte Sie deshalb, sich etwas zu gedulden, bis wir in den zweiten Wahlgang für die Mitglieder des Präsidiums eintreten können.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie fragen, ob die Stimmzettel inzwischen überall angekommen sind.

(Zahlreiche Zurufe: Nein!)

– Danke.

Ich darf darauf hinweisen, daß der Wahlgang noch nicht eröffnet ist. Ich bitte also, die Urnen solange festzuhalten. Es scheinen noch nicht alle Stimmzettel verteilt zu sein.

Damit wir einen ordnungsgemäßen Wahlgang durchführen können, darf ich die Damen und Herren Delegierten doch bitten, wieder an ihren Tischen Platz zu nehmen. Die Landesgeschäftsführer bitte ich, dafür zu sorgen, daß die Stimmzettel jetzt verteilt werden.

Ich stelle noch einmal die Frage, ob die Stimmzettel überall verteilt sind.

(Widerspruch)

– Auch wenn noch nicht alle Stimmzettel verteilt sind, darf ich schon einmal auf folgendes hinweisen. Erstens. Der Stimmzettel wird eine lindgrüne Farbe haben. Zweitens. Es werden

sechs Kandidaten auf dem Stimmzettel stehen. Drittens. Es sind mindestens zwei, höchstens vier Kandidaten anzukreuzen.

Außerhalb der Funktion des Tagungspräsidenten darf ich sagen: Je mehr Kandidaten – bis maximal vier – angekreuzt werden, desto eher besteht die Chance, daß die noch zu wählenden Kandidaten das Quorum erreichen. Also mindestens zwei, höchstens vier! Wenn nicht alle das Quorum erreichen, haben wir eine neue Stichwahl vor uns.

Zu der Frage, warum Herr Escher nicht in die Stichwahl gekommen ist, ist festzustellen, daß nach § 11 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu einer Stichwahl jeweils so viele der nicht gewählten Kandidaten zur Verfügung stehen, wie dem Eineinhalbfachen der Zahl der noch nicht besetzten Sitze im Präsidium entspricht, und zwar sind die nächstniedrigen Kandidaten zu nehmen. Da noch vier Plätze zu besetzen sind, ist das Eineinhalbfache sechs, und die nächstniedrigen Kandidaten sind die sechs Kandidaten, die Sie auf dem Stimmzettel finden. Ich wiederhole: zwei mindestens, vier höchstens.

Jetzt frage ich noch einmal, ob die Stimmzettel überall verteilt sind.

(Zurufe: Nein!)

– Wenn ich das von hier aus richtig sehe, betrifft das Sachsen–Anhalt und Nordrhein–Westfalen.

Liebe Parteifreunde, ich unterstelle, daß die restlichen Stimmzettel, so sie noch nicht alle verteilt sind, gleich verteilt werden, und eröffne damit den Wahlgang. Mindestens zwei, höchstens vier Kandidaten sind anzukreuzen. Ich bitte die Damen und Herren mit den Wahlurnen, nunmehr die Stimmzettel einzusammeln.

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind. – Ich sehe keinen Protest. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Liebe Parteifreunde, da das Auszählen etwas länger dauert, ich aber nicht möchte, daß wir erneut in eine lange Pause eintreten, schlage ich Ihnen vor, wenn Sie denn einverstanden sind, daß wir in die weiteren Tagesordnungspunkte eintreten, die auch noch abzuarbeiten sind.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

WAHL DER 3 RECHNUNGSPRÜFER

Nach § 29 Abs. 6 des Statuts wählt der Bundesparteitag drei Rechnungsprüfer nach den Bestimmungen der Finanz– und Beitragsordnung. § 19 der Finanz– und Beitragsordnung besagt, daß die Amtszeit vier Jahre beträgt. Vorgeschlagen sind die gleichen Damen und Herren, die diese verantwortungsvolle Aufgabe in den letzten vier Jahren ausgeübt haben, nämlich Bärbel Kleedehn, Dr. Franz Möller, Ferdi Tillmann. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, dann bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. Ich darf Sie um Ihre Zustimmung bitten. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind Bärbel Kleedehn, Dr. Franz Möller und Ferdi Tillmann ohne Gegenstimme einstimmig zu Rechnungsprüfern für die nächste Wahlperiode gewählt. Ich gratuliere den Rechnungsprüfern.

(Beifall)

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN ZUM XIII. EVP–KONGRESS IN BRÜSSEL

Laut § 31 Abs. 4 des Statuts der CDU wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei. Da vor dem XIII. Kongreß in Brüssel keine Bundesausschußsitzung mehr stattfinden wird, nimmt in diesem Fall der Bundesparteitag, also Sie, meine Damen und Herren, diese Wahl vor.

Die Landesverbände sind vor dem Bundesparteitag schriftlich gebeten worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Liste der von den Landesverbänden vorgeschlagenen Delegierten und stellvertretenden Delegierten finden Sie in Ihren Unterlagen.

Unser Statut läßt es zu, daß die Wahl offen durchgeführt wird. So darf ich zunächst diejenigen bitten, die einer offenen Abstimmung zustimmen möchten, ihre Stimmkarte zu erheben. – Gibt es Gegenstimmen gegen die offene Abstimmung? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist eine offene Abstimmung über die Delegierten beschlossen.

Ich darf Sie nunmehr bitten, in Ihre Unterlagen zu schauen, auf die Liste, die ich nicht im einzelnen vortragen möchte. Ich frage Sie, ob es dazu Wortmeldungen gibt? – Auch dies ist nicht der Fall.

Dann darf ich zur Abstimmung aufrufen über die Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XIII. EVP–Kongreß in Brüssel und darf Sie bitten, die Stimmkarte zu zeigen, so Sie zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Ihnen vorgeschlagenen Delegierten und Ersatzdelegierten zum EVP–Kongreß gewählt. Ich darf allen gewählten Mitgliedern Glück wünschen im Namen des Präsidiums und aller Delegierten. – Ich darf das Parteitagspräsidium weitergeben.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

WAHL DER CDU–MITGLIEDER UND STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI

Wie bei der gerade erfolgten Wahl ist es auch hier laut § 31 Abs. 4 des Statuts so, daß normalerweise der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes diese Delegierten wählt. Wie schon unter Tagesordnungspunkt 14 praktiziert, wird auch hier ersatzweise die Wahl durch den Bundesparteitag vorgenommen.

Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten liegt Ihnen schriftlich vor. Wenn Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, daß wir so verfahren, wie bereits beim Tagesordnungspunkt 14 geschehen, bitte ich Sie, die Stimmkarte zu erheben. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann verfahren wir so.

Ich darf im Namen des Präsidiums allen gewählten Vertretern herzlich gratulieren.

(Beifall)

Ich darf fragen, ob bei Ihnen schon die Drucksache mit den Anträgen vorliegt? – Sie wird gerade verteilt. Wir warten einen Moment, bis allen die Anträge vorliegen. Wir können dann, wenn Sie einverstanden sind, den Tagesordnungspunkt 16 vorziehen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

SONSTIGE ANTRÄGE

Dem Parteitag liegen insgesamt vier Anträge vor, die Sie jetzt zusammen mit den Empfehlungen der Antragskommission erhalten haben müßten.

Ich rufe den Antrag 1 des Kreisverbandes Mettmann auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wird dazu Ihrerseits das Wort gewünscht? – Ich sehe eine Wortmeldung. – Bitte schön.

Ferdi Tillmann: Ich möchte beantragen, den Antrag abzulehnen und nicht an die Finanzkommission zu überweisen.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Erheben der Abstimmungskarte. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an die Bundesfinanzkommission überwiesen.

Wir kommen nun zum Antrag 2 des Bezirksverbandes Bergisch Land. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU–Bundestagsfraktion. Wird dazu Ihrerseits das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Dies ist nicht der Fall. Dann können wir über den Antrag 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Erheben der Abstimmungskarte. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an die CDU/CSU–Bundestagsfraktion überwiesen.

Ich rufe nun den Antrag 3 des Landesverbandes Hamburg auf. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Wird dazu Ihrerseits das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Auch das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag 3 abstimmen. Wenn Sie der Empfehlung, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen, Ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich Sie um das Erheben der Abstimmungskarte. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit wird dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an den Bundesvorstand überwiesen.

Ich rufe den Initativantrag 1 der Delegierten Hauser, Limbach, Tantzen und weiterer 34 Delegierter auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrags. Wird dazu Ihrerseits das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Initiativantrag 1. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will,

den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige wenige Enthaltungen. Damit ist der Initiativantrag 1 ohne Gegenstimme bei einigen wenigen Enthaltungen angenommen.

Weitere Anträge liegen dem Parteitag nicht vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch kein Ergebnis der Stichwahl zur Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums vorliegen. Deshalb unterbreche ich den Parteitag jetzt für kurze Zeit. Ich bitte Sie aber, nicht allzu weit von dannen zu gehen, damit wir nachher zügig weiter beraten können.

(Unterbrechung von 18.21 bis 18.30 Uhr)

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Stichwahl zur Wahl von weiteren sieben Mitgliedern des Präsidiums liegt uns jetzt vor. Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmen: 872, ungültige Stimmen: keine, Enthaltungen: keine, gültige Stimmen somit: 872. Die erforderliche Mehrheit beträgt 437.

Ich lese Ihnen jetzt das Wahlergebnis der Kandidatinnen und Kandidaten wieder in alphabetischer Reihenfolge vor. Auf Frau Maria Böhmer entfielen 350 Stimmen. Auf Herrn Rainer Eppelmann entfielen 453 Stimmen. Auf Herrn Peter Müller entfielen 509 Stimmen.

(Beifall)

Auf Frau Claudia Nolte entfielen 437 Stimmen.

(Heiterkeit und Beifall)

– Hauptsache, man kommt am Ziel an.

Auf Herrn Peter Rauen entfielen 490 Stimmen.

(Beifall)

Auf Frau Rita Süssmuth entfielen 383 Stimmen.

Meine Damen und Herren, danach sind Herr Peter Müller, Herr Peter Rauen, Herr Rainer Eppelmann und Frau Claudia Nolte gewählt. Nicht gewählt sind Frau Maria Böhmer und Frau Rita Süssmuth.

Ich darf die vier gewählten Mitglieder des Präsidiums nach vorne bitten, damit wir fragen können, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Peter Müller, nehmen Sie die Wahl an?

Peter Müller: Ich nehme die Wahl an.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Herr Peter Rauen, nehmen Sie die Wahl an?

Peter Harald Rauen: Ich nehme die Wahl an.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Herr Rainer Eppelmann, nehmen Sie die Wahl an? – Dann frage ich erst einmal Frau Claudia Nolte: Nehmen Sie die Wahl an?

Claudia Nolte: Ja.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Das „Ja“ haben wir gehört. – Ist inzwischen Herr Rainer Eppelmann anwesend? – Ich habe zwar jetzt schon viele „Jas“ gehört, aber es war noch nicht die richtige Stimme dabei.

Dr. Norbert Blüm: Ich nehme sozusagen als Anwalt von Eppelmann prophylaktisch die Wahl an.

(Heiterkeit und Beifall)

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Vielleicht können wir das gleich nachholen. Ich schlage vor, daß jetzt alle sieben weiteren Präsidiumsmitglieder hier auf das Podium kommen und ihren Platz einnehmen.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zum nächsten Wahlgang, nämlich zu dem des Bundesvorstandes. Bevor wir in diesen Wahlgang eintreten, frage ich die beiden, die nicht in das Präsidium gewählt wurden, ob sie für den Bundesvorstand kandidieren. Das ist einmal Frau Maria Böhmer.

Dr. Maria Böhmer: Ja.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Frau Maria Böhmer hat ihre Kandidatur erklärt. Ich frage Frau Rita Süssmuth.

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Nein.

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Ich habe ein „Nein“ gehört. Frau Rita Süssmuth kandidiert also nicht. Von Herrn Escher liegt mir bereits vor, daß er nicht mehr kandidiert.

Damit können wir den Stimmzettel herstellen. Es dauert cirka 15 Minuten – so ist mir eben mitgeteilt worden –, bis diese Stimmzettel fertig sind. Ich unterbreche daher den Bundesparteitag für etwa 15 Minuten.

(Unterbrechung von 18.35 bis 18.49 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Bundesparteitag wieder. Ich habe eine Bitte. Bitte bleiben Sie hier und fahren Sie nicht nach Hause, wenn der Wahlgang durchgeführt ist. Es könnte durchaus passieren, daß weitere Wahlgänge nötig sind. Wir haben das bei dem vorhergehenden Wahlgang gemerkt. Es wäre schlecht, wenn dann der Parteitag nicht mehr beschlußfähig wäre.

Hat jeder von Ihnen einen gelben Stimmzettel erhalten? – Ich habe den Eindruck, daß die Stimmzettel jetzt verteilt sind.

Meine Damen und Herren, nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten – also 20 – angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie Positionen zu vergeben sind – also 26. Die Stimmzettel, auf denen 29 Kandidaten stehen, sind also nur gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten. Die Chance, Wahlgänge zu sparen, ist größer, wenn im ersten Wahlgang die Zahl der zu Wählenden voll ausgeschöpft wird. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig.

Bitte denken Sie auch daran, daß ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen. Damit ist dann das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig. Wenn also beispielsweise bereits im ersten Wahlgang alle 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands gewählt wären, müßten sich darunter mindestens neun Frauen befinden, damit dieser Wahlgang gültig ist. Ich eröffne hiermit den Wahlgang. Ich bitte auch, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Damen und Herren, konnten inzwischen alle ihre Stimmzettel abgeben? – Das scheint noch nicht der Fall zu sein. – Ich darf noch einmal fragen: Hat jeder seinen Stimmzettel abgeben können? – Ich habe kein Nein mehr gehört. Damit schließe ich den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal herzlich darum, für weitere Wahlgänge hier zu bleiben und nicht nach Hause zu gehen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung für die Zeit der Auszählung.

(Unterbrechung von 19.02 bis 20.23 Uhr)

Steffi Schnoor, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne den Bundesparteitag wieder. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Disziplin und dafür, daß Sie alle noch da sind. Ich danke auch der Stimmzählkommission, die immerhin gut 25 000 Stimmen auszählen mußte.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der Wahl von weiteren Mitgliedern des Bundesvorstandes bekannt. Abgegebene Stimmen 912. Davon ungültige Stimmen 10. Enthaltungen keine. Gültige Stimmen 902. Die erforderliche Mehrheit beträgt damit 452 Stimmen.

Ich lese Ihnen die Ergebnisse in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen vor:

Erster ist Dr. Bernhard Vogel mit 834 Stimmen.

(Beifall)

Herr Dr. Vogel, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Bernhard Vogel: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

Zweite ist Frau Brigitte Baumeister mit 830 Stimmen.

(Beifall)

Frau Baumeister, nehmen Sie die Wahl an?

(Brigitte Baumeister: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

Dritter ist Eberhard Diepgen mit 768 Stimmen.

(Beifall)

Herr Diepgen, nehmen Sie die Wahl an?

(Eberhard Diepgen: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch!

4. Friedrich Merz: 760 Stimmen.

(Beifall)

Herr Merz, nehmen Sie die Wahl an?

(Friedrich Merz: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

5. Hans–Peter Repnik: 755 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Repnik, nehmen Sie die Wahl an?

(Hans–Peter Repnik: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

6. Otti Geschka: 750 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Geschka, nehmen Sie die Wahl an?

(Otti Geschka: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

7. Dr. Jürgen Rüttgers: 740 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Rüttgers, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Jürgen Rüttgers: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

8. Dr. Godelieve Quisthoudt–Rowohl: 734 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Quisthoudt–Rowohl, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Godelieve Quisthoudt–Rowohl: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

9. Christine Lieberknecht: 733 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Lieberknecht, nehmen Sie die Wahl an?

(Christine Lieberknecht: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

10. Rita Pawelski: 728 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Pawelski, nehmen Sie die Wahl an?

(Rita Pawelski: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

11. Dr. Maria Böhmer: 708 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Böhmer, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Maria Böhmer: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

12. Anne–Karin Glase: auch 708 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Glase, nehmen Sie die Wahl an?

(Anne–Karin Glase: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

13. Hildegard Müller: 698 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Müller, nehmen Sie die Wahl an?

(Hildegard Müller: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

14. Ole von Beust: 694 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr von Beust, nehmen Sie die Wahl an?

(Ole von Beust: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

15. Andreas Renner: 664 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Renner, nehmen Sie die Wahl an?

(Andreas Renner: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

16. Maria Michalk: 663 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Michalk, nehmen Sie die Wahl an?

(Maria Michalk: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

17. Peter Hintze: 660 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Hintze, nehmen Sie die Wahl an?

(Peter Hintze: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

18. Dr. Yvonne Kempen: 655 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Kempen, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Yvonne Kempen: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

19. Dr. Heiner Geißler: 643 Stimmen.(Beifall)

Herr Dr. Geißler, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Heiner Geißler: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

20. Dr. Helmut Linssen: 641 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Linssen, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Helmut Linssen: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

21. Hermann–Josef Arentz: 629 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Arentz, nehmen Sie die Wahl an?

(Hermann–Josef Arentz: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

22. Dr. Franz–Josef Jung: 613 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Jung, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Franz–Josef Jung: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelt Beifall)

23. Prof. Dr. Otto Wulff: 596 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Professor Wulff, nehmen Sie die Wahl an?

(Prof. Dr. Otto Wulff: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

24. Reimer Böge: 578 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Böge, nehmen Sie die Wahl an?

(Reimer Böge: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

25. Eckardt Rehberg: 552 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Rehberg, nehmen Sie die Wahl an?

(Eckardt Rehberg: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch.

26. Thomas Leimbach: 499 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Leimbach, nehmen Sie die Wahl an?

(Thomas Leimbach: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch. Damit ist der Vorstand komplett.

Für den Bundesvorstand wurden nicht gewählt: Frau Elke Holzapfel mit 471 Stimmen, Dr. Uwe Lehmann–Brauns mit 471 Stimmen und Cornelia Yzer mit 451 Stimmen.

Danach haben wir nach dem ersten Wahlgang einen kompletten Bundesvorstand, und im ersten Wahlgang – das haben Sie inzwischen sicherlich gemerkt – wurden zehn Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt. Der Wahlgang ist also gültig; es findet keine Stichwahl statt. – Ich übergebe die Präsidiumsleitung an Herrn Blüm.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind am Ende des Parteitages. Ich bedanke mich für Ihre Geduld, Zähigkeit und Konzentration.

Ich bedanke mich bei dem Präsidium, besonders bei denen, die den Parteitag so hervorragend geleitet haben.

Ich bedanke mich bei der Presse – auf Vorschuß. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hotels Maritim, die uns hier versorgt, bedient und betreut haben,

(Beifall)

bei der Bonner Polizei, beim Malteser–Hilfsdienst und vor allen Dingen bei der Bundesgeschäftsstelle, die sehr viel Arbeit in die Organisation dieses Parteitags investiert hat.

Meine lieben Freunde, wenn Sie den Saal verlassen, können Sie noch ein gutes Werk tun. Die Junge Union sammelt für Opfer der Hochwasserkatastrophe in Nicaragua. Bevor Sie das Geld abgeben, gebe ich das Wort an Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende eines kurzen, anstrengenden und wichtigen Parteitags. Norbert Blüm hat allen, die mitgeholfen haben, diesen Parteitag so gut über die Bühne zu bringen, schon gedankt mit Ausnahme des Tagungspräsidiums und seiner eigenen Person. Ich möchte, lieber Norbert, Dir und Deinen Kollegen herzlich danken. Ihr habt diesen Parteitag prima über die Runden gebracht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Wort des Dankes auch denjenigen sagen, die bisher im Präsidium und Bundesvorstand unserer Partei Verantwortung getragen haben und die aus ganz unterschiedlichen Gründen weiterhin für unsere Partei Verantwortung tragen werden, aber möglicherweise nicht mehr im Präsidium und Bundesvorstand der Partei.

Mein erstes Wort geht an Peter Hintze. Er bleibt Gott sei Dank im Bundesvorstand. Lieber Peter Hintze, für das, was Sie als Generalsekretär für uns alle geleistet haben, gebührt Ihnen auch am Ende dieses Parteitags noch einmal ein herzliches Wort des Dankes.

(Beifall)

Dann haben Christoph Bergner, Manfred Kanther und Klaus Töpfer nicht mehr für das Präsidium unserer Partei kandidiert – jeder aus unterschiedlichen Gründen, jeder nicht leicht zu ersetzen. Jeder der drei, Christoph Bergner, Manfred Kanther, Klaus Töpfer, wird uns im Präsidium der Partei fehlen. Alle drei waren in ihrem Einsatz für unsere Partei vorbildlich. Allen drei herzlichen Dank und auf weitere gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ich möchte in diesen Dank Rita Süssmuth einbeziehen, die dem Präsidium unserer Partei als Bundestagspräsidentin kraft Amtes angehört hat.

(Beifall)

Wir haben heute mittag die Frage diskutiert: Ist es richtig, daß für bestimmte Ämter nur so viele kandidieren, wie Positionen zu besetzen sind? Das ist zu Recht kritisiert worden; richtig. Aber wenn mehr kandidieren, als zu wählen sind, ist es immer auch so, daß nicht alle, obwohl alle hervorragend sind, gewählt werden können. Trotzdem bleibt es in dieser Stunde richtig und notwendig, Rita Süssmuth für die großartige Arbeit, die sie für unsere Partei und unser Land als Mitglied der Bundesregierung wie als Bundestagspräsidentin geleistet hat, herzlich zu danken. Sie wird auch weiterhin in unserer Partei mitmachen. Sie gehört dem Bundesvorstand an; sie ist Vorsitzende unserer Frauenvereinigung. Aber ich denke, wir sollten ihr in dieser Stunde ein Wort des Dankes und der Solidarität sagen.

(Beifall)

Ich möchte auch die Bundesvorstandsmitglieder, die nicht mehr kandidiert haben oder nicht gewählt worden sind, dankbar erwähnen: Klaus Escher, Marion Fischer, Johannes Gerster, Renate Hellwig, Ottfried Hennig, Rupert Scholz, Alexander Graf von Schwerin, Berndt Seite und Cornelia Yzer. Ich hoffe von allen, daß sie weiter mitmachen. Ich möchte allen ein herzliches Wort des Dankes sagen für das, was sie im Bundesvorstand für uns und unsere Partei in den zurückliegenden Jahren geleistet haben.

(Beifall)

Dann möchte ich Ihnen, den Delegierten, ein Wort des Dankes sagen. Es war warm hier drin, es war eng, es war laut. Die Wahlen brauchen ihre Zeit. Das alles ist anstrengend. Es ist Samstag abend, jetzt ist es 20.35 Uhr. Das ist aller Ehren wert. Wir sind eine tolle Partei. Eine Partei, die sechs Wochen nach einer solchen Wahl solche Delegierten auf einem Parteitag hat mit solchem Engagement und solcher Disziplin, das ist schon toll.

Allen, die in die neue Führung der Partei gewählt worden sind – bei mir selber angefangen; ich gratuliere mir auch –, der Generalsekretärin, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Präsidiumsmitgliedern, dem Schatzmeister und den Bundesvorstandsmitgliedern, herzlichen Glückwunsch! Aber auch herzlichen Dank Ihnen allen – für alle – für das Vertrauen, das Sie uns ausgesprochen haben. Ich sage noch einmal: Wir werden uns Mühe geben, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Wenn Sie alle mithelfen, liebe Freunde, werden wir es auch packen. Ich mache mir überhaupt keine Illusion. Es ist ein großer Einschnitt; wir haben darüber gesprochen. Wir haben schwierige Aufgaben vor uns. Aber, liebe Freunde, wir haben die sechs Wochen seit der Bundestagswahl auch ganz gut gemeistert.

Dieser Bundesparteitag heute war ein guter Parteitag. Er ist nicht in Resignation und Defätismus über die Bühne gegangen, sondern mit Problembewußtsein und mit der Bereitschaft, die Konsequenzen zu erörtern.

Und jetzt, liebe Freunde, machen wir uns auf den Weg in die Orts– und Kreisverbände, in die Bezirks– und Landesverbände! Jetzt gehen wir nach Hessen und helfen unseren hessischen

Freunden, den Landtagswahlkampf zu führen, damit Hessen eine bessere Regierung bekommt und Roland Koch Ministerpräsident wird.

(Beifall)

Dann machen wir im April 1999 in Erfurt einen Parteitag, auf dem wir in der ganzen Breite darüber diskutieren werden, wie wir aus unseren Grundsätzen und Grundwerten heraus miteinander die Antworten für eine moderne Welt geben. Lassen Sie uns möglichst in großer Breite auf allen Ebenen diesen Parteitag vorbereiten und viele Initiativen und Ideen auf diesem Parteitag einbringen, verabschieden und weitertragen, damit es eine lebendige Diskussion wird und die Menschen sehen: Die Union hat die besseren Antworten für die Zukunft unseres Landes.

Liebe Freunde, in diesem Sinne beenden wir diesen Parteitag und brechen auf in ein neues, schwieriges, aber erfolgreiches Kapitel in der Geschichte der Union.

Wir schließen diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen, das ausdrückt, wofür wir stehen und wofür wir arbeiten: für Einigkeit und Recht und Freiheit für unser deutsches Vaterland.

(Beifall – die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluß: 20.40 Uhr)

A N H A N G

Beschlußprotokoll
des 11. Parteitages der CDU Deutschlands
am 7. November 1998 in Bonn

Tagesordnung:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Wahl des Tagungspräsidiums
3.	Beschlußfassung über die Tagesordnung
4.	Bestätigung der Antragskommission
5.	Wahl der Mandatsprüfungskommission
6.	Wahl der Stimmzählkommission
7.	Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte:
7.1	Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
7.2	Wahl des Ehrenvorsitzenden
7.3	Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands
	Vorlage des Rechenschaftsberichts 1996 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
7.4	Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
7.5	Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
7.6	Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
8.	Aussprache zu den Berichten
9.	Bericht der Mandatsprüfungskommission
10.	Bericht der Rechnungsprüfer
11.	Entlastung des Bundesvorstandes
12.	Wahl des Bundesvorstandes
12.1	Wahl des Vorsitzenden
12.2	Wahl des Generalsekretärs
12.3	Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

12.4 Wahl des Bundesschatzmeisters

12.5 Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums

12.6 Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Grußwort des Vorsitzenden der
Christlich-Sozialen Union in Bayern,
Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel MdB

13. Wahl der 3 Rechnungsprüfer

14. Wahl der Delegierten und Stellvertretenden Delegierten zum XIII. EVP-Kongreß in Brüssel

15. Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)

16. Sonstige Anträge

17. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde nach Eröffnung des Parteitages am 07.11.1998 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:	Dr. Norbert Blüm MdB Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
Beisitzer:	
Johanna Arenhövel MdL	Landesverband Thüringen
Dr. Christoph Bergner MdL	Landesverband Sachsen-Anhalt
Ole von Beust MdHB	Landesverband Hamburg
Dr. Maria Böhmer MdB	Landesverband Rheinland-Pfalz
Christoph Böhr MdL	Landesverband Rheinland-Pfalz

Jochen Borchert MdB	Evangelischer Arbeitskreis
Manfred Carstens MdB	Landesverband Oldenbur
Klaus Escher	Junge Union
Dirk Fischer MdB	Landesverband Hamburg
Angelika Gemkow MdL	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
Peter Götz MdB	Kommunalpolitische Vereinigung
Martin Habermann MdL	Landesverband Brandenburg
Dr. Fritz Hähle MdL	Landesverband Sachsen
Dr. Renate Hellwig	Landesverband Baden-Württemberg
Irmgard Karwatzki MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Volker Kauder MdB	Landesverband Baden-Württemberg
Martin Kayenburg MdL	Landesverband Schleswig-Holstein
Roland Koch MdL	Landesverband Hessen
Klaus-Rüdiger Landowsky MdA	Landesverband Berlin
Christine Lieberknecht MdL	Landesverband Thüringen
Dr. Helmut Linssen MdL	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Peter Müller MdL	Landesverband Saar
Bernd Neumann MdB	Landesverband Bremen
Hartmut Perschau	Landesverband Bremen
Prof.Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP	CDU in Niedersachsen
Peter Rauen MdB	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Heinrich Wilhelm Ronsöhr MdB	Landesverband Braunschweig
Petra Roth	Landesverband Hessen
Helmut Sauer	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
Bärbel Sothmann MdB	Frauen-Union
Steffi Schnoor MdL	Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union
Elke Wülfing MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Christian Wulff MdL	CDU in Niedersachsen
Cornelia Yzer	Landesverband Nordrhein-Westfalen

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Peter Hintze MdB
Stellv. Vorsitzender:	Christian Dürig
Weitere Mitglieder:	Dr. Maria Böhmer MdB
	Jochen Borchert MdB
	Rainer Eppelmann MdB
	Klaus Escher
	Anke Eymer MdB
	Marion Fischer MdL
	Anne-Karin Glase MdEP
	Peter Götz MdB
	Volker Kauder MdB
	Christian Köckert MdL
	Fabian Magerl
	Dr. Angela Merkel MdB
	Peter Müller MdL
	Dr. Dieter Murmann
	Peter Harald Rauen MdB
	Herbert Reul MdL

Hannelore Rönsch MdB

Helmut Sauer

Birgit Schnieber-Jastram MdB

Rudolf Seiters MdB

Ulrike Schreiber MdBB

Prof. Dr. Rita Süssmuth MdB

Arnold Vaatz MdB

Annette Widmann-Mauz MdB

Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 5: In die Mandatsprüfungskommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Erhard Hackler
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes
Nordrhein-Westfalen

Beisitzer:

Mario Faßbender
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Brandenburg

Frieder Fundis
Bezirksgeschäftsführer des
Bezirksverbandes
Nord-Württemberg

Bernd Reisener
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Siegbert Seitz
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Hessen

	Waltraud Wannhoff Landesgeschäftsführerin des Landesverbandes Braunschweig
	Friedrich Claudius Schlumberger Leiter der Hauptabteilung Organisa tion der Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner Bundesgeschäftsstelle
Stellv. Vorsitzende:	Hans-Joachim Woelke CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
	Bernhard Albrecht Kreisgeschäftsführer Bonn
Beisitzer:	
Adams, Winfried	Kreisgeschäftsführer Vogelsberg
Ahus, Margit	Kreisgeschäftsstelle Oberbergischer Kreis
Andresen, Carl	Kreisgeschäftsführer Schleswig-Flensburg
Assmann, Werner	Bundesgeschäftsstelle
Bednorz, Dieter	Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt
Bender, Hans	Kreisgeschäftsführer Siegen-Wittgenstein
Benning, Hubert	Kreisgeschäftsführer Ludwigshafen
Blum, Wolfgang	Bundesgeschäftsstelle

Bockolt, Olaf	Kreisgeschäftsführer Rendsburg-Eckernförde
Borgwardt, Siegfried	Kreisgeschäftsführer Wittenberg
Ehm, Lothar	Kreisgeschäftsführer Dessau
Engberding, Heinz-Jürgen	Kreisgeschäftsführer Neustadt/Bad Dürkheim/Speyer
Fabritzius, Helga	Bundesgeschäftsstelle
Fassbender, Sabine	Bundesgeschäftsstelle
Fernbach, Martin	Bundesgeschäftsstelle
Frielingsdorf, Konrad	Kreisgeschäftsführer Oberbergischer Kreis
Funnemann, Klaus	Kreisgeschäftsführer Höxter
Gliedner-Simon, Dr. Adelheid	Bundesgeschäftsstelle
Göttlicher, Heike	Kreisgeschäftsführerin Ludwigsburg
Hansen, Petra	Bundesgeschäftsstelle
Haßler, Dietmar	Kreisgeschäftsführer Dresden
Häusler, Gerhard	Kreisgeschäftsführer Magdeburg
Heide, Birgit	Bundesgeschäftsstelle
Heinemann, Mathias	Bundesgeschäftsstelle
Hennemuth, Wilfried	Kreisgeschäftsführer Rottweil
Henseler, Peter	Bundesgeschäftsstelle
Herrmann, Victor	Bundesgeschäftsstelle
Hilger, Monika	Bundesgeschäftsstelle
Hollburg, Rainer	Kreisgeschäftsführer Lörrach
Holtmannspötter, Paul	Kreisgeschäftsführer Gütersloh
Hönow, Erich	Kreisgeschäftsführer Teltow-Fläming
Johne, Andreas	Kreisgeschäftsführer Löbau-Zittau
Kamperdick, Udo	Kreisgeschäftsführer Bottrop
Kutsch, Brigitte	Kreisverband Bonn
Landau, Ursula	Kreisgeschäftsführerin Lahn-Dill

Luckey, Manfred	Kreisgeschäftsführer Lippe
Lüders, Birgit	Bundesgeschäftsstelle
Lüth, Frank-Christian	Kreisgeschäftsführer Frankfurt (Oder)
Nadler, Rudolf	Kreisgeschäftsführer Emmendingen
Nowaczyk, Peter	Kreisgeschäftsführer Gelsenkirchen
Nürnberger-Meyerhoff, Cl.	Bundesgeschäftsstelle
Opdenhövel, Dr. Patrick	Bundesgeschäftsstelle
Pilot, Heidemarie	Kreisgeschäftsführerin Aschersleben-Staßfurt
Reichl, Josef	Kreisgeschäftsführer Böblingen
Reiss, Waltraud	Kreisgeschäftsführerin Karlsruhe-Land
Richter, Dieter	Kreisgeschäftsführer Elbe-Elster
Samson, Ludger	Kreisgeschäftsführer Recklinghausen
Scherf, Tobias	Kreisgeschäftsführer Kassel-Land
Schmidt, Hasso	Kreisgeschäftsführer Leipzig-Stadt
Seehaus, Margit	Kreisgeschäftsführerin Dahme-Spreewald
Stabel-Franz, Martina	Bundesgeschäftsstelle
Stauß, Marianne	Kreisgeschäftsführerin Trier-Stadt
Treuer, Hans-Jürgen	Kreisgeschäftsführer Baden-Baden
Wannhoff, Waltraut	Landesgeschäftsführerin Braunschweig
Wettenmann, Peter	Kreisgeschäftsführer Biberach
Wießel, Bernd	Kreisgeschäftsführer Altmarkkreis Salzwedel
Wynands, Manfred	Kreisgeschäftsführer Kleve
Zeeb, Klaus	Kreisgeschäftsführer Esslingen
Zeisig, Mario	Kreisgeschäftsführer Halle
Zimmermann, Erich	Kreisgeschäftsführer Müritz

Zu TOP 7: Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte

Zu TOP 7.1: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.2: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl MdB gemäß § 29 Abs. 2 Unterabs. 2 Statut zum **Ehrenvorsitzenden** der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU).

Zu TOP 7.3: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Bundesschatzmeisterin, Brigitte Baumeister MdB, sowie den gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz vorgelegten Rechenschaftsbericht 1996 zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.4: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.5: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.6: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8: **Aussprache zu den Berichten**

Zu TOP 9: **Bericht der Mandatsprüfungskommission**

Die Mandatsprüfungskommission des 11. Parteitages erstattete am 07. November 1998 folgenden Bericht:

‘ Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Bereits am 21. Oktober diesen Jahres fand eine erste Prüfung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle statt.

Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.00 Uhr von den 1001 voll stimmberechtigten Delegierten des 11. Parteitages 977 anwesend.

Der 11. Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Erhard Hackler
Vorsitzender

gez. Mario Faßbender	gez. Frieder Fundis
gez. Bernd Reisener	gez. Siegbert Seitz
gez. Waltraud Wannhoff	gez. F.C. Schlumberger“

Zu TOP 10: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den mündlichen **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem **Bundesvorstand** auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung einstimmig **Entlastung** für die Rechnungsjahre 1995 und 1996. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 12: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 12.1: Wahl des Bundesvorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	953
Ungültig:	2

Enthaltungen:	23
Gültige Stimmen:	928
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	465
Ja:	872
Nein:	56

Zu TOP 12.2: Wahl des Generalsekretärs:

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	968
Ungültig:	1
Enthaltungen:	25
Gültige Stimmen:	942
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	472
Ja:	874
Nein:	68

Zu TOP 12.3: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	952
Ungültig:	4
Enthaltungen:	——-
Gültige Stimmen:	948
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	475

Es wurden gewählt:

Dr. Annette Schavan	842
Volker Rühe MdB	776
Christian Wulff MdL	744

Dr. Norbert Blüm MdB	571

Danach wurden im ersten Wahlgang 4 Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 12.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Matthias Wissmann MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	756
Ungültig:	——
Enthaltungen:	24
Gültige Stimmen:	732
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	367
Ja:	688
Nein:	44

Zu TOP 12.5: Wahl der weiteren 7 Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	969
Ungültig:	4
Enthaltungen:	1
Gültige Stimmen:	964
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	483

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

1. Roland Koch MdL	840
2. Arnold Vaatz MdB	752
3. Christa Thoben	668
4. Peter Müller MdL	474
5. Claudia Nolte MdB	471
6. Peter Rauen MdB	462
7. Rainer Eppelmann MdB	454

8. Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	439
9. Dr. Maria Böhmer MdB	436
10. Klaus Escher	204

Danach sind als Mitglieder des Präsidiums im 1. Wahlgang gewählt:

1. Roland Koch MdL
2. Arnold Vaatz MdB
3. Christa Thoben

Es wurde eine Stichwahl zwischen folgenden Kandidaten erforderlich:

Dr. Maria Böhmer MdB
Rainer Eppelmann MdB
Peter Müller MdL
Claudia Nolte MdB
Peter Rauen MdB
Prof. Dr. Rita Süssmuth MdB

Die Stichwahl hatte folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	872
Ungültig:	——-
Enthaltungen:	——-
Gültige Stimmen:	872
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	437

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

1. Peter Müller MdL	509
2. Peter Rauen MdB	490
3. Rainer Eppelmann MdB	453
4. Claudia Nolte MdB	437
5. Prof. Dr. Rita Süssmuth MdB	383
6. Dr. Maria Böhmer MdB	350

Danach sind als Mitglieder des Präsidiums im 2. Wahlgang gewählt:

1. Peter Müller MdL
2. Peter Rauen MdB
3. Rainer Eppelmann MdB
4. Claudia Nolte MdB

Danach wurden insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter 2 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

Dr. Rita Süssmuth	383
Dr. Maria Böhmer MdB	350

Zu TOP 12.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	912
Ungültig:	10
Enthaltungen:	——
Gültige Stimmen:	902
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	452

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

1. Dr. Bernhard Vogel MdL	834
2. Brigitte Baumeister MdB	830
3. Eberhard Diepgen MdA	768
4. Friedrich Merz MdB	760
5. Hans-Peter Repnik MdB	755
6. Otti Geschka	750
7. Dr. Jürgen Rüttgers MdB	740
8. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	734
9. Christine Lieberknecht MdL	733
10. Rita Pawelski MdL	728
11. Dr. Maria Böhmer MdB	708
12. Anne-Karin Glase MdEP	708
13. Hildegard Müller	698
14. Ole von Beust MdHB	694
15. Andreas Renner	664
16. Maria Michalk	663
17. Peter Hintze MdB	660
18. Dr. Yvonne Kempen	655
19. Dr. Heiner Geißler MdB	643
20. Dr. Helmut Linssen MdL	641
21. Hermann-Josef Arentz MdL	629
22. Dr. Franz-Josef Jung MdL	613
23. Prof. Dr. Otto Wulff	596
24. Reimer Böge MdEP	578
25. Eckhardt Rehberg MdL	552
26. Thomas Leimbach	499

Danach wurden im 1. Wahlgang insgesamt 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 10 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

Elke Holzapfel	471
Dr. Uwe Lehmann-Brauns	471
Cornelia Yzer	451

Zu TOP 13: Wahl der Rechnungsprüfer

Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Rechnungsprüfern für die Jahre 1999 bis 2002**

Bärbel Kleedehn MdL

Dr. Franz Möller

Ferdinand Tillmann

Zu TOP 14: Wahl der Delegierten und Stellvertretenden Delegierten zum XIII. EVP-Kongreß in Brüssel

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Landesverband:	**Delegierte:**	**Ersatzdelegierte:**
Baden-Württemberg	Camilla Simon	Edith Grupp
	Heribert Rech MdL	Christos Lemonidis
	Susanne Verweyen-Emmrich	Frieder Fundis
Berlin	Ingo Schmitt	—-

Brandenburg	Martin Habermann MdL	Martin Stock
Bremen	Bernd Neumann MdB	Michael Teiser
Hamburg	Dr. Georg Jarzembowski MdEP	—-
Hessen	Michael Gahler	Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Dr. Albrecht Magen	Antonio Costanzo
	Christoph Eggers	Dorothee Diehl
Mecklenburg-Vorp.	Kristin Vorpahl	Andreas Lange
Niedersachsen	Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer	Friedhelm Biestmann MdL
	Rolf Reinemann	Ewa Klamt
	Traute Grundmann MdL	Heinz Rolfes MdL
Nordrhein-Westfalen	Ilka Keller MdL	Jürgen Wahl
	Prof. Dr. Horst Posdorf MdL	Erhard Hackler
	Lothar Hegemann MdL	—-
	Ruth Hieronymi MdL	—-
Rheinland-Pfalz	Dr. Jürgen Hartmann	Xaver Jung
	Kurt Lechner	—-
	Ulla Schmidt MdL	—-
Saarland	Monika Beck MdL	Hanno Thewes
	Peter Altmaier MdB	Karl Rauber MdL
Sachsen	Frank Wetzel	Raimund Köhnen
	Prof. Thomas Thomaschke	Christian Leßmann
Sachsen-Anhalt	Eva-Maria Henkel-Wybrands	Karsten Knolle
Schleswig-Holstein	Peter Lehnert MdL	Christian von Bötticher
	Dr. Johann Wadephul	Bärbel Schulz
Thüringen	Bernd Wolf MdL	—-
	Fritz Schröter MdL	—-

Zu TOP 15: Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)

Es wurden in offener Abstimmung bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen gewählt:

15 Ordentliche Mitglieder:

Dr. Christoph Bergner MdL

Elmar Brok MdEP

Ursula Heinen MdB

Dr. Renate Hellwig

Dr. Ottfried Hennig

Peter Hintze MdB

Dr. Egon Klepsch

Horst Langes

Prof. Dr. Gerd Langguth

Christine Lieberknecht MdL

Dr. Angela Merkel MdB

Doris Pack MdEP

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP

Prof. Dr. Rita Süssmuth MdB

Stanislaw Tillich MdEP

15 Stellvertretende Mitglieder:

Andreas von Gehlen

Dr. Guido Herz

Ruth Hieronymi MdL

Peter Kittelmann MdEP

Maria Michalk

Hildegard Müller

Hartmut Nassauer MdEP

Markus Pösentrup

Dr. Gero Pfennig

Franz-Josef Reuter

Peter Scheib

Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Reinhard Stuth

Frank Wetzel

Annette Widmann-Mauz MdB

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 30 Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt, darunter 11 Frauen. Somit wurde das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16: Sonstige Anträge

Der 11. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die Sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge Nr. 1 bis Nr. 3 und des Initiativantrages Nr. 1 ist in der „Sammlung der Anträge“ abgedruckt.)

Nr. 1 Überweisung an die Bundesfinanzkommission

Nr. 2 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nr. 3 Überweisung an den Bundesvorstand

Initiativantrag Nr. 1 Annahme

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des angenommenen Initiativantrags Nr. 1 ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 11. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 17: Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Beschluß

In den vom CDU-Bundesvorstand geplanten Parteitag im April 1999 werden aus verschiedensten Bereichen gesellschaftliche Gruppen und Persönlichkeiten zur Diskussion und Mitberatung eingeladen. Dieser Parteitag soll für die CDU ein Parteitag des Zuhörens und der Standortbestimmung sein. Die Beratungen auf diesem Parteitag sollen den Grundstein dafür legen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzuerhalten, um so die Bundestagswahl 2002 zu gewinnen.

Bericht des Vorsitzenden

der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion

des Europäischen Parlaments,

Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP

Am 22. Oktober hat das Europäische Parlament den Haushalt der Europäischen Union für 1999 in erster Lesung verabschiedet. Mit diesem Etat verfügt die EU für 1999 über ein Ausgabenvolumen von 85,817 Milliarden Euro (rd. 170 Mrd. DM). Die vereinbarte Eigenmittelobergrenze, bis zu der das EU-Budget maximal ansteigen darf, ist 1,27 % des Bruttosozialprodukts. In Anspruch genommen wird 1,12 % des BSP der EU. Dies bedeutet, daß rd. 9 Mrd. Euro (rd. 18 Mrd. DM) weniger ausgegeben werden sollen als die beim EU-Gipfel von Edinburgh vereinbarte Ausgabensumme.

Erfordernisse des EU-Haushalts 1999

Diese fundierte Kritik der CDU/CSU im Europäischen Parlament erhält eine neue Dimension und eine erweiterte Aktualität durch politische Tendenzen und Absichtserklärungen, die beim informellen Gipfeltreffen der EU in Pörtschach erkennbar wurden. Diesem EU-Gipfel am 24. und 25. Oktober war ursprünglich die Aufgabe gestellt, die von Helmut Kohl und Jacques Chirac eingebrachte Initiative zur Förderung von Transparenz und Bürgernähe der europäischen Politik und zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips voranzubringen. Nach den Aussagen von Teilnehmern und Beobachtern ist diese Zielsetzung nunmehr um 180 Grad gewendet worden. So erklärte der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes Emilio Gabaglio am 26.10. in Brüssel, er habe eine „veränderte Haltung", einen „Richtungswechsel" in den Erklärungen der Staats- und Regierungschefs wahrgenommen. In einem Kommentar über den Gipfel in Pörtschach schreibt Dirk Müller-Thederan: „Der Druck auf die EZB und die nationalen Notenbanken wird damit in den nächsten Wochen stark zunehmen. An Duisenberg und seinen Kollegen, allen voran Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer dürfte es dann sein, die Politiker auf ihre Schranken bzw. auf ihre eigentlichen Aufgaben hinzuweisen: Strukturelle Mängel, Staatsdefiziteund Regulierungswut als eigentlche Hindernisse für mehr Wachstum und Beschäftigung zu beseitigen."

Das - von Rudolf Scharping vollmundig angekündigte - „sozialdemokratische Zeitalter Europas" wirft erste Schatten auf die Stabilität des Euro, die Solidität der öffentlichen Finanzen und die Produktivität der europäischen Wirtschaft.

Vor drei Jahren hatte Otmar Issing, jetzt Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, vor den Gefährdungen gewarnt, die sich aus der Diskrepanz zwischen der Integration auf dem Gebiet der Währung und dem der allgemeinen Politik ergeben können. Wörtlich sagte Prof. Issing am 3.7.1995 in Neu-Isenburg/Frankfurt: „Entscheidend ist in diesem Zusammenhang eine Finanzverfassung der Union, die fiskalisches Fehlverhalten auf der Ebene der Gemeinschaft wie jener der Mitgliedstaaten als politische Option für die Zukunft dauerhaft ausschließt."

Seit dem 27. September verdient diee Warnung einer anerkannten Autorität der Geld- und Finanzpolitik die Aufmerksamkeit aller verantwortungsfähigen Europäer. Die CDU/CSU-Abgeordneten und die Fraktionen der politischen Mitte im Europäischen Parlament haben die schwierige, aber unverzichtbare Aufgabe, mit dafür zu sorgen, daß die zu erwartenden Schäden einer ideologisch geprägten rot-grünen Politik in Grenzen gehalten werden. Auch unter diesen Aspekten kommt der Europawahl am 13. Juni 1999 eine weitreichende Bedeutung zu.

Ein Europäisches Parlament mit einer Mehrheit der politischen Mitte kann und muß dann zur Hüterin der Verträge von Maastricht und Amsterdam werden.

Europäische Beschäftigungspolitik - ideologisch oder realistisch?

Von Helmut Schmidt, Vorbild von Gerhard Schröder, stammt das Programm: „5 % Inflation sind besser als 5 % Arbeitslosigkeit". Die Wirtschaftsgeschichte kennt zahlreiche Beispiele dafür, daß Inflation die Arbeitslosigkeit nicht verhindert, sondern fördert. Aber hier gilt die sarkastische Feststellung: Aus der Geschichte lernt man, daß man aus der Geschichte nicht lernt.

Die zweifellos großen Wahlerfolge der Sozialisten und Sozialdemokraten in der Europäischen Union haben eine Euphorie in ihren Reiehn hervorgerufen, die Realitätsverlust zur Folge hat. Der Journalist Adrian Zielcke schreibt: „Der Erfolg der Linken gründet sich auch auf die Sehnsucht nach ökonomischer Sicherheit, nach mehr Arbeitsplätzen, nach sozialer Gerechtigkeit. Deshalb wird jetzt wieder der 'Dritte Weg' gesucht, den bisher noch niemand gefunden hat."

Der neue Zauberschlüssel für die Tür zum Paradies der Werktätigen heißt „Europäische Beschäftigungsprogramme". Die Europäische Kommission hat - in vorauseilendem Gehorsam und in gekonnter opportunistischer Anpassung an neue Macht- und Mehrheitsverhältnisse - die Ankündigung von Gehard Schröder vorweggenommen, der als sein Hauptziel einen „Europäischen Beschäftigungspakt" nennt. Die EU-Kommission begrüßt in ihrem „Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 1998" die Forderung von Schröder, in die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU „verbindliche und nachprüfbare Ziele" zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit aufzunehmen. Verbale Erklärungen über „verbindliche" Ziele garantieren leider noch keine Zielverwirklichung, machen aber deutlich, daß der Irrglaube an die Allmacht von Staat und Politik wieder mehr Anhänger in Europa hat.

Die CDU/CSU-Abgeordneten setzen sich mit Ideen, aber ohne Idelogien und Illusionen, für eine realistische Beschäftigungspolitik ein. In diesem Sinne haben wir auch die Initiativen und Vorschläge des Luxemburger Gipfels begrüßt und unterstützt. Flächendeckende europäische Beschäftigungsprogramme lehnen wir ab, da sie im Ganzen nicht finanzierbar sind und ihre Durchführung in Teilbereichen kontraproduktiv wäre.

Folgende Zahlen müssen in die Rechnung eingesetzt werden:

- Rund 20 Millionen Arbeitslose in der EU
- Rund 18 Millionen Klein- und Mittelunternehmen in der EU
- Rund 30 Millionen Beschäftigte in der „Schattenwirtschaft".

Wollte man für nur 25 % der Arbeitslosen eine europäisch finanzierte Subventionierung der Arbeitsbeschaffung (ABM, „zweiter Arbeitsmarkt“ usw.) einführen und dabei einen Netto-Subventionsbedarf von 1.500 Euro pro Arbeitsplatz im Monat kalkulieren, so ergäbe sich ein Finanzierungsbedarf von 90 Mrd. Euro im Jahr, d.h.: Das Haushaltsvolumen und damit die Einnahmen der EU müßten um das Doppelte steigen. Schon diese vereinfacht Modellrechnung zeigt die Realitätsferne aller flächendeckenden europäischen Beschäftigungsprogramme.

Nach Auffassung der CDU/CSU-Abgeordneten in der EVP-Fraktion sind die erfolgversprechenden Wirkkräfte für die Schaffung von wettbewerbsfähigen, werteschaffenden und sich selbst finanzierenden Arbeitsplätzen in einer marktwirtschaftlich orientierten Mittelstandspolitik und in solchen Anreizsystemen zu finden, mit denen die Beschäftigten in der Schattenwirtschaft veranlaßt und in die Lage versetzt werden, in den normalen Arbeits- und Unternehmensmarkt zurückzukehren.

Öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme, die unweigerlich auch zu einer höheren Belastung des Mittelstandes, zu weiteren Bürokratiekosten und schleichender Geldentwertung führen, behindern und verhindern eine realistische und erfolgversprechende Arbeitsplatzpolitik. Die Devise „verteile und herrsche!“ funktioniert nicht, wenn nichts mehr zum Verteilen da ist.

Im Hinblick auf die europäische Integration ist die folgende Problematik beachtenswert: Da flächendeckende europäische Beschäftigungsprogramme nicht zu finanzieren sind - auch Lafontaine will die deutschen „Nettozahlungen“ senken und nicht erhöhen -, werden die linken Regierungen versuchen, ihre Wahlversprechen durch nationale Programme und Maßnahmen zu erfüllen. Die erstrebte Koordinierung dieser Vorhaben wird dann scheitern, wenn die zunehmende internationale Konkurrenz zu einer Renaissance des Protektionismus und der Beggar-my-neighbor-Politik der 30er Jahre führt und die „sozialistische Solidarität“ zwar in semantischer Einheit, nicht aber in gemeinsamer Handlungsfähigkeit wirksam wird. Schon bedingt durch unterschiedliche nationale Wahltermine entstehen hier integrationsbremsende Tendenzen, die zum Kennzeichen des „sozialdemokratischen Zeitalters in Europa“ werden können.

Zudem enthalten die neuen Rahmenbedingungen der distributiven und regulativen Politik in Europa gefährliche Konfliktpotentiale. Beate Kohler-Koch und Markus Jachtenfuchs beschreiben in einer neuen Publikation über die „Europäische Integration“ diese Zusammenhänge mit folgenden Worten: „Distributive Politiken wie die Verteilung der Gelder der Strukturfonds sind daher keineswegs von Konsens, sondern meist von massiven Verteilungskonflikten zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet.“ Demgegenüber - so urteilen die Wissenschaftler - bürdet die regulative Politik zwar den Adressaten beträchtliche Kosten auf, (im Fall der Luftreinhaltepolitik ging es um mehrstellige Milliardenbeträge), ist aber kostengünstig für den EU-Haushalt und vermeidet insofern massive Verteilungskonflikte. Einschränkend stellen die Autoren aber fest: „Dies gilt allerdings nur für wettbewerbsneutrale Maßnahmen. Wenn eine europäische Vorschrift die Industrien in unterschiedlichem Maße belastet, wird auch regulative Politik zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten führen.“

Diese und andere Interessengegensätze werden nicht durch rot-grüne Einigkeitsrhetorik überwunden werden können. Im Ergebnis wird die sog. neue Politik der Etatisten, staatswirt-

schaftlichen Expansionen und Neo-Keynesianer Hemmungen und Blockaden der europäischen Integration im Gefolge haben. Im besonderen Maße stört und zerstört diese rot-grüne Politik den bisherigen Konsens über die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des erfolgreichen Binnenmarktes sowie der Wirtschafts- und Währungsunion. Die weitgehende Übereinstimmung der ordnungspolitischen Vorstellungen hat in den 16 Regierungsjahren des europäischen Integrators und deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl maßgebend dazu beigetragen, daß die Funktions-, Entwicklungs- und Erweiterungsfähigkeit des Binnenmarktes geschaffen und erfolgreich eingesetzt werden konnte.

Sachkenner bezweifeln heute die zukünftige Konsensmöglichkeit in der Ordnungspolitik des „sozialdemokratischen Zeitalters in Europa" und verweisen beispielsweise auf die wirtschaftspolitischen Diskrepanzen zwischen Tony Blair und Wim Kok auf der einen Seite und Lafontaine, Trittin, Jospin und D'Alema auf der anderen. Eine ideologisch geprägte, mit Illusionen behaftete Beschäftigungspolitik á la Lafontaine würde zu einem Störfaktor der europäischen Integration und damit zur Gefährdung der Zukunftssicherheit in Europa.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden alle Möglichkeiten ihrer parlamentarischen Kompetenzen nutzen, um die Prinzipien und Grundlagen der von Helmut Kohl wesentlich geprägten Verträge von Maastricht und Amsterdam zu sichern und für eine realistische und zukunftsreichende Politik nutzbar zu machen.

Globalisierung und europäische Integration

Der Begriff „Globalisierung" ist zum Schlagwort im politischen Streit geworden. Viele Bürger Europas haben eine diffuse Angst vor der Globalisierung. Sie befürchten einen sozialen Abstieg durch Konkurrenz von außen. Populisten und Gegner des Freihandels nutzen Unmut und Unkenntnis, um gegen „Sozialdumping" und die „Herrschaft des internationalen Kapitals" zu agieren. Man fordert weltweit gültige Mindeststandards, um Billigeinfuhren aus Entwicklungsländern zu beschränken. Es ist nicht zu übersehen, daß große Teile der neuen rot-grünen Mehrheiten in den Mitgliedstaaten der EU die Abschottung vom freien Welthandel für legitim, ein Abbremsen des technischen Fortschritts für erwägenswert und die „Bändigung" der Globalisierung durch weltweite Regulierungen für machbar und wünschenswert halten. Zweifellos müssen auf viele wichtige Fragen der Globalisierung noch richtige Antworten erarbeitet werden.

Eine Rolle rückwärts in die sozialistische Vergangenheit Europas ist aber ebenso wenig eine Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung wie der Ausbau einer „Festung Europa" oder die Errichtung von Barrikaden gegen den freien Welthandel und die internationale Zusammenarbeit, z.B. in der Welthandelsorganisation (WTO).

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmen Wolfgang Schäuble voll und ganz zu, wenn er feststellt: „Mehr als je zuvor haben wir seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Möglichkeit, Entwicklungen auf dieser Welt präventiv und konstruktiv zu beeinflussen - von militärischer Unterstützung für Friedensoperationen über Entwicklungszusammenarbeit bis zum Wissenstransfer - zu unserem Vorteil, zum Vorteil für andere. Globalisierung bedeutet nicht nur Globalisierung der Probleme, sondern auch Globalisierung der Lösungen".

Erfolgversprechende Europapolitik setzt die unvoreingenommene Wahrnehmung der Wirklichkeit voraus:

Die globale Transparenz (durch mehr als 1 Milliarde Fernsehgeräte, Internet, usw.), die sekundenschnelle Kommunikation (durch Nachrichtensatelliten, Fax, E-Mail, usw.), die Raumrevolution (durch Düsenflugzeuge, Hochgeschwindigkeitszüge, usw.) und die damit verbundene internationale Mobilität ermöglichen einen weltweiten Wettbewerb um Märkte und zur Gewinnung von fortschrittsfördernden Ressourcen (z.B. kreative und unternehmerische Personen, know-how, Kapital usw.). Zudem darf nicht übersehen werden, daß seit dem Zusammenbruch des sog. „realen Sozialismus" im Jahre 1990 mehr als 2 Milliarden Menschen neu in den weltwirtschaftlichen Wettbewerb eingetreten sind und für ihren sozialen Fortschritt hart arbeiten werden.

Vereinfacht gesagt: die mobilen Menschen werden dorthin streben, das Kapital und die Spargelder werden dorthin fließen, die Investitionen werden dort getätigt und die wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze werden dort geschaffen werden, wo die politischen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen optimal sind. Mit anderen Worten: Es gibt nicht nur einen weltweiten Wettbewerb in der Wirtschaft; es entstehe auch ein weltweiter Wettbewerb in der Politik.

Politisches Versagen in diesem Wettbewerb führt zu sozialökonomischen Ausweichreaktionen, Standortverlagerungen oder Fluchtbewegungen, wie

- Wegzug der Talente und Begabungen (braindrain),
- Kapitaltransfer und Kapitalflucht (capital drain),
- innere Emigration, d.h. sozialökonomische Passivität („rent-seeking-society"), bzw. Flucht in die Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit, do-it-yourself, Nischenwirtschaft, underground-economy).

Die Versuche, sich aus diesem ökonoischen und politischen Wettbewerb auszuklinken, z.B. durch Abkoppelung vom technischen Fortschritt und durch Abkapselung vom Welthandel, würden zur Massenarmut führen.

Im Hinblick auf den technischen Fortschritt gilt das Wort „One cannot unlearn", d.h. man kann nicht rückwärts lernen. Erfindungen und Entdeckungen kann mannicht zurücknehmen. Die Abkapselung vom Welthandel ist Anfang der 30er Jahre durch die „Beggar-my-neighbor-Politik" und den Protektionismus versucht worden. Die Ergebnisse waren Massenarmut und totalitäre Kriege.

Die kurzsichtige Politik des nationalen Egoismus konnte ebenso wenig erfolgreich sein wie alle bisherigen Versuche, die Früchte der Arbeit von morgen bereits heute zu verzehren. Die Nachahmung dieser historischen Alternative zum freien Welthandel ist keine Option für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Für die deutsche Delegation in der EVP-Fraktion des EP ist die globale Ökonomie kein Nullsummenspiel, bei dem der eine nur auf Kosten des anderen gewinnen kann, sondern vielmehr eine faszinierende Chance

- zur nachhaltigen Entwicklung aller Kontinente,
- zur Verbesserung weltweiter Umweltqualität,
- zur opitimalen Wertschöpfung bei minimalem Ressourcenverbrauch,
- zur Vermittlung von Lebenschancen und
- zur globalen Zusammenarbeit bei der Lösung existenzieller Probleme der Menschheit.

Die Nutzung der Globalisierungschancen ist deshalb lebensnotwendig, weil die Alternativen hierzu Chaos, Anarchie und Völkerwanderungen wären.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik kommt in einer neuen Studie zu dem Ergebnis, daß die Entwicklungsländer durch die WTO von der wirtschaftlichen Globalisierung profitieren würden. Der Chef der WTO Renato Ruggiero forderte: „Die Europäer müssen endlich aus ihrer geistigen Defensive heraus. Sie müssen begreifen, daß Handel per saldo keine Jobs kostet, sondern welche schafft. Am Ende der 80er Jahre gingen 20 % der Exporte der Industriestaaten in Entwicklungsländer, heute sind es 25 %, im Jahre 2000 werden es 30 % sein. Die Entwicklungsländer sind der künftige Wachstumsmotor, und diese Chane muß Europa nutzen."

Wenn durch die Förderung von Kreativität und Kapitalbildung quantitatives und qualitatives Wachstum erzielt wird, so kann dadurch die Statik eines Nullsummenspiels überwunden werden. Auf die wohlstandsfördernde Wirkung des internationalen Handels hat der englische Staatsdenker David Hume bereits vor mehr als 200 Jahren hingewiesen: „Überall, wo unter Nationaen ein freier Verkehr herrscht, muß die einheimische Wirtschaft einer jeden durch die Fortschritte der anderen gefördert werden."

Die Europapolitik der CDU/CSU im Europäischen Parlament hat die Devise: Offenheit nach vorn, für Fortschritt und Entwicklung, und Offenheit nach außen, für globale Zusammenarbeit.

Die Schlüsselrolle des Europäischen Parlaments an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Die Europawahl 1999 erhält eine weitreichende und - im Vergleich zu den vier vorhergehenden Wahlen - außergewöhnliche Bedeutung. Dies ergibt sich aus den in Maastricht und Amsterdam beachtlich erweiterten Befugnissen und neuen Einflußmöglichkeiten des EP, die vor allem dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken sind. Eine Schlüsselstellung und eine erhöhte Verantwortung gewinnt das Europäische Parlament aber auch durch die neuen parteipolitischen Konstellationen in einigen Mitgliedsländern und damit im Rat der Europäischen Union.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag in Bonn bestätigt die Befürchtung der CDU/CSU-Gruppe des EP, daß die Dominanz der rot-grünen Parteien in der Europäischen Union nicht nur zu einem Richtungswechsel in der Sachpolitik, sondern auch zu einem machtpolitisch motivierten Mißbrauch der personalpolitischen Möglichkeiten in der EU-Kommission führen wird. Dank der parteiübergreifenden Europapolitik und der menschlichen Fairness des deutschen Bun-

deskanzlers Helmut Kohl wurde eine der beiden deutschen Kommissarspositionen mit Frau Monika Wulf-Mathis, Mitglied der SPD, besetzt. Dies entsprach der unparteiischen „politischen Architektur" der Gemeinschaft, nach der in den fünf Ländern mit jeweils zwei Kommissaren - Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien - nach Möglichkeit jeweils ein Kommissar einer nationalen Oppositionspartei angehören soll. Der - im rot-grünen Koalitionsvertrag sichtbare - Bruch mit dieser bewährten Tradition deutet auf eine gewollte parteipolitische Machtpolitik hin, die schädliche Wirkungen für die fachliche Kompetenz der EU-Kommission und darüber hinaus für die die europäische Integration haben wird. Wenn EU-Institutionen zum parteipolitischen Beuteobjekt degradiert werden, dann muß das Europäische Parlament als Motor der Integration seine Wächterrolle und Kontrollfunktion sehr ernst nehmen. Nach der Benennung der neuen Kommissionsmitglieder muß die gesamte EU-Kommission durch das Europäische Parlament bestätigt werden.

Nach Auffassung der CDU/CSU-Abgeordneten sollte das Europäische Parlament einer EU-Kommission, die sich nicht aus fachlich kompetenten Persönlichkeiten, sondern aus parteipolitischen Pfründenjägern zusammensetzt, das Vertrauen verweigern.

Im gegenwärtigen Europäischen Parlament haben die Sozialisten und Sozialdemokraten (SPE) 218 Sitze, die Christlichen Demokraten (EVP) 200 Sitze. Die größere Zahl der SPE-Abgeordneten ist auf das britische Mehrheitswahlrecht zurückzuführen, das der 1994 sehr erfolgreichen Partei von Tony Blair 62 Sitze im EP bescherte, während die britischen Konservativen (EVP) nur 18 Mandate erhielten. Nach dem für die EP-Wahl 1999 in Großbritannien vorgesehenen Verhältniswahlrecht würden bei gleichen Stimmenzahlen wie 1994 die Konservativen ca. 12 Sitze dazugewinnen, Labour würde ca. 30 Sitze verlieren; die restlichen Zugewinne würden den Liberalen und anderen Parteien im Vereinigten Königreich zufallen. Wenn man diese Wahlrechtsänderung in die Rechnung einsetzt, so könnte die EVP mit 200+12=212 zur stärktsten Fraktion werden, während die SPE mit 218 minus 30=188 mit der Rolle des Zweitstärksten zufrieden sein müßte. Entscheidend für die steigende Verantwortung des Europäischen Parlaments ist aber die Frage, ob die Parteien der politischen Mitte Europas die Mehrheit erringen können.

Wichtig in diesem Zusammenhang sind einerseits die Einigung, organisatorische Einheit und strategische Handlungsfähigkeit der politischen Mitte, z.B. in Italien und Frankreich, und andererseits die Überzeugungskraft, mit der man Wähler für unsere freiheitliche Ordnung und für die Zukunftssicherung der Europäer durch eine Integration im Geiste Konrad Adenauers und in der Konzeption Helmut Kohls gewinnen kann. Das Europäische Parlament wird seine Schlüsselrolle an der Schwelle zum 21. Jahrhundert dann erfolgreich wahrnehmen können, wenn die CDU/CSU und die EVP zur bestimmenden Kraft werden. Auf diese europäische Herausforderung wollen und werden wir die richtige Antwort geben.

Namensverzeichnis

Arenhövel 113ff.
Arentz 107
Arndts-Haupt 56

Barbe 59
Baumeister 25, 108
Bellmann 58
Blüm 7, 21, 29ff., 92, 134
Böge 109
Böhmer 97
Böhr 74ff.

Diepgen 109

Eppelmann 97
Escher 98

Fischer 96

Geißler 110
Geschka 111
Glase 111

Hackler 72
Hähle 107ff.
Hegemann 56
Hintze 29, 112
Holzapfel 112

Jäger 63
Jung 112

Kamperdick 67
Kayenburg 120ff.
Kempen 112
Koch 55ff., 99
Kohl 5, 11
Kunsmann 64

Landowsky 91ff.
Lehmann-Brauns 113
Leimbach 114
Lieberknecht 114
Liese 68
Linssen 115

Magerl 62
Merkel 77
Merz 116
Michalk 116
Möller 72
Müller, Hildegard 117
Müller, Peter 100

Nolte 100

Pawelski 118
Perschau 77ff.
Pöttering 96ff.

Quisthoudt-Rowohl 118

Rauen 101
Rehberg 119
Renner 119
Repnik 120
Rohde 66
Rühe 92
Rüttgers 120

Schäuble 35, 70, 76, 89, 95, 135
Schavan 92
Schnoor 125ff.
Steinbach 64
Süssmuth 102

Thoben 104
Tillmann 126

Vaatz 103
Vogel 121

Waigel 83
Wissmann 96
Wülfing 71ff.
Wulff, Christian 9
Wulff, Otto 121

Yzer 122